

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften**

**Einbringer:** Landesregierung

**(Drucksache 7/5766)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 27. Oktober 2022

## **1. Drucksache**



## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

#### **Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften**

##### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Die Gebietsreformen in Thüringen in den 1990er Jahren haben sich überwiegend als Schritt in die richtige Richtung erwiesen.

Der demografische Wandel hat in den Gemeinden jedoch zu einem weiteren Absinken der Einwohnerzahlen geführt. Diese Entwicklung wird sich künftig fortsetzen, wobei das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter steigen und der Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgehen wird.

Im Jahr 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Im Jahr 2035 werden es nach der im Juli 2019 veröffentlichten 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik voraussichtlich noch etwa 1,92 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sein. Dabei werden im Jahr 2035 etwa 33 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Thüringens mindestens 65 Jahre alt sein.

Gleichzeitig ist aufgrund der demografischen Entwicklung auf Seiten des Landes mit Einnahmeausfällen sowie mit veränderten Ausgabebedarfen zu rechnen. Dies wird die finanziellen Spielräume des Landes einschränken und sich auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen auswirken.

Darüber hinaus müssen die Gemeinden den stetig steigenden Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, mit der IT-Entwicklung Schritt halten und über ausreichend spezialisiertes Personal verfügen, dessen Gewinnung im Zuge des demografischen Wandels zunehmend schwieriger wird. Hinzu kommen in zunehmendem Maße weitere Herausforderungen für die Gemeinden, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Klimaanpassung.

Auf die veränderten Rahmenbedingungen muss das Land mit seinen noch immer überwiegend kleinteiligen kommunalen Gebietsstrukturen reagieren, damit die Städte und Gemeinden in Thüringen die bereits eingetretenen sowie sich abzeichnenden Herausforderungen für das kommunale Verwaltungshandeln dauerhaft bewältigen können.

Die Gemeinden haben umfangreiche Aufgaben im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis zu erfüllen, die ihnen durch Gesetze und Verordnungen zugewiesen sind. Hierfür müssen sie als eigenständig handlungsfähige Selbstverwaltungskörperschaften umfassend leistungsfähig sein. Sie sollen ohne Drittbeteiligung, insbesondere der Aufsichtsbehörde, in einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung sachgerecht ihre Aufgaben wahrnehmen können. Diesen Anforderungen entsprechen die Gemeinden in der Regel umso mehr, je größer ihre Einwohnerzahl ist.

Der Landtag hat am 13. Dezember 2017 den Beschluss "Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017" gefasst (Drucksache 6/4876). Mit diesem Beschluss steht den Gemeinden ein verlässlicher Rahmen für ihre freiwilligen Neugliederungsbestrebungen zur Verfügung.

Des Weiteren hat der Gesetzgeber in seinem Beschluss deutlich gemacht, dass bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt wird.

Auf dieser Grundlage hat der Landtag während der sechsten Legislaturperiode insgesamt drei Gemeindeneugliederungsgesetze verabschiedet. Mit dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 vom 28. Juni 2018 (GVBl. S. 273), dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795) und dem Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) wurde das umfangreichste Neugliederungsvorhaben auf der Gemeindeebene seit den 1990er Jahren umgesetzt. Hierbei konnten viele kleinste und kleine Gemeinden in größere, leistungsfähigere Strukturen integriert werden. Die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden sank von 843 (Stand: 31. Dezember 2017) auf 626 (Stand: 31. Dezember 2021).

Trotz der erzielten Erfolge sind die Gemeindestrukturen in Thüringen weiterhin durch eine erhebliche Kleinteiligkeit geprägt. Die in der sechsten Legislaturperiode eingeleitete flächendeckende Gemeindegebietsreform soll daher fortgeführt werden, um die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden weiter zu stärken und mit den strukturellen Verbesserungen dazu beizutragen, dass die Gemeinden dauerhaft die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen können.

Artikel 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs beinhaltet alle aktuell eingereichten Neugliederungsanträge, die aus Sicht der Landesregierung dem öffentlichen Wohl entsprechen. Ihnen liegen übereinstimmende Beschlüsse der antragstellenden Städte und Gemeinden zur Schaffung kommunaler Verwaltungsstrukturen zugrunde, die einer Steigerung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft dienen und im Jahr 2023 umgesetzt werden sollen.

Die Angaben zu den Einwohnerzahlen der nachfolgend genannten Städte und Gemeinden beziehen sich auf den vom Landesamt für Statistik zuletzt ausgewiesenen Stand vom 31. Dezember 2020. Soweit Einwohnerzahlen für das Jahr 2035 angegeben werden, basieren diese auf der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik. Soweit bei Angaben zu den Einwohnerzahlen von vergrößerten Gemeinden im Jahr 2035 die Einwoh-

nerzahlen von Ortsteilen im Jahr 2035 zu berücksichtigen waren (Fälle von Gemeindeteilungen), hat das Ministerium für Inneres und Kommunales eine eigene Vorausberechnung vorgenommen, da ortsteilbezogene Einwohnerdaten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Hierbei wurde auf die ortsteilbezogenen Einwohnerdaten des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes zum Stand 31. Dezember 2020 zurückgegriffen und der sich hieraus ergebende prozentuale Anteil der Ortsteile an der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde zu der im Rahmen der 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung durch das Landesamt für Statistik für das Jahr 2035 vorausberechneten Einwohnerzahl der entsprechenden Gemeinde ins Verhältnis gesetzt.

Im Unstrut-Hainich-Kreis haben die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda ihre Auflösung beschlossen.

Zur Neugliederung der Gebiete dieser Gemeinden haben zunächst die Stadt Dingelstädt im Landkreis Eichsfeld sowie die Gemeinden Anrode und Dünwald im Unstrut-Hainich-Kreis die Eingliederung der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode und der Ortsteile Berberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald in die Stadt Dingelstädt beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt circa 9.670. Mit der beantragten kommunalen Neugliederung ist eine Gebietsänderung des Unstrut-Hainich-Kreises und des Landkreises Eichsfeld verbunden.

Zudem haben im Unstrut-Hainich-Kreis die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Anrode die Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen/Thüringen beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt circa 32.690.

Des Weiteren haben im Unstrut-Hainich-Kreis die Gemeinden Unstruttal, Anrode, Dünwald und Menteroda die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode, des Ortsteils Zauröden der Gemeinde Dünwald sowie der Gemeinde Menteroda in die Gemeinde Unstruttal beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt circa 5.100.

Im Landkreis Greiz haben die Stadt Bad Köstritz und die Gemeinde Hartmannsdorf die Auflösung der Gemeinde Hartmannsdorf und ihre Eingliederung in die Stadt Bad Köstritz beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.310.

Im Landkreis Greiz haben die Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf die Auflösung der Gemeinde Kühdorf und ihre Eingliederung in die Gemeinde Langenwetzendorf beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.320.

Im Landkreis Sömmerda haben die Gemeinden Kindelbrück und Riethgen die Auflösung der Gemeinde Riethgen und ihre Eingliederung in die Gemeinde Kindelbrück unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.540.

Im Landkreis Weimarer Land haben die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt die Auflösung der Gemeinde Rannstedt und ihre Eingliederung in die Stadt Bad Sulza beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 7.280.

### **B. Lösung**

Mit Artikel 1 dieses Gesetzes wird den Anträgen der beteiligten Städte und Gemeinden auf Bildung von freiwilligen Gemeindestrukturen durch Auflösung und Eingliederung nachgekommen. Im Fall der beantragten kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen wird eine Änderung der Grenzen der betroffenen Landkreise erforderlich.

Bestandsänderungen von Gemeinden bedürfen nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 9 Abs. 3 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) eines Gesetzes. Das Gleiche gilt nach § 92 Abs. 3 ThürKO für Gebietsänderungen von Landkreisen, falls diese gegen ihren Willen erfolgen und nach § 51 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO für die Aufhebung der Übertragung von Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft auf benachbarte Gemeinden.

Die nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie nach § 9 Abs. 3 Satz 2, § 92 Abs. 4 und § 46 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 51 Abs. 1 Satz 1 ThürKO erforderlichen Anhörungen der betroffenen Gemeinden, Einwohnerinnen und Einwohner sowie Landkreise werden unabhängig von bereits erfolgten Bürgerbeteiligungen und vom Vorliegen einvernehmlicher Gemeinderats- oder Stadtratsbeschlüsse im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens durchgeführt. Die in den Anhörungen gewonnenen Erkenntnisse sind in die abschließende Entscheidung des Gesetzgebers einzubeziehen.

Den Neugliederungsmaßnahmen liegen das Leitbild und die Leitlinien für die flächendeckende Neugliederung der Gemeinden in Thüringen zugrunde, die in der Begründung dargelegt werden. Sie sind Grundlage für den Gesamtprozess der Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften.

Die freiwilligen Neugliederungen von Gemeinden in der aktuellen Legislaturperiode werden durch Finanzhilfeeinstrumente begleitet, die im Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) in der jeweils geltenden Fassung geregelt wurden.

Artikel 2 dieses Gesetzes knüpft an den in Artikel 1 enthaltenen kommunalen Strukturänderungen an und beinhaltet Folgeänderungen des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes.

### **C. Alternativen**

Alternativ zu diesem Gesetzentwurf könnte ganz oder teilweise auf die beantragten freiwilligen Gemeindeneugliederungen verzichtet werden. Dies widerspräche sowohl dem Willen der antragstellenden Gemeinden als auch dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gemeindestrukturen. Der Verzicht auf eine strukturelle Weiterentwicklung der Gemeinden unter Beibehaltung des Status quo ist angesichts der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen keine vertretbare Handlungsoption.

Zu den im Gesetzentwurf vorgesehenen Gemeindeneugliederungen einschließlich der sich daraus ergebenden Änderung von Landkreisgrenzen wären grundsätzlich Alternativen im Sinne anderweitiger Neugliederungen der beteiligten Gemeinden denkbar. Hierfür liegen jedoch keine entsprechenden Beschlüsse und Anträge der Gemeinden vor. Die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Neugliederungen respektieren damit die jeweils selbstbestimmte Entscheidung der Gemeinden. Zugleich sind sie im Ergebnis der Gesamtabwägung der Gründe des öffentlichen Wohls im Sinne von Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie § 9 Abs. 1 und § 92 Abs. 1 ThürKO die jeweils vorzugswürdige Neugliederungsoption.

#### **D. Kosten**

Die als direkte Folgekosten der Umstrukturierung entstehenden Verwaltungskosten sind durch die beteiligten Gebietskörperschaften zu tragen.

Die Gemeindeneugliederungen werden sich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden auswirken. Allerdings wird die Gesamtsumme der Schlüsselmasse durch die Neugliederungen nicht beeinflusst.

Die Neugliederung von Gemeinden wird auf der Grundlage des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen vom Land durch Neugliederungsprämien, Strukturbegleithilfen und besondere Entschuldungshilfen finanziell unterstützt, soweit die erforderlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Hinzu kommen die in diesem Gesetz vorgesehenen ergänzenden Finanzhilfen in Form von Kompensationszuweisungen.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln außerhalb des kommunalen Finanzausgleiches. Die erforderlichen Mittel sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2023 zu berücksichtigen.

Der Rechnungshof hat die finanzielle Förderung von Gemeindeneugliederungen durch das Land ausdrücklich als sinnvoll eingestuft und dem Gesetzgeber daher die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Gemeinden bei der Verbesserung ihrer kommunalen Verwaltungsstruktur empfohlen (Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2022 - Überörtliche Kommunalprüfung, S. 12).

Durch die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Gemeindeneugliederungen ergeben sich auf Basis des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesamtkosten in Höhe von etwa 10,2 Millionen Euro. Diese beinhalten Neugliederungsprämien in Höhe von etwa 9,4 Millionen Euro und Strukturbegleithilfen in Höhe von etwa 0,8 Millionen Euro.

Außerdem können Gemeinden in der Gesamtbetrachtung aus Schlüsselzuweisungen nach § 11 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürFAG) abzüglich Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG durch die Neugliederung einen finanziellen Verlust gegenüber der Summe der Einzelgemeinden ohne Neugliederung erleiden. Für diese Verluste werden an die betroffenen Gemeinden temporäre Kompensationszahlungen nach Modellrechnungen auf Basis der aktuell verfügbaren Daten in Höhe von etwa 83.000 Euro geleistet werden, um den Anpassungsprozess an die neuen Strukturen zu erleichtern.

In einem Landkreis ergibt sich durch die Neugliederungen aufgrund dieses Neugliederungsgesetzes ein Verlust an Gemeinden beziehungsweise

se Gemeindeteilen und damit auch an Einwohnerinnen und Einwohnern. Dies führt bei dem betroffenen Landkreis zu geringeren Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz und zu geringeren Umlagegrundlagen für die Erhebung von Kreis- und Schulumlage. Für diese Verluste werden temporäre Kompensationszahlungen geleistet, um den Anpassungsprozess an die neuen Strukturen zu erleichtern. Die Kompensationsleistungen für den betreffenden Landkreis betragen nach Modellrechnungen auf Basis der aktuell verfügbaren Daten insgesamt etwa 4,7 Millionen Euro.

Im Gegenzug schaffen die Neugliederungen die Voraussetzungen dafür, dass unter bestimmten Bedingungen mittel- und langfristig Effizienzgewinne erreicht beziehungsweise Einsparpotenziale genutzt werden können. Deren Größenordnung hängt in erster Linie davon ab, inwieweit die Kommunen im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts die Möglichkeiten hierfür nutzen. Ungeachtet dessen werden die hier vorgeschlagenen Neugliederungen nicht primär nach finanziellen Maßstäben bewertet. Die Gemeindegebietsreform zielt vielmehr auf den Erhalt und die weitere Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt und soll gewährleisten, dass diese dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

#### **E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.

**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 28. Juni 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 13./14./15. Juli 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz  
zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden  
im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1  
Thüringer Gesetz  
zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger  
Gemeinden im Jahr 2023  
(ThürGNGG 2023)**

**Inhaltsübersicht**

- § 1 Städte Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal (Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis)
- § 2 Stadt Bad Köstritz und Gemeinde Hartmannsdorf (Landkreis Greiz)
- § 3 Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf (Landkreis Greiz)
- § 4 Gemeinden Kindelbrück und Riethgen (Landkreis Sömmerda)
- § 5 Stadt Bad Sulza und Gemeinde Rannstedt (Landkreis Weimarer Land)
- § 6 Weitere Neugliederungen
- § 7 Erweiterung des Stadt- oder Gemeinderats
- § 8 Ortsrecht, Kreisrecht
- § 9 Rechtsstellung der betroffenen Beamtinnen und Beamten
- § 10 Rechtsstellung der betroffenen Tarifbeschäftigten
- § 11 Neuwahl der Personalvertretungen
- § 12 Übergang und Wahl der Schwerbehindertenvertretungen
- § 13 Übergang und Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten
- § 14 Auseinandersetzung bei Eingliederung des Gebietes einer Gemeinde in mehrere Gemeinden
- § 15 Auseinandersetzung bei landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen
- § 16 Wohnsitz, Einwohnerzahl
- § 17 Freistellung von Kosten
- § 18 Mitgliedschaft in Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen
- § 19 Haushaltswirtschaft
- § 20 Kompensation von Verlusten der Gemeinden für Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz
- § 21 Kompensation von Verlusten der Landkreise infolge landkreisübergreifender Gemeindeneugliederungen
- § 22 Gleichstellungsbestimmung

**§ 1**

Städte Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal (Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis)

(1) Die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda werden aufgelöst.



(2) Die bisher zum Unstrut-Hainich-Kreis gehörenden Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella der aufgelösten Gemeinde Anrode sowie die Gebiete der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der aufgelösten Gemeinde Dünwald werden in das Gebiet des Landkreises Eichsfeld eingegliedert. Zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Unstrut-Hainich-Kreis findet eine Auseinandersetzung nach § 15 statt.

(3) Die Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella der aufgelösten Gemeinde Anrode sowie die Gebiete der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der aufgelösten Gemeinde Dünwald werden in das Gebiet der Stadt Dingelstädt eingegliedert.

(4) Das Gebiet des Ortsteils Hollenbach der aufgelösten Gemeinde Anrode wird in das Gebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen eingegliedert.

(5) Die Gebiete der Ortsteile Dörna und Lengefeld der aufgelösten Gemeinde Anrode, das Gebiet des Ortsteils Zaunröden der aufgelösten Gemeinde Dünwald sowie das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Menteroda werden in das Gebiet der Gemeinde Unstruttal eingegliedert. Die Gemeinde Unstruttal ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde Menteroda.

(6) Die Stadt Dingelstädt ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald. Zwischen den Städten Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie der Gemeinde Unstruttal findet eine Auseinandersetzung nach § 14 statt. Der endgültige Personalübergang richtet sich nach den §§ 9 und 10. § 9 Abs. 4 Satz 3 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) bleibt unberührt.

(7) § 45 Abs. 8 ThürKO findet für die Gebiete der aufgelösten Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda keine Anwendung. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Anrode in Bezug auf die Ortsteile Hollenbach, Dörna und Lengefeld als Ortsteilverfassung sowie in Bezug auf die Ortsteile Bickenriede und Zella als Ortschaftsverfassung fort. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Dünwald in Bezug auf den Ortsteil Zaunröden als Ortsteilverfassung und in Bezug auf die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt als Ortschaftsverfassung fort. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Menteroda fort.

## § 2

Stadt Bad Köstritz und Gemeinde Hartmannsdorf  
(Landkreis Greiz)

(1) Die Gemeinde Hartmannsdorf wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Stadt Bad Köstritz eingegliedert. Die Stadt Bad Köstritz ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(2) Die in § 1 der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Hartmannsdorf und der Stadt Bad Köstritz und über die Auflösung der Verwaltungsgemein-

schaft "Erlbach-Stübnitztal" vom 29. Januar 1996 (GVBl. S. 26) in der jeweils geltenden Fassung anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Hartmannsdorf auf die Stadt Bad Köstritz wird aufgehoben.

### § 3

Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf  
(Landkreis Greiz)

(1) Die Gemeinde Kühdorf wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Gemeinde Langenwetzendorf eingegliedert. Die Gemeinde Langenwetzendorf ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(2) § 45 Abs. 8 ThürKO findet für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Kühdorf keine Anwendung.

(3) Die in § 3 Abs. 3 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2013 vom 19. Dezember 2013 (GVBl. S. 353) in der jeweils geltenden Fassung geregelte Übertragung von Verwaltungsaufgaben wird aufgehoben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Kühdorf auf die Gemeinde Langenwetzendorf betrifft.

### § 4

Gemeinden Kindelbrück und Riethgen  
(Landkreis Sömmerda)

Die Gemeinde Riethgen wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Gemeinde Kindelbrück eingegliedert. Die Gemeinde Kindelbrück ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

### § 5

Stadt Bad Sulza und Gemeinde Rannstedt  
(Landkreis Weimarer Land)

(1) Die Gemeinde Rannstedt wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Stadt Bad Sulza eingegliedert. Die Stadt Bad Sulza ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(2) Die in § 1 der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Auerstedt, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Schmiedehausen, Wickerstedt und der Stadt Bad Sulza und über die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft "Bad Sulza" vom 7. Januar 1996 (GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben wird aufgehoben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Rannstedt auf die Stadt Bad Sulza betrifft.

### § 6

Weitere Neugliederungen

In die durch dieses Gesetz neu gegliederten Gemeinden können durch Gesetz weitere Gemeinden eingegliedert werden. Ebenso können die mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden eingegliedert werden.

dert oder mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen werden.

## § 7

### Erweiterung des Stadt- oder Gemeinderats

(1) Der Stadtrat der Stadt Dingelstädt wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um fünf Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Anrode und um sechs Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Dünwald erweitert. Neue Stadtratsmitglieder nach Satz 1 können nur die Gemeinderatsmitglieder sowie deren Nachrücker sein, die in den eingegliederten Gebieten der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung wahlberechtigt sind. § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO findet bei der Erweiterung des Stadtrats der Stadt Dingelstädt entsprechende Anwendung.

(2) Der Stadtrat der Stadt Mühlhausen/Thüringen wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Anrode erweitert. Neues Stadtratsmitglied nach Satz 1 können nur die Gemeinderatsmitglieder sowie deren Nachrücker sein, die in dem eingegliederten Gebiet der aufgelösten Gemeinde Anrode zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung wahlberechtigt sind. § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO findet bei der Erweiterung des Stadtrats der Stadt Mühlhausen/Thüringen entsprechende Anwendung.

(3) Der Gemeinderat der Gemeinde Unstruttal wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um sechs Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Anrode, um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Dünwald sowie um zehn Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Menteroda erweitert. Neue Gemeinderatsmitglieder nach Satz 1 können für die aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald nur die Gemeinderatsmitglieder sowie deren Nachrücker sein, die in den eingegliederten Gebieten der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung wahlberechtigt sind. § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO findet bei der Erweiterung des Gemeinderates der Gemeinde Unstruttal um Mitglieder der Gemeinderäte der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald entsprechende Anwendung.

(4) Der Stadtrat der Stadt Bad Köstritz wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um zwei Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Hartmannsdorf erweitert.

(5) Der Gemeinderat der Gemeinde Langenwetzendorf wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Kühdorf erweitert.

(6) Der Gemeinderat der Gemeinde Kindelbrück wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Riethgen erweitert.

(7) Der Stadtrat der Stadt Bad Sulza wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Rannstedt erweitert.

(8) Soweit nach diesem Gesetz eine Gemeinde geteilt wird und in mehreren Gemeinden aufgeht, findet § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürKO entsprechende Anwendung.

#### § 8 Ortsrecht, Kreisrecht

(1) Bei der Eingliederung von Gemeinden oder Gemeindeteilen in eine andere Gemeinde gilt das zum Zeitpunkt der Eingliederung für die eingegliederten Gemeinden oder Gemeindeteile jeweils geltende Ortsrecht als Recht der aufnehmenden Gemeinde so lange fort, bis es wirksam durch die aufnehmende Gemeinde ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Dieses Ortsrecht ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen. Die in den eingegliederten Gemeindegebieten geltenden Hauptsatzungen treten mit dem Inkrafttreten der Eingliederungen außer Kraft. Für das einzugliedernde Gemeindegebiet gilt mit der Eingliederung die Hauptsatzung der aufnehmenden Gemeinde.

(2) Unterschiedliche Bestimmungen der Grundsteuerhebesätze und Gewerbesteuerhebesätze sind abweichend von Absatz 1 spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 anzupassen. Satz 1 gilt entsprechend für die Bestimmungen über die Erhebung der Hundesteuer auf dem Gebiet der nach § 1 Abs. 5 vergrößerten Gemeinde Unstruttal.

(3) In Gemeindegebieten, die nach diesem Gesetz aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert werden, gilt das Kreisrecht des abgebenden Landkreises als Recht des aufnehmenden Landkreises fort, bis es wirksam durch den aufnehmenden Landkreis ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Es ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen.

#### § 9 Rechtsstellung der betroffenen Beamtinnen und Beamten

(1) Für die Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der von den Neugliederungen betroffenen Gemeinden gelten die §§ 14 bis 18 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG).

(2) Die Beamtinnen und Beamten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in eine andere Gemeinde eingegliedert wird, treten nach § 14 Abs. 1 ThürBG in den Dienst der vergrößerten Gemeinde über. Das Beamtenverhältnis wird mit dem neuen Dienstherrn nach § 15 Abs. 1 ThürBG fortgesetzt. Den Beamtinnen und Beamten ist die Fortsetzung des Beamtenverhältnisses durch den neuen Dienstherrn nach § 15 Abs. 2 ThürBG schriftlich zu bestätigen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nach § 18 Abs. 1 ThürBG entsprechend für die im Zeitpunkt der Neugliederung bei der aufgelösten Gemeinde vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

(3) Die Beamtinnen und Beamten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in mehrere andere Gemeinden

eingegliedert wird, sind nach § 14 Abs. 2 Satz 1 ThürBG anteilig in den Dienst der vergrößerten Gemeinden zu übernehmen. Dies gilt nach § 18 Abs. 1 ThürBG entsprechend für die im Zeitpunkt der Neugliederung bei der aufgelösten Gemeinde vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die an der Umbildung beteiligten Gemeinden haben bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Übernahme der Beamtinnen und Beamten nach § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach § 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu regeln. Den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern ist Gelegenheit zu geben, ihre Präferenz für einen neuen Dienstherrn zu bekunden; die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Entscheidung der beteiligten Gemeinden, welche Beamtinnen und Beamten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Dienstherrn zu übernehmen sind, sind Kriterien der Mobilität, insbesondere die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle, die tatsächliche Betreuung oder Pflege mindestens eines Kindes unter 18 Jahren oder eines sonstigen pflegebedürftigen Angehörigen, eine Schwerbehinderung oder gleichgestellte Behinderung und der Familienstand sowie dienstliche Belange, wie die Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur, angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Die Beamtinnen und Beamten sind von den Gemeinden, in deren Dienst sie treten sollen, nach § 15 Abs. 3 ThürBG durch Verfügung zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Liegt zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung keine Einigung der beteiligten Gemeinden vor, treten die Beamtinnen und Beamten der aufgelösten Gemeinden zunächst in den Dienst der Körperschaft über, die zum Rechtsnachfolger bestimmt ist. Die Sätze 7 bis 10 gelten für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend.

(4) Einigen sich die beteiligten Gemeinden im Fall des Absatzes 3 nicht bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von sechs Monaten nach § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG über die Übernahme der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie nach § 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG über die Übernahme der betroffenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, entscheidet das Landesverwaltungsamt als obere Rechtsaufsichtsbehörde. Vor der Entscheidung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde ist den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(5) Für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beamtinnen und Beamten, die keine kommunalen Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamten sind, ist eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nach § 29 Abs. 1 Satz 1 ThürBG aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung stehen, ausgeschlossen. Nach Ablauf dieses Zeitraums ist eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nur innerhalb der Frist von sechs Monaten zulässig.

(6) Die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden nehmen ab der Verkündung dieses Gesetzes Ernennungen von Beamtinnen und Beamten, die keine Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamten sind, nur in gegenseitigem Einvernehmen vor. Das gegenseitige Einvernehmen ist darüber hinaus herzustellen, soweit in den von der Gemeindeneugliederung betroffenen Verwaltungen ein Personalzuwachs durch Versetzungen oder Abordnungen aus dem Bereich anderer Dienstherren beabsichtigt ist, soweit eine solche Maßnahme über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Gemeindeneugliederung hinaus andauern soll. Die Herstellung des gegenseitigen Einvernehmens ist nicht erforderlich, soweit gesetzliche Rechtsansprüche Betroffener umzusetzen sind.

(7) Soweit der Personalübergang einen Wechsel des Dienstortes zur Folge hat, gilt der Übertritt oder die Übernahme in den Dienst der aufnehmenden Körperschaft als Versetzung im Sinne der umzugskostenrechtlichen und trennungsgeldrechtlichen Vorschriften.

(8) Die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten der durch dieses Gesetz aufgelösten Gemeinden gelten am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf der Grundlage des § 29 Abs. 1 ThürBG als in den einstweiligen Ruhestand versetzt, soweit sie die Voraussetzungen des § 32 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 34 Abs. 1 ThürBG erfüllen und nicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte in den Ruhestand treten. Dabei gilt die Dienstzeit im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes (Wartezeit) als abgeleistet, wenn die hauptamtliche kommunale Wahlbeamtin beziehungsweise der hauptamtliche kommunale Wahlbeamte bis zum Ende ihrer beziehungsweise seiner regulären Amtszeit eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren erreicht hätte.

#### § 10

##### Rechtsstellung der betroffenen Tarifbeschäftigten

(1) Die Tarifbeschäftigten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in eine andere Gemeinde eingegliedert wird, werden in den Dienst der vergrößerten Gemeinde übernommen. Die Arbeitsverhältnisse gehen mit dem Zeitpunkt der Neugliederung der Gemeinde in entsprechender Anwendung des § 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches auf die vergrößerte Gemeinde über. Dies gilt auch für bestehende Ausbildungsverhältnisse. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Die Tarifbeschäftigten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in mehrere andere Gemeinden eingegliedert wird, werden anteilig in den Dienst der vergrößerten Gemeinden übernommen. Die an dieser Umbildung beteiligten Gemeinden haben bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Überleitung der Tarifbeschäftigten zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Tarifbeschäftigten zu regeln. Den Tarifbeschäftigten ist Gelegenheit zu geben, ihre Präferenz für einen neuen Arbeitgeber zu bekunden; die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Entschei-

dung der beteiligten Gemeinden, welche Tarifbeschäftigten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Arbeitgeber zu übernehmen sind, sind Kriterien der Mobilität, insbesondere die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle, die tatsächliche Betreuung oder Pflege mindestens eines Kindes unter 18 Jahren oder eines sonstigen pflegebedürftigen Angehörigen, eine Schwerbehinderung oder gleichgestellte Behinderung und der Familienstand sowie dienstliche Belange, wie die Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur, angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Die Tarifbeschäftigten sind von den Gemeinden, in deren Dienst sie treten sollen, zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Liegt zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung keine Einigung der beteiligten Gemeinden vor, treten die Tarifbeschäftigten der aufgelösten Gemeinde zunächst in den Dienst der Körperschaft über, die zum Rechtsnachfolger bestimmt ist. Einigen sich die beteiligten Gemeinden nicht bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von sechs Monaten über die Übernahme der betroffenen Tarifbeschäftigten, entscheidet das Landesverwaltungsamt. Vor der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes ist den betroffenen Tarifbeschäftigten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(3) Die bis zum Tag vor dem Übergang der Arbeitsverhältnisse erworbene Rechtsstellung der Tarifbeschäftigten, insbesondere im Hinblick auf erreichte tarifrechtlich maßgebliche Zeiten, bleibt gewahrt.

(4) Die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden stellen ab der Verkündung dieses Gesetzes sicher, dass hauswirtschaftswirksame Personalmaßnahmen im Tarifbereich im gegenseitigen Einvernehmen vorgenommen werden. § 9 Abs. 6 gilt entsprechend. Dabei stehen Entfristung oder Verlängerung bestehender Arbeitsverträge einer Neueinstellung durch den Abschluss eines Arbeitsvertrages gleich. § 9 Abs. 7 gilt für die übernommenen Tarifbeschäftigten entsprechend.

(5) Für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Arbeitsverhältnisses sind betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung stehen, ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Änderungskündigungen, die wegen eines Wechsels des Arbeitsortes erforderlich werden. Das Recht zur Kündigung aus anderen Gründen bleibt unberührt.

#### § 11

##### Neuwahl der Personalvertretungen

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden sind die Personalräte nach den Bestimmungen des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) neu zu wählen, wenn sich die Zahl der Beschäftigten der aufnehmenden Dienststelle oder der aufnehmenden juristischen Person um mehr als ein Fünftel geändert hat oder die regelmäßige Personalratswahl im Sinne des § 95 Abs. 1 Satz 1 ThürPersVG noch nicht stattgefunden hat.

#### § 12

##### Übergang und Wahl der Schwerbehindertenvertretungen

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden sind zusammen mit den ersten regelmäßi-

gen Personalratswahlen nach der Neugliederung Schwerbehindertenvertretungen zu wählen. Bis zur Wahl einer neuen Schwerbehindertenvertretung bleiben die bisherigen Schwerbehindertenvertretungen im Amt. Sie sind jeweils für die Belange der Beschäftigten der bisherigen Gemeinden zuständig.

### **§ 13**

#### **Übergang und Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten**

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden sind bis spätestens vor Ablauf des zweiten auf den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats vorläufige Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreise der bisherigen Gleichstellungsbeauftragten der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden zu bestellen. Mit der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten für die durch dieses Gesetz vergrößerte Gemeinde, die spätestens zwei Monate nach der ersten regelmäßigen Personalratswahl nach der Neugliederung zu erfolgen hat, endet die Bestellung der vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten.

### **§ 14**

#### **Auseinandersetzung bei Eingliederung des Gebietes einer Gemeinde in mehrere Gemeinden**

(1) Wird nach diesem Gesetz das Gebiet einer aufgelösten Gemeinde mehreren Gemeinden zugeordnet, schließen die aufnehmenden Gemeinden einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Regelung der Rechtsfolgen, die sich aus der Aufteilung des Gebietes der bisherigen Gemeinde ergeben (Auseinandersetzungsvertrag). Der Vertrag hat insbesondere Regelungen zur Vermögensauseinandersetzung zu treffen. Für die Überleitung des Personals gelten die §§ 9 und 10.

(2) Das Eigentum an Grundstücken der aufgelösten Gemeinde geht unbeschadet der nach den Absätzen 1, 3 und 4 vorzunehmenden Auseinandersetzung und ungeachtet einer in diesem Gesetz angeordneten Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes auf die aufnehmende Gemeinde über, in deren Gebiet das Grundstück liegt.

(3) Bei der Zuordnung des Vermögens soll insbesondere berücksichtigt werden, welcher Aufgabenerfüllung das Vermögen dient und in welchem Umfang die Aufgabe der aufgelösten Gemeinde auf die aufnehmenden Gemeinden übergeht. In den Auseinandersetzungsvertrag können Regelungen für die Fälle aufgenommen werden, in denen ausnahmsweise ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Übergang von Vermögensgegenständen geboten ist. Der Auseinandersetzungsvertrag kann abweichend von Satz 1 regeln, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll; Satz 2 gilt in diesem Fall entsprechend. Für die Beteiligung an Unternehmen der aufgelösten Gemeinde im Sinne des § 71 Abs. 1 ThürKO gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.

(4) Kommt innerhalb eines Jahres nach der Neugliederung der Gemeinde ein Auseinandersetzungsvertrag ganz oder teilweise nicht zustande, regelt das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung nach billigem Ermessen durch Verwaltungsakt. Die beteiligten Gemeinden sind anzuhö-



ren. Bis zur Bestandskraft des Verwaltungsakts können die beteiligten Gemeinden die Auseinandersetzung durch eine Vereinbarung im Sinne der Absätze 1 und 3 selbst regeln.

#### § 15

##### Auseinandersetzung bei landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen

(1) Wird nach diesem Gesetz das Gebiet einer Gemeinde ganz oder teilweise aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert, hat zwischen den betroffenen Landkreisen eine Auseinandersetzung stattzufinden. Sie schließen hierzu einen Auseinandersetzungsvertrag zur Regelung der Rechtsfolgen, die sich aus der Neugliederung der Landkreisgebiete und der damit verbundenen Änderung der Zuständigkeit für die Aufgaben im Sinne des § 86 Abs. 2 ThürKO ergeben.

(2) Das Eigentum eines Landkreises an einem Grundstück im ausgegliederten Gebiet geht unbeschadet der nach den Absätzen 1, 3 und 4 vorzunehmenden Auseinandersetzung kraft Gesetzes auf den Landkreis über, in dessen Gebiet das Grundstück eingegliedert wird.

(3) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist und die Landkreise nichts anderes vereinbaren, soll in dem Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 die Zuordnung von Vermögensgegenständen danach vorgenommen werden, welcher Aufgabenerfüllung das Vermögen dient und in welchem Umfang die Aufgaben von dem Landkreis, dem die Gemeinde oder die Gemeindeteile bislang angehörten, übergehen. In den Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 können Regelungen für die Fälle aufgenommen werden, in denen ausnahmsweise ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Übergang von Vermögensgegenständen geboten ist. Der Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 kann abweichend von Satz 1 regeln, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll; Satz 2 gilt in diesem Fall entsprechend.

(4) Kommt innerhalb eines Jahres nach der Neugliederung ein Auseinandersetzungsvertrag ganz oder teilweise nicht zustande, regelt das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung nach billigem Ermessen durch Verwaltungsakt. Die betroffenen Landkreise sind anzuhören. Bis zur Bestandskraft des Verwaltungsakts können diese die Auseinandersetzung durch eine Vereinbarung im Sinne der Absätze 1 und 3 selbst regeln.

#### § 16

##### Wohnsitz, Einwohnerzahl

Soweit für Rechte oder Pflichten die Wohndauer oder der Aufenthalt im Gebiet eines Landkreises oder einer Gemeinde maßgebend ist, wird die bis zum Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes ununterbrochene Wohn- oder Aufenthaltsdauer im Gebiet des bisherigen Landkreises oder im Gebiet einer nach den Bestimmungen dieses Gesetzes aufgelösten Gemeinde auf die Wohn- oder Aufenthaltsdauer in dem neuen Landkreis oder in der aufnehmenden Gemeinde angerechnet. Ist für eine gesetzliche Bestimmung die Einwohnerzahl eines Landkreises oder einer Gemeinde maßgeblich, ist diese durch Addition der Einwohnerzahlen der an der jeweiligen Neugliederung beteiligten Gebiets-

körperschaften oder der eingegliederten Teile von Gebietskörperschaften zu ermitteln.

#### **§ 17**

##### **Freistellung von Kosten**

Das Land und die seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften erheben für Rechtshandlungen, die bei der Durchführung dieses Gesetzes notwendig werden, keine Kosten (Gebühren und Auslagen).

#### **§ 18**

##### **Mitgliedschaft in Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen**

(1) Bei Neugliederungen nach diesem Gesetz finden für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und die Beteiligung an Zweckvereinbarungen abweichend von den Regelungen der Rechtsnachfolge nach diesem Gesetz die §§ 14 und 39 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) Anwendung.

(2) Bei Neugliederungen nach diesem Gesetz gilt § 39 Abs. 2 ThürKGG mit der Maßgabe, dass der Zweckverband die neue Körperschaft nach Ablauf von einem Jahr und vor Ablauf von 18 Monaten seit Wirksamkeit der Neugliederung ausschließen kann. Im gleichen Zeitraum kann die Körperschaft ihren Austritt aus dem Zweckverband einseitig erklären.

(3) Für Zweckvereinbarungen gilt § 14 Abs. 2 ThürKGG mit der Maßgabe, dass die Kündigungsfrist ein Jahr beträgt.

(4) § 40 Abs. 3 Satz 2 ThürKGG gilt in Fällen, in denen der Zweckverband aufgrund der Bestimmungen dieses Gesetzes nur noch aus einem Mitglied besteht, mit der Maßgabe, dass der Zweckverband nach dem Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten der Neugliederung aufgelöst ist, sofern er zu diesem Zeitpunkt noch aus einem Mitglied besteht.

(5) Die Genehmigung nach § 42 Abs. 1 ThürKGG für die in seiner Nummer 1 genannten Änderungen der Verbandsatzung setzt in den Fällen des Absatzes 2 voraus, dass der Zweckverband der Rechtsaufsichtsbehörde ein Konzept für die Auseinandersetzung vorlegt, das auch die objektkonkrete Aufteilung des Vermögens sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Zweckverband und die Körperschaft vorsieht. Der Zweckverband ist verpflichtet, das Konzept für die Auseinandersetzung innerhalb von einem Jahr nach der Erklärung der Kündigung oder dem Beschluss über den Ausschluss der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

#### **§ 19**

##### **Haushaltswirtschaft**

(1) Die nach diesem Gesetz vergrößerten Gemeinden erstellen die offenen Jahresrechnungen oder Jahresabschlüsse aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinden. Abweichend davon erstellt die Stadt Dingelstädt die offenen Jahresrechnungen aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinden Anrode und Dünwald.

(2) Die nach diesem Gesetz vergrößerten Gemeinden erstellen für das Haushaltsjahr 2023 für das gesamte vergrößerte Gemeindegebiet eine neue Haushaltssatzung. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Haushaltssatzung vollzieht die vergrößerte Gemeinde die Haushaltswirtschaft auch für das jeweils eingegliederte Gebiet nach den Bestimmungen des § 61 ThürKO oder § 10 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik (ThürKDG). § 55 Abs. 3 und 4 ThürKO sowie § 6 Abs. 3 und 4 ThürKDG bleiben unberührt.

(3) Für das Haushaltsjahr 2023 gelten § 59 Abs. 3, § 61 Abs. 3, § 63 Abs. 3 und § 65 Abs. 1 Satz 2 ThürKO oder § 1 Satz 1 ThürKDG in Verbindung mit § 10 Abs. 3, § 13 Abs. 3, § 14 Abs. 3 und § 16 Abs. 1 Satz 2 ThürKDG bezogen auf die Haushaltssatzungen der bisherigen Gemeinden, bis die vergrößerte Gemeinde eine eigene Haushaltssatzung erlässt. Im Fall der Auflösung und Eingliederung einer Gemeinde in mehrere Gemeinden bestimmen sich die Anteile beziehungsweise die Stellen aus den in Satz 1 genannten Weitergeltungsbestimmungen nach den zwischen den aufnehmenden Gemeinden getroffenen Vereinbarungen. In Ermangelung einer solchen Vereinbarung bestimmen sich die Anteile im Verhältnis der Gesamteinwohnerzahl der aufgelösten Gemeinde zur Einwohnerzahl der eingegliederten Gemeindeteile. Stichtag für die Bestimmung der Gesamteinwohner- und Einwohnerzahlen ist der Stand 31. Dezember 2020. Die Fortgeltung des Stellenplans nach § 61 Abs. 3 ThürKO oder § 13 Abs. 3 ThürKDG erfolgt in Ansehung des in den §§ 9 und 10 geregelten Personalübergangs.

(4) Führt eine vergrößerte Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, findet im Übrigen das Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik Anwendung. Wird das Gebiet einer aufgelösten Gemeinde, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung geführt hat, ganz oder teilweise in eine Gemeinde eingegliedert, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führt, gilt für die Bewertung der Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der aufgelösten Gemeinde § 30 ThürKDG entsprechend.

#### § 20

Kompensation von Verlusten der Gemeinden für Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz

(1) Gemeinden, die nach diesem Gesetz neu gegliedert werden und die infolgedessen im Jahr 2023 einen geringeren festgesetzten Gesamtbetrag aus Schlüsselzuweisungen nach § 11 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürFAG) abzüglich Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG erhalten, als dies bei einer hypothetischen Berechnung ohne die Neugliederung der beteiligten Gemeinden der Fall gewesen wäre, erhalten in den Jahren 2023 bis 2025 allgemeine Zuweisungen als Kompensationszahlungen nach Absatz 2.

(2) Die Kompensationszahlung nach Absatz 1 entspricht im Jahr 2023 der Differenz zwischen dem hypothetischen Gesamtbetrag aus Schlüsselzuweisungen nach § 11 ThürFAG abzüglich der Finanzausgleichsumlage nach § 29

ThürFAG der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden ohne eine Neugliederung und dem festgesetzten Gesamtbetrag aus Schlüsselzuweisungen nach § 11 ThürFAG abzüglich der Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG. Im Jahr 2024 beträgt die Kompensationszahlung 66,66 Prozent der Kompensationszahlung nach Satz 1. Im Jahr 2025 beträgt die Kompensationszahlung 33,33 Prozent der Kompensationszahlung nach Satz 1.

(3) Zuständig für Festsetzung und Auszahlung der Kompensationszahlungen ist das Landesverwaltungsamt. Die Auszahlung der Kompensationszahlungen für die Jahre 2023 bis 2025 erfolgt am 31. März 2023 in einem Betrag. Die Kompensationszahlungen für die Jahre 2024 und 2025 sind bei kameraler Haushaltswirtschaft der allgemeinen Rücklage zuzuführen und im jeweiligen Jahr in der festgesetzten Höhe aufzulösen. Doppisch wirtschaftende Gemeinden bilden einen entsprechend aufzulösenden passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

#### § 21

Kompensation von Verlusten der Landkreise infolge landkreisübergreifender Gemeindeneugliederungen

(1) Landkreise, bei denen sich durch die Neugliederungen nach diesem Gesetz insgesamt die Einwohnerzahl verringert, erhalten in den Jahren 2023 bis 2026 allgemeine Zuweisungen als Kompensationszahlungen nach den Absätzen 2 und 3. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen ist der Stand 31. Dezember 2020.

(2) Im Jahr 2023 wird eine Kompensationszahlung nach Absatz 1 in Höhe von 50 Prozent der Summe der durch die Neugliederung verringerten Einnahmen aus

1. den Zuweisungen nach § 23 Abs. 1 ThürFAG,
  2. den Zuweisungen nach § 12 ThürFAG und
  3. der Kreis- und Schulumlage aufgrund geringerer Umlagegrundlagen nach den §§ 25 bis 29 ThürFAG
- gewährt. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 1 ermittelt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Einwohnerpauschalbetrag nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürFAG für das Jahr 2022. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 2 ergibt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Quotienten aus dem Zuweisungsbetrag nach § 12 ThürFAG des betroffenen Landkreises für das Jahr 2022 und der Einwohnerzahl des betroffenen Landkreises. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen nach den Sätzen 2 und 3 ist jeweils der 31. Dezember 2020. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 3 ergibt sich aus der Summe der Umlagegrundlagenrückgänge abzüglich der Umlagegrundlagenzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz auf Basis des Jahres 2022 vervielfacht mit dem Kreis- und Schulumlagensatz des betroffenen Landkreises des Jahres 2022. Für das Jahr 2024 beträgt die Kompensationszahlung 75 Prozent des Betrages nach Satz 1. Für das Jahr 2025 beträgt die Kompensationszahlung 50 Prozent des Betrages nach Satz 1. Für das Jahr 2026 beträgt die Kompensationszahlung 25 Prozent des Betrages nach Satz 1.

(3) Zuständig für Festsetzung und Auszahlung der Kompensationszahlungen ist das Landesverwaltungsamt. Die Auszahlung der Kompensationszahlungen für die Jahre 2023 bis 2026 erfolgt am 31. März 2023 in einem Betrag. Die Kompensationszahlungen für die Jahre 2024 bis 2026 sind der allgemeinen Rücklage zuzuführen und im jeweiligen Jahr in der festgesetzten Höhe aufzulösen.

§ 22  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe "divers" oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

**Artikel 2**  
**Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes**

Die Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz vom 16. August 1993 (GVBl. S. 553), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Oktober 2019 (GVBl. S. 429) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 Spalte 2 wird das Wort "Rannstedt," gestrichen.
2. In Nummer 7 Spalte 2 wird das Wort "Hartmannsdorf," gestrichen.
3. In Nummer 9 Spalte 2 wird das Wort "Kühdorf," gestrichen.

**Artikel 3**  
**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Das in Artikel 1 enthaltene Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 ist Bestandteil der Gemeindegebietsreform in Thüringen und zielt auf die Schaffung von leistungs- und verwaltungstarken Gemeinden ab, die dauerhaft in der Lage sind, ihre Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen und die zugleich ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden.

Dieses Gesetz folgt auf das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 (ThürGNNG 2018) vom 28. Juni 2018 (GVBl. S. 273), das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNNG 2019) vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795) und das Zweite Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385). Es stellt den ersten Schritt zur weiteren Umsetzung der Gemeindegebietsreform in der 7. Legislaturperiode dar und beruht auf demselben Leitbild mit Leitlinien für die Gemeindegebietsreform wie die drei vorangegangenen Neugliederungsgesetze der 6. Legislaturperiode.

**I. Ausgangslage**

Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen weist den Gemeinden als eigenständigen, handlungsfähigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften umfassende Aufgaben zu. Neben den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (Aufgaben des eigenen Wirkungskreises nach § 2 der Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) obliegt den kommunalen Gebietskörperschaften die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die ihnen aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung nach Weisung übertragen wurden (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach § 3 ThürKO).

Die Gemeinden müssen umfassend leistungsfähig sein, um diese Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises zu erfüllen und darüber hinaus den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft gerecht zu werden. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige Verwaltungsstrukturen mit entsprechender Verwaltungskraft, das heißt das Vorhandensein einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung mit einer genügenden Anzahl von spezialisiertem Personal, so dass ohne Drittbeteiligung (insbesondere der Aufsichtsbehörde) sachgerecht entschieden werden kann. Können Gemeinden aufgrund mangelnder Leistungsfähigkeit und Verwaltungsschwäche die ihnen zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, nicht umfassend wahrnehmen, weil ihnen nur ein geringer Handlungs- und Gestaltungsspielraum verbleibt, führt dies letztlich zu einer Aushöhlung des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden.

Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden wird von verschiedenen Rahmenbedingungen beeinflusst. Hierzu gehört in erster Linie ihre Einwohnerzahl. So entsprechen Gemeinden den genannten Leistungsanforderungen und dem verfassungsrechtlichen Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung in der Regel umso mehr, je größer ihre Einwohnerzahl ist. Weitere wesentliche Einflussfaktoren in Bezug auf die Leistungs-

higkeit der Gemeinden sind insbesondere der Umfang der verfügbaren Finanzmittel, die Entwicklung der Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge, die Verfügbarkeit von qualifiziertem und spezialisiertem Personal sowie der Anpassungsbedarf aufgrund der Weiterentwicklung der technischen Infrastrukturen, vor allem im Bereich der Informationstechnologie.

Zum Zeitpunkt seiner Wiedererrichtung am 3. Oktober 1990 bestanden in Thüringen 1.702 kreisangehörige Gemeinden, von denen 1.314 (etwa 77 Prozent) weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und 916 (etwa 54 Prozent) weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner hatten. Die überwiegende Zahl der Gemeinden war in den bestehenden Strukturen nicht in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu erfüllen. Im Rahmen der Gemeindegebietsreform der 1990er Jahre sollten daher kleine und kleinste Gemeinden zur Stärkung ihrer Verwaltungskraft, Investitionsfähigkeit und Aufgabenverantwortung auf einem Niveau zusammengefasst werden, das kraft Einwohnerzahl und Flächengröße den Einsatz von qualifiziertem und spezialisiertem Verwaltungspersonal sowie die Vorhaltung einer modernen Infrastruktur gestattet. In einer bis zum 30. Juni 1995 laufenden Freiwilligkeitsphase erfolgte eine Vielzahl freiwilliger Gemeindeneugliederungen durch Rechtsverordnungen des für Kommunalrecht zuständigen Ministeriums. Diejenigen Gemeinden, die sich bis dahin nicht auf freiwillige Strukturänderungen entsprechend den Vorgaben der Thüringer Kommunalordnung einigen konnten, wurden durch das Thüringer Gemeindeneugliederungsgesetz (ThürGNGG) vom 23. Dezember 1996 (GVBl. S. 333) neu gegliedert, wobei die Neugliederungen bis spätestens zum 1. Juli 1999 in Kraft traten. Hierdurch reduzierte sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden auf 1.013 (Stichtag: 31. Dezember 1999).

Auch nach Abschluss der Gesetzesphase der Gemeindegebietsreform stand es den Gemeinden frei, ihre bestehenden Strukturen freiwillig weiterzuentwickeln, effektiver und effizienter zu gestalten. Diese Möglichkeit nutzten im Verlaufe der Jahre zahlreiche Gemeinden. Bis zum Ende der 5. Legislaturperiode hat der Landtag insgesamt zwölf Gesetze zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden verabschiedet.

Aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen wurde bereits in den 2000er Jahren deutlich, dass trotz durchgeführter flächendeckender Reformmaßnahmen weiterer Handlungsbedarf besteht, damit die kommunalen Strukturen den Anforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden können.

Der Landtag beschloss daher im Juni 2005 die Einsetzung einer Enquetekommission "Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen in Thüringen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen" (EK 4/1). Diese legte dem Landtag Vorabempfehlungen vom 2. April 2008 für eine Verwaltungsreform auf gemeindlicher Ebene vor, die ein "Leitbild für starke und bürgernahe Gemeinden in Thüringen enthielten" (Drucksache 4/3965). Zu diesen Vorabempfehlungen verabschiedete der Landtag am 11. April 2008 eine Entschließung (Drucksache 4/4004). Zur Umsetzung dieser Vorabempfehlungen und des darin enthaltenen Leitbildes sowie der Entschließung vom 11. April 2008 beschloss der Landtag das Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat Thüringen vom 9. Oktober 2008 (GVBl. S. 369), das am 18. Oktober 2008 in Kraft trat.

Durch dieses Gesetz wurde mit dem Ziel der Weiterentwicklung der Gemeindestrukturen die Landgemeinde als eine weitere Gemeindeart mit einer Mindestgröße von 3.000 Einwohnern eingeführt (§ 6 Abs. 5 ThürKO).

## **II. Rahmenbedingungen und Notwendigkeit weiterer struktureller Veränderungen auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden**

Trotz der flächendeckenden Gebietsreform in den 1990er Jahren und den nachfolgenden freiwilligen Gemeindeneugliederungen ist Thüringen noch immer durch eine überwiegend kleinteilige kommunale Gebietsstruktur geprägt. Vor dem Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 existierten im Land 843 kreisangehörige Gemeinden, von denen etwa 65 Prozent weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und mehr als 40 Prozent weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner hatten.

Von den 843 kreisangehörigen Gemeinden waren 601 Mitgliedsgemeinden der insgesamt 69 Verwaltungsgemeinschaften. Weitere 98 Gemeinden hatten eine erfüllende Gemeinde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft beauftragt. In diesen insgesamt 699 Gemeinden lebten etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Thüringens.

Thüringen hatte damit fast so viele Gemeinden wie das wesentlich größere und bevölkerungsreichere Niedersachsen beziehungsweise etwa doppelt so viele Gemeinden wie Sachsen oder fast viermal so viele wie Sachsen-Anhalt. In Bezug auf die durchschnittliche Einwohnerzahl je Gemeinde nahm Thüringen im Vergleich zu den anderen Flächenländern einen der letzten Ränge ein.

Durch die freiwilligen Strukturänderungen, die mit den zurückliegenden drei Gemeindeneuordnungsgesetzen der 6. Legislaturperiode und dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach umgesetzt wurden, hat sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden von 843 auf 626 reduziert. Hierdurch konnte die Kleinteiligkeit der Gemeinden in Thüringen zwar vermindert werden. Im Vergleich zu anderen Flächenländern besteht sie aber im Wesentlichen fort.

Eine lebendige kommunale Selbstverwaltung setzt in erster Linie leistungs- und handlungsfähige Gemeinden voraus, die jetzt und in Zukunft den Herausforderungen, die sich aus den fortschreitenden Veränderungen der Rahmenbedingungen ergeben, gewachsen sind.

Der demografische Wandel gehört bereits zu den prägenden Rahmenbedingungen und er wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine besondere Herausforderung für die Kommunen darstellen. Der Rückgang der Einwohnerzahlen mit gleichzeitiger Veränderung der Altersstruktur, insbesondere die zunehmende Alterung der Gesellschaft, die Zu- und Abwanderung, die wachsende Anzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund und die zunehmenden Unterschiede zwischen Stadt und Land stellen Politik, Bürger und öffentliche Verwaltung vor enorme Aufgaben. Komplexe Veränderungsprozesse, die zu dem zeitlich, regional und lokal sehr unterschiedlich verlaufen, sind dabei zu bewältigen und zu gestalten.

Die Bevölkerungszahl in Thüringen ist seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 fast durchweg rückläufig. Zum Stichtag 31. Dezember 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohne-



rinnen und Einwohner. Im Jahr 2020 waren es etwa 490.000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger.

Allein in den Jahren 1990 und 1991 verließen per Saldo etwa 90.000 Menschen Thüringen. Ursachen hierfür waren vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche der Wiedervereinigung, in deren Folge eine starke Abwanderung insbesondere junger Menschen und Familien einsetzte. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Geburtenausfällen Anfang der 1990er Jahre wider. So hatte sich die Zahl der Geburten allein ab dem Jahr 1988 von etwa 34.700 Geburten bis zum Jahr 1991 auf rund 17.500 Geburten halbiert. Bis zum Jahr 1994 sank ihre Zahl weiter auf einen Tiefstand von 12.700 Geburten.

Der starke Bevölkerungsrückgang hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verlangsamt. Die grundsätzlich rückläufige Bevölkerungsentwicklung wird sich auch unter Berücksichtigung der erhöhten Zuwanderungszahlen und einer leicht ansteigenden Geburtenrate in Zukunft aber fortsetzen.

Nach der im Juli 2019 veröffentlichten 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik wird die Bevölkerungszahl Thüringens von etwa 2,14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern (Stichtag: 31. Dezember 2018) bis zum Jahr 2035 voraussichtlich auf etwa 1,92 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken. Dies entspricht einem durchschnittlichen Verlust von rund 13.000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr. Gerade der Geburtenrückgang Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hat massive Auswirkungen auf die heutige und zukünftige Einwohnerentwicklung Thüringens. Die damals nicht geborenen Kinder fehlen heute und in den nächsten Jahren als potenzielle Eltern, so dass die Zahl der Geborenen trotz leicht steigender Geburtenraten weiter abnehmen wird.

Darüber hinaus kommt in zunehmendem Maße die Altersstruktur der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes zum Tragen. Die Bevölkerung Thüringens nimmt nicht nur ab, sondern wird auch deutlich älter. Das Durchschnittsalter in Thüringen lag nach der Wiedervereinigung bei etwa 38 Jahren und stieg seither kontinuierlich auf etwa 47 Jahre an. Dies führt zu einer drastischen Reduzierung des Anteils von Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre), der gegenwärtig (Stichtag: 31. Dezember 2020) bei etwa 1,19 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern liegt und um mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2040 zurückgehen wird.

Die demografische Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunalverwaltungen, auf die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen aber auch auf die kommunalen Haushalte. Hinzu kommt, dass sich die öffentliche Verwaltung und die Infrastrukturausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund des demografischen Wandels zukünftig an den Bedürfnissen der stärker vertretenen älteren Bevölkerung ausrichten müssen. So wird infolge der Verschiebung der Altersstruktur die Nachfrage nach sozialen Leistungen und technischer Infrastruktur für ältere Menschen steigen. Dies wird zu steigenden Ausgaben bei den kommunalen Gebietskörperschaften führen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass aufgrund der geringeren Einwohnerzahlen und des steigenden Anteils nicht mehr aktiv im Arbeitsleben stehender Menschen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich sowie aus Steuern, Gebühren und Beiträgen zurückgehen werden. Im Ergebnis wird die demografische Entwicklung zu einer höheren Ausgabenbelastung bei gleichzeitig geringeren Einnahmen führen.

Mit Blick auf die Finanzausstattung der Kommunen ist zu beachten, dass die staatlichen Zuweisungen im Rahmen der angemessenen Finanzausstattung nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen gemäß der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs - anders als die von der Norm ebenfalls garantierte finanzielle Mindestausstattung - in ihrer Höhe abhängig von der Leistungsfähigkeit des Landes sind. Es ist daher erforderlich, neben der Entwicklung der kommunalen Einnahmen auch die Entwicklung der Einnahmen des Landes zu betrachten, die vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund Einfluss auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen haben wird.

Die Landeseinnahmen aus Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (allgemeine Bundesergänzungszuweisungen und Bundesergänzungszuweisungen für unterdurchschnittliche Gemeindefinanzkraft) konnten sich nach dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 bereits im Jahr 2021 erholen und haben das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Für die kommenden Jahre liegt die derzeitige Einnahmeprognose auf Basis der Steuerschätzung vom November 2021 für die Jahre bis 2026 etwa auf dem Niveau der letzten Steuerschätzung vor Ausbruch der Corona-Krise vom Oktober 2019.

Zum Jahr 2020 trat die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Kraft. Diese war nötig geworden, da zahlreiche einfachgesetzliche Regelungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Länderhaushalte bis Ende des Jahres 2019 befristet waren (Finanzausgleichs- und Maßstäbegesetz sowie Entflechtungsgesetz). Mit der Neuregelung konnte für die ostdeutschen Länder zudem eine Anschlussregelung gefunden werden, die einen Einnahmeeinbruch nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II verhindert hat.

Trotz der Neuregelung besteht weiterhin ein deutlicher Abstand zu den finanzstarken Ländern, der zukünftig sogar noch ansteigen dürfte. Aufgrund der Veränderungen bei den Ausgleichsmechanismen im Finanzausgleich wirken sich die Veränderungen beim bundesweiten Steueraufkommen oder bei der Wohnbevölkerungsverteilung volatiler auf Thüringen aus, als im bestehenden Ausgleichssystem.

Derzeit befindet sich die Konjunktur einerseits in einer Erholungs- und Aufholphase nach den Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021. Andererseits verläuft der Aufschwung deutlich gedämpfter, als lange Zeit erwartet. In verschiedenen Teilen der Welt kommt es immer wieder zu einer Zunahme des Corona-Infektionsgeschehens, so dass global gestörte Lieferketten weiterhin zu Materialengpässen und in der Folge zu Produktionseinschränkungen führen. Damit einher gehen auch Preissteigerungen, insbesondere für Importgüter. Die allgemein hohe Unsicherheit wirkt zudem negativ auf Investitionsentscheidungen der Unternehmen, die langfristig das Wirtschaftswachstum bremsen können. Diese Unsicherheiten und damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung werden durch die gegenwärtige geopolitische Lage weiter verschärft. Insofern bestehen derzeit erhebliche Risiken für die weitere Einnahmeentwicklung.

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Haushalte der Thüringer Gemeinden konnten durch umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen des Landes (sowie des Bundes) mehr als kompensiert werden. Im Ergebnis des Jahres 2020 wiesen die Thüringer Kommunen einen Finanzierungüberschuss von fast 300 Millionen Euro auf. Die bereinigten Einnahmen des Jahres 2020 lagen trotz der coronabedingten Minder-

einnahmen etwa bei der Gewerbesteuer über denen des Jahres 2019. Gleichzeitig wies der Landeshaushalt im Jahr 2020 ein erhebliches Defizit auf, das nur mit einer Kreditaufnahme in Höhe von 1,2 Milliarden Euro finanziert werden konnte. Im Jahr 2021 setzte sich der positive Trend im Bereich der Thüringer Kommunal финанzen ungehindert fort, so dass mit rund 363 Millionen Euro der bislang höchste Finanzierungsüberschuss in der Geschichte Thüringens erzielt werden konnte.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2021 wird im Zeitraum der Jahre 2022 bis 2026 ein weiterer Anstieg der Steuereinnahmen der Gemeinden in Thüringen um über 18,2 Prozent beziehungsweise 4,2 Prozent pro Jahr erwartet. Die Einnahmen der Gemeinden steigen damit deutlich dynamischer als die Einnahmen des Landes (+13,4 Prozent beziehungsweise 3,2 Prozent pro Jahr). Dennoch verfügen die Gemeinden des Landes nach wie vor über eine deutlich geringere eigene Finanzkraft als die Gemeinden der westlichen Flächenländer. Im Jahr 2020 standen den Gemeinden Thüringens je Einwohnerin und Einwohner im Vergleich zum Durchschnitt der Flächenländer etwa 82 Prozent der Einnahmen zur Verfügung.

Die Qualität der Landes- und Kommunalverwaltungen ist ein wesentlicher Standortfaktor für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, aber auch der zunehmenden Aufgabenfülle, der gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft an die Qualitätsstandards der öffentlichen Verwaltung und der wachsenden Komplexität der Einzelaufgaben ist ein weiterer Anpassungsprozess der kommunalen Verwaltung unverzichtbar. Die Kommunen müssen sich darüber hinaus in zunehmendem Maße dem weltweiten Wettbewerb stellen, beispielsweise bei der Investorenwerbung und bei der Wirtschaftsförderung. Um auch in diesem Prozess erfolgreich agieren zu können, ist ebenfalls eine hinreichende Leistungs- und Verwaltungskraft notwendig, wozu vor allem auch qualifiziertes und spezialisiertes Personal und die erforderliche technische Infrastruktur gehören.

Weiterhin ist die Arbeit der Kommunalverwaltungen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken wesentlich einfacher, schneller, bürgernäher und transparenter möglich. Diese Prozesse verlangen allerdings Investitionen, die regelmäßig nur in größeren Verwaltungseinheiten wirtschaftlich zu leisten sind. Die Nutzung moderner Informationstechnik und zeitgemäßer elektronischer Verfahren sind mittlerweile Schlüsselkomponenten für effizientes und effektives Handeln der öffentlichen Verwaltung, für Bürgernähe, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg.

Zugleich stehen die Gemeinden vor der Herausforderung, Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Klimaschutzkonzepte, Gebäudeenergiekonzepte, Energiemanagement, sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung zu entwickeln und umzusetzen. Oft sind kleinere Gemeinden dazu aufgrund beschränkter personeller und finanzieller Kapazitäten nicht beziehungsweise nicht in erforderlichem Umfang in der Lage.

Neben den geschilderten Rahmenbedingungen sind auch die bevorstehende Pensionierungswelle und der Fachkräftemangel weitere Gründe für die Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Dadurch, dass die sogenannten Babyboomer-Jahrgänge das Pensions- beziehungsweise Rentenalter erreichen, ist mit einer deutlichen Verringerung des Personalbestandes durch Altersabgänge zu rechnen. Hierdurch stehen auch die kommunalen Verwaltungen vor der Aufgabe, kontinuier-

lich Nachwuchs, auch durch eigene Ausbildung, zu gewinnen und vorhandenes Personal, insbesondere Fachkräfte, langfristig zu binden. In den kommunalen Verwaltungen sind die Voraussetzungen zu schaffen und zu gewährleisten, dem Fachkräftemangel, insbesondere in den Bereichen Informationstechnik, Ingenieurwesen und Öffentlicher Gesundheitsdienst, entgegenzutreten zu können. Diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um der absehbar weiter zunehmenden Konkurrenz anderer Arbeitgeber um Fachkräfte aus den genannten Bereichen begegnen zu können. Dies kann auf absehbare Zeit nur leistungsfähigen Kommunalverwaltungen mit größeren Personalkörpern gelingen, die auch in der Lage sind, unterschiedliche Rekrutierungsmöglichkeiten zu nutzen und eine zielorientierte Personalentwicklung, auch durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, verfolgen zu können. Ebenso dürften die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, insbesondere durch die Ermöglichung einer Kinderbetreuung beziehungsweise durch die Gewährung von Teilzeitarbeit und Formen der flexiblen Arbeit an Bedeutung gewinnen.

Kommunale Strukturreformen sind in der Regel zunächst mit Kosten verbunden, den sogenannten Transaktionskosten. Diese ergeben sich vor allem aus der notwendigen organisatorischen und personellen Anpassung der Verwaltung.

Mittel- und langfristig ist jedoch durch die Nutzung von Synergie- und Skalierungseffekten eine Steigerung - zumindest aber eine dauerhafte Sicherung - der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft sowie ein angemessener Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu erwarten.

Im Ergebnis der Betrachtung der Rahmenbedingungen, des Ist-Standes und der bisherigen Erfahrungen aus den kommunalen Neugliederungen der letzten Jahre in Thüringen bestätigt sich die Notwendigkeit, die flächendeckende Gebietsreform auf der Gemeindeebene fortzuführen. Thüringen braucht tragfähige, effiziente und effektive Gemeinden, die über die erforderliche Leistungs- und Verwaltungskraft verfügen, um ihre Aufgaben gegenwärtig und in Zukunft angemessen erfüllen zu können. Dabei müssen die Erfordernisse der kommunalen Leistungsfähigkeit und der Bürgernähe abgewogen werden.

### **III. Leitbild und Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen**

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (Thüringer Verfassungsgerichtshof, Urteil vom 9. Juni 2017, S. 45, Az.: VerfGH 61/16).

Daher ist für die Durchführung einer flächendeckenden Gebietsreform das Vorliegen eines Leitbildes und von Leitlinien unerlässlich, mit denen die Ziele der Reform und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung festgelegt werden. Leitbild und Leitlinien bilden den Rahmen, der für jede einzelne kommunale Neugliederung konkretisiert werden muss.

Mit dem Leitbild setzt der Gesetzgeber eine Zielvorstellung und mit den Leitlinien ein System zu ihrer Umsetzung. Das Leitbild umfasst die grund-

legenden Aussagen zur Struktur der Selbstverwaltungskörperschaften. Leitlinien sind diejenigen Gesichtspunkte, die dazu dienen, leitbildgerechte Selbstverwaltungskörperschaften zu bilden und damit die Entscheidung des Gesetzgebers für jeden Einzelfall zu lenken.

Zu Beginn der 6. Legislaturperiode hat der Landtag mit Beschluss vom 27. Februar 2015 eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen eingeleitet (Drucksache 6/316). In Umsetzung dieses Beschlusses hat die Landesregierung am 22. Dezember 2015 das Leitbild "Zukunftsfähiges Thüringen" beschlossen, das die Durchführung einer flächendeckenden Gebietsreform vorsieht. Über dieses Leitbild hat die Landesregierung den Landtag unterrichtet (Drucksache 6/1561).

Das Leitbild "Zukunftsfähiges Thüringen" hat seinen Niederschlag im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 242) gefunden, das am 13. Juli 2016 in Kraft getreten ist.

Der Verfassungsgerichtshof hat das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen wegen einer Verletzung der Anhörungspflicht nach Artikel 91 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen mit Urteil vom 9. Juni 2017 (Az.: VerfGH 61/16) für formell verfassungswidrig und nichtig erklärt.

Nach der Nichtigerklärung des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen durch den Verfassungsgerichtshof hat der Landtag am 13. Dezember 2017 den Beschluss "Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des ThürVerfGH vom 9. Juni 2017" gefasst (Drucksache 6/4876). Mit diesem Beschluss steht den Gemeinden Thüringens ein verlässlicher Rahmen für ihre freiwilligen Neugliederungsbestrebungen in Form wesentlicher Eckpunkte zur Verfügung, wobei damit essenzielle - im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen enthaltene - Vorgaben für die flächendeckende Neugliederung der Gemeindeebene erneut aufgegriffen und bestätigt wurden.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt.

Im Rahmen der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein "Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 und zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik" (Drucksache 6/5308) wurden das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform konkretisiert und weiter untersetzt.

#### Leitbild

Das Ziel der Gebietsreform in Thüringen ist die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtsicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Die Gebietskörperschaften sollen ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden.

Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen setzt voraus, dass die Gemeinden die Aufgaben

des eigenen und übertragenen Wirkungskreises dauerhaft auch unter sich ändernden Rahmenbedingungen sachgerecht, bürgernah, rechtsicher und eigenverantwortlich erfüllen können. Hierzu gehören eine hinreichende Verwaltungs- und Finanzkraft ebenso wie Planungs- und Entscheidungsfähigkeit.

Neugliederungsmaßnahmen sind dann verfassungsgemäß, wenn sie durch Gründe des öffentlichen Wohls gerechtfertigt sind. Der Gesetzgeber hat die überwiegenden Gründe des öffentlichen Wohls maßgeblich selbst zu bestimmen und spätestens im Rahmen der Landtagsberatungen alle relevanten örtlichen, überörtlichen und staatlichen Belange in eine differenzierende Interessenabwägung einzustellen.

Gemeinden, die mangels ausreichender Leistungsfähigkeit weitgehend funktionsentleert sind, entsprechen nicht dem verfassungsrechtlichen Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Gebietsreform soll die kommunalen Verantwortungsträger und Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, auch in Zukunft auf die sich ändernden Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren und ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Als zukunftsfähig werden kommunale Strukturen angesehen, die auch im Jahr 2035 noch eine ausreichende Leistungs- und Verwaltungskraft sowie einen genügenden Handlungsspielraum für die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben aufweisen.

Das Jahr 2035 als maßgeblicher Zeitpunkt entspricht dem Ende des Zeitraums der am 7. September 2015 veröffentlichten 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik für die Landkreise und kreisfreien Städte beziehungsweise der am 5. April 2016 veröffentlichten Ergänzung dieser Untersuchung für die Ebene der Gemeinden, welche zum Zeitpunkt des Eckpunktebeschlusses des Landtags vom 13. Dezember 2017 die aktuellsten verfügbaren Datengrundlagen waren.

Das Landesamt für Statistik hat inzwischen mit der im Juli 2019 veröffentlichten 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung sowie der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung aktualisierte Daten für die künftige Entwicklung der Einwohnerzahlen vorgelegt, welche auch den Zeitraum bis zum Jahr 2035 umfassen. Diese werden nunmehr herangezogen, soweit im Gesetzentwurf auf künftige Einwohnerzahlen Bezug genommen wird.

Ziel der Gebietsreform ist es, Gemeindestrukturen zu schaffen, die auch in Zukunft gewährleisten, dass die Gebietskörperschaften insbesondere

- die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtsicher und eigenverantwortlich wahrnehmen,
- ein tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bilden,
- über zeitgemäße Gestaltungsmöglichkeiten für ein lebendiges Gemeinwesen verfügen,
- eine möglichst bedarfsgerechte Daseinsvorsorge in allen Landesteilen vorhalten können,
- dauerhaft ein effektives Verwaltungshandeln durch spezialisiertes Fachpersonal sowie eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel sicherstellen,

- eine weitgehend gleichmäßige Aufgabenübertragung erlauben und damit eine orts- und bürgernahe Erledigung öffentlicher Aufgaben ermöglichen sowie
- die Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort erhalten und stärken.

Zentralörtliche Strukturen sollen gestärkt werden. Die künftige Gemeindestruktur soll die Belange der im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP 2025) vom 15. Mai 2014 (GVBl. S. 205) festgelegten Ober- und Mittelzentren in ihrer Stadt-Umland-Beziehung mit den unmittelbar angrenzenden Gemeinden in besonderem Maße berücksichtigen.

#### Leitlinien

Bei der Umsetzung der Ziele der künftigen Neugliederungen hat die Bildung oder Vergrößerung von Einheitsgemeinden und Landgemeinden Vorrang.

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Strukturen hinsichtlich kleiner leistungsschwacher Gemeinden wird daher durch ihren Zusammenschluss oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden erreicht.

Zu den wesentlichen Vorteilen von Einheits- und Landgemeinden zählen insbesondere:

- die Bündelung von Aufgaben, Verwaltungskompetenzen und finanziellen Ressourcen,
- leistungsfähigere und effizientere Verwaltung durch erweiterten Professionalisierungsgrad, Abbau von Mehrfachleistungen durch Betreuung der Mitgliedsgemeinden und Nutzung von Synergieeffekten,
- größeres Investitionsvolumen,
- haushalterische Entlastungen (beispielsweise durch Konzentration und/oder bessere Auslastungen von gemeindlichen Einrichtungen sowie durch effektivere und effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes der Finanzen, des Personals und der IT),
- koordinierte und effizientere Abstimmungen über die Gemeindeentwicklung durch Konzentration von Entscheidungsträgern (beispielsweise bei Flächennutzungs- und Bebauungsplanung),
- Stärkung von zentralörtlichen Funktionen, insbesondere bei erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit einem großen Ort mit Verflechtungsbereich,
- höhere Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch Verbesserung der Planungs- und Investitionsmöglichkeiten,
- höheres politisches Gewicht der größeren Gemeinden in der Region im Vergleich zu kleinteiligeren Strukturen.

Bei der Konzentration auf Einheits- und Landgemeinden in Verbindung mit einem gestärkten Ortsteil- beziehungsweise Ortschaftsrecht wird davon ausgegangen, dass sowohl das bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben als auch die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Ort in den neuen Strukturen gewährleistet sind und gefördert werden können.

Die Leistungs- und Verwaltungskraft kommunaler Gebietskörperschaften hängt wesentlich von ihrer Größe ab. Kleine Gemeinden sind häufig nicht selbstständig in der Lage, die notwendige Infrastruktur zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben gemäß den gesetzlichen Anforderungen vorzuhalten. Das den kleinen Gemeinden zur Verfügung stehende kommunale Finanzvolumen eröffnet nur kleinteilige Entscheidungs- und Handlungsspielräume und erschwert zudem eine nachhaltige flächen- und einwohnerbezogene Investitionsplanung.

Kreisangehörige Gemeinden sollen deshalb unter Beachtung des Vorrangs der Bildung von Einheits- oder Landgemeinden mit einer Mindesteinwohnerzahl von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 mit benachbarten Gemeinden zusammengeschlossen, durch Eingliederung vergrößert oder in kreisfreie Städte eingegliedert werden. Die Neugliederung der gemeindlichen Ebene erfolgt durch Gesetz.

Derzeit sind mehr als drei Viertel der kreisangehörigen Gemeinden Thüringens Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft beziehungsweise einer erfüllenden Gemeinde zugeordnet, die jeweils alle Angelegenheiten des übertragenen - und in einigen Fällen auch Angelegenheiten des eigenen - Wirkungskreises wahrnehmen. Dennoch kann eine zunehmende Anzahl dieser Gemeinden die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Anforderungen und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen, trotz großen haupt- und ehrenamtlichen Engagements.

Ausschlaggebend hierfür sind in der Regel eine geringe Einwohnerzahl und die daraus resultierenden geringen finanziellen Einnahmen, verbunden mit einer minimalen personellen Ausstattung. Hinzu kommt eine wirtschaftsstrukturelle Schwäche durch fehlende finanzstarke Wirtschaftsansiedlungen.

Ein Blick in die Statistik zeigt zwar, dass unter Umständen auch kleine Gemeinden finanziell gut aufgestellt sein können. Diese Ausnahmen sind allerdings regelmäßig auf Gemeinden begrenzt, die besondere Standortvorteile haben (beispielsweise großes Gewerbegebiet, Grenze zu Zentren, wirtschaftlich starke Unternehmen).

Durch den eingetretenen und vorausberechneten Rückgang der Bevölkerung des Landes werden die oben dargestellten Probleme in den nächsten Jahren weiter verstärkt. Gebietskörperschaften müssen ausreichend groß sein, um auf Gemeindeebene die öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft erfüllen und dabei effizient arbeiten zu können. Größeren Gebietskörperschaften ist es auch unter den geänderten Rahmenbedingungen durch eine Bündelung der vorhandenen Kräfte und eine effektivere und konzentriertere Nutzung der vorhandenen Ressourcen sowie durch die Einstellung qualifizierten und spezialisierten Personals möglich, eine sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben und die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen. In diesem Sinne hat auch der Thüringer Rechnungshof im Rahmen seiner aktuellen Prüfungen festgestellt, dass viele Kommunalverwaltungen zu klein sind, um die Anforderungen der Zukunft eigenständig zu erfüllen, insbesondere ausreichend geeignetes Personal einzustellen. Der Rechnungshof plädiert daher für weitere Gemeindefusionen beziehungsweise eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit, um eine leistungsfähige kommunale Verwaltung in allen Gegenden Thüringens zu gewährleisten (Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2022 - Überörtliche Kommunalprüfung, S. 10 und S. 55).



Ein größeres Hoheitsgebiet mit einer höheren Einwohnerzahl verbessert die Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, wie die Aufgabenerfüllung der Städte und Zentralen Orte bereits im bisher geleisteten Umfang belegt. Größere Gebietskörperschaften können zudem auch unter den Bedingungen knapper Kassen die Mittelverwendung effektiver steuern. Sie führen zu einer koordinierten Planung, Errichtung und Nutzung kommunaler Einrichtungen mit einer höheren Auslastung und der Möglichkeit, kommunales Personal flexibler einsetzen zu können.

Zur Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft sollen die Gemeinden so strukturiert werden, dass sie dauerhaft in der Lage sind, die aktuellen und zukünftigen eigenen und übertragenen Aufgaben effizient, sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich in hoher Qualität im Interesse einer bestmöglichen Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerinnen und Einwohner wahrzunehmen. Dabei soll als Ausfluss des Demokratieprinzips die bürgerschaftliche Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung gewahrt werden. Der Gefahr einer fortschreitenden Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund nicht ausreichender finanzieller Handlungsspielräume zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung und Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten soll damit entgegengetreten werden.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen auch aus anderen Bundesländern kann typisierend darauf abgestellt werden, dass bei einer geringeren Einwohnerzahl auch eine verminderte Leistungsfähigkeit der Gemeinden im Hinblick auf die zu erbringende beziehungsweise zu erwartende Aufgabenbewältigung vorliegt. Die Bevölkerung bildet die Basis kommunaler Gebietskörperschaften, sie stellt eine zentrale Größe bei der Beurteilung der kommunalen Leistungsfähigkeit dar. Da die Bevölkerung nicht in ihrer umfassenden sozialen, politisch-administrativen sowie ökonomischen Bedeutung bewertet werden kann, muss eine Beschränkung auf den quantitativ messbaren Indikator Einwohnerzahl als Messgröße erfolgen (vergleiche Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 21. April 2009, S. 37 und 38, Az.: LVG 12/08). Vergleichbare Regelungen zur Mindesteinwohnerzahl sind in Thüringen ebenso wie in anderen Bundesländern bislang unbeanstandet geblieben (vergleiche beispielsweise Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 -juris RNr. 172-, Az.: 61/16 sowie vom 18. September 1998 -juris RNr. 117-, Az.: 1/97, 4/97; Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 8. Juni 2015 -juris RNr. 129-, Az.: VGH N 18/14, Urteil des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg vom 14. Februar 1975, Az.: Gesch Reg 11/74, DVBl. S. 385).

Regel- beziehungsweise Mindesteinwohnerzahlen ermöglichen die allgemeine Bestimmung von Größenordnungen, die eine hinreichende Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungsstrukturen erwarten lassen.

Verwaltungseinheiten benötigen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge hinreichende Fallzahlen, um effizient arbeiten zu können. Erst ab einer bestimmten Größe der Verwaltung ist es möglich, dass das hauptamtliche Personal spezialisierte Tätigkeitsbereiche erhält und die Behörde anforderungsgemäß ausgestattet wird. Dementsprechend sind auch in anderen Bundesländern bei Gemeindegebietsreformen je nach Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur Mindestgrößen für die einzelne Verwaltungseinheit zugrunde gelegt worden.

Die Landesregierung hatte im Rahmen der Erarbeitung des Leitbildes "Zukunftsfähiges Thüringen" im Jahr 2015 zunächst einen Größenkorridor von 6.000 bis 8.000 Einwohnern im Jahr 2035 als Mindesteinzwohnerzahl vorgesehen. Diese Größenordnung orientierte sich an den Regelungen anderer bundesdeutscher Flächenländer. In Brandenburg lagen sie gemäß dem Leitbildentwurf vom Mai 2015 bei 10.000 Einwohnern für hauptamtliche Verwaltungen, in Mecklenburg-Vorpommern nach den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" vom Dezember 2011 bei 5.000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und 8.000 Einwohnern für Verbandsgemeinden, in Schleswig-Holstein bei 8.000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und Ämter, in Sachsen dauerhaft bei mindestens 5.000 Einwohnern (in Verdichtungsräumen von Oberzentren mindestens 8.000 Einwohner). Im Jahr 2025 sollten in Sachsen-Anhalt die Mindesteinzwohnerzahlen noch bei 10.000 Einwohnern liegen (in Landkreisen mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 70 Einwohnern je Quadratkilometer bei mindestens 8.000 Einwohnern). 10.000 Einwohner waren in Rheinland-Pfalz für verbandsfreie Gemeinden vorgesehen.

Als Reaktion auf die von kommunalen Vertretern vorgetragenen Bedenken hinsichtlich zu großer kommunaler Einheiten auf der gemeindlichen Ebene sollen kreisangehörige Gemeinden Thüringens eine Mindesteinzwohnerzahl von 6.000 im Jahr 2035 aufweisen. Die künftige Gemeindegroße wurde damit an der unteren Grenze der im Leitbild aus dem Jahr 2015 vorgesehenen Größenordnung sowie bundesweiter Erfahrungswerte zu Mindesteinzwohnerzahlen angesetzt. Damit sollen in dünn besiedelten Räumen zu lange Anfahrtswege zwischen den Ortsteilen vermieden und der Erhalt der bürgerschaftlichen Teilnahme am kommunalen Gemeinwesen unterstützt werden.

In der schriftlichen Begründung zum Urteil vom 9. Juni 2017 weist der Thüringer Verfassungsgerichtshof in den nicht die Entscheidung tragenden Hinweisen zur materiellen Verfassungsmäßigkeit (ab Seite 51) auf Nachfolgendes hin:

Die in den Leitlinien des Thüringer Gebietsreform-Vorschaltgesetzes vom 2. Juni 2016 (GVBl. S. 242) festgelegte Mindesteinzwohnerzahl, bezogen auf die Einwohnerzahlen aus der Vorausberechnung des Landesamtes für Statistik für das Jahr 2035, ist verfassungsrechtlich zulässig. Bei der Bestimmung der Mindesteinzwohnerzahlen handelt es sich nicht um eine "Regel-Ausnahme"-Bestimmung, sondern um ein Optimierungsgebot, welches den Anforderungen des Abwägungsgebotes unterliegt und überwunden werden kann, wenn gewichtige Gründe dies rechtfertigen.

Der Gesetzgeber ist nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs bei den einzelnen Neugliederungsgesetzen für kreisangehörige Gemeinden zu einer umfassenden Einbeziehung und Abwägung aller Gemeinwohlbelange nach Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen verpflichtet. Denn die verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung schließt es aus, dass die Unterschreitung einer bestimmten Mindesteinzwohnerzahl ohne Berücksichtigung von Besonderheiten zwingend zur Auflösung beziehungsweise Eingliederung einer Gemeinde führt (vergleiche Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 8. Juni 2015 -juris RNr. 139-, Az.: VGH N 18/14). Derartige Besonderheiten können sich vor allem aus historischen, wirtschaftlichen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkten ergeben. Zudem sind landschaftliche und topografische Gegebenheiten, die geografische Lage einer Gemeinde (beispielsweise unmittelbar an der Grenze

zu einem benachbarten Land), die Siedlungsstruktur und die Erfordernisse der Raumordnung zu beachten. Überdies kann oder muss der Gesetzgeber aus entsprechenden Sachgründen, insbesondere bei einer besonderen Sachverhaltsgestaltung im konkreten Fall, den Rahmen seiner allgemeinen Leitlinien, hier der Mindesteinwohnerzahlen und der Stärkung zentralörtlicher Strukturen, verlassen. Solche Ausnahmen können insbesondere dann geboten sein, wenn keine sinnvolle Gebietsstruktur der neu zu bildenden Gebietskörperschaft erkennbar ist, wenn überhaupt kein potenzieller Partner für eine Kommune mit Gebietsänderungsbedarf zu finden ist oder wenn die Neugliederung zu einer flächenmäßigen Überdehnung unter Missachtung der Anforderungen aus dem Schutz der örtlichen Gemeinschaft führen würde.

Neben dem Vorrang der Bildung oder Vergrößerung von Einheits- und Landgemeinden sowie der genannten Mindesteinwohnerzahl gelten folgende weitere Leitlinien:

Neugliederungen von kreisangehörigen Gemeinden, die die Landkreisgrenzen überschreiten, sind möglich, sofern leitbildgerechte Gemeindestrukturen entstehen und diese der Stärkung kreisfreier Städte nicht entgegenstehen. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit klargestellt, dass auch eine Überschreitung der derzeitigen Landkreisgrenzen aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich ist. Entsprechende Neugliederungen können von den Gemeinden beantragt werden. In § 92 ThürKO ist diese Möglichkeit bereits vorgesehen.

Jede neu gegliederte Gemeinde soll so strukturiert sein, dass sie die Funktion eines Zentralen Ortes wahrnehmen kann.

Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden.

Die Zentralen Orte bilden das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung oder Entwicklung aller Landesteile und dienen als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Zentrale-Orte-System spiegelt die typische klein- und mittelstädtische Siedlungsstruktur Thüringens wieder. Zentrale Orte sind Gemeinden, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und ihrer zentralörtlichen Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Thüringen darstellen. Sie sind Knotenpunkte im Verkehrsnetz, Schwerpunkte des Wohnens und Arbeitens und bieten die nötigen Einrichtungen und Dienste, um nicht nur sich selbst, sondern auch das Umland angemessen zu versorgen. Die Zentralen Orte sind so verteilt, dass eine angemessene Erreichbarkeit aus allen Teilen des Landes gewährleistet werden kann. Die Zentralen Orte sind im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 und in den Regionalplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften (Regionalplan Nordthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 44/2012, S. 1689; Regionalplan Mittelthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 42/2012, S. 1566; Regionalplan Ostthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 51/2012, S. 2009; Regionalplan Südwestthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 19/2011, S. 693) verbindlich festgelegt.

Dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entsprechen Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentren ausgewiesen werden, in so hohem Maße, dass sie über ihre Gren-

zen hinaus auch für einen größeren Umlandbereich Aufgaben der Daseinsvorsorge in besonderem Umfang erfüllen können. Sie prägen die historisch gewachsene Siedlungsstruktur Thüringens und übernehmen wichtige überörtlich bedeutsame Aufgaben. Durch demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sind insbesondere die Stadt-Umland-Bereiche durch zunehmende Verflechtungen geprägt (beispielsweise Wohnen im Umland, Arbeiten in der Stadt, Nutzung des Freizeitangebotes in der Stadt, großflächige Gewerbeansiedlungen in den Gemeinden, die unmittelbar an die Stadt grenzen). Die realen Verkehrsströme zeigen, dass Grenzen in Stadt-Umland-Bereichen vielfach nur administrativer Natur sind. Damit die Städte ihre Aufgaben weiterhin dauerhaft erfüllen können, soll die Stärkung der Ober- und Mittelzentren durch Eingliederung benachbarter Umlandgemeinden erfolgen, sofern dafür überwiegende Gemeinwohlgründe in jedem Einzelfall sprechen.

Auch die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden erfüllen neben dem Aufgabenumfang ihrer örtlichen Gemeinschaft Versorgungsfunktionen für benachbarte Gemeinden. Diese höhere Leistungs- und Verwaltungskraft gilt es, im Interesse einer Verbesserung der gesamten gemeindlichen Struktur des Landes zu erhalten und auszubauen. Die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden bilden in der Regel den Kern einer Neugliederungsmaßnahme. Hierbei wird es von den konkreten örtlichen Sachverhalten, insbesondere dem Verhältnis der Einwohnerzahlen und den tatsächlich vor Ort vorhandenen zentralörtlichen Funktionen abhängen, ob die Bildung einer leistungsstarken Gemeinde eher durch Eingliederung von benachbarten Gemeinden in die als Grundzentrum ausgewiesene Gemeinde oder durch Bildung einer neuen Gemeinde zu erreichen ist. Jede neu strukturierte Gemeinde soll in den genannten Raumordnungsplänen die Funktion eines Zentralen Ortes bereits innehaben oder im Zuge einer Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 nach der Gemeindeneugliederung übernehmen können.

Bei den für das Erreichen der angestrebten Ziele der Gemeindegebietsreform erforderlichen Neugliederungsmaßnahmen sind darüber hinaus weitere Indikatoren zu beachten, wie

- Entstehen einer zusammenhängenden Fläche der neuen Einheits- oder Landgemeinde,
- gemeinsame Gemeindegrenzen, Ortsnähe, Teilhabe und Identität (beispielsweise Flächengröße und damit verbundene Distanzen, Erreichbarkeit Zentraler Orte, landsmannschaftliche, historische, traditionelle und religiöse Gemeinsamkeiten),
- Entwicklungsfähigkeit (sozioökonomische, demografische, haushalterische),
- sozioökonomische und fiskalische Ausgleichsfähigkeit (zentralörtliches Versorgungsniveau, SGB II-, VIII- und XII-Quote),
- verwaltungsgeografische Kongruenz (geografische Lage, Abdeckung von Naturräumen, landschaftliche und topografische Gegebenheiten, Verkehrsinfrastruktur sowie technische und soziale Infrastruktur, Pendlerbeziehungen und Wanderungsbewegungen, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Arbeitsplatz eigenversorgung, Abdeckung der Arbeitsmarktregion),
- ebenenübergreifende Funktionalität (insbesondere horizontales Gleichgewicht der kommunalen Strukturen).

Diese beispielhaft aufgeführten Indikatoren sind für jeden einzelnen Neugliederungsfall gesondert umfassend zu bewerten, wobei den einzelnen Indikatoren jeweils ein unterschiedliches Gewicht zukommen kann. Der

Schutz der örtlichen Gemeinschaft ist dabei gerade im Hinblick auf die Flächenausdehnung der neuen Gemeindestrukturen besonders zu beachten, damit unter anderem die bürgerschaftlich-demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten gewährleistet bleiben.

#### Alternative Kooperationsmodelle

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Der Zusammenschluss kleiner Gemeinden oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden, die diesem Urtyp weitgehend entsprechen, wird vorrangig angestrebt, weil auf diesem Wege die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Gliederung zu erwarten ist.

Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 ergibt sich aus der Verfassung keine Pflicht, als Alternative zur oder im Rahmen der Gebietsreform weiterhin die Institutionen der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde vorzusehen.

Unabhängig davon, dass demnach eine Verpflichtung des Gesetzgebers zu alternativen Kooperationsformen nicht besteht, bleibt es ihm unbenommen, solche in seine Überlegungen einzubeziehen und zu begründen, warum diese dennoch keinen Niederschlag in den Möglichkeiten kommunaler Organisationsformen gefunden haben.

Eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft kann bei den Gemeinden auch durch kommunale Zusammenarbeit erreicht werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Gemeinden sind vielfältig und nicht auf die Formen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit beschränkt. Bei der kommunalen Zusammenarbeit der Gemeinden ist jedoch zu beachten, dass ihnen eine nach Anzahl und Gewicht bedeutsame Sachkompetenz verbleiben muss, so dass der Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nicht berührt wird. Die kommunale Zusammenarbeit darf zudem die Überschaubarkeit kommunalen Handelns nicht gefährden. Sie dient damit primär der Optimierung des Status quo, beruht aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben grundsätzlich auf freiwilligen Entscheidungen und führt nicht zwingend zu dauerhaften Strukturen. Unzulänglichkeiten aus herkömmlichen Gebietszuschnitten in ländlichen Gebieten können durch kommunale Zusammenarbeit zwar teilweise abgemildert, in der Regel aber langfristig nicht beseitigt werden. Die kommunale Zusammenarbeit ist daher kein Ersatz für umfassende Kommunalstrukturreformen.

Die Bedeutung der gemeindlichen Zusammenarbeit kann unter anderem an der Vielzahl von Zweckverbänden mit Schwerpunkt in den Bereichen der Ver- und Entsorgung (insbesondere Wasserver- und Abwasserentsorgung) gemessen werden. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind beispielsweise mehr als 90 Prozent der Gemeinden bereits in Zweckverbänden organisiert.

Darüber hinaus nutzt die große Mehrzahl der Gemeinden in Thüringen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft nach den §§ 46 bis 52 ThürKO zur Verbesserung ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft. Verwaltungsgemeinschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts (keine Gebietskörperschaften) mit dem Recht, eigenes Personal zu beschäftigen. Die Verwaltungsgemeinschaft nimmt alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden wahr. Die Mitgliedsgemeinden bleiben rechtlich und politisch selbstständig. Sie bleiben für

die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig, behalten ihren Namen, ihr Gebiet, ihr Ortsrecht, ihre Organe und ihren Gemeindehaushalt. Die Verwaltungsgemeinschaft ist die Verwaltungsbehörde der Mitgliedsgemeinden. Sie erhebt für die Aufgabenerfüllung von ihren Mitgliedsgemeinden eine Umlage, wenn ihre Einnahmen nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken.

Die kommunale Struktur der erfüllenden Gemeinde nach § 51 ThürKO ist eine Sonderform der Verwaltungsgemeinschaft. Die erfüllende Gemeinde übernimmt zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben für benachbarte kreisangehörige Gemeinden (übertragende Gemeinden) die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft. Ebenso wie der Verwaltungsgemeinschaft obliegt der erfüllenden Gemeinde die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der übertragenden Gemeinde. Die erfüllende Gemeinde hat für die Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben gegenüber der übertragenden Gemeinde Anspruch auf Kostenersatz, soweit die Einnahmen oder Erträge zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Die übertragende Gemeinde bleibt wie die Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig und hat eine entsprechende Rechtsstellung. Das Rechtsinstitut der erfüllenden Gemeinde wurde in der Vergangenheit in erster Linie als Vorstufe zur späteren Eingemeindung im Verflechtungsbereich größerer Gemeinden (Zentrale Orte) gewählt.

Durch die Zusammenarbeit in Verwaltungsgemeinschaften konnte in der Vergangenheit zunächst der Verwaltungsschwäche der überwiegend kleinen und kleinsten Mitgliedsgemeinden entgegenwirkt werden. Die Mitgliedsgemeinden behalten zudem ihre Gemeindeorgane Bürgermeister und Gemeinderat, die oft Motor eines höheren bürgerschaftlichen Engagements sind.

Verwaltungsgemeinschaften verfügen aber im Verhältnis zu den von der Größe her vergleichbaren Einheits- oder Landgemeinden nur über eine strukturbedingt eingeschränkte Leistungsfähigkeit. Die Gründe hierfür wurden ausführlich in der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 und zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik (Drucksache 6/5308) dargelegt. Die Vor- und Nachteile des Rechtsinstituts der erfüllenden Gemeinde entsprechen im Wesentlichen denen der Verwaltungsgemeinschaften. Besonders problematisch ist jedoch, dass es der Stärkung von Zentralen Orten entgegenwirkt.

Mit Blick auf die beschriebenen geänderten und sich ändernden Rahmenbedingungen geraten die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden trotz des hohen Engagements der Beteiligten seit Jahren zunehmend an ihre Grenzen. Sie können nicht die Leistungsschwächen der überwiegend kleinen und kleinsten Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften sind, beziehungsweise ihre Angelegenheiten von der erfüllenden Gemeinde erledigen lassen, ausgleichen. Darüber hinaus steigt aus verschiedenen Gründen der Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaften selbst (beispielsweise durch Tarifierhöhungen). Dieser kann in der Regel nicht mehr durch Optimierung des Personalbestandes und des Verwaltungshandelns ausgeglichen werden, weil insbesondere der Personalansatz oft schon bis zum möglichen Minimum reduziert wurde. Nicht änderbar ist weiter der teilweise hohe Verwaltungsaufwand, der vor allem durch die Anzahl der Mitgliedsgemeinden bestimmt ist. Die Verwaltungen müssen ihre Leis-

tungen für eine perspektivisch stark sinkende Einwohnerzahl vorhalten, was zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Verwaltungskosten führt.

Die in Zukunft zu erwartenden Veränderungen und Anforderungen an die Kommunalverwaltungen sprechen gegen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde. Vor dem Hintergrund der wesentlich geänderten und in Änderung befindlichen Rahmenbedingungen erscheint es nicht mehr ausreichend, lediglich die Verwaltungskraft kleiner Gemeinden durch Einbindung in eine Verwaltungsgemeinschaft oder Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde zu stärken, um den in der Zukunft zu erwartenden Herausforderungen zu begegnen. Daher wird im Rahmen der Gemeindegebietsreform Einheits- und Landgemeinden Vorrang eingeräumt und darauf hingewirkt, Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden zu Einheits- und Landgemeinden fortzuentwickeln.

Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017, mit dem das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen aus formellen Gründen für nichtig erklärt wurde, haben die regierungstragenden Parteien die Möglichkeit der Einführung eines der Verbandsgemeinde vergleichbaren Gemeindemodells erneut geprüft. Nach einem intensiven Abstimmungsprozess, unter anderem mit dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen, ist jedoch deutlich geworden, dass die mit der Einführung dieses neuen Modells verbundenen rechtlichen Fragen kurzfristig nicht gelöst werden können. Daher wird die Einführung dieses Gemeindemodells derzeit nicht weiter verfolgt. Ihre Einführung als Rechtsinstitut soll gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt nochmals geprüft werden.

Die Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden zu Einheits- oder Landgemeinden ermöglicht eine stärkere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen, die wiederum eine noch wirtschaftlichere Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge möglich macht. In Einheits- beziehungsweise Landgemeinden besteht gegenüber den Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden die Möglichkeit, eine einheitliche und abgestimmte Planung und Entwicklung für ein deutlich größeres Gebiet durchzuführen. Im Vergleich zur Summe der einzelnen Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft verfügt eine Gemeinde gleicher Größenordnung über einen erheblich größeren finanziellen Handlungsspielraum, da es nur einen Gemeindehaushalt gibt, der unter anderem die Möglichkeit eröffnet, sich neu zu profilieren und gezieltere Prioritäten für das Gesamtgebiet zu setzen, aber auch größere Investitionen durchzuführen.

#### Richtungsentscheidung in der 6. Legislaturperiode: Zunächst keine pflichtigen Strukturänderungen

Nach den ursprünglichen Planungen für die Gemeindegebietsreform sollten das Leitbild und die Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden innerhalb der 6. Legislaturperiode im Zuge von freiwilligen und pflichtigen Strukturänderungen flächendeckend umgesetzt werden. Die Reform wäre in diesem Zeitrahmen mit einer Pflichtphase abgeschlossen worden.

Nachdem das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen aus formellen Gründen für nichtig erklärt wurde, haben die regierungstragenden Parteien und der Landtag eine Anpassung der Gebietsreformpläne eingeleitet.

Auf der Basis des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 15. August 2017 und des Eckpunktebeschlusses des Landtags vom 13. Dezember 2017 wurde davon abgesehen, in der 6. Legislaturperiode pflichtige Neugliederungen durchzuführen. Die Planungen für pflichtige Strukturänderungen zur flächendeckenden Schaffung von leistungs- und verwaltungsstarken Gebietskörperschaften, die die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen und ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden, wurden zurückgestellt, um unter Beachtung der hohen Bedeutung des Prinzips der Freiwilligkeit zunächst ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden umzusetzen.

Die regierungstragenden Parteien streben auch in der 7. Legislaturperiode keine pflichtigen Gemeindeneugliederungen an. Vielmehr sollen weiterhin ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund kann der vorliegende Gesetzentwurf das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform nur in dem Rahmen umsetzen, den die freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden eröffnen.

#### **IV. Umsetzung von Anträgen auf freiwillige Bildung neuer Gemeindestrukturen und Verwirklichung des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform**

Der Freiwilligkeit soll bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt werden.

Ein vorgeschalteter Zeitraum für freiwillige Neugliederungen begegnet nach den Hinweisen des Verfassungsgerichtshofs in seinem Urteil vom 9. Juni 2017 ebenso wenig verfassungsrechtlichen Bedenken, wie die Beschränkung einer Gebietsreform auf die Gemeinden, wenn die Kriterien, nach denen im konkreten Fall bestimmt wird, ob eine von Gemeinden angestrebte freiwillige Neugliederung vom Gesetzgeber umgesetzt wird, nicht von denjenigen abweichen, die für spätere pflichtige Neugliederungen gelten.

Mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform wurde den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, selbst Beschlüsse zur Bildung neuer Gemeindestrukturen zu fassen. Damit wurde insbesondere den Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und ebenso der Zuständigkeit der gewählten Vertreter der Gemeinden, in eigener Verantwortung die Voraussetzungen für zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen zu schaffen, Rechnung getragen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen bieten die Chance, die Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen aus eigener Kenntnis der Verhältnisse vor Ort zu planen und zu gestalten.

Auch Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften sind, können einen Antrag auf Bildung von leitbildgerechten Gemeindestrukturen bei dem für Kommunalrecht zuständigen Ministerium stellen.

Die in diesem Zusammenhang entscheidenden Gemeinderatsbeschlüsse beruhen auf Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen und Artikel 28 des Grundgesetzes. Danach haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. § 1 Abs. 2 ThürKO besagt, dass



Gemeinden Gebietskörperschaften sind und das Recht haben, die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze zur Förderung des Wohls ihrer Einwohner zu verwalten. Über die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde beschließt der Gemeinderat (§ 22 Abs. 3 Satz 1 ThürKO). Aufgaben des eigenen Wirkungskreises sind alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die in der Gemeinde wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben (§ 2 Abs. 1 ThürKO).

Damit steht jeder Gemeinde, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Verwaltungsgemeinschaft, das Recht zu, ihren eigenen Bestand zu überprüfen und bei Bedarf eine Neugliederung auf den Weg zu bringen. Bei der Bewertung dieser Anträge sind jedoch mögliche Auswirkungen auf die anderen Mitgliedsgemeinden der jeweils betroffenen Verwaltungsgemeinschaft zu berücksichtigen.

Da derzeit ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden erfolgen und somit Leitbild und Leitlinien der Reform noch nicht flächendeckend umgesetzt werden können, besteht die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 46 Abs. 1 ThürKO oder die Übertragung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO (erfüllende Gemeinde) grundsätzlich zunächst fort. Solche Strukturänderungen sind vorerst weiterhin möglich, wenn sie der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dienen und keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen. Für den Übergangszeitraum - bis zum Abschluss der flächendeckenden Gemeindegebietsreform beziehungsweise der Schaffung leitbildgerechter Strukturen - stellen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden ein geeignetes Instrumentarium dar, um die ordnungsgemäße Erfüllung öffentlicher Aufgaben sicherstellen zu können. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen freiwillige Neugliederungen von Gemeinden anderenfalls dazu führen würden, dass Strukturen zurückbleiben, die nicht ausreichend leistungsfähig sind und den Anforderungen der Thüringer Kommunalordnung nicht gerecht werden. So dienen beispielsweise bei der freiwilligen Neugliederung von Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft, die nicht von allen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft mitgetragen werden, erfüllende Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften als Instrumente des Übergangs und werden daher weiterhin benötigt. Der Vorrang der Bildung von Einheits- und Landgemeinden und das entsprechende Ziel der Fortentwicklung von Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden werden insoweit jedoch nicht in Frage gestellt.

Der großzügigere zeitliche Rahmen für die flächendeckende Verwirklichung des Leitbildes und der Leitlinien, der mit einer stärkeren Fokussierung auf freiwillige Neugliederungen einhergeht, ist auch für die Anwendung der Leitlinien im Zeitraum der freiwilligen Strukturierungen von erheblicher Bedeutung.

So hat im Zuge der freiwilligen Neugliederungen eine große Zahl von Gemeinden Anträge auf Bildung von Strukturen gestellt, die - bezogen auf das Jahr 2035 - eine Einwohnerzahl von 6.000 noch nicht erreichen. In diesen Fällen haben sich Gemeinden zusammengefunden, um auf zum Teil drängende gegenwärtige sowie künftig zu erwartende Herausforderungen zu reagieren und ihre Leistungsfähigkeit durch die Bündelung ihrer Ressourcen und Kompetenzen zu steigern. Es stehen in diesen Fällen jedoch für die Bildung einer Einheits- oder Landgemeinde mit mindestens 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die

nach den Leitlinien des Gesetzgebers Vorrang hat, im Rahmen der freiwilligen Strukturänderung nicht genügend oder keine entsprechenden Partner zur Verfügung.

Die Unterschreitung einer Einwohnerzahl von 6.000 führt nicht dazu, dass die hiervon betroffenen Neugliederungsanträge von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben. Die in den Leitlinien vorgesehene Mindesteinwohnerzahl stellt nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs ein Optimierungsgebot dar, bei dessen Anwendung die Besonderheiten jedes Einzelfalls zu berücksichtigen sind. Abweichungen können oder müssen insbesondere dann zugelassen werden, wenn sie durch historische, wirtschaftliche, landsmannschaftliche, topografische oder landschaftliche Gesichtspunkte, durch die geografische Lage, die Siedlungsstruktur oder die Erfordernisse der Raumordnung begründet sind. Gleiches gilt bei besonderen Sachverhaltsgestaltungen, wenn keine sinnvolle neue Gebietsstruktur erkennbar ist, kein potenzieller Partner für eine Kommune mit Gebietsänderungsbedarf zu finden ist oder die Neugliederung zu einer flächenmäßigen Überdehnung führen würde (Thüringer Verfassungsgerichtshof, Urteil vom 9. Juni 2017, S. 64).

Über solche besonderen Einzelfallgestaltungen hinaus sieht der vorliegende Gesetzentwurf die Umsetzung von Neugliederungen vor, bei denen die Einwohnerzahl von 6.000 erst durch weitere Gemeindezusammenschlüsse erreicht werden kann. Hierdurch kann die Leistungs- und Verwaltungskraft der beteiligten Gemeinden bereits jetzt verbessert werden. Die umliegenden Gemeinden werden infolge dieser Maßnahmen weder geschwächt noch in ihrer Entwicklung behindert. Für sie ist eine Neugliederung zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Die Leitlinie, dass die Bildung von Einheits- oder Landgemeinden mit einer Mindesteinwohnergröße von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 Vorrang hat, wird damit nicht aufgegeben. Vielmehr erfolgt in den betreffenden Fällen eine freiwillige Neugliederung, die den Beschlüssen der antragstellenden Gemeinden Rechnung trägt und zugleich einen ersten Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur darstellt. Ausgehend von weiteren Neugliederungen zu einem späteren Zeitpunkt ist die Neugliederung der betroffenen Strukturen nicht als endgültig abgeschlossen zu betrachten. Ein Bestandsschutz kann insoweit erst nach Abschluss einer flächendeckenden Gemeindegebietsreform entstehen.

Der Landtag hat mit seinem Beschluss vom 13. Dezember 2017 über die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen festgelegt, dass dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt werden soll. Würde der vorliegende Gesetzentwurf grundsätzlich nur solche Neugliederungen beinhalten, welche die Einwohnerzahl von 6.000 erreichen, hätte dies zur Folge, dass alle übrigen sinnvollen, von den Gemeinden auf der Basis ihres Selbstverwaltungsrechts unter den derzeitigen Gegebenheiten freiwillig beschlossenen Neugliederungen nicht umgesetzt werden könnten. Dies könnte für die Gemeinden sowie für die rechtssichere und sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben erhebliche Nachteile haben und würde dem Prinzip der Freiwilligkeit nicht gerecht werden.

Neugliederungen, die von den Gemeinden beschlossen und beantragt werden, fußen auf ihrer verfassungsrechtlich verankerten Selbstverwaltungsgarantie. Das Recht der Gemeinden zur eigenverantwortlichen Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft setzt notwendig voraus, dass diese eine Neugliederung anstoßen können, wenn sie

nach einer kritischen Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit die Notwendigkeit einer Strukturänderung sehen. Nur so kann eine effektive und eigenverantwortliche Wahrnehmung der örtlichen Angelegenheiten gewährleistet werden. Streben Gemeinden daher zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Neugliederung an, so ist dies mit besonderem Gewicht zu berücksichtigen.

Entsprechend der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs werden die Belange der kommunalen Selbstverwaltung durch freiwillige Zusammenschlüsse tendenziell in weniger einschneidender Weise betroffen als im Falle pflichtiger Neugliederungen.

Solche freiwilligen Zusammenschlüsse tragen nicht nur dem selbstbestimmten Willen der Gemeinden Rechnung. Sie sind vielmehr auch dann, wenn sie die vorrangig angestrebte Einwohnerzahl von 6.000 noch nicht erreichen, in der Regel geeignet, durch eine Ressourcenbündelung und Strukturvergrößerung die Leistungs- und Verwaltungskraft der Kommunen zu erhöhen. Sie stellen in diesem Sinne im Vergleich zum Status Quo eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft dar und sind daher ein Schritt in die richtige Richtung auf dem Weg zur Verwirklichung des gesetzgeberischen Leitbildes. Zugleich können solche Neugliederungen dazu beitragen, dass weitere potenzielle Partner für eine Erweiterung der neuen Struktur durch die positiven Erfahrungen der beteiligten Gemeinden motiviert werden, sich ebenfalls freiwillig zu einer Neugliederung zu entschließen. So kann gegebenenfalls auch in einem späteren zweiten Schritt auf freiwilliger Basis eine Einwohnerzahl von 6.000 erreicht werden, ohne dass es einer pflichtigen Regelung und somit eines erheblichen Eingriffs des Gesetzgebers in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedarf.

Die gleichen Maßstäbe gelten auch im Hinblick auf weitere Leitlinien der Gemeindegebietsreform. So ist in Einzelfällen auch die Umsetzung freiwilliger Neugliederungen vorgesehen, die noch nicht zu einer Struktur führen, welche die Funktion eines Zentralen Ortes wahrnehmen kann. Diese Neugliederungen stellen ebenfalls einen ersten Schritt hin zu einer leitbild- und leitliniengerechten Struktur dar. Das heißt, dass die Neugliederung zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit führt, die umliegenden Gemeinden nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert werden und im Zuge einer späteren weiteren Neugliederung die Verwirklichung einer leitliniengerechten Struktur möglich ist.

Die in diesen Gesetzentwurf aufgenommenen Neugliederungen lassen eine Steigerung der Leistungs- und Verwaltungskraft der betroffenen Gemeinden erwarten. Sie ermöglichen eine weitere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen. Sie tragen dazu bei, auch unter Berücksichtigung der sich weiter verändernden Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung künftig eine hinreichende Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu gewährleisten. Gleichzeitig beachten sie die Anforderungen an eine angemessene Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung und der bürgerschaftlich-demokratischen Teilhabe.

Ausgehend von den vorangehenden Ausführungen erfolgen die Neugliederungen nicht allein in einer quantifizierenden Betrachtung der Mindesteinwohnerzahl. Im Rahmen einer Abwägung der im jeweiligen Einzelfall bedeutsamen Gemeinwohlbelange und unter Beachtung von regionalen oder örtlichen Besonderheiten sprechen überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls nach Maßgabe von Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie § 9 Abs. 1 und § 92 Abs. 1

ThürKO für die in diesem Gesetz vorgesehenen Neugliederungen, wobei den Kriterien im Einzelfall jeweils eine unterschiedliche Bedeutung zukommen kann.

Die beantragten Bestandsänderungen bedürfen nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie nach § 9 Abs. 3 Satz 1 ThürKO einer gesetzlichen Regelung. Gleiches gilt nach § 51 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO für die in einigen Fällen erfolgende Aufhebung der Übertragung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft auf eine benachbarte Gemeinde nach § 51 ThürKO (erfüllende Gemeinde).

Die Neugliederungsmaßnahmen werden durch Finanzhilfeinstrumente begleitet, die im Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) in der jeweils geltenden Fassung geregelt wurden.

## V. Sonstiges

In der nachfolgenden Begründung zu den einzelnen Bestimmungen des Artikels 1 werden unter anderem Einwohnerzahlen, die Verschuldung je Einwohnerin und Einwohner sowie die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner dargestellt.

Die Angaben zu den Einwohnerzahlen der Gemeinden ergeben sich aus der vom Landesamt für Statistik fortgeschriebenen Bevölkerungsstatistik zum 31. Dezember 2020. Soweit Einwohnerzahlen der Gemeinden für das Jahr 2035 angegeben werden, basieren diese auf der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik. Angaben zu den Einwohnerzahlen von Ortsteilen beziehen sich auf den Stand 31. Dezember 2020 und beruhen auf einer Mitteilung des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes, da diese Daten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Soweit bei Angaben zu den Einwohnerzahlen von vergrößerten Gemeinden im Jahr 2035 die Einwohnerzahlen von Ortsteilen im Jahr 2035 zu berücksichtigen waren (Fälle von Gemeindeteilungen), hat das Ministerium für Inneres und Kommunales eine eigene Vorausberechnung vorgenommen, da ortsteilbezogene Einwohnerdaten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Hierbei wurde auf die ortsteilbezogenen Einwohnerdaten des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes zum Stand 31. Dezember 2020 zurückgegriffen und der sich hieraus ergebende prozentuale Anteil der Ortsteile an der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde zu der im Rahmen der 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung durch das Landesamt für Statistik für das Jahr 2035 vorausgerechneten Einwohnerzahl der entsprechenden Gemeinde ins Verhältnis gesetzt.

Der Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner (Landesamt für Statistik "Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zum 31. Dezember 2020") wird jeweils dem Landesdurchschnitt der Verschuldung der Gemeinden in Thüringen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 446,51 Euro je Einwohnerin und Einwohner gegenübergestellt. Bei dem Wert von 446,51 Euro handelt es sich um einen bereinigten Wert, der die bei den kreisfreien Städten in der Statistik mit abgebildeten Anteile für Kreisaufgaben ausblendet.

Als Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner werden die Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen je Einwohnerin und Einwohner aufgeführt, die der Statistik des Landesamtes für Statistik "Steuerein-

nahmen der Gemeinden nach der Art der Steuer in Thüringen" (Stand: 31. Dezember 2020) entnommen sind.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1 (Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023)**

Zu § 1 (Städte Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal - Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis)

#### **Zu Absatz 1**

Die Gemeinden Anrode (3.125 Einwohnerinnen und Einwohner), Dünwald (2.237 Einwohnerinnen und Einwohner) und Menteroda (1.885 Einwohnerinnen und Einwohner) aus dem Unstrut-Hainich-Kreis werden zum Zweck ihrer Neugliederung aufgelöst.

Die erforderlichen Auflösungsbeschlüsse der Gemeinden liegen vor.

Die für die Auflösung und Neugliederung der Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda sprechenden Gründe des öffentlichen Wohls ergeben sich aus den Begründungen zu den Absätzen 2 bis 4.

#### **Zu Absatz 2**

Bereits seit vielen Jahren wird in den Gemeinden Anrode und Dünwald die Ausrichtung auf den Landkreis Eichsfeld und eine landkreisübergreifende Neugliederung thematisiert. Hierbei zeigte sich frühzeitig, dass in den Gemeinden kein homogenes Meinungsbild hinsichtlich eines Kreiswechsels besteht, sondern vor allem ortsteilbezogen unterschiedliche Auffassungen vorherrschen.

Im Vorfeld ihrer Neugliederungsbeschlüsse haben die Gemeinden Anrode und Dünwald ihre Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der künftigen Gemeindezuordnung befragt.

Im Rahmen der Bürgerbefragung in der Gemeinde Anrode in der Zeit vom 14. Mai bis zum 30. Mai 2021 sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Bickenriede mit einer Mehrheit von 81,1 Prozent der gültigen Stimmen sowie die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zella mit einer Mehrheit von 85,5 Prozent der gültigen Stimmen für eine Eingliederung in die Stadt Dingelstädt im benachbarten Landkreis Eichsfeld aus. Die Bürgerinnen und Bürger der übrigen drei Ortsteile votierten hingegen mehrheitlich für eine Neugliederung innerhalb des Unstrut-Hainich-Kreises. An der Befragung beteiligten sich insgesamt 89,3 Prozent der abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

Bei der Bürgerbefragung in der Gemeinde Dünwald in der Zeit vom 22. Juli bis zum 8. August 2021 sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Beberstedt mit einer Mehrheit von 82,3 Prozent der gültigen Stimmen sowie die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Hüpstedt mit einer Mehrheit von 54,5 Prozent der gültigen Stimmen ebenfalls für eine Eingliederung in die Stadt Dingelstädt im benachbarten Landkreis Eichsfeld aus. Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zaunröden votierten hingegen mehrheitlich für eine Neugliederung innerhalb des Unstrut-Hainich-Kreises. An der Befragung beteiligten sich 85,4 Prozent der abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerbefragung hat der Gemeinderat der Gemeinde Anrode am 16. Juni 2021 die Eingliederung der Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella in die Stadt Dingelstädt im Landkreis Eichsfeld beschlossen. Der Gemeinderat der Gemeinde Dünwald entschied sich am 27. Oktober 2021 ebenso unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerbefragung für eine kreisübergreifende Eingliederung der Gebiete der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt in die zum Landkreis Eichsfeld gehörende Stadt Dingelstädt.

Der für diese in Absatz 3 geregelten Eingliederungen erforderliche Wechsel der Gebiete der Ortsteile Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld stellt sich rechtlich als Änderung des Gebietes der Landkreise dar. Die Gebietsänderung ist nach Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 92 Abs. 1 ThürKO aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich. Die maßgeblichen Gründe des öffentlichen Wohls sind die Verflechtungsbeziehungen der an der Neugliederung beteiligten Gemeindestrukturen untereinander und gemeinsam zum Landkreis Eichsfeld sowie die Verbesserung der finanziellen und personellen Leistungskraft durch die Neugliederung der Gemeindestrukturen.

Nach den für die Neugliederung von kreisangehörigen Gemeinden maßgebenden Leitlinien sind Landkreisgrenzen überschreitende Neugliederungen möglich, sofern leitbildgerechte Gemeindestrukturen entstehen und diese der Stärkung kreisfreier Städte nicht entgegenstehen. Das ist hier der Fall, da die neue Gemeindestruktur keine kreisfreie Stadt tangiert und mit der Erwartung verknüpft ist, dass die Leistungs- und Verwaltungskraft der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden verbessert wird. Leitbildgerecht sind im Rahmen der gegenwärtigen freiwilligen Neugliederungen Gemeindestrukturen, die dem Ziel dienen, leistungs- und verwaltungsstarke Gebietskörperschaften zu schaffen, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürger-nah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Im Interesse der beteiligten Landkreise ist zu berücksichtigen, welche Auswirkungen der Wechsel der Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld hat.

Der Kreistag des Landkreises Eichsfeld hat in seiner Sitzung am 8. Dezember 2021 beschlossen, dem Wechsel der Gebiete der vier Ortsteile vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld zuzustimmen. Der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises hat sich bislang nicht zu der beantragten Neugliederung positioniert.

Die Landkreise werden im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu dem vorliegenden Gesetzentwurf schriftlich auf die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme hingewiesen, mit der sie dem Gesetzgeber ihren Standpunkt ausführlich darlegen können.

Bei der Abwägung der Belange der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und der Belange der betroffenen Landkreise ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vergleichsweise größere Spielräume bei der Bestimmung des Hoheitsgebietes von Landkreisen hat. Während räumlicher Bezugspunkt der gemeindlichen Selbstverwaltung die örtliche Gemeinschaft ist, bestimmt der Gesetzgeber das geographische Gebiet der Landkreise anhand überörtlicher Gesichtspunkte, zu

denen vor allem größere geographische Zusammenhänge, landsmannschaftliche und historische Verbindungen und regionale wirtschaftliche Verflechtungen zählen (Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 14. Oktober 2020, Az.: 45/19, Teil B Abschnitt II Nr. 4 und 6 Buchst. f Doppelbuchst. aa).

Die in Absatz 2 geregelte Kreisgebietsänderung geht maßgeblich auf die religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen der Gebiete der Ortsteile Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt und ihrer Bevölkerung zum Landkreis Eichsfeld, dessen Gemeinden sowie deren Einwohnerinnen und Einwohnern zurück.

Die Ortsteile Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt waren über viele Jahrhunderte bis etwa zum Beginn des 19. Jahrhunderts dem historischen Eichsfeld zugeordnet. In dieser Zeit haben sich viele Gemeinsamkeiten in den Bereichen der Religion, der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der Traditionen und der Mentalität entwickelt, die trotz der inzwischen seit etwa 200 Jahren bestehenden administrativen Trennung zum Teil bis heute fortauern und Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls als "Eichsfelder" sind. Charakteristisch ist insbesondere die bis heute überwiegend katholische Religionszugehörigkeit der Bevölkerung, die sich damit deutlich von der Mehrheit der mitteldeutschen Regionen abhebt.

Die Überlegungen in den Gemeinden Anrode und Dünwald hinsichtlich einer Gemeindeneugliederung standen von Beginn an in engem Zusammenhang mit der Frage der territorialen Zugehörigkeit zum historischen Eichsfeld und der Zusammenführung der getrennten Gebiete im heutigen Landkreis Eichsfeld. Mit der Kreisgebietsänderung wird den genannten Verflechtungsbeziehungen Rechnung getragen.

Die Verflechtungen der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald mit der zum Landkreis Eichsfeld gehörenden Stadt Dingelstädt sind entsprechend der Begründung zu Absatz 3 auch in weiteren Bereichen stärker ausgeprägt als die Verflechtungen zu den Gemeinden des Unstrut-Hainich-Kreises.

Zudem werden die übereinstimmenden Beschlüsse der beteiligten Gemeinden zur freiwilligen Neugliederung und zum damit verbundenen Kreiswechsel der vier Ortsteile mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten.

Des Weiteren verfügt die Gemeinde Dünwald aktuell nur über 2.237 Einwohnerinnen und Einwohner und unterschreitet damit die in § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 3.000 für eigenständige Gemeinden. Dem hieraus resultierenden Neugliederungsbedarf im Sinne des § 46 Abs. 3 Satz 1 ThürKO wird mit der beantragten Neugliederung abgeholfen.

Der Unstrut-Hainich-Kreis (101.698 Einwohnerinnen und Einwohner, Stand: 31. Dezember 2020) verliert durch die Änderung seines Kreisgebietes ausweislich der aktuellen Daten der Einwohnermeldeämter der Gemeinden Anrode und Dünwald etwa 3.869 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31. Dezember 2020). Dies entspricht einem Anteil von vergleichsweise geringen 3,8 Prozent.

Anhaltspunkte dafür, dass durch die Kreisgebietsänderung der räumliche und landesplanerische Zusammenhang des Kreisgebietes, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft oder die Fähigkeit des Unstrut-Hainich-Kreises zur Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben unzumutbar beeinträchtigt werden, sind nicht erkennbar.

Zudem werden die mit dem Gebietsverlust verbundenen wirtschaftlichen Nachteile des Unstrut-Hainich-Kreises durch die in § 21 vorgesehenen Kompensationszahlungen abgedeckt, welche den notwendigen Anpassungsprozess begleiten. Weitere Ausgleichsansprüche des Landkreises können sich gegebenenfalls aus dem nach § 15 vorgesehenen Auseinandersetzungsvertrag ergeben.

Unter Zugrundelegung des Freiwilligkeitsprinzips wird daher den für die neue Gemeindestruktur und den Kreiswechsel der Gebiete der Ortsteile Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt sprechenden Gesichtspunkten des öffentlichen Wohls, einschließlich der mit der Neugliederung verfolgten Verbesserung der finanziellen und personellen Leistungskraft der beteiligten Gemeinden und der Stärkung der Stadt Dingelstädt als Zentraler Ort, der Vorrang gegenüber den Gemeinwohlbelangen eingeräumt, die für ein Fortbestehen des Status quo und den Verzicht auf eine Kreisgebietsänderung sprechen.

#### Zu Absatz 3

Die zum Gebiet der aufgelösten Gemeinde Anrode gehörenden Gebiete der Ortsteile Bickenriede (1.430 Einwohnerinnen und Einwohner) und Zella (275 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie die zum Gebiet der aufgelösten Gemeinde Dünwald gehörenden Gebiete der Ortsteile Beberstedt (606 Einwohnerinnen und Einwohner) und Hüpstedt (1.558 Einwohnerinnen und Einwohner) werden in das Gebiet der Stadt Dingelstädt (6.834 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Dingelstädt sowie der Gemeinden Anrode und Dünwald liegen vor. Darüber hinaus wurden vom Stadtrat und von den Gemeinderäten beschlossene und von den Bürgermeistern unterzeichnete Eingliederungsverträge vorgelegt.

Die in den Absätzen 3 bis 5 geregelten Eingliederungen sind mit einer ortsteilbezogenen Teilung der Gebiete der Gemeinden Anrode und Dünwald verbunden.

Die Gemeinde Anrode wurde durch § 33 des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden vom 23. Dezember 1996 neu gebildet. Sie entstand zum 1. Januar 1997 durch die Auflösung und den Zusammenschluss der bis zu diesem Zeitpunkt der Verwaltungsgemeinschaft "Landgraben-West" angehörenden Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella sowie der Gemeinde Lengfeld. Der Gesetzgeber ging bei der Bildung der Gemeinde Anrode ausweislich der Gesetzesbegründung davon aus, dass die bestehenden Verflechtungen zwischen den damaligen Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella, insbesondere die Zugehörigkeit zum selben Landkreis, die räumlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten, die vorherige Verwaltungszusammenarbeit innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft "Landgraben-West" und weitere historisch gewachsene Strukturen einen Zusammenschluss tragen. Hinsichtlich der damaligen Gemeinde Lengfeld, die einen Beitritt zur Gemeinde Unstruttal beschlossen und beantragt hatte, ging der Gesetzgeber davon aus, dass diese landschaftlich und



infrastrukturell stärker auf die damaligen Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella ausgerichtet ist.

Festzustellen ist, dass die seinerzeit neu gebildete Struktur nicht in dem Maße zusammengewachsen ist, wie dies bei der Verabschiedung des Neugliederungsgesetzes im Jahr 1996 erwartet worden war. Im Zuge der seit vielen Jahren stattfindenden Diskussionen über eine weitere Neugliederung der Gemeinde Anrode zeigte sich, dass insbesondere die Frage der Zugehörigkeit zum Eichsfeld beziehungsweise dem Landkreis Eichsfeld und dessen Gemeinden für einen Teil der Bevölkerung eine herausragende Bedeutung aufweist und dabei ortsteilbezogen sehr unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Insoweit wird auf die in der Begründung zu Absatz 2 näher dargelegten Ergebnisse der Bürgerbefragung verwiesen. Den religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen der Ortsteile der Gemeinde Anrode ist nach heutigem Kenntnisstand und unter Einbeziehung der Entwicklung der vergangenen 25 Jahre eine gewichtigere Bedeutung zuzumessen als dies kurz nach der deutschen Wiedervereinigung und der Errichtung des Landkreises Eichsfeld absehbar war.

Gleiches gilt im Fall der Gemeinde Dünwald. Diese entstand zum 1. Januar 1994 durch die Auflösung und den kreisübergreifenden Zusammenschluss der damaligen Gemeinden Beberstedt und Hüpstedt aus dem früheren Landkreis Mühlhausen sowie der Gemeinde Zaunröden aus dem früheren Landkreis Sondershausen nach § 1 der Thüringer Verordnung über die Auflösung und Zusammenlegung der Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zaunröden vom 1. November 1993 (GVBl. S. 704).

Die Erwartung, dass die Gebiete trotz der bisherigen Kreisgrenze nachhaltig zu einer neuen Gemeindestruktur zusammenwachsen, hat sich ebenfalls nicht in dem gewünschten Ausmaß erfüllt. Auch in der Gemeinde Dünwald ist, nicht zuletzt anhand des Ergebnisses der Bürgerbefragung, erkennbar, dass den unterschiedlichen religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen der heutigen Ortsteile eine maßgebliche Bedeutung zukommt.

Sowohl die Gemeinde Anrode als auch die Gemeinde Dünwald haben nach Maßgabe des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform Neugliederungsbedarf. Für die Gemeinde Dünwald besteht darüber hinaus gesetzlicher Neugliederungsbedarf nach § 46 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 ThürKO, da sie die Mindesteinwohnerzahl von 3.000 für eigenständige Gemeinden unterschreitet. Im Zuge der notwendigen und nunmehr beantragten freiwilligen Neugliederung der Gemeinden kann den unterschiedlichen religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen ihrer Ortsteile durch deren unterschiedliche Gemeindezuordnung Rechnung getragen werden.

Mit der Eingliederung der Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der Stadt Dingelstädt auf circa 9.670 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie liegt damit über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Dingelstädt ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Die Gemeinden Anrode und Dünwald sind derzeit dem Grundversorgungsbereich des Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Mühlhausen/Thüringen zugeordnet. Die mittelzentrale Ausrichtung der

antragstellenden Gemeinden gemäß dem Landesentwicklungsprogramm 2025 ist unterschiedlich. Die Stadt Dingelstädt ist dem Funktionsraum Leinefelde-Worbis zugeordnet, die Gemeinde Anrode dem Funktionsraum Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Dünwald in bilateraler Weise den Funktionsräumen Mühlhausen/Thüringen und Leinefelde-Worbis.

Die Strukturänderung dient dem Ziel, das Grundzentrum Dingelstädt durch die Eingliederungen zu stärken.

Zwischen der Stadt Dingelstädt und den Ortsteilen Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald bestehen die nachfolgend dargelegten intensiven infrastrukturellen, gesellschaftlichen und historischen Verflechtungsbeziehungen. Die bestehenden religiösen und landsmannschaftlichen Verflechtungen wurden bereits in der Begründung zu Absatz 2 dargestellt.

Das Gebiet der Stadt Dingelstädt grenzt im Norden an die Stadt Leinefelde-Worbis und die Gemeinde Niederorschel und im Westen an die Gemeinden Geisleden und Heuthen, im Osten an die Gemeinden Anrode und Dünwald im Unstrut-Hainich-Kreis sowie im Süden an die Gemeinden Küllstedt und Wachstedt sowie die Gemeinden Anrode und Dünwald im Unstrut-Hainich-Kreis. Die durch die Eingliederung der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald vergrößerte Stadt Dingelstädt weist ein kompaktes Gemeindegebiet auf. Die Fläche der neuen Struktur beträgt etwa 105,5 Quadratkilometer und hat eine Ost-West-Ausdehnung von etwa 17 Kilometern sowie eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 15 Kilometern.

Als Grundzentrum verfügt die Stadt Dingelstädt über Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung sowie umfassende Angebote bei Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfes, die auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden einschließlich der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald genutzt werden können. Die Gemeinden Anrode und Dünwald erfüllen teilweise Versorgungsfunktionen des Grundbedarfs und privater sowie öffentlicher Infrastruktur in lokalem Umkreis.

Die Entfernung zwischen der Stadt Dingelstädt und den südlich von der Stadt liegenden Ortsteilen Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald beträgt etwa acht, fünf, sieben beziehungsweise elf Kilometer. Mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Stadt Dingelstädt von den Ortsteilen Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald über die Bundesstraße 247 und die Landesstraßen 2041, 1006, 1008 und 2043 innerhalb von maximal 15 Minuten zu erreichen. Auch durch günstige Busverbindungen ist eine gute Erreichbarkeit der Stadt Dingelstädt gewährleistet. Der Bahnhof Silberhausen im gleichnamigen Ortsteil der Stadt Dingelstädt und der Bahnhof Dachrieden in der Gemeinde Unstruttal sind für Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt die nächstgelegenen Aufstiegsmöglichkeiten zu Zügen des Regionalverkehrs.

Die antragstellenden Gemeinden sind in einem gemeinsamen, homogenen landschaftlichen Kontext aus Wald und landwirtschaftlich genutzten Flächen um die Siedlungsteile eingebettet. Die Unstrut durchfließt das Gebiet der antragstellenden Gemeinden in annähernder Nordwest-Südost-Richtung und durchquert dabei Dingelstädt und Zella. Sie stellt

hierbei keine räumliche Barriere dar. Die Gemeinden teilen einen ländlich-dörflichen Charakter.

Zwischen der Stadt Dingelstädt und den Ortsteilen Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald besteht bereits eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung arbeiten die Stadt Dingelstädt und die Gemeinden Anrode und Dünwald bereits eng zusammen. Sie sind Mitglieder im Wasserleitungsverband Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf der Stadt Dingelstädt und im Wasser- und Abwasserzweckverband Obereichsfeld, dessen Sitz sich in der Stadt Heiligenstadt befindet.

Die Stadt Dingelstädt sowie die Gemeinden Anrode und Dünwald arbeiten zudem in mehreren Gewässerunterhaltungsverbänden zusammen und sind Mitglieder des "Altlastenzweckverbandes Nord-/Ostthüringen".

Durch die gemeinsame Mitgliedschaft der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. wird das Zusammenwachsen der neu zu gliedernden Strukturen im Tourismusbereich gefördert. Der Verein unterstützt die Wanderwegewarte der Region und begleitet die Entwicklungen rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg "Leine-Werra" und dem Pilgerweg "Loccum-Volkenroda".

Im Bereich Sport sowie Gesundheits- und Rehabilitationssport arbeiten die Gemeinden ebenfalls bereits zusammen. Seit dem Jahr 2021 gibt es eine Jugendspielgemeinschaft mit allen Fußballvereinen der Stadt Dingelstädt und dem Sportverein "VfL Hüpstedt e. V. 1982" des Ortsteils Hüpstedt der Gemeinde Dünwald. Weiterhin existiert seit dem Jahr 2017 eine Spielgemeinschaft zwischen der Ortschaft Kreuzebra der Stadt Dingelstädt und dem Ortsteil Zella der Gemeinde Anrode. Seit mehr als zehn Jahren nutzen neben den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Dingelstädt auch die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Anrode und Dünwald das Fitness- und Gesundheitszentrum Dingelstädt.

Die Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald sind mit 19, fünf, acht beziehungsweise zwölf Vereinen schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden, die über 76 Vereine verfügt.

Die Freiwilligen Feuerwehren arbeiten bereits seit vielen Jahren zusammen. Bereits jetzt sind gemeindeübergreifende beziehungsweise landkreisübergreifende Alarmierungen festgelegt. So wird die Drehleiter der Stützpunktfeuerwehr Dingelstädt bereits seit dem Jahr 2018 für den Ausrückebereich bis zu den Ortsteilen Hüpstedt und Zaunröden der Gemeinde Dünwald eingesetzt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 100 Hektar. Mit circa 2.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellt die Stadt Dingelstädt zudem einen wichtigen Arbeitsstandort in der Region dar. Mit Industriebetrieben, mittelständischen Firmen, Handwerksbetrieben, Landwirtschaftsbetrieben und Handelseinrichtungen ist die Struktur ausgewogen. Die Eingliederung der vier Ortsteile wird zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen in kleiner Ausdehnung zur Ge-

samtstruktur ergänzen und bietet jeweils kleinere, lokale Arbeitsplatzangebote vor Ort.

Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Bickenriede, Beberstedt und Hüpstedt besuchen das Gymnasium in der Stadt Dingelstädt sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Zella die Grundschule in der Stadt Dingelstädt. In der "Franziskusschule" können geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung absolvieren. Die im Ortsteil Bickenriede der Gemeinde Anrode bestehende Grundschule sowie die Grundschule und die Gemeinschaftsschule im Ortsteil Hüpstedt der Gemeinde Dünwald werden in die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld integriert. Die Stadt Dingelstädt verfügt künftig zudem über insgesamt acht Kindertagesstätten in der Kernstadt und in den Ortschaften mit einer Gesamtkapazität von 629 Plätzen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Dingelstädt liegt mit 248,44 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden Anrode und Dünwald liegt mit 752,24 Euro beziehungsweise 688,87 Euro über diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner betragen in der Stadt Dingelstädt 755 Euro, in der Gemeinde Anrode 530 Euro und in der Gemeinde Dünwald 599 Euro. Sie liegen damit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Durch die Gemeindeneugliederung wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Gemeinden Anrode und Dünwald aus der Haushaltssicherung kommen und sich so von der gesetzlich vorgesehenen Haushaltskonsolidierung lösen können. Dies eröffnet neue finanzielle Spielräume.

Es ist zu erwarten, dass die vergrößerte Stadt Dingelstädt eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch nach Eingliederung der Ortsteile Bickenriede und Zella der Gemeinde Anrode sowie der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der Gemeinde Dünwald rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte, insbesondere die Städte Mühlhausen/Thüringen, Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis, werden durch die Eingliederung der Gebiete der Ortsteile Bickenriede, Zella, Beberstedt und Hüpstedt in die Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Ihnen verbleiben ausreichende räumliche Entwicklungsmöglichkeiten. Durch die geplante Neugliederung sind insbesondere keine unmittelbaren negativen Auswirkungen auf die Stadt Mühlhausen/Thüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums zu erwarten. Die in die Stadt Dingelstädt eingegliederten Ortsteile der Gemeinden Anrode und Dünwald haben gegenwärtig keine gemeinsamen Gebietsgrenzen mit der Stadt Mühlhausen/Thüringen.

Zu Absatz 4

Der zum Gebiet der aufgelösten Gemeinde Anrode gehörende Ortsteil Hollenbach (289 Einwohnerinnen und Einwohner) wird in das Gebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen (35.799 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Mühlhausen/Thüringen sowie der Gemeinde Anrode liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom Stadtrat und vom Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Durch die Eingliederung erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der Stadt Mühlhausen/Thüringen auf circa 32.690. Sie liegt damit deutlich über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen. Die Gemeinde Anrode einschließlich des Ortsteils Hollenbach ist dem Grundversorgungsbereich dieses Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums zugeordnet. Die Strukturänderung dient dem Ziel, das Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Mühlhausen/Thüringen durch die Eingliederung zu stärken.

Zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Das Gebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen grenzt im Norden an die Gemeinden Anrode, Unstruttal und Menteroda und im Westen an die Gemeinde Rodeberg, im Osten an die Gemeinde Körner und die Stadt Nottertal-Heilingen Höhen sowie im Süden an die Gemeinden Vogtei und Unstrut-Hainich. Die durch die Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode vergrößerte Stadt Mühlhausen/Thüringen weist ein kompaktes Gemeindegebiet auf. Die Fläche der neuen Struktur beträgt etwa 135,5 Quadratkilometer.

Als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums weist die Stadt Mühlhausen/Thüringen ein vielfältiges Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot sowie Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen auf, die auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden einschließlich des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode sowie überregional genutzt werden.

Die Entfernung zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem nordwestlich von der Stadt liegenden Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode beträgt etwa fünf Kilometer. Mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Stadt Mühlhausen/Thüringen von dem Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode über die Landesstraße 1006 in etwa zehn Minuten zu erreichen. Durch günstige Busverbindungen ist eine gute Erreichbarkeit der Stadt Mühlhausen/Thüringen gewährleistet.

Die Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode besuchen überwiegend die Gymnasien in der Stadt Mühlhausen/Thüringen sowie andere weiterführende und berufsbildende Einrichtungen der Stadt.

Mit zahlreichen kleineren Unternehmen des Dienstleistungssektors und mittelständischen Betrieben des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes, insbesondere der Automobil- und Schienenfahrzeugzulieferung sowie der Leicht-, Elektro- und Elektronikindustrie, stellt die Stadt Mühlhausen/Thüringen zudem einen wichtigen Arbeitsstandort in der Region dar. Vier Gewerbegebiete mit einer Fläche von etwa 155 Hektar wurden

in Mühlhausen/Thüringen erschlossen. Der Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode verfügt über keinen eigenen Gewerbestandort.

Im Bereich des Tourismus nutzen die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode die zahlreichen sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen der Stadt Mühlhausen/Thüringen wie die Thüringentherme, das Sporthotel, den Thuringia Funpark, die Mühlhäuser Museen, die Stadtbibliothek, das Erholungsgebiet am Schwanenteich und die 3K-Theaterwerkstatt.

Die fachärztliche Versorgung der Bevölkerung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode erfolgt in der Stadt Mühlhausen/Thüringen. Über das Hufeland Klinikum in Mühlhausen/Thüringen wird die medizinische Versorgung im Krankenhaus sowie die Notfallversorgung sichergestellt.

Die Freiwilligen Feuerwehren arbeiten bereits seit vielen Jahren zusammen. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen nimmt für den Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode die Aufgaben der Stützpunktfeuerwehr wahr.

Historische Bindungen und Verbindungen in den Bereichen Verwaltung und Justiz bestanden zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode in unterschiedlichen Konstellationen seit Jahrhunderten. Zum Kerngebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen gehörten neben der heutigen Stadt Mühlhausen/Thüringen unter anderem auch der Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode. Das Gebiet ist traditionell evangelisch geprägt. Seit den Jahren 1802 und 1815 waren die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Anrode Teil des Königreichs Preußen. Mit der preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1816 entstand der Landkreis Mühlhausen in Thüringen, zu dem unter anderem auch der Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode gehörte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Mühlhausen/Thüringen liegt mit 210,38 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Anrode liegt mit 752,24 Euro über diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Stadt Mühlhausen/Thüringen 761 Euro je Einwohner und in der Gemeinde Anrode 530 Euro je Einwohner. Sie liegen damit unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro je Einwohner.

Es ist zu erwarten, dass die vergrößerte Stadt Mühlhausen/Thüringen eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch nach der Erweiterung um den Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Die umliegenden Gemeinden werden durch die Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen/Thüringen nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Für sie sind Neugliederungen mit benachbarten Gemeinden weiterhin möglich.

Zu Absatz 5

Die zum Gebiet der aufgelösten Gemeinde Anrode gehörenden Ortsteile Dörna (357 Einwohnerinnen und Einwohner) und Lengefeld (794 Einwohnerinnen und Einwohner), der zum Gebiet der aufgelösten Gemeinde

Dünwald gehörende Ortsteil Zauröden (73 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie die Gemeinde Menteroda (1.885 Einwohnerinnen und Einwohner) werden in das Gebiet der Gemeinde Unstruttal (3.065 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Unstruttal ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde Menteroda.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal liegen vor. Darüber hinaus wurden von den Gemeinderäten beschlossene und von den Bürgermeistern unterzeichnete Eingliederungsverträge vorgelegt.

Durch die Eingliederung erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der Gemeinde Unstruttal auf circa 5.100 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie erreicht damit nicht die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Gemeinde Unstruttal ist weder im Landesentwicklungsprogramm 2025 noch im Regionalplan Nordthüringen als zentraler Ort ausgewiesen, sondern gemeinsam mit den Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda dem Grundversorgungsbereich des Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Mühlhausen/Thüringen zugeordnet. Einzelne grundzentrale Funktionen werden durch die Gemeinden wahrgenommen, insbesondere im Ortsteil Ammern der Gemeinde Unstruttal und in der Gemeinde Menteroda.

Die Eingliederung der Gemeinde Menteroda, der Ortsteile Dörna und Lengfeld der Gemeinde Anrode sowie des Ortsteils Zauröden der Gemeinde Dünwald in die Gemeinde Unstruttal stellt jedoch einen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar, der von den beteiligten Gemeinden auf freiwilliger Grundlage angestrebt wird.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Zugleich kann mit der freiwilligen Neugliederung dem gegenwärtig bestehenden Neugliederungsbedarf der Gemeinde Dünwald (2.237 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie der Gemeinde Menteroda (1.885 Einwohnerinnen und Einwohner) nach § 46 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 ThürKO abgeholfen werden. Beide Gemeinden unterschreiten die gesetzlich vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 3.000 für eigenständige Gemeinden und sind daher nach Maßgabe des § 46 Abs. 3 Satz 1 ThürKO verpflichtet, eine Strukturänderung zu beantragen.

Im Rahmen der freiwilligen Neugliederung fehlt den beteiligten Gemeinden derzeit ein weiterer Partner beziehungsweise hinsichtlich der Stadt

Mühlhausen/Thüringen, die einer Eingliederung offen gegenüber steht, die eigene Bereitschaft, um eine größere, leitliniengerechte Gemeinde zu bilden. Perspektivisch ist eine weitere Neugliederung mit einer benachbarten Gemeinde aber möglich. Hierfür kommt primär die Stadt Mühlhausen/Thüringen in Betracht.

Die Gemeinden weisen untereinander infrastrukturelle, verwaltungsmäßige und gesellschaftliche Verflechtungsbeziehungen auf.

Das zusammengefasste Gebiet der Gemeinden Unstruttal und Menteroda sowie der Ortsteile Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode und des Ortsteils Zauröden der Gemeinde Dünwald zeichnet sich durch überwiegend ländliche, kleingliedrige Strukturen aus. Es grenzt im Süden an die Stadt Mühlhausen/Thüringen und im Norden an den Landkreis Eichsfeld, im Westen an die Gemeinde Rodeberg sowie im Osten an den Kyffhäuserkreis. Die Fläche der neuen Struktur beträgt etwa 100 Quadratkilometer und hat eine Ost-West-Ausdehnung von etwa 23 Kilometern sowie eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 14 Kilometern.

Alle an den Eingliederungen beteiligten Gemeinden gehören dem Unstrut-Hainich-Kreis an. Durch die Eingliederung der Gemeinde Menteroda wird die räumliche Verbindung des Ortsteils Zauröden der Gemeinde Dünwald mit der Gemeinde Unstruttal geschaffen und dem Neugliederungsbeschluss der Gemeinde Dünwald sowie dem Wunsch der Bevölkerung des Ortsteils Zauröden nach einer Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal sowie dem Verbleib im Unstrut-Hainich-Kreis Rechnung getragen.

Die Entfernung zwischen der Gemeinde Unstruttal und den Ortsteilen Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode, dem Ortsteil Zauröden der Gemeinde Dünwald sowie der Gemeinde Menteroda beträgt etwa neun, sechs, 14 beziehungsweise 13 Kilometer. Mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Gemeinde Unstruttal von den Ortsteilen Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode, dem Ortsteil Zauröden der Gemeinde Dünwald sowie der Gemeinde Menteroda über die Bundesstraße 247 und die Landesstraßen 2035, 2038, 1015, 1032 und 2041 sowie die Kreisstraße 504 in ungefähr zehn, fünf, 17 beziehungsweise 15 Minuten zu erreichen. Ein weit verzweigtes Netz aus land- und wirtschaftlichen Wegen bietet eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander.

Im öffentlichen Personennahverkehr bestehen überwiegend gute Verbindungen zwischen den beteiligten Gemeinden beziehungsweise deren Ortsteilen. So gibt es über eine Regionallinie Anbindungen vom Ortsteil Ammern der Gemeinde Unstruttal zu den Ortsteilen Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode; auch die Ortsteile Kleinkeula und Sollstedt der Gemeinde Menteroda sowie der Ortsteil Zauröden der Gemeinde Dünwald sind über eine Regionallinie vom Ortsteil Ammern der Gemeinde Unstruttal aus erreichbar. Eine Verbindung zwischen dem Ortsteil Menteroda der Gemeinde Menteroda und dem Ortsteil Ammern der Gemeinde Unstruttal besteht bisher nicht unmittelbar, sondern nur über die Stadt Mühlhausen/Thüringen. Die antragstellenden Gemeinden haben jedoch darauf hingewiesen, dass vorgesehen ist, die Vernetzung der Ortsteile im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises weiter zu verbessern. Zudem haben die Gemeinden vertraglich festgelegt, nach der Neugliederung für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren im Ortsteil Menteroda eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung vorzuhalten.



Zwischen den antragstellenden Gemeinden besteht bereits eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Dies betrifft insbesondere die derzeitigen Zweckverbandsstrukturen im Bereich der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. So gehören dem Trinkwasserzweckverband "Mühlhausen und Unstruttal" unter anderem die Gemeinde Unstruttal mit den Ortsteilen Ammern, Reiser und Dachrieden sowie die Gemeinde Menteroda mit dem Ortsteil Menteroda an. Mitglieder des Wasserleitungsverbands "Ost-Obereichsfeld" sind die Gemeinde Unstruttal mit den Ortsteilen Horsmar und Kaisershagen, die Gemeinde Menteroda mit den Ortsteilen Kleinkeula und Sollstedt, die Gemeinde Dünwald mit dem Ortsteil Zaunröden und die Gemeinde Anrode mit den Ortsteilen Dörna, Hollenbach und Lengefeld. Dem Abwasserzweckverband "Mühlhausen und Umland" gehören unter anderem die Gemeinde Unstruttal mit den Ortsteilen Ammern, Dachrieden, Eigenrode, Kaisershagen und Reiser sowie die Gemeinde Menteroda mit den Ortsteilen Menteroda, Kleinkeula und Sollstedt an. Mitglieder des Zweckverbandes "Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld" sind die Gemeinde Anrode mit den Ortsteilen Dörna, Hollenbach und Lengefeld, die Gemeinde Unstruttal mit dem Ortsteil Horsmar und die Gemeinde Dünwald mit dem Ortsteil Zaunröden.

Im Bereich der Gewässerunterhaltung ist die Mehrheit der zukünftigen Ortsteile der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden im Gewässerunterhaltungsverband Obere Unstrut - Notter mit Sitz in der Stadt Mühlhausen/Thüringen organisiert. Lediglich die Ortsteile Menteroda, Urbach und Kleinkeula sowie Zaunröden der zukünftigen Gemeinde Unstruttal sind Mitglieder im Gewässerunterhaltungsverband "Helbe" mit Sitz in der Stadt Ebeleben im Kyffhäuserkreis.

Des Weiteren findet bereits eine Zusammenarbeit der Gemeinden Unstruttal und Menteroda im Bereich der Bauhöfe durch eine gegenseitige Techniknutzung statt.

Im Bereich der Verwaltungen existiert eine Zusammenarbeit der Beschäftigten zum Zweck des fachlichen Erfahrungsaustauschs. Auch personelle Hilfen bei der Bewältigung von Verwaltungstätigkeiten haben sich etabliert.

Die Gemeinde Unstruttal bietet die Möglichkeit einer ortsnahe Schulpbildung von der Grundschule bis zur weiterführenden Regelschule. Die Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode besuchen bereits die Grundschule und die Regelschule in der Gemeinde Unstruttal. Mit Blick auf die Gemeinschaftsschule Menteroda erwarten die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden neue Synergieeffekte, etwa durch gemeinsam gestaltete Schulprojekte.

Die in der Gemeinde Unstruttal bestehenden Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote werden auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der eingegliederten Gebiete genutzt.

Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda sowie der Ortsteil Lengefeld der Gemeinde Anrode verfügen insgesamt über eine Gewerbefläche von 63,76 Hektar, wovon 56,84 Hektar belegt sind. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren besteht eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den an der Neugliederung beteiligten Gemeinden beziehungsweise ihren Ortsteilen.

Die Angebote der örtlichen Vereine, wie Sport-, Heimat- und Bergmannsvereine sowie Chöre, werden von den Einwohnerinnen und Einwohnern auch gemeindeübergreifend genutzt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Unstruttal liegt mit 170,01 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden Anrode und Dünwald liegt mit 752,24 Euro beziehungsweise 688,87 Euro über diesem Landesdurchschnitt. Die Gemeinde Menteroda ist schuldenfrei.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner betragen in der Gemeinde Unstruttal 776 Euro, in der Gemeinde Anrode 530 Euro, in der Gemeinde Dünwald 599 Euro und in der Gemeinde Menteroda 666 Euro. Sie liegen damit unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal gesteigert werden kann.

Da die Gemeinden Unstruttal, Anrode und Menteroda unmittelbar an die Große kreisangehörige Stadt Mühlhausen/Thüringen angrenzen, sind die Belange der Stadt Mühlhausen/Thüringen in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen.

Ein dringender, vorrangiger Eingliederungsbedarf der Stadt Mühlhausen/Thüringen hinsichtlich der in die Gemeinde Unstruttal eingegliederten Gebiete ist nicht erkennbar. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen wurde bereits im Zuge der Eingliederung des Gebietes der aufgelösten Gemeinde Weinbergen zum 1. Januar 2019 strukturell gestärkt. Sie verzeichnete hierdurch einen Flächenzuwachs von etwa 50 Prozent und gewann circa 3.000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzu. Eine weitere, wenn auch in ihrem Umfang begrenzte Stärkung der Stadt Mühlhausen/Thüringen erfolgt mit der in Absatz 4 enthaltenen Eingliederung des Gebietes des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode. Im Übrigen bestehen für die Stadt Mühlhausen/Thüringen noch ausreichend Möglichkeiten für eine künftige weitere Stärkung durch die Eingliederung von angrenzenden Gemeinden.

Durch die Vergrößerung der an die Stadt Mühlhausen/Thüringen angrenzenden Gemeinde Unstruttal werden auch unter Berücksichtigung der Stadt-Umland-Beziehung die Funktionsfähigkeit der Stadt Mühlhausen/Thüringen als zentraler Ort und die Entwicklungsperspektiven der Stadt nicht unzumutbar beeinträchtigt.

Zwar führt die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal zu einer Stärkung des überwiegend ländlichen Raums in der unmittelbaren Umgebung der Stadt Mühlhausen/Thüringen, der ebenfalls enge Verflechtungsbeziehungen zur Stadt aufweist. Hierdurch kann gegebenenfalls ein Konkurrenzverhältnis zwischen Stadt und Umland, etwa bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben oder der Ausweisung von Baugebieten und dem Zuzug neuer Einwohnerinnen und Einwohner entstehen beziehungsweise verstärkt werden, da Gemeinden im nahen Umland von Mittel- und Oberzentren typischerweise von der Attraktivität des zentra-

len Ortes profitieren. Dies kann gegebenenfalls auch Nachteile für den zentralen Ort mit sich bringen.

Mit Blick auf die Größenverhältnisse der beteiligten Gebietskörperschaften und die geringe Einwohnerzahl der in Richtung der Gemeinde Unstruttal neu zu gliedernden und an die Stadt Mühlhausen/Thüringen derzeit beziehungsweise künftig grenzenden Ortsteile Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode sowie der Gemeinde Menteroda von insgesamt etwa 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist jedoch nicht erkennbar, dass durch die beantragte Neugliederung die Große kreisangehörige Stadt Mühlhausen/Thüringen unzumutbar geschwächt oder in ihrer Entwicklung gehindert wird.

Gegen eine unzumutbare Beeinträchtigung der Entwicklungsperspektiven der Stadt Mühlhausen/Thüringen spricht des Weiteren, dass die Stadt aktuell und in den Folgejahren Gewerbe- beziehungsweise Industriestandorte entwickelt.

Es wird zudem davon ausgegangen, dass die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die vergrößerte Gemeinde Unstruttal bei ihren künftigen Planungen und Maßnahmen die berechtigten Interessen ihrer Nachbarkommune hinreichend berücksichtigen und insbesondere die Gemeinde Unstruttal den eigenen Bedarf der Gemeinde sowie ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nicht überschreitet.

Im Übrigen führt die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal noch nicht zu einer leitliniengerechten Struktur. Sie stellt zunächst einen ersten Schritt im Sinne des Leitbildes dar und ist daher nach Maßgabe des § 6 noch nicht als abgeschlossen zu betrachten. Da für eine weitere Neugliederung der Gemeinde Unstruttal zu einem späteren Zeitpunkt primär die Stadt Mühlhausen/Thüringen in Betracht kommt, wird die Gefahr einer nachhaltigen Fehlentwicklung des Stadt-Umland-Verhältnisses zu Lasten der Stadt Mühlhausen/Thüringen als gering angesehen.

Gleichzeitig entspricht die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengefeld der Gemeinde Anrode, des Ortsteils Zaunröden der Gemeinde Dünwald sowie der Gemeinde Menteroda in die Gemeinde Unstruttal dem Willen der beteiligten Gemeinden beziehungsweise der Einwohnerinnen und Einwohner. Die im Rahmen der freiwilligen Neugliederung vorgelegten übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinden werden mit einem besonderen Gewicht in die Abwägung eingestellt.

Ein Verzicht auf die beantragte Neugliederung hätte nach Maßgabe des derzeit geltenden Freiwilligkeitsprinzips zur Folge, dass die von den beteiligten Gemeinden im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts angestrebte Verbesserung ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft nicht erreicht wird und dem gesetzlichen Neugliederungsbedarf der Gemeinden Dünwald und Menteroda nach § 46 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 ThürKO nicht im Sinne des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform durch die Bildung einer größeren Gemeindestruktur Rechnung getragen werden kann. Zudem würde ein Verzicht auf die in Absatz 5 geregelten Eingliederungen in die Gemeinde Unstruttal nach Maßgabe des Freiwilligkeitsprinzips im hier vorliegenden Fall einer Gemeindeteilung dazu führen, dass auch die in den Absätzen 3 und 4 geregelten Eingliederungen in die Stadt Dingelstädt und die Stadt Mühlhausen/Thüringen nicht umsetzbar wären.

Den Gesichtspunkten des öffentlichen Wohls, die für die freiwillig beantragte Neugliederung sprechen, wird daher der Vorrang vor den Ge-

meinwohlbelangen eingeräumt, die für den Verzicht auf die beantragte Neugliederung sprechen.

Sonstige benachbarte Gemeinden der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden werden durch die Strukturänderung nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert.

#### Zu Absatz 6

Die Stadt Dingelstädt wird zur Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald bestimmt, da die Stadt Dingelstädt jeweils den größten Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner der aufgelösten Gemeinden aufnimmt. Zudem haben die aufnehmenden Gemeinden, die Städte Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt sowie die Gemeinde Unstruttal, im Rahmen ihrer bereits geschlossenen koordinationsrechtlichen Vereinbarungen zu den Rechtsfolgen der Neugliederungen zugrunde gelegt, dass die Stadt Dingelstädt voraussichtlich Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Anrode und Dünwald sein wird.

#### Zu Absatz 7

§ 45 Abs. 8 und § 45 a Abs. 11 ThürKO sehen vor, dass bei der Bildung oder Erweiterung einer Gemeinde beziehungsweise Landgemeinde während der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats für den Rest der gesetzlichen Amtszeit und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilbeziehungsweise Ortschaftsverfassung eingeführt ist und zugleich der bisherige Bürgermeister sowie die bisherigen Gemeinderatsmitglieder der aufgelösten Gemeinde für den Rest ihrer Amtszeiten in die Ämter des Ortsteil-/Ortschaftsbürgermeisters und der Ortsteil-/Ortschaftsratsmitglieder übergeleitet werden. Diese Regelungen sind im Fall einer Gemeindeteilung nicht sinnvoll anwendbar, da das Gebiet der aufgelösten Gemeinde nicht als Ganzes in eine neue Gemeindestruktur überführt wird.

In Anlehnung an die Regelungen des § 45 Abs. 9 und des § 45 a Abs. 12 ThürKO und deren bisherige Anwendung durch den Gesetzgeber ist den Gemeinden jedoch auch im Fall einer Gemeindeteilung die Möglichkeit zu gewähren, durch eine Regelung im Neugliederungsgesetz Einfluss auf die unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Neugliederung für die eingegliederten Gebiete geltende Ortsteilbeziehungsweise Ortschaftsverfassung zu nehmen.

Die an den Neugliederungen nach den Absätzen 3 bis 5 beteiligten Gemeinden haben beantragt beziehungsweise in den vorgelegten Neugliederungsverträgen festgelegt, dass die gemäß den Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Organe in die jeweils aufnehmenden Städte Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt sowie die Gemeinde Unstruttal übergeleitet werden sollen.

Zur Umsetzung dieses Antrags ist vorgesehen, dass die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinden für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats in Bezug auf die jeweils eingegliederten Ortsteile - je nach aufnehmender Gemeinde - als Ortsteil- oder Ortschaftsverfassung fortbesteht.

Zu § 2 (Stadt Bad Köstritz und Gemeinde Hartmannsdorf - Landkreis Greiz)

Zu Absatz 1

Die Gemeinde Hartmannsdorf (343 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Stadt Bad Köstritz (3.461 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Stadt Bad Köstritz ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Bad Köstritz und der Gemeinde Hartmannsdorf liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom Stadtrat und Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die Stadt Bad Köstritz ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Ostthüringen zusammen mit der Gemeinde Crossen an der Elster im Saale-Holzland-Kreis als kreisübergreifendes funktionsteiliges Grundzentrum ausgewiesen. Die von der Stadt Bad Köstritz nach § 51 ThürKO erfüllte Gemeinde Hartmannsdorf ist dem Grundversorgungsbereich Bad Köstritz/Crossen an der Elster zugeordnet.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.310. Die vergrößerte Stadt Bad Köstritz wird die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 somit nicht erreichen. Die beantragte Eingliederung der Gemeinde Hartmannsdorf stellt jedoch einen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar, der von den beteiligten Gemeinden auf freiwilliger Grundlage angestrebt wird.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Derzeit fehlt es den antragstellenden Gemeinden an weiteren Partnern, die sich freiwillig an der Bildung einer einwohnerstärkeren Gemeindestruktur beteiligen wollen. Perspektivisch sind jedoch weitere Neugliederungen mit benachbarten Gemeinden möglich. Hierfür kommen neben der von der Stadt Bad Köstritz nach § 51 ThürKO erfüllten Gemeinde Caaschwitz (642 Einwohnerinnen und Einwohner) aufgrund der Randlage der Stadt Bad Köstritz im Landkreis Greiz und der raumstrukturellen Gegebenheiten vor allem die Gemeinde Crossen an der Elster (1.545 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie weitere Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Heideland-Elstertal-Schkölen" im Saale-Holzland-Kreis in Betracht, die dem kreisübergreifenden Grundversorgungsbereich Bad Köstritz/Crossen an der Elster zugeordnet sind.

Die beantragte Eingliederung der Gemeinde Hartmannsdorf in die Stadt Bad Köstritz erscheint insoweit auch aus raumordnerischer Perspektive sachgerecht, da sie dem Erfordernis einer Stärkung des funktionsteiligen Grundzentrums Bad Köstritz/Crossen an der Elster sowie des ländlichen Raums zwischen dem Oberzentrum Gera und dem Mittelzentrum Eisenberg Rechnung trägt.

Die Stadt Bad Köstritz und die Gemeinde Hartmannsdorf sind benachbart und weisen vielfältige infrastrukturelle, gesellschaftliche, verwaltungsmäßige und naturräumliche Verflechtungsbeziehungen auf.

Das Stadtzentrum von Bad Köstritz ist vom Ortsmittelpunkt der Gemeinde Hartmannsdorf etwas mehr als drei Kilometer entfernt und mit dem motorisierten Individualverkehr über die Landesstraßen 1075 und 2323 in etwa fünf Minuten erreichbar.

Der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr zwischen der Stadt Bad Köstritz und der Gemeinde Hartmannsdorf wird über mehrmals täglich verkehrende Busverbindungen durch die RVG Regionalverkehr Gera/Land mit der Linie 205 mit einer Fahrtzeit von etwa zehn Minuten bedient.

Zwischen der Stadt Bad Köstritz und der Gemeinde Hartmannsdorf besteht eine langjährige verwaltungsstrukturelle Verflechtung, da die Stadt Bad Köstritz bereits seit dem Jahr 1996 als erfüllende Gemeinde für die Gemeinde Hartmannsdorf die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahrnimmt.

Die Stadt Bad Köstritz übernimmt als Grundzentrum zahlreiche und vielfältige Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Einzelhandel, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit und Verwaltung. Insbesondere die beiden Supermärkte, die medizinische Grundversorgung durch Ärzte, Zahnärzte, Apotheken und Physiotherapien sowie die Freizeitangebote im Bereich der örtlichen Vereine, des Freizeit- und Erholungsbades, des Leichtathletikstadions und der Kurt-Leopold-Sportstätte werden auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Hartmannsdorf rege genutzt.

Die Stadt Bad Köstritz und die Gemeinde Hartmannsdorf sind im Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" organisiert und gehören dem Gewässerunterhaltungsverband "Weiße Elster/Saarbach" an. Des Weiteren arbeiteten beide Gemeinden am regionalen Entwicklungskonzept "Gemeindliches Entwicklungskonzept Entwicklungsraum Elstertal" (2017) mit. Zur Sicherung der Aufgaben im Brandschutz und zur gegenseitigen Hilfe arbeiten die Freiwilligen Feuerwehren beider Kommunen eng zusammen.

Die Stadt Bad Köstritz verfügt über eine Grundschule, eine Regelschule und eine Förderschule mit Jugendförderzentrum. Die Kinder der Gemeinde Hartmannsdorf besuchen die Bad Köstritzer Kindertagesstätte "Bummi".

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Stadt Bad Köstritz 849 Euro und liegt damit über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro. In der Gemeinde Hartmannsdorf liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mit sechs Euro unter diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner liegen in der Stadt Bad Köstritz mit 1.142 Euro über und in der Gemeinde Hartmannsdorf mit 617 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Vergrößerung der Stadt Bad Köstritz gesteigert werden kann.

Die Nachbargemeinden der Gemeinde Hartmannsdorf werden durch deren Eingliederung in die Stadt Bad Köstritz nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Ihnen verbleiben ausreichend Möglichkeiten für eine leitliniengerechte Neugliederung oder weitere Stärkung.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf die kreisfreie Stadt Gera, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 als Oberzentrum ausgewiesen ist. Zwar besteht eine gemeinsame Gebietsgrenze zwischen der kreisfreien Stadt Gera und der Gemeinde Hartmannsdorf. Jedoch stellt die Autobahn A4 eine erhebliche räumliche Barriere dar, die nicht durch eine direkt verlaufende oder tangierende Straße in ähnlich kurzer Zeit überwunden werden kann wie die Strecke zwischen der Gemeinde Hartmannsdorf und der Stadt Bad Köstritz. Zudem sprechen die verwaltungsstrukturelle Verflechtung der Gemeinde Hartmannsdorf mit der Stadt Bad Köstritz und ihre raumstrukturelle Zugehörigkeit gegen eine Eingliederung in die kreisfreie Stadt Gera.

#### Zu Absatz 2

Die Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Hartmannsdorf und der Stadt Bad Köstritz vom 29. Januar 1996 (GVBl. S. 26) bestimmt, dass die Stadt Bad Köstritz für die Gemeinde Hartmannsdorf die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft (erfüllende Gemeinde) wahrnimmt. Im Zuge der Neugliederung der Gemeinde Hartmannsdorf ist diese Bestimmung aufzuheben.

#### Zu § 3 (Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf - Landkreis Greiz)

##### Zu Absatz 1

Die Gemeinde Kühdorf (60 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Gemeinde Langenwetzendorf (4.065 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Langenwetzendorf ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinde Langenwetzendorf und der Gemeinde Kühdorf liegen vor. Darüber hinaus wurde ein von den Gemeinderäten beschlossener und von dem Bürgermeister und der Bürgermeisterin unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.320. Die vergrößerte Gemeinde Langenwetzendorf wird die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 somit nicht erreichen.

Die Gemeinde Langenwetzendorf ist nicht als zentraler Ort ausgewiesen, sondern bildet nach dem Regionalplan Ostthüringen mit der Gemeinde Kühdorf und weiteren Gemeinden einen überlappenden Grundver-

sorgungsbereich mit den Städten Greiz (Mittelzentrum) und Zeulenroda-Triebes (Mittelzentrum).

Die beantragte Eingliederung der Gemeinde Kühdorf stellt jedoch einen ersten Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar, der von den beteiligten Gemeinden auf freiwilliger Grundlage angestrebt wird.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und trägt zur Entwicklung einer leitliniengerechten Struktur bei.

Derzeit fehlt es den antragstellenden Gemeinden an weiteren Partnern, die sich freiwillig an der Bildung einer einwohnerstärkeren Gemeindestruktur beteiligen wollen. Perspektivisch sind jedoch weitere Neugliederungen mit verschiedenen benachbarten Gemeinden möglich. Hierfür kommt zunächst die von der Gemeinde Langenwetzendorf ebenfalls erfüllte Stadt Hohenleuben (1.388 Einwohnerinnen und Einwohner) in Betracht.

Die Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf verfügen über ein zusammenhängendes Gemeindegebiet. Seit der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft "Leubatal" und der Eingliederung der Mitgliedsgemeinden Hain, Lunzig, Neugernsdorf und Wildetaube in die Gemeinde Langenwetzendorf mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 wird die Gemeinde Kühdorf von dem Gemeindegebiet Langenwetzendorfs vollständig umschlossen. Mit der Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf wird das Gemeindegebiet sinnvoll zusammengeführt.

Die Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf weisen vielfältige infrastrukturelle, gesellschaftliche und naturräumliche Verflechtungsbeziehungen auf.

Die Entfernung zwischen dem Zentrum der Ortslage Langenwetzendorf und der Gemeinde Kühdorf beträgt straßenseitig je nach Fahrtroute etwa vier bis sieben Kilometer. Der Sitz der Gemeindeverwaltung Langenwetzendorf ist straßenseitig etwa fünf Kilometer von der Gemeinde Kühdorf entfernt.

Verwaltungsseitig verbindet die Gemeinde Kühdorf und die Gemeinde Langenwetzendorf die seit dem 31. Dezember 2013 bestehende Zusammenarbeit in Form der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Kühdorf durch die Gemeinde Langenwetzendorf nach § 51 ThürKO.

Die Gemeinde Langenwetzendorf übernimmt zudem zahlreiche Funktionen der Daseinsvorsorge in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt,



Einzelhandel, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Kultur und Verwaltung. Insbesondere werden der Supermarkt, Bäcker, Fleischer, Ärzte und die Apotheke in der Gemeinde Langenwetzendorf auch durch die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Kühdorf frequentiert. Auch die Nutzung von Freizeitangeboten wie Freibad, Begegnungsstätten und Kultursäle erfolgt gemeindeübergreifend. Zwischen den Kirchgemeinden ist eine sehr gute Zusammenarbeit vorhanden. Der Langenwetzendorfer Ortsteil Hainsberg gehört zur Kirchgemeinde Kühdorf. Zudem bestehen traditionelle Beziehungen unter den mehr als 30 örtlichen Vereinen.

Die Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf sind Mitglieder im Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster - Greiz sowie im Gewässerunterhaltungsverband Weiße Elster/Weida.

In der Gemeinde Langenwetzendorf befindet sich die Grundschule für die Kinder der Gemeinde Kühdorf (Ortsteil Naitschau) sowie eine Realschule, die auch für die Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse der einzugliedernden Gemeinde Kühdorf zuständig ist.

Mit der Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Linienverkehr wurde für beide Gemeinden die PRG Personen- und Reiseverkehrs-GmbH Greiz betraut.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Gemeinde Langenwetzendorf 118 Euro und in der Gemeinde Kühdorf 101 Euro. Sie liegt damit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner liegen in der Gemeinde Langenwetzendorf mit 746 Euro und in der Gemeinde Kühdorf mit 301 Euro jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf gesteigert werden kann.

Die Eingemeindung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf wird keine nachteiligen Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten der benachbarten Gemeinden einschließlich der Städte Greiz und Zeulenroda-Triebes haben, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 jeweils als Mittelzentrum ausgewiesen sind. Da das Gebiet der Gemeinde Kühdorf vollständig von der Gemeinde Langenwetzendorf umschlossen ist, stellt die Gemeinde Kühdorf für andere Gemeinden keine sinnvolle Neugliederungsoption dar.

#### Zu Absatz 2

Im Neugliederungsvertrag der Gemeinden Langenwetzendorf und Kühdorf ist vereinbart, dass § 45 Abs. 8 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Kühdorf nicht zur Anwendung kommen soll und hierzu ein entsprechender Antrag nach § 45 Abs. 9 ThürKO gestellt wird. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Kühdorf soll künftig zwar einen Ortsteil der Gemeinde Langenwetzendorf bilden, aber keine eigene Ortsteilverfassung erhalten.

Die Bestimmung des Absatzes 2 dient der Umsetzung dieser Vereinbarung.

**Zu Absatz 3**

In § 3 Abs. 3 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2013 vom 19. Dezember 2013 (GVBl. S. 353) ist bestimmt, dass die Gemeinde Langenwetzendorf als erfüllende Gemeinde für die Gemeinde Kühdorf und die Stadt Hohenleuben die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 Thür-KO wahrnimmt. Im Zuge der Neugliederung der Gemeinde Kühdorf ist diese Bestimmung aufzuheben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Kühdorf auf die Gemeinde Langenwetzendorf betrifft. Da die Stadt Hohenleuben sich nicht neu gliedert, hat die gesetzliche Norm für diese weiterhin Bestand.

**Zu § 4 (Gemeinden Kindelbrück und Riethgen - Landkreis Sömmerda)**

Die Gemeinde Riethgen (247 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Gemeinde Kindelbrück (3.803 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Kindelbrück ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde. Die Eingliederung erfolgt unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück".

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinde Kindelbrück und der Gemeinde Riethgen liegen vor. Darüber hinaus wurde der von den Gemeinderäten beschlossene und von den Bürgermeistern unterzeichnete Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 3.540. Die vergrößerte Gemeinde Kindelbrück wird die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 somit nicht erreichen.

Im Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" ist zudem kein Zentraler Ort ausgewiesen. Die Mitgliedsgemeinden liegen im Grundversorgungsbereich Weißensee. Die Stadt Weißensee ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Mittelthüringen als Grundzentrum ausgewiesen.

Die Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Gemeinde Kindelbrück stellt jedoch einen weiteren Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar.

Die Gemeinde Kindelbrück wurde am 1. Januar 2019 durch Zusammenschluss der ehemaligen Stadt Kindelbrück und der ehemaligen Gemeinden Bilzingsleben, Frömmstedt und Kannawurf unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" neu gebildet.

Bereits in der Gesetzesbegründung zu dieser Neugliederung (Drucksache 6/6060) wurde auf die weiteren Neugliederungsmöglichkeiten mit den anderen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück", den Gemeinden Büchel, Griefstedt, Günstedt und Riethgen sowie mit der benachbarten Stadt Weißensee hingewiesen. Eine leitliniengerechte Neugliederung wäre in dieser Form möglich.

Die Gemeinden Büchel (234 Einwohnerinnen und Einwohner), Griefstedt (252 Einwohnerinnen und Einwohner) und Günstedt (720 Einwohnerinnen und Einwohner) sowie die Stadt Weißensee (3.634 Einwohnerinnen und Einwohner) wollen sich bis jetzt nicht an der Bildung einer einwohnerstärkeren Gemeinde beteiligen. Die Option eines Zusammenschlusses besteht perspektivisch aber weiterhin. Vor allem ein Zusammenschluss

mit der Stadt Weißensee würde eine Stärkung des Grundzentrums Weißensee eröffnen. Die Gemeinden der gesamten Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" sind bereits dem Grundversorgungsbereich Weißensee zugeordnet, was auf weiterführende Verflechtungen der Gemeinden in diese Richtung hinweist.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der Gemeinde Kindelbrück und der Gemeinde Riethgen werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen weiteren Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Die Gemeinde Kindelbrück und die Gemeinde Riethgen verfügen über ein zusammenhängendes Gemeindegebiet und weisen infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen auf.

Im Ortsteil Kindelbrück der Gemeinde Kindelbrück befinden sich das Rathaus der Gemeinde sowie der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück". Die Gemeinde Riethgen ist mit dem Ortsteil Kindelbrück über die Landesstraße 2134 und die Bundesstraße 86 verbunden. Die straßenseitige Entfernung zwischen beiden Gemeinden beträgt nur etwa 3,5 Kilometer. Im Ortsteil Kindelbrück gibt es eine zentrale Haltestelle des öffentlichen Personennahverkehrs mit entsprechenden Verbindungen zu den anderen drei Ortsteilen und zur 14 Kilometer entfernten Stadt Sömmerda.

Die Gemeinde Riethgen ist seit dem Jahr 1991 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" und weist daher eine langjährige verwaltungsstrukturelle Verflechtung mit der Gemeinde Kindelbrück und den übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft auf.

In der Gemeinde Kindelbrück befinden sich auf kürzestem Weg alle notwendigen Geschäfte zur Deckung des täglichen Bedarfs. Mehrere Ärzte beziehungsweise Zahnärzte, eine Apotheke, eine Paketannahmestelle, eine Bank und eine Tankstelle ergänzen das Versorgungsangebot. Arbeitsplätze gibt es in den zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen in der Gemeinde Kindelbrück sowie in den Städten Sömmerda, Kölleda und Weißensee. Außerdem gibt es Arbeitsplätze in Landwirtschaftsbetrieben in der Gemeinde Kindelbrück und der Region.

Die Gemeinde Kindelbrück und die Gemeinde Riethgen sind Mitglieder des Trinkwasserzweckverbandes "Thüringer Becken". Die Gemeinde Kindelbrück hat die Abwasserentsorgung auf den Abwasserzweckverband "Finne" übertragen. Die Gemeinde Riethgen betreibt bis jetzt die Abwasserentsorgung selbst.

Beide Gemeinden sind Mitglieder im Kommunalen Energiezweckverband Thüringen und haben einen Antrag auf Übernahme der freiwilligen Aufgabe der Daseinsvorsorge der gemeindlichen Breitbandversorgung mittels Glasfaser beziehungsweise zukünftiger neuer Technologien beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen gestellt.

In den vier Ortsteilen der Gemeinde Kindelbrück gibt es Kindertagesstätten mit insgesamt etwa 180 Betreuungsplätzen. Die fünfte Kindertagesstätte wird in der Gemeinde Günstedt betrieben, dort wird der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für die Gemeinde Riethgen und die anderen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" sichergestellt.

In der Gemeinde Kindelbrück befindet sich die staatliche Grundschule, die auch von Schülerinnen und Schülern aus der Gemeinde Riethgen besucht wird. Alle weiterführenden Schulen befinden sich in den Städten Weißensee und Sömmerda.

In den vier Ortsteilen der Gemeinde Kindelbrück gibt es Sportstätten mit Fußballplätzen und entsprechenden Vereinsheimen. Das "Vereinsbad" im Besitz der "Sport- und Spielgemeinschaft Kindelbrück e. V." wird von der Gemeinde Kindelbrück gefördert und ergänzt das Freizeitangebot, auch für die Gemeinde Riethgen.

In der Gemeinde Kindelbrück und in der Gemeinde Riethgen befinden sich Feuerwehrrhäuser. Die Aufgaben des örtlichen Brandschutzes und allgemeine Hilfeleistungen werden von dort durch freiwillige Feuerwehren abgesichert. Die freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Kindelbrück erfüllt auch Aufgaben des überörtlichen Brandschutzes gemeinsam mit der Feuerwehr Weißensee. Sie sind als Stützpunktfeuerwehr im Norden des Landkreises Sömmerda aufgestellt.

Die Ortsteile Bilzingsleben und Kannawurf der Gemeinde Kindelbrück gehörten vom Jahr 1952 bis zum Jahr 1990 zum Bezirk Halle. Trotzdem bestand schon immer eine historische und wirtschaftliche Beziehung zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Auch der Ortsteil Frömmstedt der heutigen Gemeinde Kindelbrück und die Gemeinde Riethgen als direkte Nachbarn im gleichen Landkreis pflegten diese Beziehungen zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Die Verflechtungen finden sich in allen soziokulturellen und zivilgesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von den sich ändernden administrativen Grenzen.

Die Gemeinden Kindelbrück und Riethgen gehören zum Pfarrbereich Kindelbrück-Weißensee des evangelischen Kirchenkreises Eisleben-Sömmerda.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in der Gemeinde Kindelbrück mit 395 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro. Die Gemeinde Riethgen ist schuldenfrei.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner liegen in der Gemeinde Kindelbrück mit 498 Euro und in der Gemeinde Riethgen mit 510 Euro jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Vergrößerung der Gemeinde Kindelbrück gesteigert werden kann.

Nachteilige Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften bestehen nicht. Die Nachbargemeinden Büchel, Griefstedt und Günstedt sowie die Stadt Weißensee werden durch die Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Gemeinde Kindelbrück nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Den Gemeinden verbleiben ausreichend Möglichkeiten für eine leitliniengerechte Neugliederung.

Da sich die Gemeinde Riethgen in unmittelbarer Nähe zur Stadt Sömmerda befindet, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen ist, sind auch die Belange der Stadt Sömmerda zu berücksichtigen. Wesentliche Bedenken gegen die beantragte Neugliederung ergeben sich hierbei nicht, zumal keine unmittelbare Grenze zwischen den an der Gemeindeneugliederung beteiligten Gemeinden und der Stadt Sömmerda besteht.

Die Verflechtungsbeziehungen der Gemeinde Riethgen sind schwerpunktmäßig auf die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" und die Stadt Weißensee ausgerichtet.

So gehört die Gemeinde Riethgen nach dem Regionalplan Mittelthüringen nicht dem Grundversorgungsbereich Sömmerda, sondern dem Grundversorgungsbereich der Stadt Weißensee an. Aus der Perspektive der Raumordnung sprechen die Funktion und die räumliche Ausdehnung des südlich der Gemeinden Kindelbrück und Riethgen gelegenen Grundzentrums Weißensee gegen eine Stärkung des Mittelzentrums Sömmerda durch Eingliederung der Gemeinde Riethgen. Darüber hinaus ist die Gemeinde Riethgen als langjähriges Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft "Kindelbrück" verwaltungsseitig eng mit deren Mitgliedsgemeinden verbunden. Auch besteht mit diesen Gemeinden eine enge räumliche Verflechtung.

Zu § 5 (Stadt Bad Sulza und Gemeinde Rannstedt - Landkreis Weimarer Land)

Zu Absatz 1

Die Gemeinde Rannstedt (173 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Stadt Bad Sulza (7.678 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Stadt Bad Sulza ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Bad Sulza und der Gemeinde Rannstedt liegen vor.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 7.280. Die vergrößerte Stadt Bad Sulza erreicht damit die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Bad Sulza ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Mittelthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Die Gemeinde Rannstedt liegt im Grundversorgungsbereich Bad Sulza.

Die Gemeinde Rannstedt und die Stadt Bad Sulza verfügen über ein zusammenhängendes Gemeindegebiet. Seit der Eingliederung der Nachbargemeinden Reisdorf, Wickerstedt und Gebstedt zum 31. Dezember 2012 sowie der Gemeinde Ködderitzsch zum 1. Januar 2019 in die Stadt Bad Sulza ist Rannstedt vollständig vom Stadtgebiet Bad Sulza umgeben. Mit der Eingliederung der Gemeinde Rannstedt in die Stadt Bad Sulza wird das Gemeindegebiet sinnvoll zusammengeführt.

Die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt weisen langjährige infrastrukturelle, verwaltungsmäßige und gesellschaftliche Verflechtungsbeziehungen auf.

Die Entfernung zwischen der Kernstadt Bad Sulza und der Gemeinde Rannstedt beträgt straßenseitig circa acht Kilometer. Die Ortsverbindung von Rannstedt nach Bad Sulza erfolgt über die Bundesstraße 87 und die Landesstraße 2158. Der öffentliche Personennahverkehr ist derzeit so ausgerichtet, dass zur Stadt Bad Sulza regelmäßig Buslinien verkehren, wobei zum Großteil ein Umstieg in der Stadt Apolda erforderlich ist.

Verwaltungsseitig war die Gemeinde Rannstedt Anfang der 1990er Jahre Mitglied der damaligen Verwaltungsgemeinschaft Bad Sulza. Seit dem 9. November 1995 nimmt die Stadt Bad Sulza für die Gemeinde Rannstedt nach § 51 ThürKO die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft wahr.

Aufgrund der geringen Einwohnerzahl verfügt die Gemeinde Rannstedt bis auf kleinere Gewerbebetriebe über keine nennenswerte Infrastruktur. Durch die räumliche Nähe zum Grundversorgungszentrum Bad Sulza nutzen daher die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Rannstedt schon immer die städtischen Infrastruktureinrichtungen, wie Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen sowie die Grundversorgung im Bereich Bildung, Gesundheit und Freizeit. In der Stadt Bad Sulza gibt es Geschäfte mit Waren des täglichen Bedarfs, beispielsweise Supermärkte sowie kleinere Einkaufsläden. Dienstleister und Handwerker sind flächendeckend vorhanden.

Die Stadt Bad Sulza verfügt über moderne Standorte der Grund- und Regelschule. In Rannstedt befinden sich keine Bildungseinrichtungen; die Kinder können die genannten Einrichtungen in der Stadt Bad Sulza besuchen. Gymnasien befinden sich im näheren Umkreis in Apolda und Mellingen. Die Stadt Bad Sulza hat insgesamt sechs Kindertagesstätten in der Kernstadt und in den Ortschaften. Davon befindet sich eine in kommunaler Trägerschaft. Alle Einrichtungen verfügen über ausreichend Kapazität, um die Kinder der Gemeinde Rannstedt betreuen zu können. Größtenteils besuchen die Kinder der Gemeinde Rannstedt bereits die Kindertagesstätten der Stadt Bad Sulza. Eine Außenstelle der Kreisvolkshochschule für das gesamte Einzugsgebiet steht in der Stadt Bad Sulza zur Verfügung.

Die Reha-Einrichtungen in der Kurstadt, eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Betrieben sowie zwei große und mehrere kleine landwirtschaftliche Betriebe sind Arbeitgeber in der Region. Die medizinische Betreuung erfolgt durch mehrere niedergelassene Arztpraxen von Allgemeinmedizinern sowie Zahnarzt- und Physiotherapiepraxen.

Die Stadt Bad Sulza und die ihr nach § 51 ThürKO zugeordneten Gemeinden arbeiten über Zweckvereinbarungen zusammen. Die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt sind Mitglieder im Apoldaer Abwasserzweckverband und an der Apoldaer Wasser GmbH beteiligt.

Die Stützpunktfeuerwehr der Stadt Bad Sulza mit angeschlossener Rettungswache ist für die gesamte Region und auch für die Gemeinde Rannstedt zuständig. Für Sport- und Freizeitaktivitäten stehen mehrere Clubs, Sport- und Spielplätze zur Verfügung. In den Ortschaften der Stadt Bad Sulza gibt es ein reges Vereinsleben in Kirmes-, Heimat- und Sportvereinen. Durch die Jägerschaften werden Jagden organisiert. Bereits seit Jahrzehnten gibt es Kirchspiele, welche zusammen agieren.

Das Freibad in Bad Sulza und die Toskana Therme werden durch die Einwohnerinnen und Einwohner aller umliegenden Gebietskörperschaften einschließlich der Gemeinde Rannstedt genutzt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in der Stadt Bad Sulza mit 953 Euro über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 446,51 Euro. Die Gemeinde Rannstedt ist schuldenfrei.

Die Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner liegen in der Stadt Bad Sulza mit 644 Euro und in der Gemeinde Rannstedt mit 492 Euro jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 818 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die um die Gemeinde Rannstedt vergrößerte Stadt Bad Sulza eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Die ebenfalls durch die Stadt Bad Sulza nach § 51 ThürKO erfüllten Nachbargemeinden Eberstedt, Großheringen, Niedertrebra, Obertrebra und Schmiedehausen werden durch die Eingliederung der Gemeinde Rannstedt in die Stadt Bad Sulza nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Für diese Gemeinden kommt perspektivisch auch eine Neugliederung mit der Stadt Bad Sulza in Betracht. Den Gemeinden verbleiben somit ausreichend Möglichkeiten für eine leitliniengerechte Neugliederung.

Da sich die Gemeinde Rannstedt in der unmittelbaren Umgebung der Stadt Apolda befindet, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen ist, sind auch die Belange der Stadt Apolda zu berücksichtigen. Wesentliche Bedenken gegen die beantragte Neugliederung ergeben sich hierbei nicht. Die Gemeinde Rannstedt stellt aufgrund ihrer räumlichen Zusammengehörigkeit mit der Stadt Bad Sulza und der inselartigen Lage innerhalb des Gebietes der Stadt sowie ihrer sonstigen Verflechtungen zur Stadt Bad Sulza keine sinnvolle Eingliederungsoption für die Stadt Apolda dar.

#### Zu Absatz 2

Die Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Auerstedt, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Schmiedehausen, Wickerstedt und der Stadt Bad Sulza und über die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft "Bad Sulza" vom 7. Januar 1996 (GVBl. S. 11) bestimmt, dass die Stadt Bad Sulza unter anderem für die Gemeinde Rannstedt als erfüllende Gemeinde die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahrnimmt. Im Zuge der Eingliederung ist diese Regelung hinsichtlich der einzugliedernden Gemeinde Rannstedt aufzuheben.

Da die Gemeinden Eberstedt, Großheringen, Niedertrebra, Obertrebra und Schmiedehausen sich nicht neu gliedern, hat die vorgenannte Verordnung für diese weiterhin Bestand.

#### Zu § 6 (Weitere Neugliederungen)

Die Neugliederung der Gemeindestrukturen im Rahmen dieses Gesetzesentwurfs sowie weiterer perspektivisch folgender Neugliederungsmaß-

nahmen soll zur Schaffung einer landesweit ausgewogenen und leitbildgerechten Gesamtstruktur führen.

Freiwillige Gemeindeneugliederungen, die im Zuge dieses Gemeinde-neugliederungsgesetzes gebildet werden, können daher mit Blick auf das Ziel einer flächendeckenden Neugliederung der gemeindlichen Strukturen nicht in jedem Fall abschließenden Charakter haben. Es ist vielmehr damit zu rechnen, dass im Zuge späterer Neugliederungsmaßnahmen weitere Gemeinden den mit diesem Gesetz gebildeten Strukturen zugeordnet werden müssen, damit leitbildgerechte flächendeckende Gemeindegebietsstrukturen in Thüringen entstehen können.

Das gilt sowohl für Eingliederungen von Gemeinden in die mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden als auch für Eingliederungen der mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden. Entsprechendes gilt für Zusammenschlüsse.

Keinen abschließenden Charakter haben insbesondere solche freiwilligen Neugliederungen, welche die Mindesteinwohnerzahl von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 nicht erreichen und daher nur als Schritt zu einer leitbild- und leitliniengerechten Gemeindestruktur zu betrachten sind.

Mit dieser Regelung soll verhindert werden, dass sich aus den Neugliederungen dieses Gesetzes ein Vertrauenstatbestand bei den neu gegliederten Gemeinden dahin gehend bildet, dass zu dieser neuen Struktur keine weiteren Gemeinden zugeordnet werden können oder dass durch diese Neugliederungen ausgeschlossen wird, dass die neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden eingegliedert oder mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen werden.

Zu § 7 (Erweiterung des Stadt- oder Gemeinderats)

Zu den Absätzen 1 bis 7

Mit den Bestimmungen werden die Regelungen des § 9 Abs. 5 ThürKO in Verbindung mit § 128 ThürKO und § 37 Abs. 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) umgesetzt.

Die Bestimmungen gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger einer eingegliederten Gemeinde oder eines eingegliederten Gemeindeteils im Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde durch ihre bei der letzten Gemeinderatswahl gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger oder deren Nachrücker entsprechend den Vorgaben des § 9 Abs. 5 Satz 1 bis 3 ThürKO angemessen repräsentiert werden.

Nach dem in Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 95 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen verankerten verfassungsrechtlichen Grundsatz muss die gesamte Bevölkerung einer Gemeinde eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Dies führt jedoch nicht dazu, dass nach der Vergrößerung einer Gemeinde zwingend eine Neuwahl stattzufinden hat. Vielmehr ist der Gesetzgeber nach der obergerichtlichen Rechtsprechung (Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt, Urteil vom 20. Januar 2011, Az.: LVG 22/10) berechtigt, zur Vermeidung eines Eingriffs in die Wahlperiode der gewählten Gemeinde- oder Stadtratsmitglieder der aufnehmenden Gemeinde eine gesetzliche Regelung zu treffen, die eine Mindestrepräsentation und damit eine Annäherung an den von der Verfassung für den Normalfall vorgegebenen



Zustand der Repräsentation aller Bürgerinnen und Bürger in der aufnehmenden Gemeinde ermöglicht.

Für den Fall der Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde hat der Gesetzgeber in § 9 Abs. 5 Satz 1 und 2 ThürKO eine entsprechende allgemeine Entsenderregelung festgelegt.

Für den im vorliegenden Gesetz enthaltenen Sonderfall einer Gemeindeteilung und Eingliederung der Teilgebiete in mehrere andere Gemeinden wird diese Entsenderregelung entsprechend angewendet. In diesem Fall repräsentieren die einrückenden Gemeinderatsmitglieder der aufgelösten Gemeinde die neu hinzugekommenen Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinderäten mehrerer aufnehmender Gemeinden. Um die Bürgerinnen und Bürger eines eingegliederten Gebietsteils der aufgelösten Gemeinde im Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde repräsentieren zu können, müssen die einrückenden Gemeinderatsmitglieder wahlberechtigte Bürgerinnen beziehungsweise Bürger dieses eingegliederten Gebietsteils sein, also insbesondere in dem entsprechenden Gebietsteil ihren Aufenthalt haben. Soweit aus dem eingegliederten Gebietsteil der aufgelösten Gemeinde keine wahlberechtigten Gemeinderatsmitglieder oder deren Nachfolger in den Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde einrücken können, bleibt der jeweilige Gemeinderatssitz unbesetzt.

Das Verfahren der Erweiterung des Gemeinderates ist für den Fall der Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde in § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO festgelegt. Die Regelungen finden im Fall einer Gemeindeteilung und Eingliederung der Teilgebiete in mehrere andere Gemeinden entsprechende Anwendung.

In § 9 Abs. 5 Satz 1 ThürKO in Verbindung § 128 ThürKO und § 37 Abs. 1 ThürKWG ist vorgesehen, dass sich die Anzahl der einrückenden Gemeinderatsmitglieder nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen richtet und dass insoweit der letzte fortgeschriebene Stand der Bevölkerung zugrunde zu legen ist, der vom Landesamt für Statistik früher als drei Monate vor dem Tag der Wahl der Gemeinderatsmitglieder zum Beginn der laufenden gesetzlichen Amtszeit veröffentlicht wurde. Maßgeblich ist daher vorliegend der Stand der Bevölkerung zum 30. Juni 2018. Da bei Gemeindeteilungen die Einwohnerzahlen der jeweils eingegliederten Gebietsteile heranzuziehen sind und entsprechende Daten durch das Landesamt für Statistik nicht erhoben werden, wurde in diesen Fällen auf die Daten der Einwohnermeldeämter zurückgegriffen.

Zu Absatz 8

Wird eine Gemeinde durch die Eingliederung von Gemeinden vergrößert, gibt § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürKO der aufnehmenden Gemeinde das Recht, die Zahl ihrer zu wählenden Gemeinderatsmitglieder für einen befristeten Zeitraum zu erhöhen. Mit Absatz 8 ist sichergestellt, dass diese Regelung auch dann Anwendung findet, wenn eine Gemeinde nicht durch die Eingliederung einer vollständigen Gemeinde, sondern im Fall einer Gemeindeteilung durch die Eingliederung von Gebietsteilen einer Gemeinde vergrößert wird.

Zu § 8 (Ortsrecht, Kreisrecht)

Zu Absatz 1

Die Bestimmung regelt die Weitergeltung des bisherigen Ortsrechts nach den Eingliederungen, bis es durch neues Ortsrecht der aufnehmen-

den Gemeinde ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Grundsätzlich ist das Ortsrecht spätestens bis zum Ende des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen.

Zugleich wird festgelegt, dass die Hauptsatzungen der einzugliedernden Gemeinden beziehungsweise die Hauptsatzungen, die für das einzugliedernde Gemeindegebiet gelten, mit der Eingliederung außer Kraft treten. Für das einzugliedernde Gemeindegebiet gilt mit der Eingliederung die Hauptsatzung der aufnehmenden Gemeinde.

#### **Zu Absatz 2**

Nach Satz 1 sind bei allen Neugliederungen von Gemeinden nach diesem Gesetz unterschiedliche Grundsteuerhebesätze und Gewerbesteuerhebesätze spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 anzupassen.

Mit Satz 2 wird eine Vereinbarung im Neugliederungsvertrag der Gemeinden Unstruttal und Menteroda berücksichtigt, nach der die Hundesteuersatzung der Gemeinde Menteroda bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 bestehen bleiben soll.

#### **Zu Absatz 3**

Wie bei der Fortgeltung des bisherigen Ortsrechts nach einer Eingliederung von Gemeinden gilt in den Gemeindegebieten, die aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert werden, das bisherige Kreisrecht fort, bis es von dem um das Gemeindegebiet vergrößerten Landkreis ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Der vergrößerte Landkreis kann das bisherige Kreisrecht ersetzen, indem er sein Recht auf das eingegliederte Gebiet erstreckt oder neues Recht schafft.

#### **Zu § 9 (Rechtsstellung der betroffenen Beamtinnen und Beamten)**

##### **Zu Absatz 1**

In Absatz 1 wird zur Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bei der Neugliederung von Gemeinden auf das geltende Landesrecht verwiesen.

##### **Zu Absatz 2**

Nach § 14 Abs. 1 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG) treten die Betroffenen kraft Gesetzes in den Dienst der vergrößerten Gemeinde über, wenn die aufgelöste Gemeinde vollständig in diese eingegliedert wird. In diesem Fall bedarf es lediglich einer schriftlichen Bestätigung der Fortsetzung des Beamtenverhältnisses beziehungsweise der Übernahme als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger beim neuen Dienstherrn.

##### **Zu Absatz 3**

Die an einer in Satz 1 genannten Neugliederung beteiligten Gemeinden sind verpflichtet, einvernehmlich im Rahmen einer pflichtgemäßen Ermessensentscheidung zu bestimmen, welche Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von welcher Körperschaft übernommen werden. Das insoweit erforderliche Einvernehmen, das heißt die Willensübereinstimmung aller an der Neugliederung beteiligten Körperschaften, wird über einen öffentlich-rechtlichen

Vertrag, einen Personalüberleitungsvertrag, hergestellt. Eine Vereinbarung über einen finanziellen Ausgleich der Personalkosten für diejenigen Beamtinnen und Beamten, die später auf der Grundlage eines Personalüberleitungsvertrages von den weiteren Gemeinden übernommen werden, beziehungsweise der Versorgungslasten für zu übernehmende Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die nicht vom Kommunalen Versorgungsverband Thüringen übernommen werden, ist ebenfalls in den Personalüberleitungsvertrag aufzunehmen.

Der Personalüberleitungsvertrag muss bis zum Ablauf des Tages vor dem Aufgabenübergang geschlossen worden sein, damit unmittelbar im Anschluss daran die Übernahmeverfügungen durch die aufnehmenden Gemeinden erlassen werden können.

Wesentliches Kriterium für die anteilig zu übernehmenden Beamtinnen und Beamten ist zunächst der dienstrechtliche Grundsatz, dass das Personal der Aufgabe folgt. Darüber hinaus ist der jeweilige Zuwachs der Einwohnerinnen und Einwohner in den durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden ein weiteres wichtiges Kriterium. Die durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden sollen in erster Linie diejenigen Beamtinnen und Beamten übernehmen, deren Aufgaben durch die Gemeindeneugliederung betroffen sind und die sich auf freiwilliger Basis hierzu bereit erklären. Zu diesem Zweck ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Weiterhin sind Kriterien, die Rückschlüsse auf die Mobilität der Beamtinnen und Beamten zulassen, wie beispielsweise die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle oder auch familiäre oder gesundheitliche Besonderheiten, angemessen zu berücksichtigen. Die Übernahme der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erfolgt durch Verfügung, die durch die Gemeinde zu erlassen ist, die künftig deren neuer Dienstherr sein wird. Gegen die Verfügung können die Betroffenen den Verwaltungsrechtsweg beschreiten. Um die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch die neuen Gemeinden nicht zu gefährden, wird die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage ausgeschlossen.

#### Zu Absatz 4

In Satz 1 ist das weitere Verfahren festgelegt, soweit sich die betroffenen Gemeinden nicht innerhalb der gesetzlichen Frist des § 14 Abs. 2 ThürBG einvernehmlich darüber einigen, welche Bediensteten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von welcher Gemeinde zu übernehmen sind. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist es im Interesse der Betroffenen notwendig, die Zuständigkeit der Rechtsaufsichtsbehörde festzulegen, die deren zukünftige Anstellungskörperschaft oder den für die Versorgung zuständigen Dienstherrn festlegt. Die Zuordnung der Zuständigkeit auf die obere Rechtsaufsichtsbehörde ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Entscheidungen über die Übernahme der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger einheitlich im Lichte der beamtenrechtlichen Grundsätze getroffen werden. Mit Satz 2 werden die Verfahrensrechte der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger für den Fall einer Entscheidung der hierfür zuständigen oberen Rechtsaufsichtsbehörde festgelegt.

**Zu Absatz 5**

Durch Satz 1 werden Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand nach § 29 Abs. 1 Satz 1 ThürBG ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten, also derjenigen, die keine kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten sind, für die Dauer von drei Jahren aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung stehen, ausgeschlossen. Dies ermöglicht es den durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden und deren Mitarbeitern, sich während des Übergangs- und Anpassungszeitraums gänzlich auf die Aufgabenerfüllung zu konzentrieren. Der Zeitraum von drei Jahren ist aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit einhergehenden Ausscheidens dienstälterer Bediensteter sowie der Altersstruktur der vorhandenen Beamtinnen und Beamten ausreichend. In Satz 2 ist festgelegt, dass nach Ablauf der drei Jahre eine weitere Frist von sechs Monaten zu beachten ist.

**Zu Absatz 6**

Nach den Sätzen 1 und 2 ist vorgesehen, dass die von der Gemeindeneugliederung betroffenen Gemeinden frühzeitig bei bestimmten Personalmaßnahmen zusammenarbeiten. Durch diese Zusammenarbeit sollen Maßnahmen des für Inneres und Kommunales zuständigen Ministeriums nach § 17 ThürBG, die einen stärkeren Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen würden, möglichst vermieden werden. Satz 2 erstreckt das Erfordernis des gegenseitigen Einverständnisses auch auf die Maßnahmen Versetzung und Abordnung, die über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gemeindeneugliederung hinaus wirksam sind. Diese Personalmaßnahmen können langfristige Auswirkungen auf den Personalhaushalt der betroffenen Gemeinde und damit auch auf den Personalhaushalt der vergrößerten Gemeinden haben. Nach Satz 3 sind solche Personalmaßnahmen ausgenommen, die durchzuführen sind, weil die betroffenen Beamtinnen und Beamten einen Rechtsanspruch auf Vollzug der Maßnahme haben, den der Dienstherr zu erfüllen hat, beispielsweise die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit nach erfolgreichem Abschluss der Probezeit.

**Zu Absatz 7**

Die Regelung verweist auf das bestehende Recht zu den Rechtsgebieten Umzugskosten und Trennungsgeld.

**Zu Absatz 8**

Satz 1 greift den Regelungsgegenstand des § 29 ThürBG auf und konkretisiert ihn für die von der Neugliederung der Gemeinden betroffenen hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten, das heißt für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinschaftsvorsitzende. Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist erforderlich, da für diesen Personenkreis ein gleich zu bewertendes Wahlamt, das ihrem bisherigen Wahlamt nach Bedeutung und Inhalt entspricht, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr vorhanden ist beziehungsweise nur durch eine erneute Wahl erreicht werden kann. Durch Satz 1 ist eine Versetzung der Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten in den einstweiligen Ruhestand durch die Rechtsnachfolger ihrer bisherigen Dienstherrn nicht erforderlich.

In Satz 2 wird auf das geltende Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) verwiesen. Nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeamtVG ist

grundsätzlich Voraussetzung für die Gewährung eines Ruhegehalts, dass der Beamte beziehungsweise die Beamtin eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat. Daher ist es nach § 32 BeamStG in Verbindung mit § 34 Abs. 1 ThürBG auch Voraussetzung für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, dass eine entsprechende versorgungsrechtliche Wartezeit von fünf Jahren erfüllt wird. Ohne die Erfüllung dieser Wartezeit sind die Betroffenen in der Regel zu entlassen und können auch nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Aus Fürsorgegründen ist in solchen Fällen nach § 41 ThürBeamTVG die Gewährung eines Übergangsgeldes vorgesehen. Für die Erfüllung der versorgungsrechtlichen Wartezeit von fünf Jahren sind nur ruhegehaltstfähige Dienstzeiten sowie Zeiten einzurechnen, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltstfähig gelten. Die Dienstzeit ist dabei grundsätzlich "abzuleisten", das heißt aktiv wahrzunehmen.

Nach § 77 Abs. 1 ThürBeamTVG gelten für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Zeit die Bestimmungen für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit entsprechend, soweit im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz nichts anderes bestimmt ist. Hinsichtlich der Wartezeit nach § 11 Abs. 1 ThürBeamTVG ist nichts anderes bestimmt. Damit die betroffenen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten durch die Gebietsreform versorgungsrechtlich keinen Nachteil erleiden, stellt Satz 3 als Ausnahmeregelung im Sinne des § 77 Abs. 1 ThürBeamTVG sicher, dass die Dienstzeit im Sinne der § 11 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeamTVG und § 34 Abs. 1 ThürBG (Wartezeit) als abgeleistet gilt, wenn bis zum Ende der regulären Amtszeit eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren erreicht worden wäre.

Zu § 10 (Rechtsstellung der betroffenen Tarifbeschäftigten)

Zu Absatz 1

Durch Absatz 1 ist klargestellt, dass die Arbeitsverhältnisse der Tarifbeschäftigten und die Auszubildenden so, wie sie zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Gemeindeneugliederung bestehen, mit allen Rechten und Pflichten auf die vergrößerten Gemeinden als Arbeitgeber übergehen.

Zu Absatz 2

Die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden werden verpflichtet, sich über eine anteilige Übernahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Auszubildenden und über einen finanziellen Ausgleich für gegebenenfalls entstandene Personalkosten zu einigen. Zur weiteren Begründung wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 9 Abs. 3 verwiesen.

Zu Absatz 3

Jegliche Rechtsnachteile für die Tarifbeschäftigten sollen ausgeschlossen werden. Der erreichte rechtliche Besitzstand soll gewahrt und insbesondere tarifrechtlich maßgebliche Zeiten so berücksichtigt werden, als wenn sie bei der neuen Arbeitgeberin, der vergrößerten Gemeinde, zurückgelegt worden wären.

Zu Absatz 4

Mit den Sätzen 1 und 2 wird geregelt, dass sich die für den Beamtenbereich geltende Regelung des § 9 Abs. 6 auch auf den Tarifbereich er-

streckt. Da es im Beamtenbereich die Instrumente Entfristung oder Verlängerung (von Beamtenverhältnissen) nicht gibt, bedarf es in Satz 3 einer gesetzlichen Fiktion, diese arbeitsrechtlichen Maßnahmen wie eine Neueinstellung zu behandeln. In Satz 4 ist die entsprechende Anwendung der beamtenrechtlichen Vorschriften über Umzugskosten und Trennungsgeld auch für den Bereich der übergegangenen Tarifbeschäftigten geregelt.

#### **Zu Absatz 5**

Durch die Regelung des Satzes 1 werden betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung stehen, ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Beschäftigungsverhältnisses für die Dauer von drei Jahren ausgeschlossen. Dies ermöglicht es den durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sich während des Übergangs- und Anpassungszeitraums gänzlich auf die Aufgabenerfüllung zu konzentrieren. Durch die Regelung in Satz 2 betrifft dieser Ausschluss jedoch nicht Änderungskündigungen, die wegen eines Wechsels des Arbeitsortes erforderlich werden. Durch Satz 3 wird darüber hinaus klargestellt, dass personen- oder verhaltensbedingte Kündigungen von der Kündigungs-schutzregelung des Satzes 1 unberührt bleiben.

#### **Zu § 11 (Neuwahl der Personalvertretungen)**

Durch die Regelung wird der in § 32 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) festgelegte Grundsatz, dass bei Umorganisationen von Dienststellen und Körperschaften die Personalräte neu zu wählen sind, aufgehoben. Es wird aus Gründen der einfacheren Rechtsanwendung unter teilweise sprachlicher Bezugnahme auf § 32 Abs. 3 ThürPersVG festgelegt, wann im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung eine Neuwahl der Personalvertretung unter Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes durchzuführen ist.

#### **Zu § 12 (Übergang und Wahl der Schwerbehindertenvertretungen)**

In Satz 1 ist festgelegt, wann in den Dienststellen der nach diesem Gesetz vergrößerten Gemeinden die Schwerbehindertenvertretungen zu wählen sind. Durch Satz 2 wird sichergestellt, dass zu jedem Zeitpunkt eine Schwerbehindertenvertretung vorhanden ist. In Satz 3 wird die Zuständigkeit der bisherigen Schwerbehindertenvertretungen geregelt, bis in der Dienststelle der vergrößerten Gemeinden eine neue Schwerbehindertenvertretung gewählt ist.

#### **Zu § 13 (Übergang und Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten)**

Durch diese Bestimmung wird das Verfahren sowohl zur Bestellung von vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten für die durch dieses Gesetz vergrößerten Gemeinden als auch die Bestellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten geregelt. Die Bestellung einer vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten und damit auch die spätere Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für die vergrößerte Gemeinde sind nur erforderlich, wenn die aufgelöste und eingegliederte Gemeinde über eine Gleichstellungsbeauftragte verfügte und diese in den Dienst der vergrößerten Gemeinde tritt.

Zu § 14 (Auseinandersetzung bei Eingliederung des Gebietes einer Gemeinde in mehrere Gemeinden)

Die Bestimmung enthält Regelungen über eine Auseinandersetzung für die Fälle, in denen eine Gemeinde aufgelöst, ihr Gebiet geteilt und in mehrere Gemeinden eingegliedert wird. In diesen Fällen ist mit der Aufteilung des Gemeindegebietes auch eine Veränderung beziehungsweise Verteilung der kommunalen Aufgaben der aufgelösten Gemeinde auf die aufnehmenden Gemeinden verbunden. Diese Veränderung muss sich in einer Anpassung der bestehenden Rechtsverhältnisse der aufnehmenden Gemeinden insbesondere auch vor dem Hintergrund widerspiegeln, dass das Gesetz nur eine der aufnehmenden Gemeinden zur Gesamtrechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde bestimmt.

Zu den Absätzen 1 bis 3

Das Gesetz sieht in Absatz 1 eine Regelung der Rechtsfolgen durch eine Vereinbarung der aufnehmenden Gemeinden vor. Die konkrete Ausgestaltung der Auseinandersetzung soll insbesondere vor dem Hintergrund des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung den Beteiligten selbst überlassen bleiben. Ohne eine solche Vereinbarung blieben die gebotenen Änderungen unter anderem für das Vermögen, das der Aufgabenerfüllung dient, sowie für etwaige aufgabenbezogene vertragliche Rechte und Pflichten unberücksichtigt. Deshalb wird durch das Gesetz den betroffenen Gemeinden eine sach- und interessengerechte Korrektur durch eine Auseinandersetzung aufgegeben. Sie erfolgt durch die Vereinbarung der Beteiligten individuell und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Lediglich Grundstücke werden in Absatz 2 von Gesetzes wegen nach ihrer Belegenheit den aufnehmenden Gemeinden zugeordnet.

Nach Absatz 3 Satz 1 sollen sich die Vertragsparteien für den Auseinandersetzungsvertrag sowohl an der Aufgabe orientieren, der das Vermögen dient, als auch an dem Umfang, in dem die kommunalen Aufgaben von den aufnehmenden Gemeinden zu erfüllen sind. Nach Absatz 3 Satz 2 kann in den Auseinandersetzungsvertrag eine Regelung über einen finanziellen Ausgleich aufgenommen werden, wenn besondere Gründe dies geboten erscheinen lassen. Das kann der Fall sein, wenn eine entschädigungslose Übertragung von Vermögensgegenständen zu einer unbilligen, einseitigen Belastung eines Beteiligten führen würde. Es geht also nicht um den Ausgleich eines jeden Vermögensverlustes im Sinne eines Wertausgleiches. Vielmehr ist im Grundsatz von einer entschädigungslosen Übertragung auszugehen. Ein Ausgleich kommt nur ausnahmsweise in Betracht, wenn besondere Umstände hinzutreten, die durch eine wesentliche Mehrbelastung eines Beteiligten das Ziel der Vermögensverschiebung in Frage stellen, der allen Beteiligten die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben ermöglichen soll. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn aus der Beschaffung, Erhaltung, Sanierung oder sonstigen investiven Maßnahmen in Bezug auf einen Vermögensgegenstand Kreditverpflichtungen in nicht unerheblichem Umfang allein von der Gesamtrechtsnachfolgerin zu tragen wären, obwohl der entsprechende Vermögensgegenstand aufgrund seiner Belegenheit einer anderen aufnehmenden Gemeinde zugeordnet wird und die Gesamtrechtsnachfolgerin dadurch in der Erfüllung der von ihr sonst wahrzunehmenden Angelegenheiten beeinträchtigt, die aufnehmende Gemeinde aber unangemessen entlasten würde. In Betracht kommt ein finanzieller Ausgleich auch dann, wenn abweichend von Absatz 3 Satz 1 eine Vermögenszuordnung nicht erfolgen soll, etwa wegen der Unteilbarkeit

von Vermögen. Die Beteiligten können sich hierüber ebenso wie über einen finanziellen Ausgleich für diesen Fall verständigen. Hierfür wird in Absatz 3 Satz 3 die gesetzliche Grundlage geschaffen.

Mit Satz 4 wird schließlich klargestellt, dass auch für die Beteiligung an Unternehmen einer aufgelösten Gemeinde die erforderliche Auseinandersetzung entsprechend den in den Sätzen 1 bis 3 normierten Grundsätzen erfolgt.

Zu Absatz 4

Die Regelung räumt den Beteiligten für den Abschluss des Auseinandersetzungsvertrages eine Jahresfrist ab dem Inkrafttreten der Neugliederung der Gemeinde ein. Den Beteiligten steht damit ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, ihre Rechtsverhältnisse zu klären und trotzdem zeitnah durch eine Vermögensauseinandersetzung die kontinuierliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Fehlt es nach der gesetzlich vorgesehenen Jahresfrist noch ganz oder teilweise an der notwendigen Vereinbarung, muss im Interesse der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung die fehlende Auseinandersetzung anderweitig herbeigeführt werden. Deshalb hat nach Fristablauf das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung durch Verwaltungsakt zu verfügen. Da dieses Gesetz eine Auflösung von Gemeinden und die Eingliederung ihres Gebietes in mehrere Gemeinden kreisübergreifend vorsieht, ist das Landesverwaltungsamt dem Rechtsgedanken des § 118 Abs. 1 Satz 2 ThürKO folgend zur Entscheidung nach Absatz 4 berufen. Es hat zuvor im Rahmen einer durchzuführenden Anhörung die Interessen der aufnehmenden Gemeinden zu ermitteln und diese in seine Abwägung für die vom Gesetz vorgesehene Entscheidung nach billigem Ermessen einzubeziehen. Kriterium für die zu treffende Entscheidung ist die in Absatz 3 geregelte Verteilung der Vermögensgegenstände nach ihrem Aufgabenbezug und dem Umfang der Aufgabenwahrnehmung, sofern nicht unter Billigkeitsgesichtspunkten anderen Kriterien der Vorrang zu geben ist. Kommen die aufnehmenden Gemeinden im Laufe des Verfahrens und gegebenenfalls mit Unterstützung und Beratung durch das Landesverwaltungsamt selbst noch zu einer Einigung über die erforderliche Vereinbarung, hat diese bis zur Bestandskraft des Verwaltungsaktes Vorrang vor der behördlichen Entscheidung.

Zu § 15 (Auseinandersetzung bei landkreisübergreifenden Gemeinde-neugliederungen)

Zu den Absätzen 1 bis 3

Erfolgt eine Gemeindeneugliederung kreisübergreifend, erfährt auch das Landkreisgebiet eine Änderung. Dies ist der Fall, wenn das Gemeindegebiet einer aufgelösten Gemeinde ganz oder teilweise in eine oder mehrere Gemeinden in benachbarten Landkreisen eingegliedert wird. Da sich die Zuständigkeit der Landkreise allein auf ihr jeweiliges Landkreisgebiet bezieht, folgen aus solchen Neugliederungsmaßnahmen Änderungen in der Aufgabenwahrnehmung der betroffenen Landkreise. Es wird daher in Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass in solchen Fällen eine Auseinandersetzung stattzufinden hat. In Absatz 1 Satz 2 ist insoweit eine Regelung der Rechtsfolgen durch eine Vereinbarung der Betroffenen vorgesehen. Sie erfolgt durch den Auseinandersetzungsvertrag individuell und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Das Gesetz überlässt so vor dem Hintergrund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts die Details den Betroffenen. Ohne eine solche Vereinbarung blie-



be die Zuständigkeitsänderung unter anderem für das Vermögen, das der Aufgabenerfüllung dient, sowie für etwaige aufgabenbezogene vertragliche Rechte und Pflichten unberücksichtigt. Deshalb gibt das Gesetz den Betroffenen eine sach- und interessengerechte Korrektur durch eine Auseinandersetzung auf.

Lediglich für Grundstücke trifft bereits das Gesetz eine Regelung. Ergibt sich infolge der Neugliederung für ein kreiseigenes Grundstück, dass es nunmehr im Gebiet eines anderen Landkreises liegt, wird dieses Grundstück durch Absatz 2 von Gesetzes wegen nach seiner Belegenheit dem aufnehmenden Landkreis zugeordnet.

Wenn spezialgesetzlich nichts anderes geregelt ist, sollen sich die Landkreise nach Absatz 3 Satz 1 sowohl an der Aufgabe orientieren, der das Vermögen dient, als auch an dem Umfang, in dem sich die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe für die beteiligten Landkreise ändert. Spezialgesetzliche Regelungen finden sich etwa für den Wechsel der Straßenbaulast in § 11 des Thüringer Straßengesetzes sowie § 6 des Bundesfernstraßengesetzes. Nach Absatz 3 Satz 2 kann in den Auseinandersetzungsvertrag eine Regelung über einen finanziellen Ausgleich aufgenommen werden, wenn besondere Gründe dies geboten erscheinen lassen. Das kann der Fall sein, wenn eine entschädigungslose Übertragung von Vermögensgegenständen zu einer unbilligen, einseitigen Belastung eines Beteiligten führen würde. Es geht also nicht um den Ausgleich eines jeden Vermögensverlustes im Sinne eines Wertausgleiches. Vielmehr ist im Grundsatz auch hier von einer entschädigungslosen Übertragung auszugehen. Ein Ausgleich kommt nur ausnahmsweise in Betracht, wenn besondere Umstände hinzutreten, die durch eine wesentliche Mehrbelastung eines Beteiligten das Ziel der Vermögensverschiebung in Frage stellen, der beiden Landkreisen die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben ermöglichen soll. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn aus der Beschaffung, Erhaltung, Sanierung oder sonstigen investiven Maßnahmen in Bezug auf einen Vermögensgegenstand Kreditverpflichtungen in nicht unerheblichem Umfang allein vom abgebenden Landkreis zu tragen wären, die ihn in der Erfüllung der von ihm sonst wahrzunehmenden Angelegenheiten beeinträchtigen und den aufnehmenden Landkreis unangemessen entlasten würden. In Betracht kommt ein finanzieller Ausgleich auch dann, wenn abweichend von Satz 1 eine Vermögenszuordnung nicht erfolgen soll, etwa wegen der Unteilbarkeit von Vermögen. Die Landkreise können sich hierüber ebenso wie über einen finanziellen Ausgleich für diesen Fall verständigen. Hierfür schafft Absatz 3 Satz 3 die gesetzliche Grundlage.

#### Zu Absatz 4

Die Regelung räumt den betroffenen Landkreisen für den Abschluss des Auseinandersetzungsvertrages eine Jahresfrist ab dem Inkrafttreten der Neugliederung der Gemeinde ein. Ihnen steht damit ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, ihre Rechtsverhältnisse zu klären und trotzdem zeitnah durch eine Vermögensauseinandersetzung die kontinuierliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Fehlt es nach der gesetzlich vorgesehenen Jahresfrist noch ganz oder teilweise an der notwendigen Vereinbarung, muss im Interesse der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung die fehlende Auseinandersetzung anderweitig herbeigeführt werden. Deshalb hat nach Fristablauf das Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde die Auseinandersetzung durch Verwaltungsakt zu verfügen. Es hat zuvor im Rahmen einer durchzuführenden Anhörung die Interessen

der betroffenen Landkreise zu ermitteln und diese in seine Abwägung für die vom Gesetz vorgesehene Entscheidung nach billigem Ermessen einzubeziehen. Kriterium für die zu treffende Entscheidung ist die in Absatz 3 geregelte Verteilung der Vermögensgegenstände nach ihrem Aufgabenbezug und dem Umfang der Aufgabenwahrnehmung, sofern nicht unter Billigkeitsgesichtspunkten anderen Kriterien der Vorrang zu geben ist. Kommen die Landkreise im Laufe des Verfahrens und gegebenenfalls mit Unterstützung und Beratung durch das Landesverwaltungsamt selbst noch zu einer Einigung über die erforderliche Vereinbarung, hat diese bis zur Bestandskraft des Verwaltungsaktes Vorrang vor der Entscheidung durch Verwaltungsakt.

#### Zu § 16 (Wohnsitz, Einwohnerzahl)

Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass durch die in diesem Gesetz vorgenommenen Gemeindeneugliederungen keine Veränderung der Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner eintritt, soweit diese von der Dauer ihres Wohnens oder ihres Aufenthalts in der Gemeinde oder im Landkreis abhängen. Weiterhin wird klargestellt, dass die Einwohnerzahl durch Addition der Einwohnerzahlen der an der jeweiligen Neugliederung beteiligten Gebietskörperschaften zu ermitteln ist, wenn sie für eine gesetzliche Bestimmung maßgeblich ist.

#### Zu § 17 (Freistellung von Kosten)

Im Vollzug dieses Gesetzes werden Maßnahmen notwendig, die mit einer Gebührenpflicht verbunden sind. Durch diese Bestimmung wird deshalb im Rahmen des Landesrechts die Freistellung von Kosten für solche notwendigen Rechtshandlungen geregelt. Ein Anspruch auf Kostenerstattung für die Einwohnerinnen und Einwohner wegen anfallender Kosten in der Folge dieses Gesetzes ist mit der Regelung nicht verbunden. Wenn, wie beispielsweise bei Adressenänderungen in den Fahrzeugpapieren, die Kosten aufgrund von Bundesrecht erhoben werden, richten sich die Möglichkeiten der Kostenfreistellung ebenfalls nach Bundesrecht.

#### Zu § 18 (Mitgliedschaft in Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen)

##### Zu Absatz 1

Die Regelungen der Rechtsnachfolge nach diesem Gesetz gelten nicht für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und die Beteiligung an Zweckvereinbarungen; insoweit bleibt es bei den allgemeinen Bestimmungen nach den §§ 14 und 39 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit.

##### Zu Absatz 2

Mit dieser speziellen Bestimmung, die die Anwendbarkeit der übrigen Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit unberührt lässt, wird sichergestellt, dass ein Ausgleich zwischen dem Interesse der Aufgabe des Zweckverbandes, also dem öffentlichen Interesse einer geordneten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Wasserver- und Abwasserentsorgung und dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht, insbesondere in Form der Organisationshoheit, stattfindet. Einerseits wird der neuen Körperschaft mit ausreichender Zeit die Möglichkeit gegeben, ihr weiteres Verhalten zu bestimmen und andererseits wird durch die Bestimmung gewährleistet, dass die Aufgabe des Verbandes nicht unmittelbar nach Neugliederung der Mitglieder durch mögliche Kündigungen so weit erschwert wird, dass

die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gefährdet wäre. Schließlich stellt die Bestimmung sicher, dass nach einem Zeitraum von 18 Monaten der Zweckverband seine Planungen für die zukünftige Aufgabenerfüllung, auch beispielsweise im Hinblick auf Investitionsplanungen, mit Gewissheit über sein zukünftiges Aufgabengebiet, seine Mitglieder und damit letztlich auch seine finanzielle Situation, uneingeschränkt fortführen kann.

Zu Absatz 3

Die Verlängerung der Frist von drei Monaten auf ein Jahr soll sicherstellen, dass die betroffenen neuen kommunalen Körperschaften nach Wirksamwerden der Neugliederungen auf der Grundlage dieses Gesetzes ausreichend Zeit haben, um sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Zu Absatz 4

Mit dieser Regelung sollen für eine Übergangszeit von drei Jahren auch Zweckverbände mit einem Mitglied weiterbestehen können, die ohne diese Regelung bereits mit der Gemeindeneugliederung aufgelöst wären. Die Zweckverbände können diese Zeit nicht nur für die Suche nach neuen Mitgliedern nutzen und so ihre Auflösung verhindern, sondern auch für die Entwicklung von Optimierungsstrategien für die Auflösung des Zweckverbandes. Dies betrifft beispielsweise auch Fragen der steuerlichen Folgen der Auflösung, die geprüft und beeinflusst werden können.

Zu Absatz 5

Mit dieser speziellen Bestimmung wird ohne Rücksicht auf die Regelungen in einer wirksamen Verbandssatzung des Zweckverbandes gefordert, dass in den Fällen eines Austrittes oder eines Ausschlusses auf der Grundlage dieses Gesetzes ein Konzept für die Auseinandersetzung mit bestimmten Mindestanforderungen vom Zweckverband erstellt und der Aufsichtsbehörde vorgelegt wird. Eine Entscheidung über die Genehmigung des Austrittes oder eines Ausschlusses darf in diesen Fällen durch die Aufsichtsbehörde nicht erfolgen, ohne dass dieses Konzept vorliegt. Die Prüfung, ob Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, muss dieses Konzept einbeziehen. Ein Konzept, das die Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist kein Konzept im Sinne dieser Bestimmung. Um das Verfahren in einem Zeitraum abzuwickeln, der eine stetige geordnete Aufgabenerfüllung gewährleistet, hat der Zweckverband für die Erarbeitung des Konzeptes eine Frist von einem Jahr einzuhalten.

Zu § 19 (Haushaltswirtschaft)

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird geregelt, dass die vergrößerten Gemeinden die offenen Jahresrechnungen oder Jahresabschlüsse aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinden erstellen. In die Stadt Dingelstädt werden unter anderem die Ortsteile Bickenriede und Hüpstedt der aufzulösenden Gemeinden Anrode und Dünwald eingegliedert. In diesen Ortsteilen befindet sich jeweils der Sitz der aufzulösenden Gemeinden Anrode und Dünwald. Zudem nimmt die Stadt Dingelstädt die meisten Einwohnerinnen und Einwohner der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald im Verhältnis zu deren Gesamteinwohnerzahl auf. Mit der Regelung in Satz 2 wird deshalb bestimmt, dass die Stadt Dingelstädt die offenen Jahresrechnungen der aufzulösenden Gemeinden Anrode und Dünwald erstellt.

**Zu Absatz 2**

Mit Satz 1 wird klargestellt, dass die vergrößerte Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft unter Wahrung der Einheit des Haushaltsjahres und unter Berücksichtigung des vergrößerten Gemeindegebietes auf eine neue Grundlage stellen soll.

In Satz 2 wird die vorläufige Haushaltsführung der vergrößerten Gemeinde geregelt, solange die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 noch nicht in Kraft getreten ist.

Durch Satz 3 wird die Einheitlichkeit des Haushaltsjahres und dessen Gleichlauf mit dem Kalenderjahr sichergestellt.

**Zu Absatz 3**

Nach Satz 1 gelten für das Haushaltsjahr 2023 entsprechend der Regelung des Absatzes 2 im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung die diesbezüglichen Fortgeltungsregelungen der Thüringer Kommunalordnung oder des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik (ThürKDG).

Mit den Sätzen 2 bis 5 wird bestimmt, wie die Fortgeltungsregelungen im Fall der Auflösung und Teilung von Gemeinden verbunden mit der Eingliederung der Gemeindeteile in mehrere Gemeinden anteilig beziehungsweise in Ansehung des Stellenplans zu vollziehen sind. Den Vorrang hat dabei ein zwischen den Gemeinden vertraglich vereinbarter Aufteilungsmaßstab nach Satz 2. In den Sätzen 3 und 4 wird der Aufteilungsmaßstab für die Fortgeltungsregelungen im Fall einer fehlenden vertraglichen Einigung bestimmt. Der Stellenplan kann nur unter Beachtung der Bestimmungen zum Personalübergang fortgelten.

**Zu Absatz 4**

In Absatz 4 Satz 1 wird klargestellt, dass für die doppisch wirtschaftenden vergrößerten Gemeinden die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik uneingeschränkt gelten, soweit in diesem Gesetz keine Ausnahmen bestimmt sind. Durch § 27 Abs. 3 in Verbindung mit § 30 Abs. 5 ThürKDG wird die Kontinuität von bereits doppisch erfassten Wertansätzen gewährleistet und zusätzlicher Aufwand für eine Neubewertung von Vermögen und Schulden vermieden.

Mit Satz 2 wird im Fall der Eingliederung einer kameral wirtschaftenden Gemeinde oder von Gemeindeteilen in eine doppisch wirtschaftende Gemeinde verdeutlicht, dass die Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der aufgelösten kameral wirtschaftenden Gemeinde entsprechend den Bestimmungen für die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz nach § 30 ThürKDG für die doppische Haushaltswirtschaft der aufnehmenden Gemeinde zu erfassen sind. Der Durchführung dieses Bewertungsprozesses soll die Übergangsregelung des § 40 a ThürKDG dienen.

Zu § 20 (Kompensation von Verlusten der Gemeinden für Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz)

**Zu Absatz 1**

Bei der überwiegenden Anzahl der neu zu gliedernden Gemeinden steigen durch die Neugliederung die Schlüsselzuweisungen. Hintergrund

hierfür ist der Anstieg des Hauptansatzfaktors nach § 9 ThürFAG. Sofern jedoch an der Neugliederung auch abundante Gemeinden beteiligt sind, die aufgrund ihrer hohen Steuereinnahmen zumindest keine Schlüsselzuweisungen erhalten beziehungsweise eine Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG zu entrichten haben, kann es durch die Neugliederung zu einem Verlust in der Gesamtbetrachtung aus Schlüsselzuweisungen und Finanzausgleichsumlage kommen. Grundsätzlich sind diese neu gegliederten Gemeinden finanziell überdurchschnittlich gut aufgestellt. Allerdings können die Verluste einen finanziellen Anpassungsdruck erzeugen, der durch diese Kompensationszahlungen abgemildert werden soll.

#### Zu Absatz 2

Der Anpassungsprozess an die geringeren Zuweisungen soll über einen Zeitraum von drei Jahren linear abschmelzend erfolgen. Für die Berechnung des Kompensationsbetrages wird auf eine Differenz zweier Gesamtbeträge abgestellt. Der erste (hypothetische) Gesamtbetrag ergibt sich aus einer hypothetischen Berechnung des Landesamtes für Statistik für die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden für den Fall, dass diese zum 1. Januar 2023 nicht neu gegliedert würden. Dabei werden die fiktiven Schlüsselzuweisungen nach § 11 ThürFAG für das Ausgleichsjahr 2023 ermittelt und hiervon die fiktive Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG für das Ausgleichsjahr 2023 abgezogen. Der zweite (festgesetzte) Gesamtbetrag ergibt sich aus den für 2023 festgesetzten Schlüsselzuweisungen nach § 11 ThürFAG abzüglich der für 2023 festgesetzten Finanzausgleichsumlage nach § 29 ThürFAG. Sofern sich aus der Differenz aus dem ersten (hypothetischen) Gesamtbetrag und dem zweiten (festgesetzten) Gesamtbetrag ein positiver Betrag ergibt, erfolgt im Jahr 2023 eine Kompensationszahlung in Höhe dieser Differenz an die neu gegliederte Gemeinde. Im Jahr 2024 werden dann 66,66 Prozent des Kompensationsbetrages des Jahres 2023 und im Jahr 2025 33,33 Prozent des Kompensationsbetrages des Jahres 2023 ausgezahlt.

#### Zu Absatz 3

Die Zahlungen sind im Jahr 2023 vollständig vom Landesverwaltungsamt zu bescheiden und auszuzahlen. Zur Sicherung einer Verwendung der Mittel durch die Gemeinden im jeweiligen Haushaltsjahr sehen die Sätze 3 und 4 die Bildung und Auflösung einer entsprechenden Rücklage (Kameralistik) beziehungsweise eines entsprechenden passiven Rechnungsabgrenzungspostens (Doppik) vor.

Zu § 21 (Kompensation von Verlusten der Landkreise infolge landkreisübergreifender Gemeindeneugliederungen)

#### Zu den Absätzen 1 und 2

Soweit durch kreisübergreifende Neugliederungen Landkreise netto Einwohnerinnen und Einwohner verlieren, resultieren hieraus nach den Regelungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, welches zur Bedarfsbestimmung bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben als auch der Festsetzung des Mehrbelastungsausgleichs auf die Einwohnerzahl abstellt, finanzielle Einbußen für die betroffenen Landkreise.

Weiterhin verlieren die betroffenen Landkreise infolge der kreisübergreifenden Neugliederungen auch kreis- und schulumlagepflichtige Gemeinden, so dass auch hier mit entsprechenden Einnahmerückgängen zu rechnen ist.

Generell ist davon auszugehen, dass mit dem Wechsel der Einwohnerinnen und Einwohner keine unmittelbare Anpassung der bestehenden Strukturen - insbesondere im Personalbereich - möglich sein wird. Dies gilt nicht für die Zweckausgaben, die dem Grunde nach direkt an die Fallzahlen gekoppelt sind. Daher ist es sachgerecht, die tatsächliche finanzielle Belastung der Landkreise im Jahr 2023 mit der Hälfte des errechneten Betrages anzusetzen. Der Ansatz von 50 Prozent der einnahmeseitig ermittelten Verluste wurde für das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 unter Einbeziehung der korrespondierenden ausgabeseitigen Entlastungen fachlich festgelegt und soll beibehalten werden.

Der jeweilige Betrag wird in den Folgejahren um je ein Viertel reduziert, da mit fortschreitender Zeit auch eine Anpassung der Strukturen möglich ist.

Zu Absatz 3

Die Zahlungen sind im Jahr 2023 vollständig vom Landesverwaltungsamt zu bescheiden und auszuführen. Zur Sicherung einer Verwendung der Mittel durch den Landkreis im jeweiligen Haushaltsjahr sieht Satz 3 die Bildung und schrittweise Auflösung einer entsprechenden Rücklage vor. Die Regelungen haben in ihrem Anwendungsbereich Vorrang gegenüber § 22 Abs. 2 der Thüringer Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden.

Zu § 22 (Gleichstellungsbestimmung)

Diese Bestimmung dient der Klarstellung, dass Status- und Funktionsbezeichnungen jeweils für alle Geschlechter gelten.

### **Zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes)**

Nach Artikel 1 § 1 Abs. 1 werden die Gemeinden Anrode und Dünwald aufgelöst. Die bisher zum Unstrut-Hainich-Kreis gehörenden Gebiete der Ortsteile Bickenriede und Zella der aufgelösten Gemeinde Anrode sowie die Gebiete der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt der aufgelösten Gemeinde Dünwald werden nach Artikel 1 § 1 Abs. 2 in das Gebiet des Landkreises Eichsfeld eingegliedert. Einer Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes bedarf es diesbezüglich nicht. Die Einräumigkeit nach § 12 Abs. 1 Satz 3 des Thüringer Gesetzes über die Grundsätze von Funktional- und Verwaltungsreformen vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 526) in der jeweils geltenden Fassung ist hergestellt, indem die Zuständigkeit für die genannten Ortsteile nach dem Inkrafttreten dieses Mantelgesetzes in den Bezirk des Amtsgerichts Heilbad Heiligenstadt aufgrund der Eingliederung in den Landkreis Eichsfeld wechselt. Einer wörtlichen Änderung der Anlage bedarf es dazu nicht, da der Bezirk des Amtsgerichts Heilbad Heiligenstadt den Landkreis Eichsfeld umfasst.

Zudem werden mit Artikel 1 § 2 Abs. 1 die Gemeinde Hartmannsdorf, mit Artikel 1 § 3 Abs. 1 die Gemeinde Kühndorf und mit Artikel 1 § 5 Abs. 1 die Gemeinde Rannstedt aufgelöst und deren Gebiet in Gebiete bereits bestehender Gemeinden eingegliedert. Hinsichtlich der aufgelösten Ge-

meinden ist die Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz zu berichtigen, was durch Artikel 2 erfolgt.

**Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)**

Die Regelung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

## 2. Vom Einbringer übersandte Daten

Bund Deutscher Rechtspfleger e.V., Landesverband Thüringen  
Deutscher Gerichtsvollzieher-Bund e.V., Landesverband Thüringen  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Gemeinde Anrode  
Gemeinde Dünwald  
Gemeinde Hartmannsdorf  
Gemeinde Kindelbrück  
Gemeinde Kühdorf  
Gemeinde Langenwetzendorf  
Gemeinde Menteroda  
Gemeinde Rannstedt  
Gemeinde Riethgen  
Gemeinde Unstruttal  
Notarkammer Thüringen  
Stadt Bad Köstritz  
Stadt Bad Sulza  
Stadt Dingelstädt  
Stadt Mühlhausen  
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.  
Thüringischer Landkreistag e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

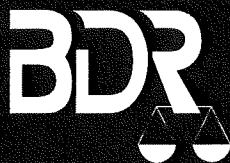
<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Thür. Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Bund Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Amtsgericht Erfurt
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolfstr. 46
	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Diplom-Rechtspfleger – Zuständigkeiten nach Rechtspflegergesetz,	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zu Artikel 2, Anpassung Gerichtsstandortgesetz	
5.	<b>Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	Anhörung gem. § 21 ThürGGO	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 08.06.2022	



**Bund Deutscher Rechtspfleger**  
**Landesverband Thüringen e.V.**

Bund Deutscher Rechtspfleger Landesverband Thüringen e.V.

c/o Amtsgericht Erfurt  
Rudolfstr. 46, 99092 Erfurt

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und  
Verbraucherschutz

Werner-Seelenbinder-Str. 5  
99096 Erfurt

nur per E-Mail

30. Juni 2022

**Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger  
Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften**  
Anhörung gem. § 21 ThürGGO – zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer  
Gerichtsstandortgesetzes)

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für die Übersendung des Referentenentwurfs und die Möglichkeit zur  
Stellungnahme.

Die mit dem Gesetzentwurf in Artikel 2 vorgesehenen Änderungen des  
Gerichtsstandortgesetzes aufgrund der Veränderungen in den Landkreisen Eichsfeld und  
Unstrut-Hainich (die keiner ausdrücklichen Umsetzung bedürfen) sowie die Änderungen in der  
Anlage zu diesem Gesetz, begründet durch den Wegfall der Gemeinden Rannstedt,  
Hartmannsdorf und Kühdorf, begegnen unsererseits keinen Bedenken.  
Dem Entwurf wird entsprechend zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende BDR Thüringen

**Postanschrift**

Bund Deutscher Rechtspfleger  
Landesverband Thüringen e.V.,  
Barbara Zwinkau  
c/o Amtsgericht Erfurt  
Rudolfstr. 46, 99092 Erfurt  
Johannes-Ippen-Str. 45, 99085 EF (p)

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">DGVB – Landesverband Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;">Hirschlachufer 71, 99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Hirschlachufer 71</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DGVB – Landesverband Thüringen e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse	Hirschlachufer 71, 99084 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hirschlachufer 71	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	DGVB – Landesverband Thüringen e.V.										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hirschlachufer 71, 99084 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hirschlachufer 71									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Zwangsvollstreckung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und ~~un~~aufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.10.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2. Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.6.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Gemeinde Anrode</div> <div style="flex: 1;">Körperschaft des öffentlichen Rechts Gebietskörperschaft</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">Gemeinde Anrode</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Hauptstraße 55</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99976 Anrode</div>	
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	

	Kommunale Selbstverwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Auflösung der Gemeinde aus Gründen der dauerhaften Leistungsfähigkeit; Fusion mit Nachbargemeinden entsprechend der durchgeführten Bürgerbefragung.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	<div></div>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Betointegenttransparenz- dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bickenriede, 13.06.2022	



# STADT DINGELSTÄDT

Stadt Dingelstädt · Dingelstädt · Geschwister-Scholl-Straße 28 · 37351 Stadt Dingelstädt

Thüringer Ministerium für Inneres  
und Kommunales  
Herrn Innenminister Georg Maier  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

Amt: Hauptamt  
Sachbearbeiter:  
Telefon:  
Telefax:  
E-Mail: [info@dingelstaedt.de](mailto:info@dingelstaedt.de)  
Datum: 14.02.2022

z/v	b R	AE +	AE (+)	z Vg.	Info
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales					
22.02.2022 Minister					
EINGANG 13. FEB. 2022					
MA	StS I	StS II	MB	LMB	VA / K.
M 1	M 2	M 3	M 4	M 5	M 6
1	2	3	4	AFV	

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen / Unsere Nachricht vom:

## Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

In der Anlage übersende ich Ihnen den Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt.

Bei Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Verwaltungsleiter





Stadt Dingelstädt



Gemeinde Anrode



Gemeinde Dünwald

**Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt**

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

die Gemeinden Anrode und Dünwald beantragen mit Inkrafttreten des 3. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNGG) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bickenriede (Anrode)
- Beberstedt (Dünwald)
- Hüpstedt (Dünwald)
- Zella (Anrode)

in die Stadt Dingelstädt.

Es wird beantragt, dass § 45a Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald die bestehenden Ortsteile Bickenriede, Beberstedt, Hüpstedt und Zella mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Dingelstädt übergeleitet werden.

In allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist eine Ortsteilverfassung gemäß ThürKO eingeführt. Die Stadt Dingelstädt ist gemäß § 45a ThürKO eine Landgemeinde und verfügt über eine Ortschaftsverfassung. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen in Ortschaften mit Ortschaftsverfassungen überführt werden.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Stadt Dingelstädt" fort. Der Stadt Dingelstädt wurde gemäß § 5 ThürKO im 2. ThürGNGG genehmigt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindegliederungen (ThürGG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen sowie ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen (z. B. Gemarkungsgrenzen, Vermögensaufteilungen „Wald“, ggf. Aktien) aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal, der Gemeinde Anrode und der Gemeinde Dünwald im zukünftigen ThürGGG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Es wird beantragt, die Kreisgrenze auf Grundlage der neuen Gemarkungsgrenzen zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich neu festzulegen bzw. festzusetzen.

Es wird beantragt, die Verbindlichkeiten der Gemeinde Dünwald gegenüber dem Landkreis Unstrut - Hainich (Entgelte aus dem Betrieb der Sporthalle) niederzuschlagen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:  
Gemeinde Anrode  
Gemeinde Dünwald  
Stadt Dingelstädt
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Anrode mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Dünwald mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Bickenriede (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Zella (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Beberstedt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Hüpstädt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Stadt- und Gemeinderatssitzungen

Angelegenheiten, die zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich zu regeln sind (z. B. Schulen, ÖPNV, Entsorgung), sind kein Bestandteil dieses Antrags.



## **Begründung:**

### **Einleitung - Das Eichsfeld**

Eine in diesem Zusammenhang sehr bezeichnende Kennzeichnung des Eichsfeldes findet sich in einem maschinengeschriebenen Manuskript von Dr. Johannes Müller, Gymnasiallehrer und Direktor des Eichsfelder Heimatmuseums in Heiligenstadt, aus dem Jahre 1947.<sup>1</sup>

Darin heißt es: „Zwischen Harz und Werra, im Quellgebiet der Unstrut und Leine, liegt das Eichsfeld, ein von anmutigen Tälern durchflutetes Hügelland das den Übergang von Niedersachsen nach Thüringen und Hessen darstellt. Es ist nicht Niedersachsen, nicht Hessen, nicht Thüringen, sondern als Bindeglied zwischen ihnen, das sich landschaftlich, volklich und kulturell merklich von seiner Umgebung abhebt; denn Länder und Stämme passen nicht immer und überall genau aufeinander, sondern lassen vielfach kleine und größere Übergänge und Bindeglieder übrig so auch hier zwischen Harz und Thüringer Wald. Zum Vergleich könnte man die Schweiz das Grenzland zwischen Deutschland, Italien und Frankreich, heranziehen.“<sup>1</sup>

Werner Riese sieht in den Eichsfeldern sogar eine „eigenständige Volksgruppe“.<sup>11</sup>

„Ein Sofalgebilde eines abgeschlossenen Raumes“ attestiert 1973 Rainer Lepsius.<sup>12</sup>

Für Petra Behrens bildet das Eichsfeld „einen geschlossenen, sich von seiner Umgebung abhebenden Kulturraum“.<sup>13</sup>

### **Die Eichsfelder Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella im heutigen Kontext zu den Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen**

Der demografische Wandel und die drastisch angespannte Haushaltslage (Haushaltssicherungen der Gemeinden Anrode und Dünwald), die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit, nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und territorialer Zugehörigkeit zum „historischen“ Eichsfeld wurden von den Gemeinden Anrode und Dünwald erneut auf den Prüfstand gestellt.

Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden 2021 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung und dem damit verbundenen möglichen Landkreiswechsel durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden. Die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella entschieden damit zugleich, den Landkreiswechsel vom Landkreis Unstrut – Hainich in den Landkreis Eichsfeld vollziehen zu wollen.

Die Stärkung der lokalen Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe spielten bei der Zukunftsorientierung beider Kommunen ebenfalls eine wichtige Rolle. So entschieden sich die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella, der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ beizutreten. Dies bedeutet auch einen Systemwechsel von der Einheitsgemeinde zur Landgemeinde.

Die einzugliedernden Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) sollen in der Stadt Dingelstädt gleichberechtigt weitergeführt werden. Vor allem das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger und das landsmannschaftliche

Zusammengehörigkeitsgefühl zum Eichsfeld soll gestärkt werden. Weiterhin könnten die zukünftigen finanziellen Herausforderungen zum Wohle der gesamten neuen Gemeinde „Stadt Dingelstädt“ besser gemeistert werden.

**Ziel der Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig neun Ortschaften ist es, eine zukunftssichere Stadt zu sein, die im Landesentwicklungsplan 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen wird.**

Begründung zur Erreichung dieses Ziels bildet die neue Gesamtstruktur der Stadt Dingelstädt mit dann neun Ortschaften und über 11.000 Einwohnern, die dann die einzugliedernden Gemeinden Anrode und Dünwald mit den entsprechenden Ortsteilen, als auch die Stadt Dingelstädt miteinander verbindet.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

## **1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen**

### **Rückblick - Gemeindefwechsel zwischen den thüringischen Landkreisen**

Blieben im Wesentlichen die Gemeindezuordnungen zwischen den Unter- und Obereichsfelder Verwaltungsgliederungen seit 1816 unverändert, so vollzogen sich im Zuständigkeitsbereich des Regierungsbezirks Erfurt fortlaufend Gemeindeverschiebungen auf Kreisebene.<sup>2</sup>

Diese waren sowohl den anvisierten Größenvorgaben geschuldet - suchten daneben aber auch Befriedung für die ehemaligen reichsfreien Städte Mühlhausen und Nordhausen, die zunächst keinerlei verwaltungsgeschichtliche Traditionen für das ländliche Umland mitbrachten, dennoch aber insbesondere gegenüber Heiligenstadt aufbegehrten.<sup>2</sup>

Die hier vorhandene Verwaltungstradition drückte sich im Vorhandensein von entsprechenden Gebäuden aus, über die Mühlhausen nicht verfügte. Dieses war der Grund, weshalb unmittelbar nach der 1802 erfolgten preußischen Inbesitznahme der ehemals kurmainzischen Gebiete in Mitteldeutschland die *„Königlich Preußische zur Interim-Verwaltung und Organisation des Eichfeldes und der Städte Mühlhausen und Nordhausen verordnete Kommission“* ihren Sitz in Heiligenstadt nahm — doch schon gut ein Jahr später an Erfurt verlor.<sup>2</sup>

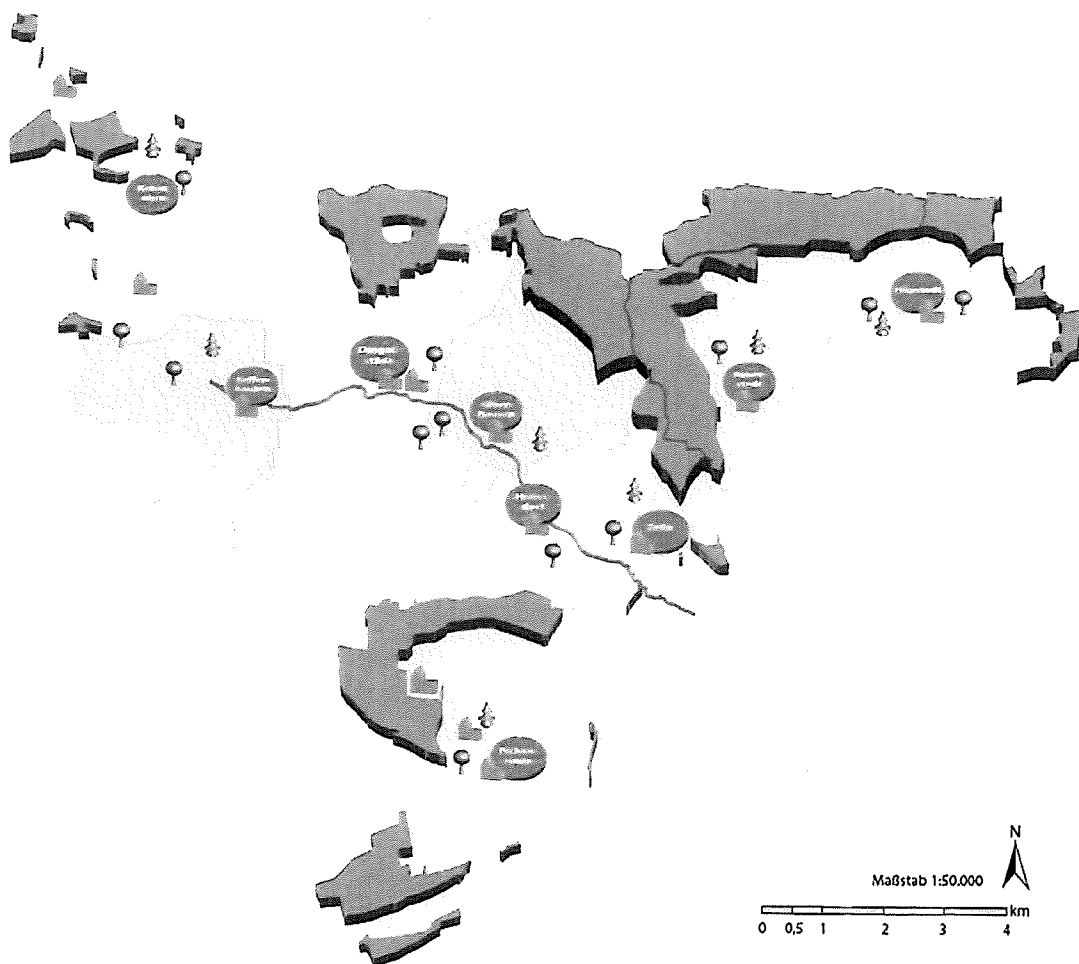
Dennoch blieb Heiligenstadt mit der Kriegs- und Domänenkammer bedeutend und erfuhr in der französischen Zeit zwischen 1806 und 1813 noch eine Aufwertung mit dem Sitz des Harzdepartements. Die Dörfer um Mühlhausen mit der Vogtei Dorla und der Ganerbschaft Treffurt gehörten bis dahin zum Eichsfelder Oberkreis nach Heiligenstadt, wechselten aber mit einer großen Anzahl südeichsfeldischer Dörfer zu dem 1816 gegründeten Kreis Mühlhausen.<sup>2</sup>

Im folgenden Jahrhundert gab es sehr häufige Kreisverschiebungen von Dörfern — auch

nach Nordhausen (z. B. Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Zella) und wieder zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kreise Heiligenstadt und Worbis zum Landkreis Eichsfeld mit Verweis auf die geschichtliche Verbundenheit im Eichsfeld zusammengelegt und 1946 in „Kreis Worbis mit Sitz in Heiligenstadt“ umbenannt, bevor hieraus im Jahre 1952 wieder die Kreise Heiligenstadt und Worbis wurden.<sup>28,41</sup>

### Real - Case - Szenario in den Jahren 2021 bis 2023

Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren alle Ortschaften der zukünftigen Landgemeinde "Stadt Dingelstädt". Realistisch wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald (Eichsfeldortsteile Beberstedt und Hüpstedt) und Anrode (Eichsfeldortsteile Bickenriede und Zella) im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Bürgerbefragungen durchgeführt, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis Eichsfeld sehen und zwar in einer verlässlichen und stabilen Verwaltungsstruktur bei der "Stadt Dingelstädt".



Die Ortsteile Bickenriede, Zella und Beberstedt liegen unmittelbar an der Gemarkungsgrenze zur Stadt Dingelstädt. Hier verläuft zurzeit auch die Landkreisgrenze

zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich. Der Ortsteil Hüpstedt grenzt unmittelbar an den Ortsteil Beberstedt (siehe Bild oben).

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren neun Ortschaften bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Grundzentren der Verwaltungsgemeinschaft Westerwald-Obereichsfeld (5 km Entfernung), der Einheitsgemeinde Gemeinde Unstruttal (10 km Entfernung) sowie der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal (6 km Entfernung).

Im Norden grenzt das Mittelzentrum Stadt Leinefelde-Worbis (12 km Entfernung) an und im Westen liegt das Mittelzentrum mit der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt (16 km Entfernung).

Das Mittelzentrum mit Teilaufgaben eines Oberzentrums, die ehemalige freie Reichsstadt und heutige Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen ist ca. 20 km entfernt und liegt südlich zum Obereichsfeld.



## 2. Zentralörtliche Einstufung der Stadt Dingelstädt (Stand 31.12.2021)

Die Stadt Dingelstädt mit ihren fünf Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen erfüllt als starkes Grundzentrum in vielen Bereichen schon jetzt mittelzentrale Funktionen. Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Urologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- 4 Praxen für Allgemeinmedizin / teilweise mit 2 Mediziner je Praxis
- 5 Zahnarztpraxen
- 1 Tierarztpraxis
- 3 Heilpraktiker
- 6 Praxen für Physiotherapie
- Stadtbibliothek, Gemeindebibliotheken in Helmsdorf und Kreuzebra

- Heimatstuben in allen Ortschaften
- Freibad Stadt Dingelstädt
- Hallenbad Stadt Dingelstädt
- Kunstrasenplatz / Stadion
- Jugendclub Stadt Dingelstädt „Club D“
- 3D - Familienkino Stadt Dingelstädt
- 1 Jugendzimmer in Helmsdorf, 1 Jugendclub in Kreuzebra
- 2 Apotheken
- 1 kommunale Kindertageseinrichtung „BUMMI“
- 4 Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft
- 2 Kindertagesmuttereinrichtungen
- 1 Altenpflegezentrum
- 1 Einrichtung für Betreutes Wohnen „Caritativer Pflegedienst Eichsfeld gGmbH“
- Einrichtungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen (St. Klara Wohnheim, St. Joseph Kinder-und Jugendhaus)
- Seniorenbeirat
- 5 Freiwillige Feuerwehren
- 5 Friedhöfe
- 7 Sportplätze
- 13 Spielplätze
- 1 Hotel
- 8 Gasthäuser teilweise mit Ferienwohnungen
- mehrere Restaurants
- 4 Ladestationen für E-Autos,

die deutlich mehr als die Grundversorgung sichern. Mit der Fusion der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird dieses Angebot deutlich erweitert. Somit werden die Ansprüche an ein Mittelzentrum weiter manifestiert.

Die Stadt Dingelstädt mit ihren heute schon über 2.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist von jeher Wirtschaftsstandort im Obereichsfeld. Die Industriebetriebe, die mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe, die Landwirtschaftsbetriebe und der Handel stellen das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung der Stadt Dingelstädt und soll zukünftig mit den neu einzugliedernden Ortschaften weiter ausgebaut werden.

Die Neugliederung ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu betrachten. Sie trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im „Obereichsfeld“ bei.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen in der Ortschaft Dingelstädt. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger (auch aus den Ortsteilen der neu aufzunehmenden Gemeinden) in den zahlreichen Unternehmen der Stadt Dingelstädt tätig.

Die in den aufzunehmenden Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald vorhandenen Wirtschaftsstrukturen werden durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördern wird.

Einwohnerzahlen der Ortschaften / Ortsteile zum 31.12.2021 (Stand Einwohnermeldeamt):

Dingelstädt	4.510 EW
Helmsdorf	529 EW
Kefferhausen	746 EW
Kreuzebra	745 EW
Silberhausen	634 EW
Bickenriede	1.425 EW
Beberstedt	596 EW
Hüpstedt	1.575 EW
Zella	285 EW

**Gesamt: 11.045 EW**

### 3. Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Dingelstädt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So ist die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Anrode und die Gemeinde Dünwald an der B247 und über die Landstraßen (L1006, L1015, L2035, L2043) zu erreichen.

Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander. Die Autobahn A 38 ist ca. 12 km von der zentralen Ortschaft Dingelstädt entfernt.

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz der Stadt Dingelstädt, Ortschaft Dingelstädt:

- Beberstedt ca. 7 km
- Bickenriede ca. 8 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Hüpstedt ca. 11 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Zella ca. 5 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der bestehenden Ortschaften der Stadt Dingelstädt zum Verwaltungssitz in der Ortschaft Dingelstädt. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld einzubinden.

Weiterhin verfügt die Stadt Dingelstädt über einen Anschluss an den überregionalen Bahnverkehr Erfurt - Gotha - Leinefelde - Göttingen.

#### **4. Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasserleitungsverband (WLV) Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf.

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Weiterhin sind die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode Mitglieder in insgesamt drei Gewässerunterhaltungsverbänden. Dem Gewässerunterhaltungsverband „Obere Unstrut / Notter“, dem Gewässerunterhaltungsverband „Helme / Ohne / Wipper“ und dem Gewässerunterhaltungsverband „Leine / Frieda / Rosoppe“.

Weiterhin sind die vorgenannten Gemeinden Mitglieder im Altlastenzweckverband „Nord-/ Ostthüringen“.

Somit bestehen hier schon enge Verflechtungen. Lediglich eine Anpassung der Satzungen innerhalb der Zweckverbände wäre nach der Gemeindeneugliederung erforderlich.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V..

Eine weitere interkommunale Zusammenarbeit findet vor allem im Bereich Sport sowie Gesundheits- und Rehasport statt. So existiert seit 2021 eine Jugendspielgemeinschaft mit allen Fußballvereinen der Stadt Dingelstädt und dem Sportverein „VfL Hüpstedt e. V. 1982“ in Hüpstedt (Gemeinde Dünwald). Weiterhin existiert bereits seit 2017 eine Spielgemeinschaft zwischen der Ortschaft Kreuzebra (Stadt Dingelstädt) und dem Ortsteil Zella (Gemeinde Anrode).

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als 10 Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von Einwohnern der Gemeinde Anrode und Dünwald genutzt werden.

#### **5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften verfügt zukünftig über 8 Kindertagesstätten - bestehend aus einer kommunalen Einrichtung (in der Ortschaft Dingelstädt - 1 mit 158 Plätzen) und 7 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft (in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt - 2, Kefferhausen, Kreuzebra, Hüpstedt und Silberhausen) mit einer Gesamtkapazität von 629 Plätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft sind zurzeit nicht erkennbar. Ausreichend KITA - Plätze für Kleinkindbetreuung sind ebenfalls vorhanden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Dingelstädt Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Helmsdorf. Die Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede und Hüpstedt werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortschaften der Stadt Dingelstädt ausgebaut werden. Im Jugendförderplan des Landkreises Eichsfeld (Beschluss des Kreistages 2021) wurden bereits jetzt zusätzliche Personalkapazitäten für die Stadt Dingelstädt beschlossen, die im Laufe des Jahres 2022 aufgebaut werden sollen.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortschaften / Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt Dingelstädt auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 76 Vereine der Stadt Dingelstädt stehen in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 17 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 4 Schützenvereine
- 7 Kirmes & Handwerksvereine
- 3 Karnevalsvereine
- 7 Feuerwehrvereine & DRK
- 7 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 4 Gartenvereine
- 6 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 2 Heimatvereine
- 7 Senioren, Frauen & Familienvereine
- 4 Fördervereine

Die Ortschaften Bickenriede mit 19 Vereinen, Zella mit 5 Vereinen, Beberstedt mit 8 Vereinen und Hüpstedt mit 12 Vereinen sind schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften würde dann über 120 Vereine verfügen.

Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmesfesten, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Stadt- und Dorfgemeinschaften.

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Stadt Dingelstädt als auch in den einzugliedernden Ortsteilen und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

Das Familienzentrum „Kloster Kerbscher Berg“ ist bereits heute schon überregionaler Anlaufpunkt für die ganze Familie. Bei Spielkreisen, Kursangeboten und Themenabenden können sich Familien kennenlernen.



## **5.1. Feuerwehren**

Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis.

Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Es bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Anrode und Gemeinde Dünwald. Regelmäßige Wehrleitersitzungen und landkreisübergreifende Einsätze sind schon heute Realität.

Auch hier spielt der festgelegte Einsatz- und Verflechtungsbereich im Brandschutz und der allgemeinen Hilfeleistung eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren auch über Kreisgrenzen hinweg im Austausch stehen.

Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. So ist die Drehleiter der Stützpunktfeuerwehr Dingelstädt bereits seit 2018 für den Ausrückebereich bis hin zu den Ortschaften Hüpstedt und Zaunröden mit verantwortlich.

Die gute Zusammenarbeit wird durch die Kreisbrandinspektoren, den Stadtbrandmeistern und die jeweiligen Wehrführern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortschaften der Stadt Dingelstädt und den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist schon heute gelebte Praxis.

Die Feuerwehr des Ortsteils Zella ist bei Bundesauscheiden bereits sehr erfolgreich. Selbstverständlich soll diese Arbeit durch die Stadt Dingelstädt weiter besondere Unterstützung erfahren.

## **6. Schulstruktur - Aufgabe des Landkreises Eichsfeld (nur informativ)**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt bietet ihren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, an einer ortsnahen Schulbildung von der Grundschule bis zum Gymnasium teilzuhaben.

Weiterhin besteht die Möglichkeit in der "Franziskusschule" für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung zu absolvieren. Die Kinder und Jugendlichen mit Handicap werden hier individuell gefördert.

So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Bickenriede, Beberstedt und Hüpstedt das Gymnasium in der Ortschaft Dingelstädt, sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Zella die Grundschule in Dingelstädt. Durch die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld, werden die vorhandene Gesamtschule Hüpstedt sowie die Grund- und Regelschule Bickenriede in den bereits vorhandenen Schulring integriert, was weitere Synergien für Schüler und Lehrer ermöglicht. Die Stadt Dingelstädt verfügt schon jetzt über:

- 1 Grundschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und umliegenden Gemeinden
- 1 Regelschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und des Ortsteils Zella (Gemeinde Anrode, Unstrut – Hainich - Kreis)
- 1 Gymnasium - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt sowie weiteren 24 Orten des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises
- 1 Förderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in freier Trägerschaft

## **7. Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, suchen die Eichsfelder einen Zusammenhalt in einer staatlich verankerten und mit der Wahrnehmung übergemeindlicher kommunaler Aufgaben betrauten Struktur, die ihrer Wesensart entspricht. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrhunderte eignet sich hierfür am besten das Rechtsinstitut des Landkreises. Im Falle des Landkreises Eichsfeld scheint dieses zurückliegend ausgesprochen gut zu funktionieren. Das beweisen nicht nur die vergleichsweise hohen Wahlbeteiligungen als auch die sich in ihnen bestätigende personelle und inhaltliche Kontinuität. Hierauf gestützt konnte sich das Kreisgebiet aus der einstigen Zugehörigkeit zum „Armenhaus Preußens“ in die Spitzengruppe der thüringischen Städte und Landkreise emporarbeiten. Beredter Ausdruck hierfür sind die positiven Spitzenwerte in allen entscheidenden Parametern, wie Arbeitslosigkeit, Investitionsquoten, soziale Situation etc., — und dies bei einer kumulierten Schuldenfreiheit des Landkreises Eichsfeld mit freier positiver Liquidität.<sup>3</sup>

Wenn also die Vereinigung des Ober- und Untereichsfeldes auch gegenwärtig in einer einheitlichen staatlich-kommunalen Gliederung nicht zu erreichen ist, dann sollte dieses zumindest dafürsprechen, das thüringische Eichsfeld in seiner jetzigen Landkreisgliederung unangetastet zu belassen. Dieses ist sowohl in einem landsmannschaftlichen Sinne geboten, als auch von der wirtschaftlichen Verfasstheit des Landkreises her problemlos möglich. Damit würde die Geschichte auch im 3. Jahrhundert der bestehenden regionalen Teilung offengehalten. Alles andere würde unweigerlich zu regionalen Spannungen führen, die niemand wollen kann.<sup>3 & 66</sup>

Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreis Eichsfeld, brachte die historischen, traditionellen und landsmannschaftlichen Verbindungen folgendermaßen auf den Punkt: *"Im Zentrum steht dabei die katholische Prägung der eichsfeldischen Kultur. Vor dem Hintergrund ihrer jesuitischen geschichtlichen Begründung ist sie weitaus tiefer im Charakter von Landschaft und Menschen verankert, als dieses selbst von ihren kirchlichen Institutionen her vorgetragen wird.*

*Konfessionsübergreifend ist dieses Charakteristikum gleichermaßen den Eichsfeldern evangelischen Glaubensbekenntnisses eigen. Im Eichsfeld ist deshalb „katholisch“ nicht nur Ausdruck einer konfessionellen Kirchenzugehörigkeit, sondern Markenzeichen für die „landmannschaftliche“ Beziehung von Menschen zu der ihnen angestammten Umgebung. Die dem „Sächsischen Sorben-Gesetz“ vorangestellte Präambel ließe sich - in Analogie - ebenso auf das Eichsfeld übertragen.<sup>68</sup> Dass dieses auch der Thüringische Landesgesetzgeber bislang so gesehen hat, wird u. a. in seiner Feiertagsgesetzgebung deutlich, in welcher er den „Fronleichnamstag“ ausnahmsweise für das Eichsfeld als gesetzlichen Feiertag ermöglicht hat.<sup>69</sup> Die hierin enthaltene Referenz an die kulturelle Identität des Eichsfeldes darf nicht durch eine rein schematische Implementierung in rein dem Nützlichkeitsaspekt folgende neue Verwaltungsstrukturen infrage gestellt werden.“<sup>3</sup>*

### **Kurzdarstellung der jüngsten Geschichte**

Die jetzigen Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen sind seit dem 01. April 1991 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Dingelstädt gewesen. Hervorgegangen ist die Verwaltungsgemeinschaft aus einem 1975 gegründeten Gemeindeverband. Am 13. Dezember 2018 wurde durch den Thüringer Landtag das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden beschlossen. In dem Gesetz wurde geregelt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt zum 31. Dezember 2018 aufgelöst und ab dem 01. Januar 2019 die Stadt Dingelstädt gebildet wird. Dem Gesetz gingen die Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden voraus, die die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt und die Fusion zur Stadt Dingelstädt beinhalteten.

Die Gemeinde Dingelstädt, der am 14. Februar 1859 das Stadtrecht verliehen wurde, wird durch die Neugliederung mit den Ortschaften nun deutlich erweitert. Durch die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und die Bildung der Stadt Dingelstädt mit Ihren 5 Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen wurde eine neue Form der kommunalen Selbstverwaltung implementiert die "Landgemeinde".

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ zusammengefasst.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zaunröden entstand 1994 die Gemeinde Dünwald.

Die Stadt Dingelstädt gehört dem Landkreis Eichsfeld, die Gemeinden Anrode und Dünwald dem Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis an.

Mit dieser Antragstellung auf Beitritt der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt entsteht nun eine zukunftsorientierte und tragfähige Verwaltungsstruktur im Obereichsfeld. Zwischen den Mittelzentren Heilbad Heiligenstadt, Leinfelde-Worbis und Mühlhausen etabliert sich die Stadt Dingelstädt mit ihren nun neun Ortschaften als vierter mittelzentraler Bereich im Nordwesten Thüringens.

## 8. Religion

Für Hans-Georg Wehling stellt das Eichsfeld, „als ein geschlossenes katholisches Gebiet inmitten eines protestantischen Umfeldes, eine Besonderheit, eine Enklave, die sichtbar an Kirchen, Kapellen, Wegkreuzen, Klüsen, Wallfahrtsorten und Wallfahrten - das von dorthier, gerade im nichtkatholischen Umfeld, seine Identität und seinen Zusammenhalt ableite.“<sup>10</sup>

Infolge seiner bis zum Jahre 1802 währenden 800-jährigen Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und Erzbistum Mainz entwickelte sich das Eichsfeld im Zuge der Gegenreformation zu einer mehrheitlich katholisch-konfessionellen Insel im sächsisch-thüringischen Verschmelzungsraum in der Mitte Deutschlands.

Als eine solche „bildet sie auch heute noch ein nahezu geschlossenes katholisches Siedlungsgebiet mit eigenen Bräuchen, kulturellen Prägungen und Mentalitäten sowie mit eigenem Selbstverständnis inmitten einer sonst konfessionellen und weltanschaulichen Diaspora. Die Stärke der Bindekräfte vermochte es, die eigene kulturelle Prägung selbst unter dem Druck der totalitären Systeme der beiden letzten Jahrhunderte zu bewahren.“<sup>1</sup>

Bis heute ist dieses Territorium das einzige größere geschlossene katholische Gebiet Mitteldeutschlands und der einzige Landkreis in den neuen Bundesländern, der eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufweist.<sup>1</sup>

Besonders die katholische Kirche, zu der heute 72 % der Einwohner gehören, stellt die prägendste Kraft in dieser Kulturlandschaft dar. Mit ihrem festgefügtten Werte- und Nonnensystem bot die Kirche die primäre Orientierung im Alltag der Menschen. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten Frömmigkeit und Glaubenspraxis getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Institutionen, wie z. B. Pfarrhäuser, Schulen oder Vereine und Presseorgane, prägten Zeiterfahrung und Lebensstil von Kindern und Jugendlichen ebenso wie den von Erwachsenen bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup>

Die starke Prägung der Katholiken durch ihre je eigenen Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich in verschiedenen Bereichen aus, so im Wahlverhalten, im Brauchtum, in Feierformen, auf sozialem Gebiet usw.. In den beiden Diktaturen 1933 bis 1989 wurden diese Erfahrungen verstärkt durch eine Klerus- und gemeindezentrierte Kirche unter Wegfall des Vereinskatholizismus, sodass sich zahlreiche Eigen- und Besonderheiten länger im Obereichsfeld als anderenorts erhalten konnten.<sup>1</sup>

Eine solche allumfassende, relativ geschlossene katholische Lebenswelt wird häufig als **Milieu beschrieben, das konfessionell determiniert** ist, wobei der Begriff oft nur abgrenzend definiert, wer und was dazugehört.“<sup>14</sup>

Alle neun künftigen Ortsteile der Stadt Dingelstädt sind überwiegend katholischer Konfession. Die seelsorgerische Betreuung wird durch drei katholische Pfarreien organisiert.

Die katholische **Pfarrei St. Gertrud Dingelstädt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen gehören, die Pfarrei ist außerdem Sitz des Dekanats Dingelstädt.

Die katholische **Pfarrei St. Martin Hüpstedt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Beberstedt, Helmsdorf, Hüpstedt und Zella gehören, ist vor mehr als 70 Jahren durch das Bistum Erfurt dem Dekanat Dingelstädt zugeordnet worden.

Die katholische **Pfarrei St. Georg und Juliana Küllstedt**, zu der die Kirchgemeinden Bickenriede, Büttstedt, Küllstedt und Wachstedt gehören.

#### **Wallfahrtsstätten im Dekanat Dingelstädt / Stadt Dingelstädt**

Werdigeshäuser Kirche, Wallfahrtskirche St. Cyriakus

Wallfahrt zum Hochfest Dreifaltigkeit und zu St. Cyriakus (1. Sonntag im August)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Kefferhausen

Kleine Kirche, Wallfahrtskirche St. Marien

Wallfahrt zum Fest Mariä Geburt (um den 8. September)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Dingelstädt

Kirche St. Martin, Beberstedt

Wallfahrt zum Rosenkranzaltar mit Krautweihe am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt

Pfarrei St. Martin / Ortschaft Beberstedt

Die Wallfahrt Krautweih Beberstedt und die „Marienwallfahrt zur Maria im Busch“ in Dingelstädt sind auch überregional bekannt.

#### **Kirchliche oder caritative Einrichtungen in der Stadt Dingelstädt**

Klosterkirche Kerbscher Berg, Kirche St. Petrus Baptista und Gefährten mit Familienzentrum

Dingelstädt

Kefferhäuser Straße 24

37351 Stadt Dingelstädt

Alten- und Pflegezentrum "Haus Louise"

Dingelstädt

Birkunger Straße 9

37351 Stadt Dingelstädt

St. Joseph Kinder- und Jugendhaus

Raphaelsheim gGmbH / Heim für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung

Dingelstädt

Riethstieg 3

37351 Stadt Dingelstädt

St. Franziskus-Schule der Raphaelsheim gGmbH

Staatlich anerkannte katholische Förderschule für geistig Behinderte

Dingelstädt

Riethstieg 9  
37351 Stadt Dingelstädt

Zu der Evangelischen Pfarrei Dingelstädt, Bahnhofstraße 18, 37351 Stadt Dingelstädt mit der 150 Jahre alten Kirche St. Johannes-Apostel in Dingelstädt gehören die Ortschaften Dingelstädt und Helmsdorf mit eigenen Kirchengebäuden.

Die evangelische Gemeinde Anrode mit der Kirche St. Georg in Dörna gehört zum evangelischem Pfarramt Dörna Blaschke.

Es bestehen regelmäßige Kontakte und es gibt gemeinsame kirchliche / ökumenische Veranstaltungen der Kirchengemeinden.

Insgesamt sind drei katholische Pfarreien und zwei evangelische Pfarreien im Gemeindegebiet verortet.

### **8.1. Tourismus**

Das klare Bekenntnis der Stadt Dingelstädt zum Tourismus soll in Anspruch und Vision der Tourismusstrategie der Stadt weiter verankert werden:

Die Stadt Dingelstädt wird Ihren Tourismusverbund mit dem Eichsfeld und dem Freistaat Thüringen ausbauen! Entscheidend ist, die Qualität der Angebote und damit einhergehend die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen.

Innerhalb der Region kommt es künftig darauf an, das Tourismusbewusstsein auf allen Ebenen und damit die Anerkennung für die Leistungskraft und vielfältigen positiven Effekte der Branche zu stärken. Der Tourismus leistet wichtige Beiträge für die Regionalentwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt Dingelstädt, unserem Landkreis Eichsfeld und unserem Freistaat Thüringen. Er ist wichtiger Standortfaktor.

Ziel muss es sein, die Stadt Dingelstädt nicht nur als ein begehrtes Urlaubsziel, sondern auch als attraktiven Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eine Stadt Dingelstädt mit den dann 9 Ortschaften würde die Tourismusentwicklung weiter voranbringen und verstärken.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind bereits Mitglied im HVE. Eine wichtige Aufgabe des HVE Eichsfeld Touristik e. V. (HVE) ist die Heimat- und Kulturpflege. So unterstützt der HVE die Wanderwegewarte der Region oder begleitet Entwicklungen rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg „Leine-Werra“ oder dem Pilgerweg Loccum-Volkenroda.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des HVE ist die touristische Qualitätssicherung. Der Verband berät hinsichtlich von Qualitätssiegeln wie „Wanderbares Deutschland“ oder „Bett & Bike“ und führt selbst Sterne Klassifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes durch.

### 8.1.1 Radtourismus

Das sogenannte Dingelstädter Radwegekreuz am „Alten Dingelstädter Bahnhof“ ist gut ins Thüringer Radwegenetz eingebunden. Von hier aus können Fahrradfrende auf gut beschilderten Radwegen in alle Himmelsrichtungen fahren. Das Radwegekreuz ist zugleich der Beginn des einmaligen und beliebten Kanonenbahnradweges, der durch die Gemeinde Anrode bis zum Werratal-Radweg führt.

Radfahrer können ebenso von der Ortschaft Dingelstädt aus über Radwegeverbindungen zum Unstrut-Hahle-Radweg, Unstrut-Leine-Radweg und dem Unstrut Radweg gelangen. Eine touristische Anbindung des Klosters Anrode an das überregionale Radwegenetz ist bereits heute über den Kanonenbahnradweg vorhanden.

Eine Radwege-Anbindung an den Unstrut Radweg über Beberstedt streben wir ebenso an. Einheimische und auswärtige Radfreunde können so über einen verbindenden Weg einen Anschluss an das überregionale Radwegenetz erhalten. Außerdem ist entlang des Gleisbettes der ehemaligen Klein-Bahn Silberhausen - Hüpstedt mittelfristig ein Radweg als Verbindung zwischen Silberhausen über Beberstedt nach Hüpstedt geplant.

### 8.1.2 Wandertourismus:

#### Das Eichsfeld-Lied (1. & 2. Strophe)

*Bist du gewandert durch die Welt, auf jedem Weg und Pfade,  
Schlugst auf in Nord und Süd dein Zelt, an Alp und Meergestade:  
Hast du mein Eichsfeld nicht geseh'n mit seinen burggekrönten Höh'n  
Und kreuzfidelen Sassen, dein Rühmen magst du lassen!*

*Dort, wo die junge Leine fließt, die Unstrut wallt zu Tale,  
Der Hülfsenberg die Werra grüßt, der Ohmberg seine Hahle,  
Die Wipper flutet durch die Au, landauf, landab, welch feine Schau  
Auf Tal und Hügelketten und schmucke Siedelstätten!*

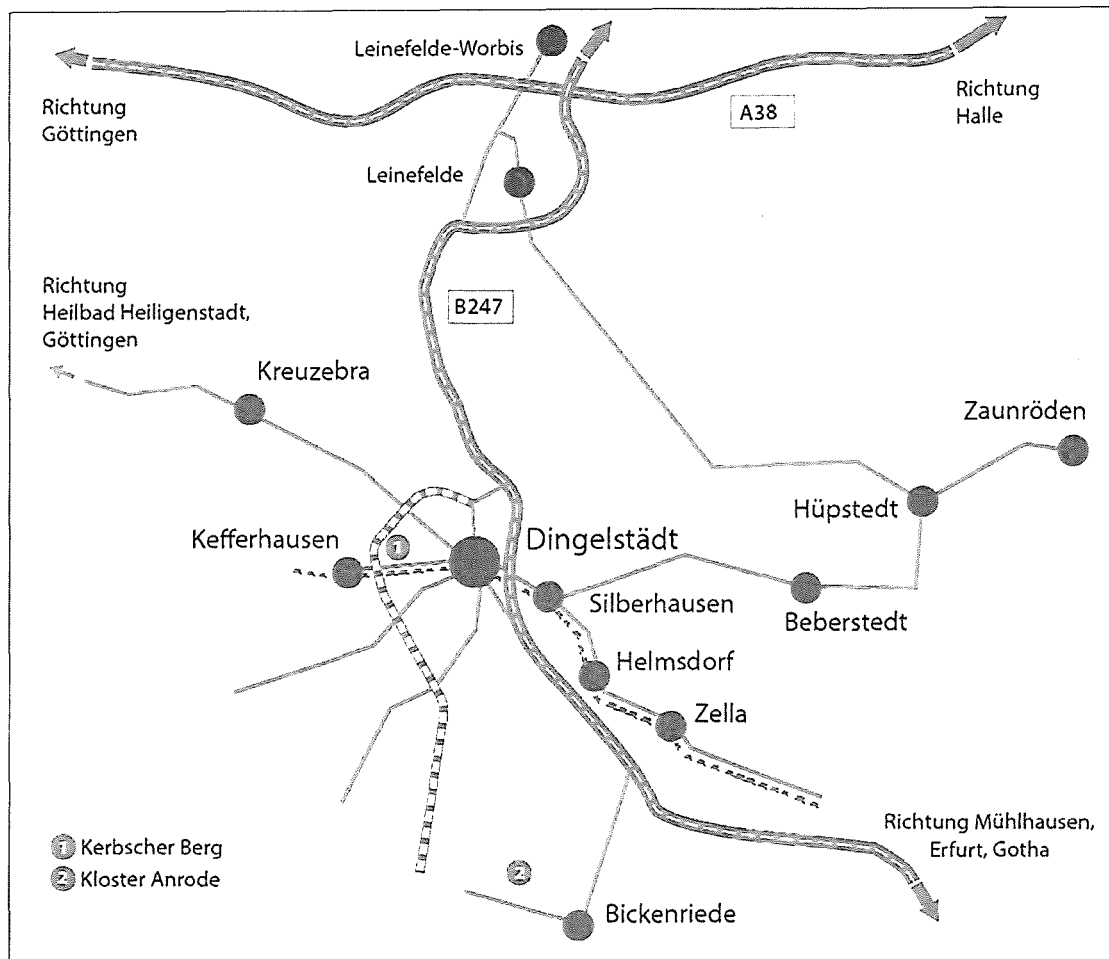
Die Eichsfeld Hymne wurde im Jahre 1902 von dem Priester Dr. Hermann Iseke, geboren am 09. März 1856 in Holungen, gestorben 1907 in Südafrika, geschrieben und beschreibt noch heute in prägnanter Weise unter anderem den Wandertourismus.

Im schönen Obereichsfeld braucht es nicht viel Zeit und Aufwand, um in die Natur zu gelangen. Auf ausgewiesenen Wanderwegen kann man schnell dem Alltag entkommen.

So bietet beispielsweise das etwa 515 m hohe Plateau „Hockelrain“ einen prächtigen Blick über unsere Ortschaften der Stadt Dingelstädt und lädt mit seinen Rastmöglichkeiten zum Verweilen ein.

Außerdem haben wir die Umsetzung und Vermarktung gemeinsamer Wanderrouen fest im Blick (z. B. TOP Wanderweg Scharfenstein). Fast täglich erreichen uns Anfragen von Gästen, die gern unsere Rad- und Wanderwege erkunden wollen und mehrtägige Besuche in unserer Region planen. Es lohnt sich, dieses Potenzial zu bündeln und auszubauen.

## 9. Landschaftliche und topographische Gegebenheiten



Mitten in Deutschland, im nordwestlichen Teil des Landes Thüringens, im Landkreis Eichsfeld liegt die Stadt Dingelstädt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 38, dicht an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen.

Die Stadt Dingelstädt liegt an der oberen Unstrut mit der Unstrutquelle in der Ortschaft Kefferhausen. Dingelstädt ist am westlichen Rand einer Mulde im oberen Unstruttal gelegen und wird umrahmt von den allmählich ansteigenden Höhen der mit Laubbäumen bewaldeten Muschelkalk-Hochfläche des oberen Eichsfelds.

Im Norden begrenzt der Höhenzug „Dün“ das Stadtgebiet. Die Stadt ist flächenmäßig (ca. 59 km<sup>2</sup>) und von der Einwohnerzahl (ca. 7.000 Einwohner) bereits jetzt die drittgrößte Gemeinde im Landkreis Eichsfeld. Durch die Fusion mit den Ortsteilen Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella würde die Stadt Dingelstädt sowohl von der Fläche, als auch von den Einwohnern um mehr als 40 % wachsen.

## 10. Bevölkerung und Flächenentwicklung

Der demographische Wandel ist, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, die große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung.



Die beantragenden Gemeinden (Stadt Dingelstädt, Gemeinde Anrode mit den Ortsteilen Bickenriede und Zella, Gemeinde Dünwald mit den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt) haben zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 11.045 Einwohnern und eine Gesamtfläche von ca. 107,44 km<sup>2</sup>.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 angestrebt.

Bezogen auf den beantragten Beitritt wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 vollumfänglich erfüllt und sogar deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Stadt Dingelstädt auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als sicher anzunehmen ist.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, werden seit 2018 Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum entwickelt, geplant und seit 2021 umgesetzt.

So werden zurzeit ca. 100 Baugrundstücke neu ausgewiesen. Gleiches soll selbstverständlich auch für die zukünftigen Ortschaften gelten. Hier gibt es bereits in den Ortschaften Beberstedt und Bickenriede konkrete Vorplanungen.

Die Stadt Dingelstädt nimmt seit diesem Jahr an der Dorferneuerung für die Ortschaften Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen teil. Ziel ist es auch die Kerne der einzelnen Ortschaften aufzuwerten. Parallel dazu schaffen wir derzeit Voraussetzungen zur Nutzung und Revitalisierung vorhandener Gewerbeflächen.

## **11. Finanzielle Situationen der beteiligten Gemeinden**

Die Haushaltssituationen in den Gemeinden Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituation der Stadt Dingelstädt stellt sich hingegen als verhalten positiv dar. Die Stadt Dingelstädt weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 226 € auf (Stand 31.12.2021). Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen.

Die Stadt Dingelstädt hat im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2021 ein Volumen von 4.655.400 € und in 2022 in Höhe von 5.238.400 € vorgesehen.

Die Rücklage der Stadt Dingelstädt beträgt 1.341.000,00 € (Stand 31.12.2021). Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der neuen Stadt Dingelstädt als ausgeglichen einzustufen. Die Verschuldung der Stadt Dingelstädt wird dann allerdings deutlich ansteigen.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich anwachsen, diese liegt dann mit ca. 355 €/Einwohner deutlich

über der bisherigen pro Kopfverschuldung der Stadt Dingelstädt. (ca. 40 % höhere pro Kopfverschuldung).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Stadt Dingelstädt:	1.382.213,32 €
Bickenriede, Zella (Gemeinde Anrode) und Beberstedt, Hüpstedt (Gemeinde Dünwald)	2.531.101,08 €

<b>Gesamtschulden zum 01.01.2023</b>	<b>3.913.314,40 €</b>
--------------------------------------	-----------------------

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand in gewissem Umfang abzufedern.

Der erhebliche Sanierungsstau in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella kann aber nur bedingt abgefedert werden. Besonders die Revitalisierung der Klosteranlage Anrode wird in den kommenden Jahren zur großen finanziellen Herausforderung für die Stadt Dingelstädt werden.

Mit der Gemeindeneugliederung kommen die Gemeinden Anrode und Dünwald aus ihrer finanziellen Notlage der Haushaltsicherung.

Mit dem Beitritt der zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird für diese Ortschaften eine stabile Haushaltslage erreicht. Die dauernde Leistungsfähigkeit wird gewährleistet und somit sind auch wieder Investitionen in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella möglich.

Die Stadt Dingelstädt wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung nach und nach abzubauen und gleichzeitig ein gewisses Maß an Investitionen in allen neun Ortschaften zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird durchschnittlich auf ca. 650 € / Einwohner prognostiziert. Zurzeit beträgt die Steuereinnahmekraft ca. 770 € / Einwohner.

## **12. Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösung der Gemeinden Anrode und Dünwald und die Zuordnung zu den Städten Mühlhausen und Dingelstädt sowie der Gemeinde Unstruttal führen zu einer neuen Kreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die neuen Gemarkungsgrenzen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Unstruttal wurden in den Koordinationsrechtlichen Verträgen Flurstücks

genau festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemarkungsgrenzen auch die neue Landkreisgrenze abbilden könnten.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte – insbesondere die Städte Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis, die Gemeinde Unstruttal aber auch die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch den Beitritt der Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert.

Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) und der Gemeinde Unstruttal verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Entwicklung.

Weiterhin lässt die Fusion der Stadt Dingelstädt die Möglichkeit offen, sich als Mittelzentrum zwischen den oben genannten Städten zu etablieren.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Stadt Dingelstädt auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **13. Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Die in diesem Antrag vorgetragenen Argumente und Beispiele zeigen, dass man – wenn zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden – Schwierigkeiten überwinden und Aufgaben lösen kann und somit eine „gedeihliche Entwicklung“ des Gemeinwesens erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Ortschaft ihre Seele hat und sich im Gesamtgefüge wiederfinden muss.

Mit den unterzeichneten koordinationsrechtlichen Verträgen und den Fusionsverträgen greifen alle kommunalpolitischen Verantwortungsträger die Geschichte ihrer Region in gleicher Weise auf und führen das Erbe unserer Vorfahren nicht nur im Obereichsfeld zusammen.

Mit Gründung der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ am 01. Dezember 2019 bestehend aus den Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen wurde ein neuer Weg gegangen. Es galt und gilt leistungsfähige Strukturen aufzubauen!

Unter dem Motto: Stärkere Gemeinden = größere Chancen

In der Rückschau kann bestätigt werden, dass dies vollumfänglich gelungen ist. In der zukünftigen Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften wird es um so wichtiger, Vertrauen aufzubauen.

Hier sind alle kommunalpolitischen Akteure gefordert. Es wird Diskussionen geben über den Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben, denn es sind demokratische Institutionen. Dennoch sollte berücksichtigt werden: Jedes positiv erlebte Beispiel einer Bürgerin oder eines Bürgers in der Praxis kann mehr bewirken als alle noch so vielversprechenden theoretischen Ausführungen.

Darum geht es in der neuen Landgemeinde mit dem Namen „Stadt Dingelstädt“ mit ihren dann 9 Ortschaften: Vertrauen schaffen unter den Mandatsträgern, Vertrauen zwischen Bürgermeister, Rat und Verwaltung und vor allem: Vertrauen der Bürgerschaft zu uns.

Was ist weiterhin zu tun? Vieles ist vorgegeben in den Fusionsverträgen. Die Fusionsverträge sind Dokumente der Vernunft, sorgfältig ausgewogen unter dem Motto: „Gleiche unter Gleichen“. Sie sind gewissermaßen eines der beiden Standbeine, auf denen sich nun alle zukünftig 9 Ortschaften auf den Weg begeben. Das andere Standbein ist schlicht und einfach das Gesetz, die Gemeindeordnung.

### **Verwaltung:**

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit.

Überörtliche Maßstäbe, unter anderem die Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung, werden zunächst nicht berührt. Welche Auswirkungen die Gemeindefusion auf den LEP 2025 haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen und ist nicht Bestandteil dieses Antrages.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger in dem Sinne, dass zukünftig Leistungen angeboten werden, zu denen die Gemeinden Anrode und Dünwald vorher nicht in der Lage waren (u. a. Standesamt).

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Stadt Dingelstädt befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Verwaltungen, Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Dingelstädt gesichert werden kann. Weiterhin ermöglicht die Eingliederung eine verbesserte Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche deutlich über die eines Grundzentrums hinausgeht.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

## **14. Bürgerbeteiligung**

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Anrode, Dünwald und der Stadt Dingelstädt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortschaftsratssitzungen, Treffen auf Vereinsebene, Treffen der Feuerwehren, in den Kirchengemeinden sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich der möglichen Gemeindefusion und des Wechsels in den Landkreis Eichsfeld aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Anrode und auch der Gemeinde Dünwald durch die jeweiligen Amtsblätter und der Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung (per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr) in allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein klares Votum ergeben haben. Bei einer Wahlbeteiligung von 89 % haben sich in den Ortsteilen Bickenriede (81,12 %) und Zella (85,50 %) in der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt (81,96 %) und Hüpstedt (54,51 %) in der Gemeinde Dünwald die Bürgerinnen und Bürger für den Wechsel in den Landkreis Eichsfeld und den Beitritt zur Stadt Dingelstädt entschieden.

### **Fazit:**

Die vorgetragenen Verweise stellen nur einen Ausschnitt eines durchgängigen Wunsches der Eichsfelder im Verlauf der letzten 200 Jahre dar, bei einer sich bietenden Gelegenheit wieder in einer staatlich-kommunalen Rechtsform zusammenkommen zu wollen. Realistisch und wünschenswert wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald und Anrode im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Verträge geschlossen, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis-Eichsfeld und der Stadt Dingelstädt sehen.<sup>3 & Aktualisierung</sup>

---

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Bürgermeister der Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022

## Quellenverzeichnis:

- 1 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 4 ff.
  - 2 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 10, 11
  - 3 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 5,6,15,16 ff.
  - 9 Müller, Johannes: Das Eichsfeld. Maschinengeschriebenes Manuskript Eichsfelder Heimatmuseum Heiligenstadt
  - 10 Wehling, Hans-Georg: Das katholische Milieu im Eichsfeld. In: Das Eichsfeld - Ein deutscher Grenzraum. Du- derstadt 2002.
  - 11 Riese, Werner: Das Eichsfeld. Entwicklungsprobleme einer Landschaft Heidelberg 1980.
  - 12 Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973.
  - 13 Behrens, Petra: Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regional kulturelle Aktivitäten und Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961. Baden-Baden 2012.
  - 14 Müller, Torsten: Mitteilung vom 10.12.2016.
  - 41 Hussong, Ulrich, Die Einteilung des Eichsfeldes in Landkreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Eichsfeld-Jahrbuch 7 (1999), S.185 ff.
  - 66 Verfahren beim Bundeslandwechsel von Landkreisen/Kommunen, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Deutscher Bundestag 2016, WD 3 - 3000 - 057/16.
  - 67 Vgl. Fußnote 20.
  - 68 "Präambel"
- In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, das in der Nieder- und Oberlausitz seine angestammte Heimat hat und seine Sprache und Kultur bis in die heutige Zeit bewahrt hat, seine Identität auch in Zukunft zu erhalten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sorben außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland keinen Mutterstaat haben, der sich ihnen verpflichtet fühlt und Sorge für den Schutz und die Bewahrung ihrer Sprache, Kultur und Überlieferung trägt, im Bewusstsein, dass der Schutz, die Pflege und Entwicklung der sorbischen Werte sowie die Erhaltung und Stärkung des sorbisch-deutschen Charakters der Lausitz im Interesse des Freistaates Sachsen liegen, in Erkenntnis, dass das Recht auf die nationale und ethnische Identität sowie die Gewährung der Gesamtheit der Volksgruppen- und Minderheitenrechte keine Gabe und kein Privileg, sondern Teil der universellen Menschen- und Freiheitsrechte sind, in Erfüllung der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, unter Berufen auf Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 35 des Einigungsvertrages, ergänzt um die Protokollnotiz Nummer 14, und die Verfassung des Freistaates Sachsen beschließt der Sächsische Landtag, ausgehend von Artikel 6 der Sächsischen Verfassung, das nachstehende Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz - SächsSorbG)."
- 69 Vgl. Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz (ThürFGtG) vom 21. Dezember 1994

### Antragsunterzeichnung:

Bürgermeister Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeister Gemeinde Anrode  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald  
Dingelstädt, den 08.02.2022



### Anlagen:

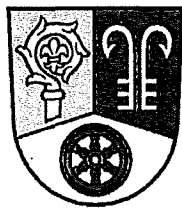
- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag

# Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden

Anrode



Dünwald



Menteroda



Unstruttal







Ammern

Dachrieden

Eigenrode

Horsmar

Kalsershagen

Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal OT Ammern

Der Bürgermeister

Thüringer Ministerium für  
Inneres und Kommunales  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt  
Über:  
Thüringer Landesverwaltungsamt,  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

Zur Kenntnis an:  
Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum  
28.01.2022

## Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda beantragen zum 01.01.2023 ihre Auflösung und gemeinsam mit der Gemeinde Unstruttal die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Dörna (Anrode)
- Lengefeld (Anrode)
- Zauröden (Dünwald)
- Kleinkeula (Menteroda)
- Menteroda (Menteroda)
- Sollstedt (Menteroda)
- Urbach (Menteroda)

in die Gemeinde Unstruttal.

Gleichzeitig wird beantragt, dass der § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode,

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03801 / 88826 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Dünwald und Menteroda bestehenden o.g. Ortsteilen mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Gemeinde Unstruttal übergeleitet werden sollen.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Gemeinde Unstruttal" fort.

Ferner wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen. Die Neugliederungsprämie nach § 2 ThürGFfG setzt sich aus dem festgelegten gesetzlichen Betrag von 200 €/ Einwohner der an einer freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinden zusammen. Strukturbegleithilfen werden nach § 3 ThürGFfG sowie die besonderen Entschuldungshilfen nach § 4 ThürGFfG ebenfalls beantragt. Zugleich wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zu Rückzahlungen von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Weiterhin wird beantragt, in das Gemeindeneugliederungsgesetz eine gesetzliche Regelung aufzunehmen, den Gemeinderat der Gemeinde Unstruttal für die gesetzliche Amtszeit des Gemeinderates entsprechend zu erweitern. Die Stadt Dingelstädt soll Rechtsnachfolger der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald werden.

Dem Antrag sind beigelegt:

- o Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
  - o Gemeinde Anrode → 17-126-2022 sowie 13-91-2021
  - o Gemeinde Dünwald → 241-22/22 sowie 224-20/21
  - o Gemeinde Menteroda → 95-2/22
  - o Gemeinde Unstruttal → 10-141-2022, 10-142-2022, 10-143-2022
- o Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- o Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- o öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- o Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- o Koordinationsrechtliche Verträge

### **Begründung:**

*Die finanziellen Situationen, die technischen, fachlichen und gesetzlichen Voraussetzungen der Gemeinden aber vor allem das öffentliche Wohl für unsere Bürgerinnen und Bürgern müssen an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden.*

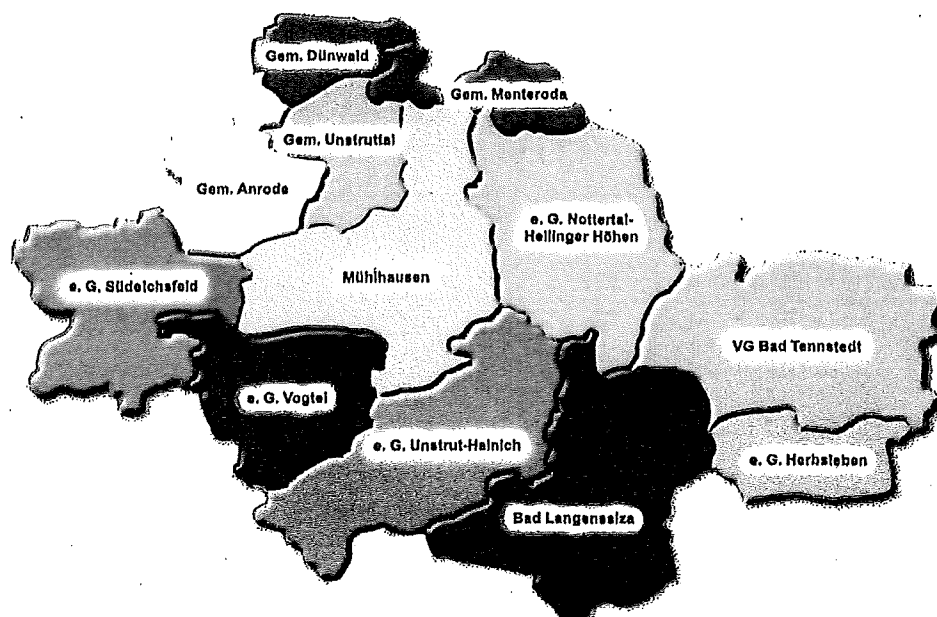
*Eine Gemeindevergrößerung würde für alle eine planbarere Zukunft bedeuten. Die einzugliedernden Gemeinden mit ihren entsprechenden Ortsteilen sollen in einer politischen Gleichberechtigung weitergeführt werden, sodass vor allem das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl dadurch gestärkt und finanzielle Herausforderungen zum Wohle der Gemeinde sowie der Bürgerinnen und Bürger gemeistert werden können.*

*Das Ziel soll eine zukunftssichere Gemeinde sein!*

Grundlage zur Erreichung dieser Ziele sind die vorhandenen Strukturen, die sowohl die einzugliedernden Gemeinden als auch die aufnehmende Gemeinde verbinden. Sie bilden die Grundlage und sollen beispielhaft dargestellt werden.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen des Beschlusses des Thüringer Landtages vom 13.12.2017 unter Berücksichtigung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017.

### Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen



<https://www.unstrut-hainich-kreis.de/index.php/staedte-und-gemeinden>

Bezugnehmend auf die bildhafte Darstellung befinden sich die Gemeinden (mit den einzugliedernden Ortsteilen) geografisch angrenzend an die Gemeinde Unstruttal. Sie gliedern sich entlang der bestehenden Landkreisgrenze zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis. Insbesondere durch die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengfeld wird eine Gemeindestruktur entlang des historischen „Mühlhäuser Landgrabens“ geschaffen.

Die neuzugliedernde Gemeinde Unstruttal bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Landgemeinden Nottertal-Heilingen Höhen und Südelsfeld sowie der Stadt Mühlhausen/ Thüringen.

Infrastrukturmäßig sind die Gemeinde Unstruttal mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteile durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So befinden sich die Gemeinden Unstruttal und Anrode an der B247 und über die Landstraßen (L2038, L2041/ L2096, L1015/ L1016) sind die Gemeinden Unstruttal, Menteroda und Zaunröden zu erreichen. Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile zueinander. Diese werden hier nicht explizit aufgeführt.

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz nach Ammern:

- Dörna ca. 9 km
- Lengefeld ca. 6 km
- Zaunröden ca. 14 km
- Kleinkeula ca. 12 km
- Menteroda ca. 14 km (Außenstelle Menteroda bleibt erhalten)
- Sollstedt ca. 11 km
- Urbach ca. 18 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der Ortsteile der Gemeinde Unstruttal zum Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern. Eine Bushaltestelle existiert bereits vor dem Verwaltungssitz. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile an die ÖPNV-Struktur noch besser anzugliedern.

Nach Aussage des Landrates des Unstrut-Hainich-Kreises wird eine umfassende Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel erfolgen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen beispielsweise zur Verfügung:

- niedergelassene Ärzte (Allgemeinmediziner, Zahn- und Tierärzte),
- Physiotherapien,
- Banken,
- Apotheke,
- Seniorenheim,
- Bibliothek,
- mehrere große Einkaufsmöglichkeiten,
- Pensionen und gastronomische Einrichtungen,
- Baumarkt,
- Postfilialen,
- Tankstellen,

welche die Grundversorgung sichern.

Die Ortsteile Ammern und Lengefeld sowie Menteroda haben insgesamt eine Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen mit einer Gesamtfläche von 49,89 ha in den Ortsteilen Ammern und Menteroda. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze, welche die Pendlerbewegung von den künftigen Ortsteilen bestärkt. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger in den ortsansässigen Unternehmen tätig.

Vorrangig finden wir in den Gewerbegebieten der Ortsteile mittelständische sowie handwerklich geführte Unternehmen.

Die meist traditionell familiengeführten Unternehmen sind Stützpfeiler der ländlichen Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Stabilität der Gemeinden. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den neu einzugliedernden Ortsteilen.

Aus diesem Grund ist eine Neugliederung aus wirtschaftlicher Sicht positiv anzusehen. Dies trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die in den bisherigen Gemeinden überwiegend vorhandenen ländlich kleingliedrigen Strukturen werden durch eine Eingemeindung in die Gemeinde Unstruttal langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördert.

Einwohnerzahlen der Ortsteile zum 31.12.2021:

Ammern:	1244
Dachrieden:	278
Dörna:	350
Eigenrode:	247
Horsmar:	496
Kaisershagen:	371
Kleinkeula:	93
Lengefeld:	800
Menteroda:	1440
Reiser:	384
Sollstedt:	121
Urbach:	286
Zaunröden:	76

Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zaunröden haben in einer Bürgerbefragung mit großer Mehrheit (mehr als 80 %) für eine Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal und damit dem Verbleib im Unstrut-Hainich-Kreis votiert. Durch die Eingemeindung der Gemeinde Menteroda wird die räumliche Verbindung des Ortsteils Zaunröden mit der ursprünglichen Gemeinde Unstruttal begründet und dem geäußerten Willen der Einwohner Zaunrödens Geltung verschafft.

### **Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Abwasser- und Trinkwasserversorgung der einzelnen Gemeinden wird abgesichert durch die Zweckverbände Obereichsfeld (WAZ) und Ost-Obereichsfeld, Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal, Abwasserversorgung Mühlhausen und Umland, der Trink- und Abwasserversorgung Notter sowie der Gewässerunterhaltungsverbände.

Daraus resultierend müssen die Stimmenanteile innerhalb der Verbände nach Neugliederung angepasst werden. Folglich ist dies ein verhältnismäßig geringer Verwaltungsaufwand.

Die dadurch entstehenden Synergieeffekte ermöglichen eine weitere Transparenz des Verwaltungshandelns innerhalb der Verbände.

### **Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Für die Lebensqualität bildet die zukünftige Kindertagesstätten-Struktur mit 5 Kindertagesstätten - bestehend aus kommunalen Einrichtungen und freien Trägern - mit einer Gesamtkapazität von 364 zu betreuenden Kindern eine zukunftsorientierte

Perspektive, vorrangig für junge Familien. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine sehr gute Belegung aus. Dies zeugt von einer hohen Qualität des pädagogischen Personals.

Weiterführend bietet das jetzige und auch zukünftige Unstruttal seinen jungen Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit an einer ortsnahe Schulbildung von der Grundschule bis zur weiterführenden Regelschule. So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Lengefeld und Dörna die Grundschule im Ortsteil Ammern. Durch die Gemeinschaftsschule Menteroda ergeben sich neue Synergieeffekte, wie zum Beispiel gemeinsam gestaltete Schulprojekte um positive Wirkungen durch Kommunikation und Kooperation entstehen lassen zu können.

Darüber hinaus sind für die kommunale Daseinsvorsorge in den Ortsteilen Jugendclubs/ Jugendtreffs vorhanden, welche die Gemeinde Unstruttal nach Neugliederung auch weiterhin erhalten und unterstützen werde. Damit soll zukünftig auch zum sozialen Wohlbefinden der Jugend in den Gemeinden beigetragen werden.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Sie sind eine der Grundlagen, die ein ländliches Gemeinschaftsleben prägen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Gemeinde Unstruttal auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die Gemeindestrukturen weisen in allen Ortsteilen auch Friedhofsflächen aus.

Dies gilt insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind. Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Die jetzige Gemeinde Unstruttal kann eine sehr gute Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde vorweisen, ebenso wie mit den einzugliedernden Ortsteilen. Auch hier spielt der festgelegte Kreisbrandmeisterbereich des Unstrut-Hainich-Kreises eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren bereits jetzt schon im kommunikativen Austausch stehen. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Die gute Zusammenarbeit wird durch den Kreisbrandinspektor und den jeweiligen Ortsbrandmeistern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch schlagkräftiger machen. Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran.

Im Ortsteil Ammern befindet sich ein Seniorenheim und ein weiteres ist in Menteroda vorgesehen.

Eine Zusammenarbeit der Gemeinde Unstruttal und Menteroda findet schon im Bereich der Bauhöfe durch eine gegenseitige Techniknutzung (Radlader, Traktor, Maschinen) im gegenseitigen Einvernehmen statt. Mit der Gemeindeneugliederung können diese Synergieeffekte noch verstärkt und die Aufgabenerfüllung effizienter gestaltet werden.

Auch im Verwaltungsbereich existiert bereits eine enge Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf den fachlichen Erfahrungsaustausch mit den anderen Gemeinden. Personelle Hilfen bei der Bewältigung der Verwaltungstätigkeiten haben sich schon etabliert.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61
E-Mail:
info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de

Kernpunkte dieser guten Zusammenarbeit bilden die Kenntnisse der einzelnen Verwaltungsabläufe in den Ortsteilen.

### **Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

1995 wurde der Weg der sechs Gemeinden, bestehend aus den jetzigen Ortsteilen Ammern, Dachrieden, Eigenrode, Horsmar, Kaisershagen und Reiser zu einem gemeinschaftlichen Zusammenschluss als "Gemeinde Unstruttal" geebnet.

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ etabliert.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zauröden entstand 1994 die Neubildung der Gemeinde Dünwald.

Die Einheitsgemeinde Menteroda wurde 1996 aus den Mitgliedsgemeinden Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt und Urbach gegründet. Die zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft befindliche Gemeinde Obermehler schloss sich der Fusion zum 01.08.1996 nicht an. Die Stadt Schlotheim wurde für diese die erfüllende Gemeinde.

Alle oben genannten Gemeinden gehören derzeit zum Unstrut-Hainich-Kreis.

Bezugnehmend auf diese Antragsstellung auf Neugliederung der Gemeinde Unstruttal entsteht ein Geflecht aus zukunftsorientierten Strukturen innerhalb des Verwaltungshandels als auch zum Wohle der in dieser Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger. Anhand der historischen Darstellung der Gemeindezusammenschlüsse der Vergangenheit lässt sich erkennen, dass die Zielvorstellung zu einer fließenden Gesamteinheit in allen Gemeinden angestrebt wird. Die jetzige Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile können durch die Neugliederung an dieser Gemeinsamkeit zukunftsicher anknüpfen.

Alle künftigen Ortsteile sind überwiegend evangelischer Konfession und die seelsorgerische Betreuung wird durch die Pfarrbereiche organisiert. Die evangelischen Gemeinden der Ortsteile Dörna, Lengefeld, Horsmar und Dachrieden bilden bereits heute einen gemeinsamen Pfarrbereich.

Die gute Zusammenarbeit der Feuerwehren wurde bereits aufgeführt. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation erfolgt bereits.

Die Vereine stehen in den einzelnen Ortsteilen allen Bürgerinnen und Bürgern zur freien Wahl offen. Hier stehen zum Beispiel der Tischtennis-, der Volleyball-, der Kegel-, der Fußball-, Schützen-, Heimat- und Bergmannsvereine sowie die Chöre zur Auswahl. Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise in gemeindeübergreifenden Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmes, Fest der Vereine, Feuerwehr-, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Dorfgemeinschaften.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61
E-Mail:
<a href="mailto:info@gemeinde-unstruttal.de">info@gemeinde-unstruttal.de</a>
Homepage:
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

Das Vereinsleben wird finanziell durch die Vereinsförderung der Gemeinden unterstützt. Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den einzugliedernden Ortsteilen.

### **Bevölkerung und Flächenentwicklung**

Der demografische Wandel ist prägend, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, als Grundlage für alle Bereiche der ländlichen Gemeindeentwicklung. Die beantragenden Gemeinden sowie Ortsteile haben zum 31.12.2021 einen Einwohnerstand von 6.186 Einwohnern und eine Gesamtfläche von 100,47 km<sup>2</sup>. Das bedeutet, dass die Gemeinde Unstruttal auch im Vergleich zur Fläche anderer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Städte in Thüringen eine überschaubare, realistische und sinnvolle Größe erhält.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohner angestrebt. Bezogen auf die beantragte Fusion wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 geringfügig die 6.000er-Marke unterschreiten. Nach eingehender Analyse in Vorbereitung der Fusion hat die geringfügige Unterschreitung keine großen Auswirkungen auf die zielorientierte Entwicklung der Gemeinde Unstruttal, zumal eingeschätzt wird, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation/ Entwicklung der Gemeinde auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als gesichert gilt.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, sind Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum inner- und außerorts zu entwickeln. Gleichzeitig müssen Voraussetzungen zur Schaffung und Nutzung von Gewerbefläche, die ein Garant für zukünftige Arbeitsplätze darstellen, angestrebt werden. Die räumliche Nähe zur benachbarten Stadt Mühlhausen lässt diese positive Entwicklung erwarten.

### **Finanzielle Situationen**

Die Haushaltssituationen in Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituationen der Gemeinden Unstruttal und Menteroda stellen sich hingegen als äußerst positiv dar; sowohl die vergangenen als auch die künftigen Jahre sind selbst mit vorsichtiger Planung als gut zu bewerten.

Die Gemeinde Unstruttal weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 148 € auf und gehört damit zu einer der niedrigsten im Freistaat. Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass alle Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2025 getilgt werden sollten und die Gemeinde Unstruttal sodann schuldenfrei wäre.

Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben im Haushaltsjahr 2021 und 2022 im Vermögenshaushalt insgesamt ein Volumen von 2.485.000 €.

Die Gemeinde Menteroda ist schuldenfrei und weist eine mehr als solide Rücklage auf.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de



Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der vergrößerten Gemeinde Unstruttal als positiv zu bewerten.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung zwar kurzzeitig auf ca. 180 € anwachsen, diese liegt aber immer noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt i. H. v. 664 € (Stand 31.12.2020).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Rücklagen zum 31.12.2021:

Unstruttal	1.888.000 €
Menteroda	1.107.000 €
Dörna/Lengefeld	0,00 €
Zaunröden	0,00 €

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Unstruttal:	315.000 €
Menteroda:	0,00 €
Dörna/Lengefeld (anteilig)	743.700 €
Zaunröden (anteilig)	49.900 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand abzufedern.

Mit der Fusion wird eine stabile Haushaltslage erreicht, welche die dauernde Leistungsfähigkeit der zukünftigen Gemeinde gewährleistet und auch zukünftig Investitionen in den Ortsteilen zulassen wird. Die Gemeinde wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung zeitnah ebenfalls abzubauen und gleichzeitig ein hohes Maß an Investitionen in den Ortsteilen zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird sich auf ca. 729 € pro EW belaufen. Im Unstrut-Hainich-Kreis beträgt die Steuereinnahmekraft 697 € pro EW (Stand 31.12.2020).

### **Derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung**

In allen Ortsteilen der vier Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) ist jeweils eine Ortsteilverfassung vorhanden. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen Bestand haben. Da sich dies in den jetzigen Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal bewährt hat, soll auch zukünftig ein ausgewogenes Gleichgewicht zu allen Ortsteilen der Gemeinde Unstruttal entstehen. Die daraus resultierende Stärke der jeweiligen Ortsteile als auch des ländlichen Raums sind Ziele dieses Umsetzungsprozesses.

### **Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösungen der Gemeinden Anrode und Dünwald führen zur Verlagerung der Kreisgrenze zum Eichsfeldkreis als auch der territorialen Grenzen zur Stadt Mühlhausen.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:  
03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Die beabsichtigte Neugliederung der Gemeinde Unstruttal sorgt zukünftig für eine „stabile“ Kreisgrenze insbesondere zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis, weitere kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen insbesondere in den Eichsfeldkreis sind mittel- und längerfristig nicht mehr zu erwarten. Die Fusion führt damit auch zu längerfristigen Stabilisierungen des Kreisgebietes des Unstrut-Hainich-Kreises.

Die umliegenden Gemeinden und Zentralen Orte – insbesondere die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert. Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Stärkung.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Gemeinde Unstruttal auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Grundsätzlich sollen durch die freiwilligen Neugliederungen in Thüringen Gemeinden in ihren Strukturen gestärkt werden, um langfristig Herausforderungen des demografischen als auch wirtschaftlichen Wandels im ländlichen Raum positiv entgegenzustehen, Verwaltungen handlungsfähiger zu machen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine Chance einer hohen Lebensqualität bieten. Diese Aspekte sieht das Land Thüringen in seinen Leitlinien für ein zukunftssicheres Thüringen vor.

Gemeinden mit ihren Ortsteilen sind Orte des Wohnens und des Lebens. Die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger verbringen ihre Freizeit, nutzen sportliche sowie kulturelle Angebote und knüpfen ihre sozialen Kontakte.

Die im Antrag dargestellten Positionen, welche die Gemeinden mit ihren Ortsteilen verbinden, werden durch die Fusion gestärkt und können ausgebaut werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Gemeinde Unstruttal befindlichen Ortsteilen identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden. Durch eine Vereinheitlichung und eine transparentere Vereinsförderung können die dazugewonnenen Vereine in das bestehende Vereinsleben der Gemeinde Unstruttal integriert werden. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte beeinflussen das Wir-Gefühl der zukünftigen Gemeinde Unstruttal positiv.

Die Neugliederung ermöglicht, dass vorhandene Wissen und die Erfahrungen der einzelnen Gemeindeverwaltungen im Hinblick auf die Gewinnung von Gewerbeansiedlungen und Erweiterung des Wohnungsbaus zu Bündeln. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Fusion, der zu einer zukunftsorientierten Verbesserung des ländlichen Lebens für unsere Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Damit kann dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:
03601 / 88626 61
E-Mail:
Info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de

zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit der zukünftigen Gemeinde Unstruttal soll effizienter und transparenter in ihren Arbeitsprozessen gestaltet werden, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Durch die neuen technologischen Möglichkeiten können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Chance bieten, jederzeit die Serviceleistung der Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Trotz dessen legen wir Wert darauf, dass die Ansprechpartner für unsere Bewohner erhalten bleiben.

So soll für einen Zeitraum bis mindestens 31.12.2027 eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung in den Räumen der bisherigen Gemeindeverwaltung Menteroda erhalten bleiben, um eine bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur zu gewährleisten. Die Entfernungen für die Bürgerinnen und Bürger zu einem Verwaltungsstandort betragen somit in der Anfangszeit des Fusionsprozesses keine 10 km, auch können bisherige ÖPNV-Strukturen weiterhin genutzt werden.

Durch das Zusammenführen der Verwaltungsstrukturen werden fachliche Bereiche konzentriert, die zu einer Stärkung der Kernverwaltung beitragen. Die Spezialisierung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ermöglicht eine professionellere Aufgabenerfüllung. So werden langfristig personelle Einsparungen gewährleistet, der altersbedingte Personalabbau sowie personalbedingte Ausfälle besser kompensiert. Durch die Übernahme von 8 Mitarbeitern verstärkt sich die Gesamtverwaltung der neuen Gemeinde Unstruttal personell auf insgesamt 16 Mitarbeiter, so dass zukünftig die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben erleichtert wird. Durch die Zusammenlegung der Bauhöfe erfolgt eine effektivere Aufgabenerfüllung und eine bessere Techniknutzung.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt als auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Unstruttal gesichert werden können. Sie ermöglicht dadurch eine bessere Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **Bürgerbeteiligung**

Eine moderne Gemeindepolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunalpolitischer Entscheidungen haben. Die Bürgerinnen und Bürger aller Gemeinden sind durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen sowie Bürgerbefragungen bezüglich der Fusion aktiv an der Neugliederung einbezogen wurden. Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Unstruttal durch das Amtsblatt zur geplanten Fusion informiert:

Hervorzuheben ist hier die sehr hohe Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein mehr als klares Votum gegeben haben. In den Ortsteilen Dörna und Lengefeld haben sich 63% bzw. 79%, im Ortsteil Zaunröden mehr als 80 % der an der Abstimmung teilgenommenen Einwohner der Ortsteile für eine Zukunft in der Gemeinde Unstruttal entschieden.

Im Dezember 2021 geplanten Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen der Gemeinde Menteroda mussten pandemiebedingt leider abgesagt werden.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 68626 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Aber im Rahmen eines regen persönlichen Kontaktes und Austausches der Amtsträger mit den Bürgerinnen und Bürgern zeigte sich eine hohe Zustimmung für die beabsichtigte Gemeindeneugliederung. So involvierte sich auch der Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal zu Informationsveranstaltungen mit den Ortsteilbürgermeistern, Ortsteilräten und Vereinsvertretern in Menteroda.

Die einzelnen Beschlüsse der Gemeinderäte und die jeweiligen Mehrheiten legen Zeugnis davon ab, dass die beabsichtigte Gemeindeneugliederung allseits so gewünscht wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrages, vor allem zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für die beantragte Gemeindestruktur entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister Gemeinde Unstruttal



Bürgermeister Gemeinde Menteroda



Bürgermeister Gemeinde Anrode

Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald

#### Anlagen

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
Info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>		
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Dünwald	Juristische Person
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Vertr. durch die Bürgermeisterin
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Oberdorf 32
	Postleitzahl, Ort	99976 Dünwald
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>	
	Name	Vorname
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <p>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</p>	

	Vertretung der Gemeinde nach außen durch die Bürgermeisterin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Mit den Neugliederungsanträgen der Gemeinden Anrode und Dünwald, gemeinsam mit der Stadt Dingelstädt am 14.02.2022 gestellt, und der gemeinsam von den Gemeinden Unstruttal, Anrode, Dünwald und Menteroda am 28.01.2022 gestellt, wurden die Beschlüsse Nr. 224-20/21 und 248-23/22 des Gemeinderates der Gemeinde Dünwald zur Auflösung der Gemeinde Dünwald und zur Eingliederung der Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt in die Landgemeinde Stadt Dingelstädt und des Ortsteils Zaunröden in die Gemeinde Unstruttal sowie die Überleitung ihrer Ortsteilorgane umgesetzt. Durch die genannten Gemeinderatsbeschlüsse wurden die Ergebnisse der zuvor durchgeführten Bürgerbefragung in der Gemeinde Dünwald zur Gemeindeneugliederung vom 08.08.2021 umgesetzt.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div style="border: 1px solid black; height: 60px;"></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	<div style="border: 1px solid black; height: 40px;"></div>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dünwald, 15.06.2022	



# STADT DINGELSTÄDT

Stadt Dingelstädt · Dingelstädt · Geschwister-Scholl-Straße 28 · 37351 Stadt Dingelstädt

Thüringer Ministerium für Inneres  
und Kommunales  
Herrn Innenminister Georg Maier  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

Amt: Hauptamt  
Sachbearbeiter:  
Telefon:  
Telefax:  
E-Mail: [info@dingelstaedt.de](mailto:info@dingelstaedt.de)  
Datum: 14.02.2022

z/v	b R	AE +	AE (+)	z Vg.	Info
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales					
22.02.2022 Minister					
EINGANG 13. FEB. 2022					
MA	StS I	StS MT	MB	LMB	VA / K.
M 1	M 2	M 3	M 4	M 5	M 6
1	2	3	4	AFV	

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen / Unsere Nachricht vom:

## Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

In der Anlage übersende ich Ihnen den Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt.

Bei Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Verwaltungsleiter







Stadt Dingelstädt



Gemeinde Anrode



Gemeinde Dünwald

**Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt**

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

die Gemeinden Anrode und Dünwald beantragen mit Inkrafttreten des 3. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNGG) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bickenriede (Anrode)
- Beberstedt (Dünwald)
- Hüpstedt (Dünwald)
- Zella (Anrode)

in die Stadt Dingelstädt.

Es wird beantragt, dass § 45a Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald die bestehenden Ortsteile Bickenriede, Beberstedt, Hüpstedt und Zella mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Dingelstädt übergeleitet werden.

In allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist eine Ortsteilverfassung gemäß ThürKO eingeführt. Die Stadt Dingelstädt ist gemäß § 45a ThürKO eine Landgemeinde und verfügt über eine Ortschaftsverfassung. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen in Ortschaften mit Ortschaftsverfassungen überführt werden.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Stadt Dingelstädt" fort. Der Stadt Dingelstädt wurde gemäß § 5 ThürKO im 2. ThürGNGG genehmigt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFFG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen sowie ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen (z. B. Gemarkungsgrenzen, Vermögensaufteilungen „Wald“, ggf. Aktien) aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal, der Gemeinde Anrode und der Gemeinde Dünwald im zukünftigen ThürGNNG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Es wird beantragt, die Kreisgrenze auf Grundlage der neuen Gemarkungsgrenzen zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich neu festzulegen bzw. festzusetzen.

Es wird beantragt, die Verbindlichkeiten der Gemeinde Dünwald gegenüber dem Landkreis Unstrut - Hainich (Entgelte aus dem Betrieb der Sporthalle) niederzuschlagen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:  
Gemeinde Anrode  
Gemeinde Dünwald  
Stadt Dingelstädt
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Anrode mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Dünwald mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Bickenriede (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Zella (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Beberstedt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Hüpstädt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Stadt- und Gemeinderatssitzungen

Angelegenheiten, die zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich zu regeln sind (z. B. Schulen, ÖPNV, Entsorgung), sind kein Bestandteil dieses Antrags.

## **Begründung:**

### **Einleitung - Das Eichsfeld**

Eine in diesem Zusammenhang sehr bezeichnende Kennzeichnung des Eichsfeldes findet sich in einem maschinengeschriebenen Manuskript von Dr. Johannes Müller, Gymnasiallehrer und Direktor des Eichsfelder Heimatmuseums in Heiligenstadt, aus dem Jahre 1947.<sup>1</sup>

Darin heißt es: „Zwischen Harz und Werra, im Quellgebiet der Unstrut und Leine, liegt das Eichsfeld, ein von anmutigen Tälern durchflutetes Hügelland das den Übergang von Niedersachsen nach Thüringen und Hessen darstellt. Es ist nicht Niedersachsen, nicht Hessen, nicht Thüringen, sondern als Bindeglied zwischen ihnen, das sich landschaftlich, volklich und kulturell merklich von seiner Umgebung abhebt; denn Länder und Stämme passen nicht immer und überall genau aufeinander, sondern lassen vielfach kleine und größere Übergänge und Bindeglieder übrig so auch hier zwischen Harz und Thüringer Wald. Zum Vergleich könnte man die Schweiz das Grenzland zwischen Deutschland, Italien und Frankreich, heranziehen.“<sup>1</sup>

Werner Riese sieht in den Eichsfeldern sogar eine „eigenständige Volksgruppe“.<sup>11</sup>

„Ein Sofalgebilde eines abgeschlossenen Raumes“ attestiert 1973 Rainer Lepsius.<sup>12</sup>

Für Petra Behrens bildet das Eichsfeld „einen geschlossenen, sich von seiner Umgebung abhebenden Kulturraum“.<sup>13</sup>

### **Die Eichsfelder Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella im heutigen Kontext zu den Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen**

Der demografische Wandel und die drastisch angespannte Haushaltslage (Haushaltssicherungen der Gemeinden Anrode und Dünwald), die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit, nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und territorialer Zugehörigkeit zum „historischen“ Eichsfeld wurden von den Gemeinden Anrode und Dünwald erneut auf den Prüfstand gestellt.

Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden 2021 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung und dem damit verbundenen möglichen Landkreiswechsel durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden. Die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella entschieden damit zugleich, den Landkreiswechsel vom Landkreis Unstrut – Hainich in den Landkreis Eichsfeld vollziehen zu wollen.

Die Stärkung der lokalen Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe spielten bei der Zukunftsorientierung beider Kommunen ebenfalls eine wichtige Rolle. So entschieden sich die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella, der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ beizutreten. Dies bedeutet auch einen Systemwechsel von der Einheitsgemeinde zur Landgemeinde.

Die einzugliedernden Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) sollen in der Stadt Dingelstädt gleichberechtigt weitergeführt werden. Vor allem das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger und das landsmannschaftliche

Zusammengehörigkeitsgefühl zum Eichsfeld soll gestärkt werden. Weiterhin könnten die zukünftigen finanziellen Herausforderungen zum Wohle der gesamten neuen Gemeinde „Stadt Dingelstädt“ besser gemeistert werden.

**Ziel der Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig neun Ortschaften ist es, eine zukunftssichere Stadt zu sein, die im Landesentwicklungsplan 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen wird.**

Begründung zur Erreichung dieses Ziels bildet die neue Gesamtstruktur der Stadt Dingelstädt mit dann neun Ortschaften und über 11.000 Einwohnern, die dann die einzugliedernden Gemeinden Anrode und Dünwald mit den entsprechenden Ortsteilen, als auch die Stadt Dingelstädt miteinander verbindet.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

## **1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen**

### **Rückblick - Gemeindefwechsel zwischen den thüringischen Landkreisen**

Blieben im Wesentlichen die Gemeindezuordnungen zwischen den Unter- und Obereichsfelder Verwaltungsgliederungen seit 1816 unverändert, so vollzogen sich im Zuständigkeitsbereich des Regierungsbezirks Erfurt fortlaufend Gemeindeverschiebungen auf Kreisebene.<sup>2</sup>

Diese waren sowohl den anvisierten Größenvorgaben geschuldet - suchten daneben aber auch Befriedung für die ehemaligen reichsfreien Städte Mühlhausen und Nordhausen, die zunächst keinerlei verwaltungsgeschichtliche Traditionen für das ländliche Umland mitbrachten, dennoch aber insbesondere gegenüber Heiligenstadt aufbegehrten.<sup>2</sup>

Die hier vorhandene Verwaltungstradition drückte sich im Vorhandensein von entsprechenden Gebäuden aus, über die Mühlhausen nicht verfügte. Dieses war der Grund, weshalb unmittelbar nach der 1802 erfolgten preußischen Inbesitznahme der ehemals kurmainzischen Gebiete in Mitteldeutschland die *„Königlich Preußische zur Interim-Verwaltung und Organisation des Eichfeldes und der Städte Mühlhausen und Nordhausen verordnete Kommission“* ihren Sitz in Heiligenstadt nahm — doch schon gut ein Jahr später an Erfurt verlor.<sup>2</sup>

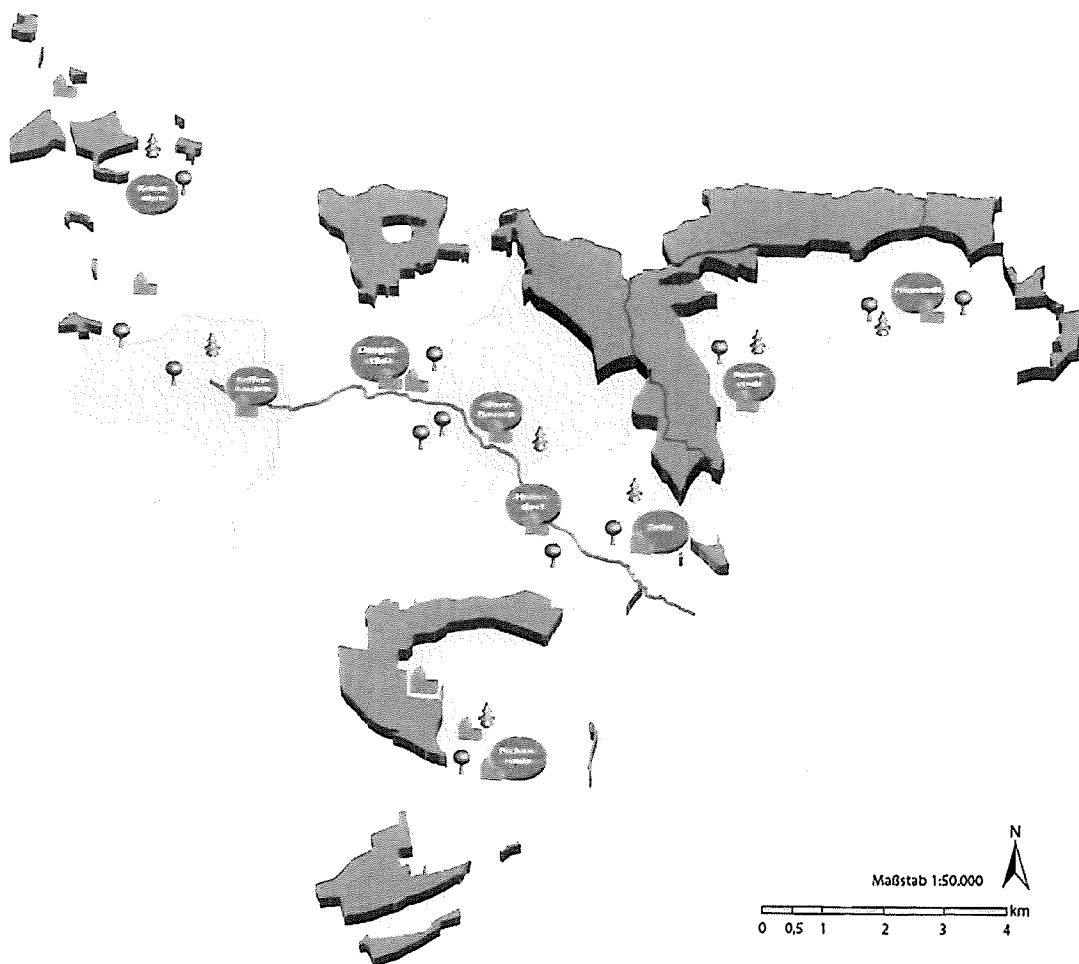
Dennoch blieb Heiligenstadt mit der Kriegs- und Domänenkammer bedeutend und erfuhr in der französischen Zeit zwischen 1806 und 1813 noch eine Aufwertung mit dem Sitz des Harzdepartements. Die Dörfer um Mühlhausen mit der Vogtei Dorla und der Ganerbschaft Treffurt gehörten bis dahin zum Eichsfelder Oberkreis nach Heiligenstadt, wechselten aber mit einer großen Anzahl südeichsfeldischer Dörfer zu dem 1816 gegründeten Kreis Mühlhausen.<sup>2</sup>

Im folgenden Jahrhundert gab es sehr häufige Kreisverschiebungen von Dörfern — auch

nach Nordhausen (z. B. Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Zella) und wieder zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kreise Heiligenstadt und Worbis zum Landkreis Eichsfeld mit Verweis auf die geschichtliche Verbundenheit im Eichsfeld zusammengelegt und 1946 in „Kreis Worbis mit Sitz in Heiligenstadt“ umbenannt, bevor hieraus im Jahre 1952 wieder die Kreise Heiligenstadt und Worbis wurden.<sup>28,41</sup>

### Real - Case - Szenario in den Jahren 2021 bis 2023

Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren alle Ortschaften der zukünftigen Landgemeinde "Stadt Dingelstädt". Realistisch wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald (Eichsfeldortsteile Beberstedt und Hüpstedt) und Anrode (Eichsfeldortsteile Bickenriede und Zella) im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Bürgerbefragungen durchgeführt, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis Eichsfeld sehen und zwar in einer verlässlichen und stabilen Verwaltungsstruktur bei der "Stadt Dingelstädt".



Die Ortsteile Bickenriede, Zella und Beberstedt liegen unmittelbar an der Gemarkungsgrenze zur Stadt Dingelstädt. Hier verläuft zurzeit auch die Landkreisgrenze

zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich. Der Ortsteil Hüpstedt grenzt unmittelbar an den Ortsteil Beberstedt (siehe Bild oben).

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren neun Ortschaften bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Grundzentren der Verwaltungsgemeinschaft Westerwald-Obereichsfeld (5 km Entfernung), der Einheitsgemeinde Gemeinde Unstruttal (10 km Entfernung) sowie der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal (6 km Entfernung).

Im Norden grenzt das Mittelzentrum Stadt Leinefelde-Worbis (12 km Entfernung) an und im Westen liegt das Mittelzentrum mit der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt (16 km Entfernung).

Das Mittelzentrum mit Teilaufgaben eines Oberzentrums, die ehemalige freie Reichsstadt und heutige Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen ist ca. 20 km entfernt und liegt südlich zum Obereichsfeld.



## 2. Zentralörtliche Einstufung der Stadt Dingelstädt (Stand 31.12.2021)

Die Stadt Dingelstädt mit ihren fünf Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen erfüllt als starkes Grundzentrum in vielen Bereichen schon jetzt mittelzentrale Funktionen. Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Urologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- 4 Praxen für Allgemeinmedizin / teilweise mit 2 Mediziner je Praxis
- 5 Zahnarztpraxen
- 1 Tierarztpraxis
- 3 Heilpraktiker
- 6 Praxen für Physiotherapie
- Stadtbibliothek, Gemeindebibliotheken in Helmsdorf und Kreuzebra

- Heimatstuben in allen Ortschaften
- Freibad Stadt Dingelstädt
- Hallenbad Stadt Dingelstädt
- Kunstrasenplatz / Stadion
- Jugendclub Stadt Dingelstädt „Club D“
- 3D - Familienkino Stadt Dingelstädt
- 1 Jugendzimmer in Helmsdorf, 1 Jugendclub in Kreuzebra
- 2 Apotheken
- 1 kommunale Kindertageseinrichtung „BUMMI“
- 4 Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft
- 2 Kindertagesmuttereinrichtungen
- 1 Altenpflegezentrum
- 1 Einrichtung für Betreutes Wohnen „Caritativer Pflegedienst Eichsfeld gGmbH“
- Einrichtungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen (St. Klara Wohnheim, St. Joseph Kinder-und Jugendhaus)
- Seniorenbeirat
- 5 Freiwillige Feuerwehren
- 5 Friedhöfe
- 7 Sportplätze
- 13 Spielplätze
- 1 Hotel
- 8 Gasthäuser teilweise mit Ferienwohnungen
- mehrere Restaurants
- 4 Ladestationen für E-Autos,

die deutlich mehr als die Grundversorgung sichern. Mit der Fusion der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird dieses Angebot deutlich erweitert. Somit werden die Ansprüche an ein Mittelzentrum weiter manifestiert.

Die Stadt Dingelstädt mit ihren heute schon über 2.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist von jeher Wirtschaftsstandort im Obereichsfeld. Die Industriebetriebe, die mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe, die Landwirtschaftsbetriebe und der Handel stellen das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung der Stadt Dingelstädt und soll zukünftig mit den neu einzugliedernden Ortschaften weiter ausgebaut werden.

Die Neugliederung ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu betrachten. Sie trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im „Obereichsfeld“ bei.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen in der Ortschaft Dingelstädt. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger (auch aus den Ortsteilen der neu aufzunehmenden Gemeinden) in den zahlreichen Unternehmen der Stadt Dingelstädt tätig.

Die in den aufzunehmenden Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald vorhandenen Wirtschaftsstrukturen werden durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördern wird.

Einwohnerzahlen der Ortschaften / Ortsteile zum 31.12.2021 (Stand Einwohnermeldeamt):

Dingelstädt	4.510 EW
Helmsdorf	529 EW
Kefferhausen	746 EW
Kreuzebra	745 EW
Silberhausen	634 EW
Bickenriede	1.425 EW
Beberstedt	596 EW
Hüpstedt	1.575 EW
Zella	285 EW

**Gesamt: 11.045 EW**

### 3. Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Dingelstädt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So ist die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Anrode und die Gemeinde Dünwald an der B247 und über die Landstraßen (L1006, L1015, L2035, L2043) zu erreichen.

Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander. Die Autobahn A 38 ist ca. 12 km von der zentralen Ortschaft Dingelstädt entfernt.

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz der Stadt Dingelstädt, Ortschaft Dingelstädt:

- Beberstedt ca. 7 km
- Bickenriede ca. 8 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Hüpstedt ca. 11 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Zella ca. 5 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der bestehenden Ortschaften der Stadt Dingelstädt zum Verwaltungssitz in der Ortschaft Dingelstädt. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld einzubinden.

Weiterhin verfügt die Stadt Dingelstädt über einen Anschluss an den überregionalen Bahnverkehr Erfurt - Gotha - Leinefelde - Göttingen.



#### **4. Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasserleitungsverband (WLV) Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf.

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Weiterhin sind die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode Mitglieder in insgesamt drei Gewässerunterhaltungsverbänden. Dem Gewässerunterhaltungsverband „Obere Unstrut / Notter“, dem Gewässerunterhaltungsverband „Helme / Ohne / Wipper“ und dem Gewässerunterhaltungsverband „Leine / Frieda / Rosoppe“.

Weiterhin sind die vorgenannten Gemeinden Mitglieder im Altlastenzweckverband „Nord-/ Ostthüringen“.

Somit bestehen hier schon enge Verflechtungen. Lediglich eine Anpassung der Satzungen innerhalb der Zweckverbände wäre nach der Gemeindeneugliederung erforderlich.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V..

Eine weitere interkommunale Zusammenarbeit findet vor allem im Bereich Sport sowie Gesundheits- und Rehasport statt. So existiert seit 2021 eine Jugendspielgemeinschaft mit allen Fußballvereinen der Stadt Dingelstädt und dem Sportverein „VfL Hüpstedt e. V. 1982“ in Hüpstedt (Gemeinde Dünwald). Weiterhin existiert bereits seit 2017 eine Spielgemeinschaft zwischen der Ortschaft Kreuzebra (Stadt Dingelstädt) und dem Ortsteil Zella (Gemeinde Anrode).

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als 10 Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von Einwohnern der Gemeinde Anrode und Dünwald genutzt werden.

#### **5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften verfügt zukünftig über 8 Kindertagesstätten - bestehend aus einer kommunalen Einrichtung (in der Ortschaft Dingelstädt - 1 mit 158 Plätzen) und 7 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft (in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt - 2, Kefferhausen, Kreuzebra, Hüpstedt und Silberhausen) mit einer Gesamtkapazität von 629 Plätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft sind zurzeit nicht erkennbar. Ausreichend KITA - Plätze für Kleinkindbetreuung sind ebenfalls vorhanden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Dingelstädt Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Helmsdorf. Die Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede und Hüpstedt werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortschaften der Stadt Dingelstädt ausgebaut werden. Im Jugendförderplan des Landkreises Eichsfeld (Beschluss des Kreistages 2021) wurden bereits jetzt zusätzliche Personalkapazitäten für die Stadt Dingelstädt beschlossen, die im Laufe des Jahres 2022 aufgebaut werden sollen.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortschaften / Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt Dingelstädt auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 76 Vereine der Stadt Dingelstädt stehen in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 17 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 4 Schützenvereine
- 7 Kirmes & Handwerksvereine
- 3 Karnevalsvereine
- 7 Feuerwehrvereine & DRK
- 7 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 4 Gartenvereine
- 6 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 2 Heimatvereine
- 7 Senioren, Frauen & Familienvereine
- 4 Fördervereine

Die Ortschaften Bickenriede mit 19 Vereinen, Zella mit 5 Vereinen, Beberstedt mit 8 Vereinen und Hüpstedt mit 12 Vereinen sind schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften würde dann über 120 Vereine verfügen.

Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmesfesten, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Stadt- und Dorfgemeinschaften.

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Stadt Dingelstädt als auch in den einzugliedernden Ortsteilen und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

Das Familienzentrum „Kloster Kerbscher Berg“ ist bereits heute schon überregionaler Anlaufpunkt für die ganze Familie. Bei Spielkreisen, Kursangeboten und Themenabenden können sich Familien kennenlernen.

## **5.1. Feuerwehren**

Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis.

Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Es bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Anrode und Gemeinde Dünwald. Regelmäßige Wehrleitersitzungen und landkreisübergreifende Einsätze sind schon heute Realität.

Auch hier spielt der festgelegte Einsatz- und Verflechtungsbereich im Brandschutz und der allgemeinen Hilfeleistung eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren auch über Kreisgrenzen hinweg im Austausch stehen.

Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. So ist die Drehleiter der Stützpunktfeuerwehr Dingelstädt bereits seit 2018 für den Ausrückebereich bis hin zu den Ortschaften Hüpstedt und Zaunröden mit verantwortlich.

Die gute Zusammenarbeit wird durch die Kreisbrandinspektoren, den Stadtbrandmeistern und die jeweiligen Wehrführern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortschaften der Stadt Dingelstädt und den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist schon heute gelebte Praxis.

Die Feuerwehr des Ortsteils Zella ist bei Bundesauscheiden bereits sehr erfolgreich. Selbstverständlich soll diese Arbeit durch die Stadt Dingelstädt weiter besondere Unterstützung erfahren.

## **6. Schulstruktur - Aufgabe des Landkreises Eichsfeld (nur informativ)**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt bietet ihren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, an einer ortsnahen Schulbildung von der Grundschule bis zum Gymnasium teilzuhaben.

Weiterhin besteht die Möglichkeit in der "Franziskusschule" für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung zu absolvieren. Die Kinder und Jugendlichen mit Handicap werden hier individuell gefördert.

So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Bickenriede, Beberstedt und Hüpstedt das Gymnasium in der Ortschaft Dingelstädt, sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Zella die Grundschule in Dingelstädt. Durch die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld, werden die vorhandene Gesamtschule Hüpstedt sowie die Grund- und Regelschule Bickenriede in den bereits vorhandenen Schulring integriert, was weitere Synergien für Schüler und Lehrer ermöglicht. Die Stadt Dingelstädt verfügt schon jetzt über:

- 1 Grundschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und umliegenden Gemeinden
- 1 Regelschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und des Ortsteils Zella (Gemeinde Anrode, Unstrut – Hainich - Kreis)
- 1 Gymnasium - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt sowie weiteren 24 Orten des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises
- 1 Förderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in freier Trägerschaft

## **7. Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, suchen die Eichsfelder einen Zusammenhalt in einer staatlich verankerten und mit der Wahrnehmung übergemeindlicher kommunaler Aufgaben betrauten Struktur, die ihrer Wesensart entspricht. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrhunderte eignet sich hierfür am besten das Rechtsinstitut des Landkreises. Im Falle des Landkreises Eichsfeld scheint dieses zurückliegend ausgesprochen gut zu funktionieren. Das beweisen nicht nur die vergleichsweise hohen Wahlbeteiligungen als auch die sich in ihnen bestätigende personelle und inhaltliche Kontinuität. Hierauf gestützt konnte sich das Kreisgebiet aus der einstigen Zugehörigkeit zum „Armenhaus Preußens“ in die Spitzengruppe der thüringischen Städte und Landkreise emporarbeiten. Beredter Ausdruck hierfür sind die positiven Spitzenwerte in allen entscheidenden Parametern, wie Arbeitslosigkeit, Investitionsquoten, soziale Situation etc., — und dies bei einer kumulierten Schuldenfreiheit des Landkreises Eichsfeld mit freier positiver Liquidität.<sup>3</sup>

Wenn also die Vereinigung des Ober- und Untereichsfeldes auch gegenwärtig in einer einheitlichen staatlich-kommunalen Gliederung nicht zu erreichen ist, dann sollte dieses zumindest dafürsprechen, das thüringische Eichsfeld in seiner jetzigen Landkreisgliederung unangetastet zu belassen. Dieses ist sowohl in einem landsmannschaftlichen Sinne geboten, als auch von der wirtschaftlichen Verfasstheit des Landkreises her problemlos möglich. Damit würde die Geschichte auch im 3. Jahrhundert der bestehenden regionalen Teilung offengehalten. Alles andere würde unweigerlich zu regionalen Spannungen führen, die niemand wollen kann.<sup>3 & 66</sup>

Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreis Eichsfeld, brachte die historischen, traditionellen und landsmannschaftlichen Verbindungen folgendermaßen auf den Punkt: *"Im Zentrum steht dabei die katholische Prägung der eichsfeldischen Kultur. Vor dem Hintergrund ihrer jesuitischen geschichtlichen Begründung ist sie weitaus tiefer im Charakter von Landschaft und Menschen verankert, als dieses selbst von ihren kirchlichen Institutionen her vorgetragen wird.*

*Konfessionsübergreifend ist dieses Charakteristikum gleichermaßen den Eichsfeldern evangelischen Glaubensbekenntnisses eigen. Im Eichsfeld ist deshalb „katholisch“ nicht nur Ausdruck einer konfessionellen Kirchenzugehörigkeit, sondern Markenzeichen für die „landmannschaftliche“ Beziehung von Menschen zu der ihnen angestammten Umgebung. Die dem „Sächsischen Sorben-Gesetz“ vorangestellte Präambel ließe sich - in Analogie - ebenso auf das Eichsfeld übertragen.<sup>68</sup> Dass dieses auch der Thüringische Landesgesetzgeber bislang so gesehen hat, wird u. a. in seiner Feiertagsgesetzgebung deutlich, in welcher er den „Fronleichnamstag“ ausnahmsweise für das Eichsfeld als gesetzlichen Feiertag ermöglicht hat.<sup>69</sup> Die hierin enthaltene Referenz an die kulturelle Identität des Eichsfeldes darf nicht durch eine rein schematische Implementierung in rein dem Nützlichkeitsaspekt folgende neue Verwaltungsstrukturen infrage gestellt werden.“<sup>3</sup>*

### **Kurzdarstellung der jüngsten Geschichte**

Die jetzigen Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen sind seit dem 01. April 1991 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Dingelstädt gewesen. Hervorgegangen ist die Verwaltungsgemeinschaft aus einem 1975 gegründeten Gemeindeverband. Am 13. Dezember 2018 wurde durch den Thüringer Landtag das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden beschlossen. In dem Gesetz wurde geregelt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt zum 31. Dezember 2018 aufgelöst und ab dem 01. Januar 2019 die Stadt Dingelstädt gebildet wird. Dem Gesetz gingen die Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden voraus, die die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt und die Fusion zur Stadt Dingelstädt beinhalteten.

Die Gemeinde Dingelstädt, der am 14. Februar 1859 das Stadtrecht verliehen wurde, wird durch die Neugliederung mit den Ortschaften nun deutlich erweitert. Durch die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und die Bildung der Stadt Dingelstädt mit Ihren 5 Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen wurde eine neue Form der kommunalen Selbstverwaltung implementiert die "Landgemeinde".

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ zusammengefasst.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zaunröden entstand 1994 die Gemeinde Dünwald.

Die Stadt Dingelstädt gehört dem Landkreis Eichsfeld, die Gemeinden Anrode und Dünwald dem Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis an.

Mit dieser Antragstellung auf Beitritt der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt entsteht nun eine zukunftsorientierte und tragfähige Verwaltungsstruktur im Obereichsfeld. Zwischen den Mittelzentren Heilbad Heiligenstadt, Leinfelde-Worbis und Mühlhausen etabliert sich die Stadt Dingelstädt mit ihren nun neun Ortschaften als vierter mittelzentraler Bereich im Nordwesten Thüringens.

## 8. Religion

Für Hans-Georg Wehling stellt das Eichsfeld, „als ein geschlossenes katholisches Gebiet inmitten eines protestantischen Umfeldes, eine Besonderheit, eine Enklave, die sichtbar an Kirchen, Kapellen, Wegkreuzen, Klüsen, Wallfahrtsorten und Wallfahrten - das von dorthier, gerade im nichtkatholischen Umfeld, seine Identität und seinen Zusammenhalt ableite.“<sup>10</sup>

Infolge seiner bis zum Jahre 1802 währenden 800-jährigen Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und Erzbistum Mainz entwickelte sich das Eichsfeld im Zuge der Gegenreformation zu einer mehrheitlich katholisch-konfessionellen Insel im sächsisch-thüringischen Verschmelzungsraum in der Mitte Deutschlands.

Als eine solche „bildet sie auch heute noch ein nahezu geschlossenes katholisches Siedlungsgebiet mit eigenen Bräuchen, kulturellen Prägungen und Mentalitäten sowie mit eigenem Selbstverständnis inmitten einer sonst konfessionellen und weltanschaulichen Diaspora. Die Stärke der Bindekräfte vermochte es, die eigene kulturelle Prägung selbst unter dem Druck der totalitären Systeme der beiden letzten Jahrhunderte zu bewahren.“<sup>1</sup>

Bis heute ist dieses Territorium das einzige größere geschlossene katholische Gebiet Mitteldeutschlands und der einzige Landkreis in den neuen Bundesländern, der eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufweist.<sup>1</sup>

Besonders die katholische Kirche, zu der heute 72 % der Einwohner gehören, stellt die prägendste Kraft in dieser Kulturlandschaft dar. Mit ihrem festgefügtten Werte- und Nonnensystem bot die Kirche die primäre Orientierung im Alltag der Menschen. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten Frömmigkeit und Glaubenspraxis getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Institutionen, wie z. B. Pfarrhäuser, Schulen oder Vereine und Presseorgane, prägten Zeiterfahrung und Lebensstil von Kindern und Jugendlichen ebenso wie den von Erwachsenen bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup>

Die starke Prägung der Katholiken durch ihre je eigenen Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich in verschiedenen Bereichen aus, so im Wahlverhalten, im Brauchtum, in Feierformen, auf sozialem Gebiet usw.. In den beiden Diktaturen 1933 bis 1989 wurden diese Erfahrungen verstärkt durch eine Klerus- und gemeindezentrierte Kirche unter Wegfall des Vereinskatholizismus, sodass sich zahlreiche Eigen- und Besonderheiten länger im Obereichsfeld als anderenorts erhalten konnten.<sup>1</sup>

Eine solche allumfassende, relativ geschlossene katholische Lebenswelt wird häufig als **Milieu beschrieben, das konfessionell determiniert** ist, wobei der Begriff oft nur abgrenzend definiert, wer und was dazugehört.“<sup>14</sup>

Alle neun künftigen Ortsteile der Stadt Dingelstädt sind überwiegend katholischer Konfession. Die seelsorgerische Betreuung wird durch drei katholische Pfarreien organisiert.

Die katholische **Pfarrei St. Gertrud Dingelstädt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen gehören, die Pfarrei ist außerdem Sitz des Dekanats Dingelstädt.

Die katholische **Pfarrei St. Martin Hüpstedt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Beberstedt, Helmsdorf, Hüpstedt und Zella gehören, ist vor mehr als 70 Jahren durch das Bistum Erfurt dem Dekanat Dingelstädt zugeordnet worden.

Die katholische **Pfarrei St. Georg und Juliana Küllstedt**, zu der die Kirchgemeinden Bickenriede, Büttstedt, Küllstedt und Wachstedt gehören.

#### **Wallfahrtsstätten im Dekanat Dingelstädt / Stadt Dingelstädt**

Werdigeshäuser Kirche, Wallfahrtskirche St. Cyriakus

Wallfahrt zum Hochfest Dreifaltigkeit und zu St. Cyriakus (1. Sonntag im August)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Kefferhausen

Kleine Kirche, Wallfahrtskirche St. Marien

Wallfahrt zum Fest Mariä Geburt (um den 8. September)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Dingelstädt

Kirche St. Martin, Beberstedt

Wallfahrt zum Rosenkranzaltar mit Krautweihe am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt

Pfarrei St. Martin / Ortschaft Beberstedt

Die Wallfahrt Krautweih Beberstedt und die „Marienwallfahrt zur Maria im Busch“ in Dingelstädt sind auch überregional bekannt.

#### **Kirchliche oder caritative Einrichtungen in der Stadt Dingelstädt**

Klosterkirche Kerbscher Berg, Kirche St. Petrus Baptista und Gefährten mit Familienzentrum

Dingelstädt

Kefferhäuser Straße 24

37351 Stadt Dingelstädt

Alten- und Pflegezentrum "Haus Louise"

Dingelstädt

Birkunger Straße 9

37351 Stadt Dingelstädt

St. Joseph Kinder- und Jugendhaus

Raphaelsheim gGmbH / Heim für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung

Dingelstädt

Riethstieg 3

37351 Stadt Dingelstädt

St. Franziskus-Schule der Raphaelsheim gGmbH

Staatlich anerkannte katholische Förderschule für geistig Behinderte

Dingelstädt

Riethstieg 9  
37351 Stadt Dingelstädt

Zu der Evangelischen Pfarrei Dingelstädt, Bahnhofstraße 18, 37351 Stadt Dingelstädt mit der 150 Jahre alten Kirche St. Johannes-Apostel in Dingelstädt gehören die Ortschaften Dingelstädt und Helmsdorf mit eigenen Kirchengebäuden.

Die evangelische Gemeinde Anrode mit der Kirche St. Georg in Dörna gehört zum evangelischem Pfarramt Dörna Blaschke.

Es bestehen regelmäßige Kontakte und es gibt gemeinsame kirchliche / ökumenische Veranstaltungen der Kirchengemeinden.

Insgesamt sind drei katholische Pfarreien und zwei evangelische Pfarreien im Gemeindegebiet verortet.

### **8.1. Tourismus**

Das klare Bekenntnis der Stadt Dingelstädt zum Tourismus soll in Anspruch und Vision der Tourismusstrategie der Stadt weiter verankert werden:

Die Stadt Dingelstädt wird Ihren Tourismusverbund mit dem Eichsfeld und dem Freistaat Thüringen ausbauen! Entscheidend ist, die Qualität der Angebote und damit einhergehend die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen.

Innerhalb der Region kommt es künftig darauf an, das Tourismusbewusstsein auf allen Ebenen und damit die Anerkennung für die Leistungskraft und vielfältigen positiven Effekte der Branche zu stärken. Der Tourismus leistet wichtige Beiträge für die Regionalentwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt Dingelstädt, unserem Landkreis Eichsfeld und unserem Freistaat Thüringen. Er ist wichtiger Standortfaktor.

Ziel muss es sein, die Stadt Dingelstädt nicht nur als ein begehrtes Urlaubsziel, sondern auch als attraktiven Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eine Stadt Dingelstädt mit den dann 9 Ortschaften würde die Tourismusentwicklung weiter voranbringen und verstärken.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind bereits Mitglied im HVE. Eine wichtige Aufgabe des HVE Eichsfeld Touristik e. V. (HVE) ist die Heimat- und Kulturpflege. So unterstützt der HVE die Wanderwegewarte der Region oder begleitet Entwicklungen rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg „Leine-Werra“ oder dem Pilgerweg Loccum-Volkenroda.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des HVE ist die touristische Qualitätssicherung. Der Verband berät hinsichtlich von Qualitätssiegeln wie „Wanderbares Deutschland“ oder „Bett & Bike“ und führt selbst Sterne Klassifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes durch.



### 8.1.1 Radtourismus

Das sogenannte Dingelstädter Radwegekreuz am „Alten Dingelstädter Bahnhof“ ist gut ins Thüringer Radwegenetz eingebunden. Von hier aus können Fahrradfrende auf gut beschilderten Radwegen in alle Himmelsrichtungen fahren. Das Radwegekreuz ist zugleich der Beginn des einmaligen und beliebten Kanonenbahnradweges, der durch die Gemeinde Anrode bis zum Werratal-Radweg führt.

Radfahrer können ebenso von der Ortschaft Dingelstädt aus über Radwegeverbindungen zum Unstrut-Hahle-Radweg, Unstrut-Leine-Radweg und dem Unstrut Radweg gelangen. Eine touristische Anbindung des Klosters Anrode an das überregionale Radwegenetz ist bereits heute über den Kanonenbahnradweg vorhanden.

Eine Radwege-Anbindung an den Unstrut Radweg über Beberstedt streben wir ebenso an. Einheimische und auswärtige Radfreunde können so über einen verbindenden Weg einen Anschluss an das überregionale Radwegenetz erhalten. Außerdem ist entlang des Gleisbettes der ehemaligen Klein-Bahn Silberhausen - Hüpstedt mittelfristig ein Radweg als Verbindung zwischen Silberhausen über Beberstedt nach Hüpstedt geplant.

### 8.1.2 Wandertourismus:

#### Das Eichsfeld-Lied (1. & 2. Strophe)

*Bist du gewandert durch die Welt, auf jedem Weg und Pfade,  
Schlugst auf in Nord und Süd dein Zelt, an Alp und Meergestade:  
Hast du mein Eichsfeld nicht geseh'n mit seinen burggekrönten Höh'n  
Und kreuzfidelen Sassen, dein Rühmen magst du lassen!*

*Dort, wo die junge Leine fließt, die Unstrut wallt zu Tale,  
Der Hülfsenberg die Werra grüßt, der Ohmberg seine Hahle,  
Die Wipper flutet durch die Au, landauf, landab, welch feine Schau  
Auf Tal und Hügelketten und schmucke Siedelstätten!*

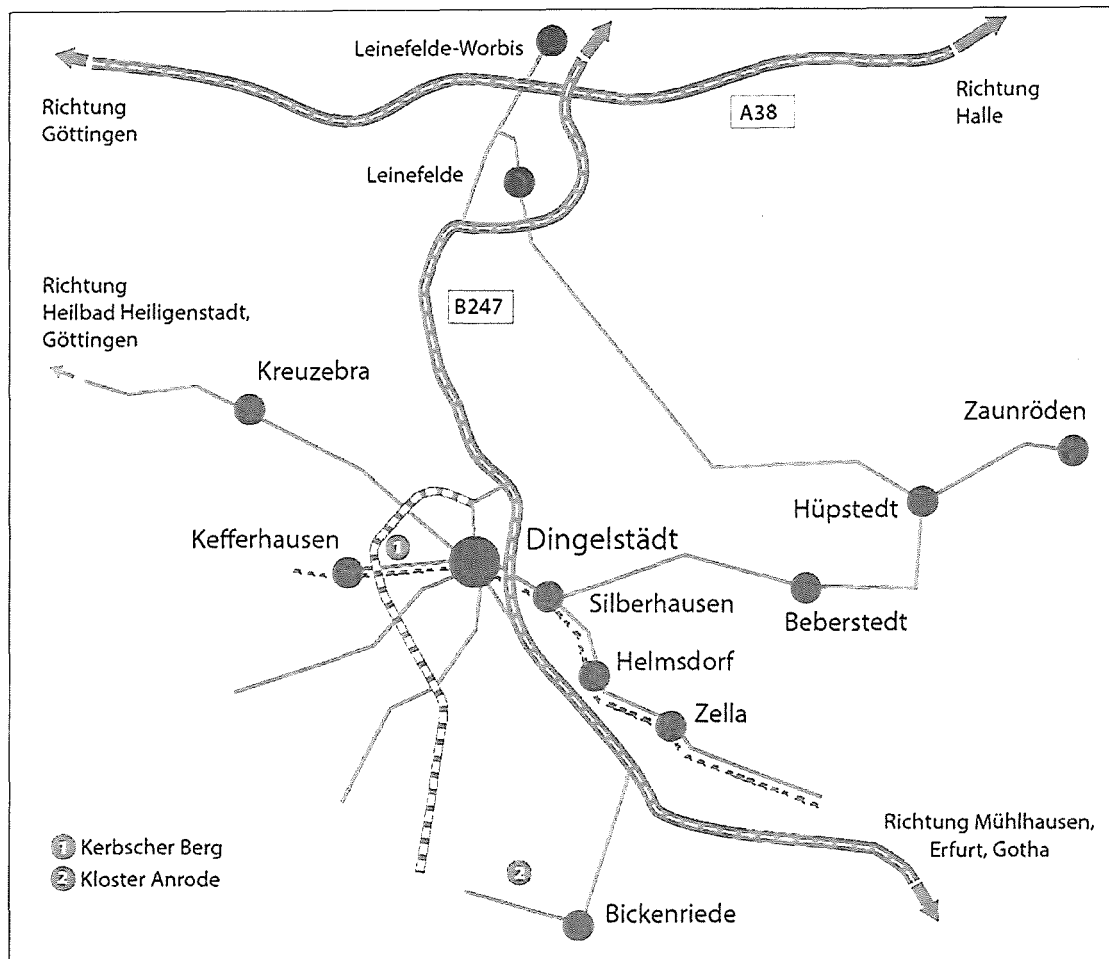
Die Eichsfeld Hymne wurde im Jahre 1902 von dem Priester Dr. Hermann Iseke, geboren am 09. März 1856 in Holungen, gestorben 1907 in Südafrika, geschrieben und beschreibt noch heute in prägnanter Weise unter anderem den Wandertourismus.

Im schönen Obereichsfeld braucht es nicht viel Zeit und Aufwand, um in die Natur zu gelangen. Auf ausgewiesenen Wanderwegen kann man schnell dem Alltag entkommen.

So bietet beispielsweise das etwa 515 m hohe Plateau „Hockelrain“ einen prächtigen Blick über unsere Ortschaften der Stadt Dingelstädt und lädt mit seinen Rastmöglichkeiten zum Verweilen ein.

Außerdem haben wir die Umsetzung und Vermarktung gemeinsamer Wanderrouen fest im Blick (z. B. TOP Wanderweg Scharfenstein). Fast täglich erreichen uns Anfragen von Gästen, die gern unsere Rad- und Wanderwege erkunden wollen und mehrtägige Besuche in unserer Region planen. Es lohnt sich, dieses Potenzial zu bündeln und auszubauen.

## 9. Landschaftliche und topographische Gegebenheiten



Mitten in Deutschland, im nordwestlichen Teil des Landes Thüringens, im Landkreis Eichsfeld liegt die Stadt Dingelstädt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 38, dicht an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen.

Die Stadt Dingelstädt liegt an der oberen Unstrut mit der Unstrutquelle in der Ortschaft Kefferhausen. Dingelstädt ist am westlichen Rand einer Mulde im oberen Unstruttal gelegen und wird umrahmt von den allmählich ansteigenden Höhen der mit Laubbäumen bewaldeten Muschelkalk-Hochfläche des oberen Eichsfelds.

Im Norden begrenzt der Höhenzug „Dün“ das Stadtgebiet. Die Stadt ist flächenmäßig (ca. 59 km<sup>2</sup>) und von der Einwohnerzahl (ca. 7.000 Einwohner) bereits jetzt die drittgrößte Gemeinde im Landkreis Eichsfeld. Durch die Fusion mit den Ortsteilen Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella würde die Stadt Dingelstädt sowohl von der Fläche, als auch von den Einwohnern um mehr als 40 % wachsen.

## 10. Bevölkerung und Flächenentwicklung

Der demographische Wandel ist, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, die große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung.

Die beantragenden Gemeinden (Stadt Dingelstädt, Gemeinde Anrode mit den Ortsteilen Bickenriede und Zella, Gemeinde Dünwald mit den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt) haben zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 11.045 Einwohnern und eine Gesamtfläche von ca. 107,44 km<sup>2</sup>.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 angestrebt.

Bezogen auf den beantragten Beitritt wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 vollumfänglich erfüllt und sogar deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Stadt Dingelstädt auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als sicher anzunehmen ist.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, werden seit 2018 Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum entwickelt, geplant und seit 2021 umgesetzt.

So werden zurzeit ca. 100 Baugrundstücke neu ausgewiesen. Gleiches soll selbstverständlich auch für die zukünftigen Ortschaften gelten. Hier gibt es bereits in den Ortschaften Beberstedt und Bickenriede konkrete Vorplanungen.

Die Stadt Dingelstädt nimmt seit diesem Jahr an der Dorferneuerung für die Ortschaften Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen teil. Ziel ist es auch die Kerne der einzelnen Ortschaften aufzuwerten. Parallel dazu schaffen wir derzeit Voraussetzungen zur Nutzung und Revitalisierung vorhandener Gewerbeflächen.

## **11. Finanzielle Situationen der beteiligten Gemeinden**

Die Haushaltssituationen in den Gemeinden Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituation der Stadt Dingelstädt stellt sich hingegen als verhalten positiv dar. Die Stadt Dingelstädt weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 226 € auf (Stand 31.12.2021). Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen.

Die Stadt Dingelstädt hat im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2021 ein Volumen von 4.655.400 € und in 2022 in Höhe von 5.238.400 € vorgesehen.

Die Rücklage der Stadt Dingelstädt beträgt 1.341.000,00 € (Stand 31.12.2021). Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der neuen Stadt Dingelstädt als ausgeglichen einzustufen. Die Verschuldung der Stadt Dingelstädt wird dann allerdings deutlich ansteigen.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich anwachsen, diese liegt dann mit ca. 355 €/Einwohner deutlich

über der bisherigen pro Kopfverschuldung der Stadt Dingelstädt. (ca. 40 % höhere pro Kopfverschuldung).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Stadt Dingelstädt:	1.382.213,32 €
Bickenriede, Zella (Gemeinde Anrode) und Beberstedt, Hüpstedt (Gemeinde Dünwald)	2.531.101,08 €

<b>Gesamtschulden zum 01.01.2023</b>	<b>3.913.314,40 €</b>
--------------------------------------	-----------------------

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand in gewissem Umfang abzufedern.

Der erhebliche Sanierungsstau in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella kann aber nur bedingt abgefedert werden. Besonders die Revitalisierung der Klosteranlage Anrode wird in den kommenden Jahren zur großen finanziellen Herausforderung für die Stadt Dingelstädt werden.

Mit der Gemeindeneugliederung kommen die Gemeinden Anrode und Dünwald aus ihrer finanziellen Notlage der Haushaltsicherung.

Mit dem Beitritt der zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird für diese Ortschaften eine stabile Haushaltslage erreicht. Die dauernde Leistungsfähigkeit wird gewährleistet und somit sind auch wieder Investitionen in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella möglich.

Die Stadt Dingelstädt wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung nach und nach abzubauen und gleichzeitig ein gewisses Maß an Investitionen in allen neun Ortschaften zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird durchschnittlich auf ca. 650 € / Einwohner prognostiziert. Zurzeit beträgt die Steuereinnahmekraft ca. 770 € / Einwohner.

## **12. Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösung der Gemeinden Anrode und Dünwald und die Zuordnung zu den Städten Mühlhausen und Dingelstädt sowie der Gemeinde Unstruttal führen zu einer neuen Kreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die neuen Gemarkungsgrenzen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Unstruttal wurden in den Koordinationsrechtlichen Verträgen Flurstücks

genau festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemarkungsgrenzen auch die neue Landkreisgrenze abbilden könnten.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte – insbesondere die Städte Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis, die Gemeinde Unstruttal aber auch die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch den Beitritt der Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert.

Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) und der Gemeinde Unstruttal verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Entwicklung.

Weiterhin lässt die Fusion der Stadt Dingelstädt die Möglichkeit offen, sich als Mittelzentrum zwischen den oben genannten Städten zu etablieren.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Stadt Dingelstädt auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **13. Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Die in diesem Antrag vorgetragenen Argumente und Beispiele zeigen, dass man – wenn zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden – Schwierigkeiten überwinden und Aufgaben lösen kann und somit eine „gedeihliche Entwicklung“ des Gemeinwesens erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Ortschaft ihre Seele hat und sich im Gesamtgefüge wiederfinden muss.

Mit den unterzeichneten koordinationsrechtlichen Verträgen und den Fusionsverträgen greifen alle kommunalpolitischen Verantwortungsträger die Geschichte ihrer Region in gleicher Weise auf und führen das Erbe unserer Vorfahren nicht nur im Obereichsfeld zusammen.

Mit Gründung der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ am 01. Dezember 2019 bestehend aus den Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen wurde ein neuer Weg gegangen. Es galt und gilt leistungsfähige Strukturen aufzubauen!

Unter dem Motto: Stärkere Gemeinden = größere Chancen

In der Rückschau kann bestätigt werden, dass dies vollumfänglich gelungen ist. In der zukünftigen Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften wird es um so wichtiger, Vertrauen aufzubauen.

Hier sind alle kommunalpolitischen Akteure gefordert. Es wird Diskussionen geben über den Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben, denn es sind demokratische Institutionen. Dennoch sollte berücksichtigt werden: Jedes positiv erlebte Beispiel einer Bürgerin oder eines Bürgers in der Praxis kann mehr bewirken als alle noch so vielversprechenden theoretischen Ausführungen.

Darum geht es in der neuen Landgemeinde mit dem Namen „Stadt Dingelstädt“ mit ihren dann 9 Ortschaften: Vertrauen schaffen unter den Mandatsträgern, Vertrauen zwischen Bürgermeister, Rat und Verwaltung und vor allem: Vertrauen der Bürgerschaft zu uns.

Was ist weiterhin zu tun? Vieles ist vorgegeben in den Fusionsverträgen. Die Fusionsverträge sind Dokumente der Vernunft, sorgfältig ausgewogen unter dem Motto: „Gleiche unter Gleichen“. Sie sind gewissermaßen eines der beiden Standbeine, auf denen sich nun alle zukünftig 9 Ortschaften auf den Weg begeben. Das andere Standbein ist schlicht und einfach das Gesetz, die Gemeindeordnung.

### **Verwaltung:**

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit.

Überörtliche Maßstäbe, unter anderem die Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung, werden zunächst nicht berührt. Welche Auswirkungen die Gemeindefusion auf den LEP 2025 haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen und ist nicht Bestandteil dieses Antrages.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger in dem Sinne, dass zukünftig Leistungen angeboten werden, zu denen die Gemeinden Anrode und Dünwald vorher nicht in der Lage waren (u. a. Standesamt).

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Stadt Dingelstädt befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Verwaltungen, Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Dingelstädt gesichert werden kann. Weiterhin ermöglicht die Eingliederung eine verbesserte Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche deutlich über die eines Grundzentrums hinausgeht.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

## **14. Bürgerbeteiligung**

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Anrode, Dünwald und der Stadt Dingelstädt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortschaftsratssitzungen, Treffen auf Vereinsebene, Treffen der Feuerwehren, in den Kirchengemeinden sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich der möglichen Gemeindefusion und des Wechsels in den Landkreis Eichsfeld aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Anrode und auch der Gemeinde Dünwald durch die jeweiligen Amtsblätter und der Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung (per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr) in allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein klares Votum ergeben haben. Bei einer Wahlbeteiligung von 89 % haben sich in den Ortsteilen Bickenriede (81,12 %) und Zella (85,50 %) in der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt (81,96 %) und Hüpstedt (54,51 %) in der Gemeinde Dünwald die Bürgerinnen und Bürger für den Wechsel in den Landkreis Eichsfeld und den Beitritt zur Stadt Dingelstädt entschieden.

### **Fazit:**

Die vorgetragenen Verweise stellen nur einen Ausschnitt eines durchgängigen Wunsches der Eichsfelder im Verlauf der letzten 200 Jahre dar, bei einer sich bietenden Gelegenheit wieder in einer staatlich-kommunalen Rechtsform zusammenkommen zu wollen. Realistisch und wünschenswert wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald und Anrode im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Verträge geschlossen, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis-Eichsfeld und der Stadt Dingelstädt sehen.<sup>3 & Aktualisierung</sup>

---

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Bürgermeister der Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022

## Quellenverzeichnis:

- 1 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 4 ff.
  - 2 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 10, 11
  - 3 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 5,6,15,16 ff.
  - 9 Müller, Johannes: Das Eichsfeld. Maschinengeschriebenes Manuskript Eichsfelder Heimatmuseum Heiligenstadt
  - 10 Wehling, Hans-Georg: Das katholische Milieu im Eichsfeld. In: Das Eichsfeld - Ein deutscher Grenzraum. Du- derstadt 2002.
  - 11 Riese, Werner: Das Eichsfeld. Entwicklungsprobleme einer Landschaft Heidelberg 1980.
  - 12 Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973.
  - 13 Behrens, Petra: Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regional kulturelle Aktivitäten und Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961. Baden-Baden 2012.
  - 14 Müller, Torsten: Mitteilung vom 10.12.2016.
  - 41 Hussong, Ulrich, Die Einteilung des Eichsfeldes in Landkreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Eichsfeld-Jahrbuch 7 (1999), S.185 ff.
  - 66 Verfahren beim Bundeslandwechsel von Landkreisen/Kommunen, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Deutscher Bundestag 2016, WD 3 - 3000 - 057/16.
  - 67 Vgl. Fußnote 20.
  - 68 "Präambel"
- In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, das in der Nieder- und Oberlausitz seine angestammte Heimat hat und seine Sprache und Kultur bis in die heutige Zeit bewahrt hat, seine Identität auch in Zukunft zu erhalten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sorben außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland keinen Mutterstaat haben, der sich ihnen verpflichtet fühlt und Sorge für den Schutz und die Bewahrung ihrer Sprache, Kultur und Überlieferung trägt, im Bewusstsein, dass der Schutz, die Pflege und Entwicklung der sorbischen Werte sowie die Erhaltung und Stärkung des sorbisch-deutschen Charakters der Lausitz im Interesse des Freistaates Sachsen liegen, in Erkenntnis, dass das Recht auf die nationale und ethnische Identität sowie die Gewährung der Gesamtheit der Volksgruppen- und Minderheitenrechte keine Gabe und kein Privileg, sondern Teil der universellen Menschen- und Freiheitsrechte sind, in Erfüllung der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, unter Berufen auf Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 35 des Einigungsvertrages, ergänzt um die Protokollnotiz Nummer 14, und die Verfassung des Freistaates Sachsen beschließt der Sächsische Landtag, ausgehend von Artikel 6 der Sächsischen Verfassung, das nachstehende Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz - SächsSorbG)."
- 69 Vgl. Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz (ThürFGtG) vom 21. Dezember 1994



### Antragsunterzeichnung:

Bürgermeister Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeister Gemeinde Anrode  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald  
Dingelstädt, den 08.02.2022



### Anlagen:

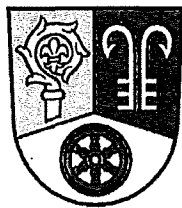
- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag

# Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden

Anrode



Dünwald



Menteroda



Unstruttal





Ammern

Dachrieden

Eigenrode

Horsmar

Kalsershagen

Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal OT Ammern

Der Bürgermeister

Thüringer Ministerium für  
Inneres und Kommunales  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt  
Über:  
Thüringer Landesverwaltungsamt,  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

Zur Kenntnis an:  
Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum

28.01.2022

## Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda beantragen zum 01.01.2023 ihre Auflösung und gemeinsam mit der Gemeinde Unstruttal die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Dörna (Anrode)
- Lengefeld (Anrode)
- Zauröden (Dünwald)
- Kleinkeula (Menteroda)
- Menteroda (Menteroda)
- Sollstedt (Menteroda)
- Urbach (Menteroda)

in die Gemeinde Unstruttal.

Gleichzeitig wird beantragt, dass der § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode,

## Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

## Zentrale:

03801 / 88826 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Dünwald und Menteroda bestehenden o.g. Ortsteilen mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Gemeinde Unstruttal übergeleitet werden sollen.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Gemeinde Unstruttal" fort.

Ferner wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen. Die Neugliederungsprämie nach § 2 ThürGFfG setzt sich aus dem festgelegten gesetzlichen Betrag von 200 €/ Einwohner der an einer freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinden zusammen. Strukturbegleithilfen werden nach § 3 ThürGFfG sowie die besonderen Entschuldungshilfen nach § 4 ThürGFfG ebenfalls beantragt. Zugleich wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zu Rückzahlungen von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Weiterhin wird beantragt, in das Gemeindeneugliederungsgesetz eine gesetzliche Regelung aufzunehmen, den Gemeinderat der Gemeinde Unstruttal für die gesetzliche Amtszeit des Gemeinderates entsprechend zu erweitern. Die Stadt Dingelstädt soll Rechtsnachfolger der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald werden.

Dem Antrag sind beigelegt:

- o Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
  - o Gemeinde Anrode → 17-126-2022 sowie 13-91-2021
  - o Gemeinde Dünwald → 241-22/22 sowie 224-20/21
  - o Gemeinde Menteroda → 95-2/22
  - o Gemeinde Unstruttal → 10-141-2022, 10-142-2022, 10-143-2022
- o Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- o Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- o öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- o Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- o Koordinationsrechtliche Verträge

### **Begründung:**

*Die finanziellen Situationen, die technischen, fachlichen und gesetzlichen Voraussetzungen der Gemeinden aber vor allem das öffentliche Wohl für unsere Bürgerinnen und Bürgern müssen an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden.*

*Eine Gemeindevergrößerung würde für alle eine planbarere Zukunft bedeuten. Die einzugliedernden Gemeinden mit ihren entsprechenden Ortsteilen sollen in einer politischen Gleichberechtigung weitergeführt werden, sodass vor allem das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl dadurch gestärkt und finanzielle Herausforderungen zum Wohle der Gemeinde sowie der Bürgerinnen und Bürger gemeistert werden können.*

*Das Ziel soll eine zukunftsichere Gemeinde sein!*

**Sprechzeiten:**

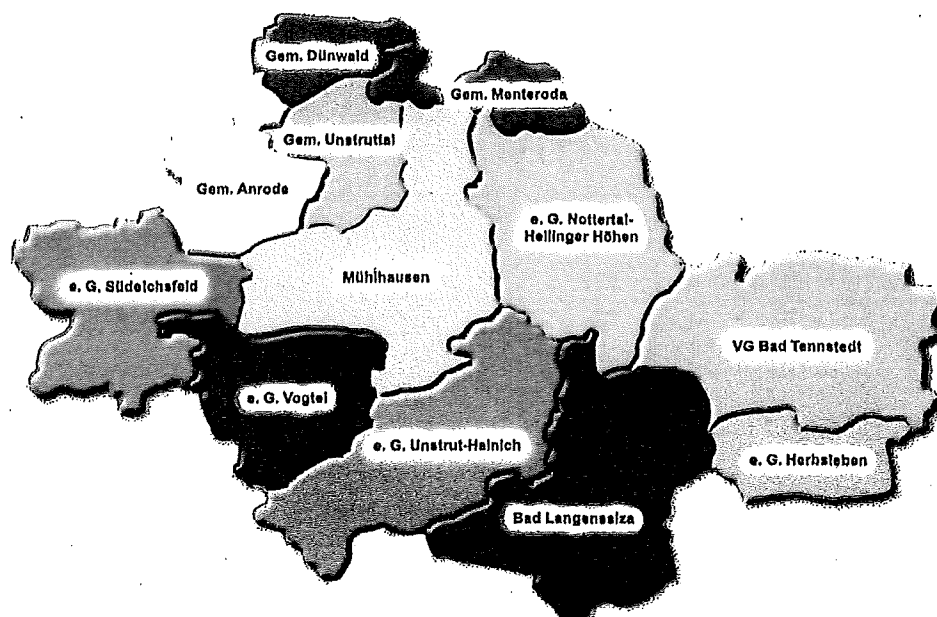
Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88628 61
<b>E-Mail:</b>
Info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Grundlage zur Erreichung dieser Ziele sind die vorhandenen Strukturen, die sowohl die einzugliedernden Gemeinden als auch die aufnehmende Gemeinde verbinden. Sie bilden die Grundlage und sollen beispielhaft dargestellt werden.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen des Beschlusses des Thüringer Landtages vom 13.12.2017 unter Berücksichtigung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017.

### Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen



<https://www.unstrut-hainich-kreis.de/index.php/staedte-und-gemeinden>

Bezugnehmend auf die bildhafte Darstellung befinden sich die Gemeinden (mit den einzugliedernden Ortsteilen) geografisch angrenzend an die Gemeinde Unstruttal. Sie gliedern sich entlang der bestehenden Landkreisgrenze zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis. Insbesondere durch die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengfeld wird eine Gemeindestruktur entlang des historischen „Mühlhäuser Landgrabens“ geschaffen.

Die neuzugliedernde Gemeinde Unstruttal bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Landgemeinden Nottertal-Heilingen Höhen und Südeichsfeld sowie der Stadt Mühlhausen/ Thüringen.

Infrastrukturmäßig sind die Gemeinde Unstruttal mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteile durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So befinden sich die Gemeinden Unstruttal und Anrode an der B247 und über die Landstraßen (L2038, L2041/ L2096, L1015/ L1016) sind die Gemeinden Unstruttal, Menteroda und Zaunröden zu erreichen. Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile zueinander. Diese werden hier nicht explizit aufgeführt.

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz nach Ammern:

- Dörna ca. 9 km
- Lengefeld ca. 6 km
- Zaunröden ca. 14 km
- Kleinkeula ca. 12 km
- Menteroda ca. 14 km (Außenstelle Menteroda bleibt erhalten)
- Sollstedt ca. 11 km
- Urbach ca. 18 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der Ortsteile der Gemeinde Unstruttal zum Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern. Eine Bushaltestelle existiert bereits vor dem Verwaltungssitz. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile an die ÖPNV-Struktur noch besser anzugliedern.

Nach Aussage des Landrates des Unstrut-Hainich-Kreises wird eine umfassende Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel erfolgen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen beispielsweise zur Verfügung:

- niedergelassene Ärzte (Allgemeinmediziner, Zahn- und Tierärzte),
- Physiotherapien,
- Banken,
- Apotheke,
- Seniorenheim,
- Bibliothek,
- mehrere große Einkaufsmöglichkeiten,
- Pensionen und gastronomische Einrichtungen,
- Baumarkt,
- Postfilialen,
- Tankstellen,

welche die Grundversorgung sichern.

Die Ortsteile Ammern und Lengefeld sowie Menteroda haben insgesamt eine Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen mit einer Gesamtfläche von 49,89 ha in den Ortsteilen Ammern und Menteroda. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze, welche die Pendlerbewegung von den künftigen Ortsteilen bestärkt. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger in den ortsansässigen Unternehmen tätig.

Vorrangig finden wir in den Gewerbegebieten der Ortsteile mittelständische sowie handwerklich geführte Unternehmen.

Die meist traditionell familiengeführten Unternehmen sind Stützpfeiler der ländlichen Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Stabilität der Gemeinden. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den neuinzugliedernden Ortsteilen.

Aus diesem Grund ist eine Neugliederung aus wirtschaftlicher Sicht positiv anzusehen. Dies trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die in den bisherigen Gemeinden überwiegend vorhandenen ländlich kleingliedrigen Strukturen werden durch eine Eingemeindung in die Gemeinde Unstruttal langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördert.

Einwohnerzahlen der Ortsteile zum 31.12.2021:

Ammern:	1244
Dachrieden:	278
Dörna:	350
Eigenrode:	247
Horsmar:	496
Kaisershagen:	371
Kleinkeula:	93
Lengefeld:	800
Menteroda:	1440
Reiser:	384
Sollstedt:	121
Urbach:	286
Zaunröden:	76

Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zaunröden haben in einer Bürgerbefragung mit großer Mehrheit (mehr als 80 %) für eine Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal und damit dem Verbleib im Unstrut-Hainich-Kreis votiert. Durch die Eingemeindung der Gemeinde Menteroda wird die räumliche Verbindung des Ortsteils Zaunröden mit der ursprünglichen Gemeinde Unstruttal begründet und dem geäußerten Willen der Einwohner Zaunrödens Geltung verschafft.

### **Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Abwasser- und Trinkwasserversorgung der einzelnen Gemeinden wird abgesichert durch die Zweckverbände Obereichsfeld (WAZ) und Ost-Obereichsfeld, Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal, Abwasserversorgung Mühlhausen und Umland, der Trink- und Abwasserversorgung Notter sowie der Gewässerunterhaltungsverbände.

Daraus resultierend müssen die Stimmenanteile innerhalb der Verbände nach Neugliederung angepasst werden. Folglich ist dies ein verhältnismäßig geringer Verwaltungsaufwand.

Die dadurch entstehenden Synergieeffekte ermöglichen eine weitere Transparenz des Verwaltungshandelns innerhalb der Verbände.

### **Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Für die Lebensqualität bildet die zukünftige Kindertagesstätten-Struktur mit 5 Kindertagesstätten - bestehend aus kommunalen Einrichtungen und freien Trägern - mit einer Gesamtkapazität von 364 zu betreuenden Kindern eine zukunftsorientierte

Perspektive, vorrangig für junge Familien. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine sehr gute Belegung aus. Dies zeugt von einer hohen Qualität des pädagogischen Personals.

Weiterführend bietet das jetzige und auch zukünftige Unstruttal seinen jungen Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit an einer ortsnahe Schulbildung von der Grundschule bis zur weiterführenden Regelschule. So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Lengefeld und Dörna die Grundschule im Ortsteil Ammern. Durch die Gemeinschaftsschule Menteroda ergeben sich neue Synergieeffekte, wie zum Beispiel gemeinsam gestaltete Schulprojekte um positive Wirkungen durch Kommunikation und Kooperation entstehen lassen zu können.

Darüber hinaus sind für die kommunale Daseinsvorsorge in den Ortsteilen Jugendclubs/ Jugendtreffs vorhanden, welche die Gemeinde Unstruttal nach Neugliederung auch weiterhin erhalten und unterstützen werde. Damit soll zukünftig auch zum sozialen Wohlbefinden der Jugend in den Gemeinden beigetragen werden.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Sie sind eine der Grundlagen, die ein ländliches Gemeinschaftsleben prägen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Gemeinde Unstruttal auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die Gemeindestrukturen weisen in allen Ortsteilen auch Friedhofsflächen aus.

Dies gilt insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind. Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Die jetzige Gemeinde Unstruttal kann eine sehr gute Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde vorweisen, ebenso wie mit den einzugliedernden Ortsteilen. Auch hier spielt der festgelegte Kreisbrandmeisterbereich des Unstrut-Hainich-Kreises eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren bereits jetzt schon im kommunikativen Austausch stehen. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Die gute Zusammenarbeit wird durch den Kreisbrandinspektor und den jeweiligen Ortsbrandmeistern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch schlagkräftiger machen. Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran.

Im Ortsteil Ammern befindet sich ein Seniorenheim und ein weiteres ist in Menteroda vorgesehen.

Eine Zusammenarbeit der Gemeinde Unstruttal und Menteroda findet schon im Bereich der Bauhöfe durch eine gegenseitige Techniknutzung (Radlader, Traktor, Maschinen) im gegenseitigen Einvernehmen statt. Mit der Gemeindeneugliederung können diese Synergieeffekte noch verstärkt und die Aufgabenerfüllung effizienter gestaltet werden.

Auch im Verwaltungsbereich existiert bereits eine enge Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf den fachlichen Erfahrungsaustausch mit den anderen Gemeinden. Personelle Hilfen bei der Bewältigung der Verwaltungstätigkeiten haben sich schon etabliert.



Kernpunkte dieser guten Zusammenarbeit bilden die Kenntnisse der einzelnen Verwaltungsabläufe in den Ortsteilen.

### **Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

1995 wurde der Weg der sechs Gemeinden, bestehend aus den jetzigen Ortsteilen Ammern, Dachrieden, Eigenrode, Horsmar, Kaisershagen und Reiser zu einem gemeinschaftlichen Zusammenschluss als "Gemeinde Unstruttal" geebnet.

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ etabliert.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zauröden entstand 1994 die Neubildung der Gemeinde Dünwald.

Die Einheitsgemeinde Menteroda wurde 1996 aus den Mitgliedsgemeinden Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt und Urbach gegründet. Die zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft befindliche Gemeinde Obermehler schloss sich der Fusion zum 01.08.1996 nicht an. Die Stadt Schlotheim wurde für diese die erfüllende Gemeinde.

Alle oben genannten Gemeinden gehören derzeit zum Unstrut-Hainich-Kreis.

Bezugnehmend auf diese Antragsstellung auf Neugliederung der Gemeinde Unstruttal entsteht ein Geflecht aus zukunftsorientierten Strukturen innerhalb des Verwaltungshandels als auch zum Wohle der in dieser Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger. Anhand der historischen Darstellung der Gemeindezusammenschlüsse der Vergangenheit lässt sich erkennen, dass die Zielvorstellung zu einer fließenden Gesamteinheit in allen Gemeinden angestrebt wird. Die jetzige Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile können durch die Neugliederung an dieser Gemeinsamkeit zukunftsicher anknüpfen.

Alle künftigen Ortsteile sind überwiegend evangelischer Konfession und die seelsorgerische Betreuung wird durch die Pfarrbereiche organisiert. Die evangelischen Gemeinden der Ortsteile Dörna, Lengefeld, Horsmar und Dachrieden bilden bereits heute einen gemeinsamen Pfarrbereich.

Die gute Zusammenarbeit der Feuerwehren wurde bereits aufgeführt. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation erfolgt bereits.

Die Vereine stehen in den einzelnen Ortsteilen allen Bürgerinnen und Bürgern zur freien Wahl offen. Hier stehen zum Beispiel der Tischtennis-, der Volleyball-, der Kegel-, der Fußball-, Schützen-, Heimat- und Bergmannsvereine sowie die Chöre zur Auswahl. Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise in gemeindeübergreifenden Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmes, Fest der Vereine, Feuerwehr-, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Dorfgemeinschaften.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
<a href="mailto:info@gemeinde-unstruttal.de">info@gemeinde-unstruttal.de</a>
<b>Homepage:</b>
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

Das Vereinsleben wird finanziell durch die Vereinsförderung der Gemeinden unterstützt. Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den einzugliedernden Ortsteilen.

### **Bevölkerung und Flächenentwicklung**

Der demografische Wandel ist prägend, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, als Grundlage für alle Bereiche der ländlichen Gemeindeentwicklung. Die beantragenden Gemeinden sowie Ortsteile haben zum 31.12.2021 einen Einwohnerstand von 6.186 Einwohnern und eine Gesamtfläche von 100,47 km<sup>2</sup>. Das bedeutet, dass die Gemeinde Unstruttal auch im Vergleich zur Fläche anderer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Städte in Thüringen eine überschaubare, realistische und sinnvolle Größe erhält.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohner angestrebt. Bezogen auf die beantragte Fusion wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 geringfügig die 6.000er-Marke unterschreiten. Nach eingehender Analyse in Vorbereitung der Fusion hat die geringfügige Unterschreitung keine großen Auswirkungen auf die zielorientierte Entwicklung der Gemeinde Unstruttal, zumal eingeschätzt wird, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation/ Entwicklung der Gemeinde auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als gesichert gilt.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, sind Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum inner- und außerorts zu entwickeln. Gleichzeitig müssen Voraussetzungen zur Schaffung und Nutzung von Gewerbefläche, die ein Garant für zukünftige Arbeitsplätze darstellen, angestrebt werden. Die räumliche Nähe zur benachbarten Stadt Mühlhausen lässt diese positive Entwicklung erwarten.

### **Finanzielle Situationen**

Die Haushaltssituationen in Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituationen der Gemeinden Unstruttal und Menteroda stellen sich hingegen als äußerst positiv dar; sowohl die vergangenen als auch die künftigen Jahre sind selbst mit vorsichtiger Planung als gut zu bewerten.

Die Gemeinde Unstruttal weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 148 € auf und gehört damit zu einer der niedrigsten im Freistaat. Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass alle Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2025 getilgt werden sollten und die Gemeinde Unstruttal sodann schuldenfrei wäre.

Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben im Haushaltsjahr 2021 und 2022 im Vermögenshaushalt insgesamt ein Volumen von 2.485.000 €.

Die Gemeinde Menteroda ist schuldenfrei und weist eine mehr als solide Rücklage auf.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der vergrößerten Gemeinde Unstruttal als positiv zu bewerten.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung zwar kurzzeitig auf ca. 180 € anwachsen, diese liegt aber immer noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt i. H. v. 664 € (Stand 31.12.2020).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Rücklagen zum 31.12.2021:

Unstruttal	1.888.000 €
Menteroda	1.107.000 €
Dörna/Lengefeld	0,00 €
Zaunröden	0,00 €

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Unstruttal:	315.000 €
Menteroda:	0,00 €
Dörna/Lengefeld (anteilig)	743.700 €
Zaunröden (anteilig)	49.900 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand abzufedern.

Mit der Fusion wird eine stabile Haushaltslage erreicht, welche die dauernde Leistungsfähigkeit der zukünftigen Gemeinde gewährleistet und auch zukünftig Investitionen in den Ortsteilen zulassen wird. Die Gemeinde wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung zeitnah ebenfalls abzubauen und gleichzeitig ein hohes Maß an Investitionen in den Ortsteilen zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird sich auf ca. 729 € pro EW belaufen. Im Unstrut-Hainich-Kreis beträgt die Steuereinnahmekraft 697 € pro EW (Stand 31.12.2020).

### **Derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung**

In allen Ortsteilen der vier Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) ist jeweils eine Ortsteilverfassung vorhanden. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen Bestand haben. Da sich dies in den jetzigen Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal bewährt hat, soll auch zukünftig ein ausgewogenes Gleichgewicht zu allen Ortsteilen der Gemeinde Unstruttal entstehen. Die daraus resultierende Stärke der jeweiligen Ortsteile als auch des ländlichen Raums sind Ziele dieses Umsetzungsprozesses.

### **Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösungen der Gemeinden Anrode und Dünwald führen zur Verlagerung der Kreisgrenze zum Eichsfeldkreis als auch der territorialen Grenzen zur Stadt Mühlhausen.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:  
03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Die beabsichtigte Neugliederung der Gemeinde Unstruttal sorgt zukünftig für eine „stabile“ Kreisgrenze insbesondere zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis, weitere kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen insbesondere in den Eichsfeldkreis sind mittel- und längerfristig nicht mehr zu erwarten. Die Fusion führt damit auch zu längerfristigen Stabilisierungen des Kreisgebietes des Unstrut-Hainich-Kreises.

Die umliegenden Gemeinden und Zentralen Orte – insbesondere die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert. Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Stärkung.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Gemeinde Unstruttal auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Grundsätzlich sollen durch die freiwilligen Neugliederungen in Thüringen Gemeinden in ihren Strukturen gestärkt werden, um langfristig Herausforderungen des demografischen als auch wirtschaftlichen Wandels im ländlichen Raum positiv entgegenzustehen, Verwaltungen handlungsfähiger zu machen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine Chance einer hohen Lebensqualität bieten. Diese Aspekte sieht das Land Thüringen in seinen Leitlinien für ein zukunftssicheres Thüringen vor.

Gemeinden mit ihren Ortsteilen sind Orte des Wohnens und des Lebens. Die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger verbringen ihre Freizeit, nutzen sportliche sowie kulturelle Angebote und knüpfen ihre sozialen Kontakte.

Die im Antrag dargestellten Positionen, welche die Gemeinden mit ihren Ortsteilen verbinden, werden durch die Fusion gestärkt und können ausgebaut werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Gemeinde Unstruttal befindlichen Ortsteilen identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden. Durch eine Vereinheitlichung und eine transparentere Vereinsförderung können die dazugewonnenen Vereine in das bestehende Vereinsleben der Gemeinde Unstruttal integriert werden. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte beeinflussen das Wir-Gefühl der zukünftigen Gemeinde Unstruttal positiv.

Die Neugliederung ermöglicht, dass vorhandene Wissen und die Erfahrungen der einzelnen Gemeindeverwaltungen im Hinblick auf die Gewinnung von Gewerbeansiedlungen und Erweiterung des Wohnungsbaus zu Bündeln. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Fusion, der zu einer zukunftsorientierten Verbesserung des ländlichen Lebens für unsere Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Damit kann dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
<a href="mailto:Info@gemeinde-unstruttal.de">Info@gemeinde-unstruttal.de</a>
<b>Homepage:</b>
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit der zukünftigen Gemeinde Unstruttal soll effizienter und transparenter in ihren Arbeitsprozessen gestaltet werden, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Durch die neuen technologischen Möglichkeiten können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Chance bieten, jederzeit die Serviceleistung der Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Trotz dessen legen wir Wert darauf, dass die Ansprechpartner für unsere Bewohner erhalten bleiben.

So soll für einen Zeitraum bis mindestens 31.12.2027 eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung in den Räumen der bisherigen Gemeindeverwaltung Menteroda erhalten bleiben, um eine bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur zu gewährleisten. Die Entfernungen für die Bürgerinnen und Bürger zu einem Verwaltungsstandort betragen somit in der Anfangszeit des Fusionsprozesses keine 10 km, auch können bisherige ÖPNV-Strukturen weiterhin genutzt werden.

Durch das Zusammenführen der Verwaltungsstrukturen werden fachliche Bereiche konzentriert, die zu einer Stärkung der Kernverwaltung beitragen. Die Spezialisierung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ermöglicht eine professionellere Aufgabenerfüllung. So werden langfristig personelle Einsparungen gewährleistet, der altersbedingte Personalabbau sowie personalbedingte Ausfälle besser kompensiert. Durch die Übernahme von 8 Mitarbeitern verstärkt sich die Gesamtverwaltung der neuen Gemeinde Unstruttal personell auf insgesamt 16 Mitarbeiter, so dass zukünftig die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben erleichtert wird. Durch die Zusammenlegung der Bauhöfe erfolgt eine effektivere Aufgabenerfüllung und eine bessere Techniknutzung.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt als auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Unstruttal gesichert werden können. Sie ermöglicht dadurch eine bessere Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **Bürgerbeteiligung**

Eine moderne Gemeindepolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunalpolitischer Entscheidungen haben. Die Bürgerinnen und Bürger aller Gemeinden sind durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen sowie Bürgerbefragungen bezüglich der Fusion aktiv an der Neugliederung einbezogen wurden. Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Unstruttal durch das Amtsblatt zur geplanten Fusion informiert:

Hervorzuheben ist hier die sehr hohe Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein mehr als klares Votum gegeben haben. In den Ortsteilen Dörna und Lengefeld haben sich 63% bzw. 79%, im Ortsteil Zaunröden mehr als 80 % der an der Abstimmung teilgenommenen Einwohner der Ortsteile für eine Zukunft in der Gemeinde Unstruttal entschieden.

Im Dezember 2021 geplanten Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen der Gemeinde Menteroda mussten pandemiebedingt leider abgesagt werden.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

#### **Zentrale:**

03601 / 68626 61
E-Mail:
info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de

Aber im Rahmen eines regen persönlichen Kontaktes und Austausches der Amtsträger mit den Bürgerinnen und Bürgern zeigte sich eine hohe Zustimmung für die beabsichtigte Gemeindeneugliederung. So involvierte sich auch der Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal zu Informationsveranstaltungen mit den Ortsteilbürgermeistern, Ortsteilräten und Vereinsvertretern in Menteroda.

Die einzelnen Beschlüsse der Gemeinderäte und die jeweiligen Mehrheiten legen Zeugnis davon ab, dass die beabsichtigte Gemeindeneugliederung allseits so gewünscht wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrages, vor allem zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für die beantragte Gemeindestruktur entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister Gemeinde Unstruttal



Bürgermeister Gemeinde Menteroda



Bürgermeister Gemeinde Anrode

Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald

#### Anlagen

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
Info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hartmannsdorf</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Hartmannsdorf über erfüllende Gemeinde Stadt Bad Köstritz Stadtverwaltung Bad Köstritz</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Heinrich-Schütz-Straße 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">07586 Bad Köstritz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hartmannsdorf	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Hartmannsdorf über erfüllende Gemeinde Stadt Bad Köstritz Stadtverwaltung Bad Köstritz	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Schütz-Straße 4	Postleitzahl, Ort	07586 Bad Köstritz
	Name	Organisationsform									
		Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hartmannsdorf									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Hartmannsdorf über erfüllende Gemeinde Stadt Bad Köstritz Stadtverwaltung Bad Köstritz									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Schütz-Straße 4									
Postleitzahl, Ort	07586 Bad Köstritz										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Angestellter im Landesdienst; Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hartmannsdorf (GRZ)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Mit der Eingliederung der Gemeinde Hartmannsdorf in die Stadt Bad Köstritz wird erreicht: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Stärkung der Verwaltungsstruktur der vergrößerten Gemeinde</li> <li>2. ein erster Schritt zur Schaffung einer großen und leistungsfähigen Kommune</li> <li>3. eine weitere positive Entwicklung des Doppelgrundzentrums Bad Köstritz – Crossen a. d. Elster</li> </ol>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungs- vorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div style="border: 1px solid black; height: 60px;"></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben:</b> Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

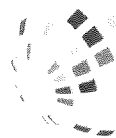
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Bad Köstritz, den 14.06.2022	



# Stadtverwaltung Bad Köstritz

Die Stadt Bad Köstritz ist erfüllende Gemeinde für  
Caaschwitz und Hartmannsdorf



GLOBAL  
NACHHALTIGE  
KOMMUNE  
THÜRINGEN

Stadtverwaltung Bad Köstritz, 07586 Bad Köstritz, Heinrich-Schütz-Straße 4

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales  
TMIK  
Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Stadtverwaltung Bad Köstritz  
Heinrich-Schütz-Straße 4  
07586 Bad Köstritz

Telefon: 036605 8810  
E-Mail: [info@stadt-bad-koestritz.de](mailto:info@stadt-bad-koestritz.de)

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Ansprechpartner

Datum

Frau/Herr

25. Januar 2022

## Betreff: Antrag auf Neugliederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Hartmannsdorf, Landkreis Greiz und die Stadt Bad Köstritz haben die Absicht im Rahmen der freiwilligen Neugliederung in der 7. Wahlperiode des Thüringer Landtages zu fusionieren.

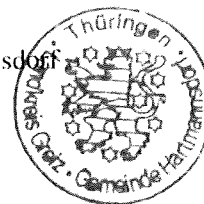
Beide Gemeinden beantragen hiermit die Neugliederung mit dem Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG2023).

Die erforderlichen Unterlagen liegen dem TMIK vor.

Stadt Bad Köstritz



Bürgermeister  
Gemeinde Hartmannsdorf



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bürgermeister</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Kindelbrück</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Puschkinplatz 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99638 Kindelbrück</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bürgermeister	Gemeinde Kindelbrück	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 1	Postleitzahl, Ort	99638 Kindelbrück
	Name	Organisationsform									
	Bürgermeister	Gemeinde Kindelbrück									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 1									
Postleitzahl, Ort	99638 Kindelbrück										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b>?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</p>										

	Ehrenamtlicher Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, als Antragsteller. <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsamer <u>Antrag</u> der Gemeinden <u>Riethgen</u> und <u>Kindelbrück</u> auf freiwillige Gemeindeneugliederung – Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück</li> <li>- sowie Antragsbegründung zum Eingliederungsvertrag</li> </ul>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Zur Antragstellung wurden wir <u>nicht</u> gebeten oder aufgefordert.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Kindelbrück, 30.06.2022	

# Gemeinde Kindelbrück

## Der Bürgermeister

---

**Landratsamt Sömmerda**  
Kommunalaufsicht

**Bahnhofstraße 9**

**99610 Sömmerda**

---

Ihr Zeichen:  
Ihr Schreiben:

Unser Schreiben:

Datum: 27.01.2022

### **Gemeinsamer Antrag der Gemeinden Riethgen und Kindelbrück auf freiwillige Gemeindeneugliederung – Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellt die Landgemeinde Kindelbrück einen gemeinsamen Antrag mit der Gemeinde Riethgen, auf freiwillige Gemeindeneugliederung – durch Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück.

Diesem Antrag liegen die hier angefügten und beglaubigten Beschlüsse der Gemeinderäte Riethgen und Kindelbrück zu Grunde.

Als Anlage 1 und damit Bestandteil des Antrages, ist eine Antragsbegründung der beteiligten Gemeinden beigefügt.

Eine weitere Anlage ist der VERTRAG ÜBER DIE EINGLIEDERUNG DER GEMEINDE RIETHGEN IN DIE LANDGEMEINDE KINDELBRÜCK (Stand v. 25.01.2022).

In den Ratssitzungen, am 24.01.2022 in Kindelbrück und 25.01.2022 in Riethgen, wurde der Vertragsentwurf abschließend beraten und über seine Ratifizierung abgestimmt. Die Bürgermeister wurden legitimiert den Vertrag zu unterzeichnen und unverzüglich bei der Kommunalaufsicht mit diesem Antrag vorzulegen.

Sollten sich noch Fragen zu diesem Antrag und / oder seiner Vollständigkeit ergeben, steht Ihnen Herr Eßer Gemeinschaftsvorsitzender unserer Verwaltungsgemeinschaft, oder ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

## Anlage 1

### Antragsbegründung zum Eingliederungsvertrag

#### Ausgangslage ist das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Riethgen

Die Gemeinde Riethgen ist verpflichtet ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, denn der Ergebnis- und Finanzplan ist unter Beachtung der Ergebnisse aus Haushaltsvorjahren bis zum Ende des jetzigen Finanzplanungszeitraumes (2024) prognostisch **nicht** auszugleichen. Das Haushaltssicherungskonzept ist wegen des fehlenden Haushaltsausgleichs im Ergebnis- und im Finanzplan grundsätzlich **nicht** genehmigungsfähig.

Der Gemeinderat der Gemeinde Riethgen hat daher in der Sitzung, am 21.04.2021, den folgenden Beschluss einstimmig gefasst:

*„Der Gemeinderat beschließt, die Beauftragung des Bürgermeisters, bis spätestens zum 01.06.2021 mit den Gemeinden Kindelbrück, Sömmerda und Weißensee Gesprächstermine zu vereinbaren. Ziel dieser Gespräche ist die Gemeindeneugliederung (An- oder Eingliederung) innerhalb des jetzigen Finanzplanungszeitraumes, an diesen Gesprächen sollen neben dem Bürgermeister auch Mitglieder des Gemeinderates teilnehmen. Wegen der derzeit gültigen Kontaktbeschränkungen werden die folgenden zwei Gemeinderatsmitglieder hiermit dazu berufen.*

- |                                 |               |
|---------------------------------|---------------|
| 1. Gemeinderat / Gemeinderätin: | Vertretung: 1 |
| 2. Gemeinderat / Gemeinderätin: | Vertretung:   |

Die Gemeinde Riethgen erhielt auf ihre Anfrage vom 30. Juni 2021, beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, zur Umsetzbarkeit einer Eingliederung in die Städte Sömmerda oder Weißensee folgende hier auszugsweise wiedergegebene Antwort:

„Die Gemeinde Riethgen grenzt nicht unmittelbar an die Stadt Sömmerda, sondern befindet sich auf dem Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“ und wird durch die weiteren Mitgliedsgemeinden Büchel und Griefstedt von der Stadt Sömmerda getrennt. Damit würde es im Falle einer alleinigen Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda an einer zusammenhängenden Gemeindefläche fehlen, welche nach den Leitlinien des Thüringer Landtags für die Gemeindegebietsreform (Drs. 6/4876) jedoch als wesentlicher Indikator für das Erreichen der angestrebten Ziele der Gemeindegebietsreform eingestuft ist.

Hinzu kommt, dass mit einer solchen Eingliederung zugleich das Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“ zerteilt bzw. die Gebiete der Gemeinden Büchel und Griefstedt vom Gebiet der übrigen Mitgliedsgemeinden abgeschnitten würden. Eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda hätte daher voraussichtlich nachteilige Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden bzw. die Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“.

Schwerwiegend erscheint dabei insbesondere, dass die Bildung einer Exklave auf dem Gebiet der Gemeinde Riethgen die künftigen Neugliederungsmöglichkeiten der Gemeinden Büchel und Griefstedt beeinträchtigen bzw. dazu führen würde, dass deren Gebiet im Falle einer späteren Neugliederung mit der Gemeinde Kindelbrück ebenfalls eine (u. U. dauerhafte) Exklave bilden würde.



Vor diesem Hintergrund ist das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales nach aktueller Sachlage der Auffassung, dass eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda nicht unterstützt werden kann. Aus hiesiger Sicht käme eine Neugliederung mit der Stadt Sömmerda allenfalls dann in Betracht, wenn für die Gemeinden Riethgen, Büchel und Griefstedt gemeinsam auf freiwilliger Basis eine strukturelle Gesamtlösung gefunden werden kann, die eine Exklavenbildung vermeidet.“

Aus hiesiger Sicht erscheint unter Zugrundelegung der derzeit erkennbaren Gesichtspunkte des öffentlichen Wohls eine Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Gemeinde Kindelbrück als vorzugswürdige Neugliederungsoption. Hierfür sprechen zum einen die hier bekannten Verflechtungsbeziehungen der Gemeinde Riethgen, insbesondere mit Blick ihre langjährige Verwaltungsstruktur sowie die räumlichen Entfernungen zu den potentiellen Neugliederungspartnern. Zum anderen lassen sich mit einer Eingliederung in die Gemeinde Kindelbrück nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven der umliegenden Gemeinden vermeiden. Denn auch eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Weißensee würde, wie im Falle ihrer alleinigen Eingliederung in die Stadt Sömmerda, dazu führen, dass die künftigen Neugliederungsmöglichkeiten der Gemeinden Büchel und Griefstedt beeinträchtigt werden bzw. im Falle einer Neugliederung dieser Gemeinden mit der Gemeinde Kindelbrück ebenfalls eine Exklave die Folge wäre.“

Nach einem ersten Gespräch zwischen den Bürgermeistern der Gemeinden Riethgen und Kindelbrück, hat der Gemeinderat Kindelbrück einstimmig am 26.07.2021, den Grundsatzbeschluss zur Führung weiterer Sondierungsgespräche für eine Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Landgemeinde Kindelbrück gefasst.

Als Ergebnis dieser Gespräche wurde von den Gemeinderäten, der hier angefügte Eingliederungsvertrag zwischen der Landgemeinde Kindelbrück und der Gemeinde Riethgen jeweils durch Beschluss bestätigt, am 27.01.2022 haben die Bürgermeister diesen dann ratifiziert.

## **1. Bisherige Entwicklung von „Neugliederungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück“**

Seit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat Thüringen am 09. Oktober 2008, befassen sich die Räte der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück mit der Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung.

Im Jahr 2009 wurden in allen Mitgliedsgemeinden Einwohnerversammlungen einberufen, um in geeigneter Form über die Möglichkeiten einer Gemeindeneubildung zu informieren. Der „Grundsatzbeschluss zur Umwandlung der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück in eine Landgemeinde“, fand dann nur in fünf Mitgliedsgemeinden die erforderliche Mehrheit.

Im Zeitraum von März 2016 bis Mai 2017 haben dann die Räte der Mitgliedsgemeinden die Auflösung ihrer Gemeinden und der Neubildung einer – leitbildgerechten - Landgemeinde mit der Stadt Weißensee mehrheitlich beschlossen. Nach mehreren Beratungen mit Vertretern der Stadt Weißensee über einen Zusammenschlussvertrag, wurden am 22.Juni 2017 weitere Verhandlungen seitens der Stadt Weißensee abgelehnt. Als hauptsächlicher Grund dafür wurde die „Nichtigkeitserklärung des Vorschaltgesetzes zur Gebietsreform“ durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof benannt.

Die Gespräche mit allen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück und der Stadt Weißensee in der Sache, wurden seither nicht wiederaufgenommen. Vielmehr war die Stadt Weißensee bemüht durch bilaterale Gespräche, einzelne Mitgliedsgemeinden davon zu überzeugen sich aufzulösen und als Ortsteil in die Stadt Weißensee einzugliedern. Die ehemalige Mitgliedsgemeinde Herrnschwende hat dies zum 01.01.2019 für ihre Gemeinde vollzogen.

Der Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit war einer der Hauptgründe dafür, dass sich vier Mitgliedsgemeinden rechtswirksam zum 01.01.2019 aufgelöst und zur Landgemeinde Kindelbrück zusammengeschlossen haben.

Die Umwandlung der VG Kindelbrück mit allen Mitgliedsgemeinden zur Landgemeinde Kindelbrück wurde in mehreren Verhandlungen versucht, scheiterte aber erneut in den Jahren 2017 - 2019.

#### *Entwicklung der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück*

Auf der Grundlage gleichlautender Beschlüsse im Jahr **1990**, vereinbarten die Mitgliedsgemeinden des ehemaligen Gemeindeverbandes Kindelbrück (Büchel, Frömmstedt, Griefstedt, Kindelbrück und Riethgen) die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zum 01.01.1991. Zum **01.07.1993** wurde die VG Kindelbrück, um die Mitgliedsgemeinden Bilzingsleben und Kannawurf, auf Grund gleichlautender Beschlüsse erweitert. Ein Jahr später, am **01.07.1994** erfolgte die Erweiterung der VG Kindelbrück, um die Gemeinden Günstedt und Herrnschwende.

Die Gemeinde Riethgen hat mit der Landgemeinde Kindelbrück eine gemeinsame Grenze, sie ist seit 1991 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück und war ein Gründungsmitglied.

## **2. Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren**

Die Gemeinde Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück mit ihren vier Ortsteilen (*Bilzingsleben, Frömmstedt, Kindelbrück, Kannawurf*) sind kreisangehörige Gemeinden im Norden des Landkreises Sömmerda. In der Landgemeinde Kindelbrück befindet sich der Sitz der *Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück*, sie ist zuständige Kommunalverwaltung der beiden Orte.

Beide Gemeinden werden im gültigen Regionalplan „Mittelthüringen“ – „als Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“ ausgewiesen. Dieser Raum ist durch eines der größten Obstanbaugebiete in Thüringen, am nördlichen Rand des Thüringer Beckens geprägt.

Mittelzentrum ist die Stadt Sömmerda, Grundzentrum die Stadt Weißensee, sie erfüllen beide wegen ihrer territorialen Nähe gleichzeitig Grundversorgungsfunktionen für die beiden Orte. Die Landgemeinde Kindelbrück hat, neben dem Mittelzentrum Sömmerda und den Grundzentren Weißensee, Greußen sowie Bad Frankenhausen eine zentralörtliche Funktion für die Einwohner der Gemeinde Riethgen.

## **3. infrastrukturelle Beziehungen, z.B. Verkehrswege, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätze (einschl. Pendlerbewegungen), Dienstleistungen (wie Ärzte, Banken etc.),**

Die Gemeinde Riethgen ist über eine Bundes- bzw. Landesstraße mit der Landgemeinde Kindelbrück als Sitz der Verwaltungsgemeinschaft verbunden und ca. 3,8 km entfernt).

Im Zentrum von Kindelbrück gibt es eine zentrale Haltestelle des ÖPNV (ca. 53 Anfahrten/Tag) mit entsprechenden Verbindungen zu den drei anderen Ortsteilen der Landgemeinde und zum Mittelzentrum Sömmerda (14 km).

In der Landgemeinde Kindelbrück befinden sich, auch für die Einwohner der Gemeinde Riethgen, auf kürzestem Weg alle notwendigen Geschäfte zur Deckung des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Waren für Haus, Hof und Garten etc.), mehrere Ärzte bzw. Zahnärzte, eine Apotheke, Paketannahme, Bank und Tankstelle ergänzen das Versorgungsangebot.

Arbeitsplätze gibt es in den zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen in Sömmerda, Kölleda, Weißensee, Kindelbrück, sowie den Landwirtschaftsbetrieben in Kindelbrück und der Region.

#### **4. technische Infrastruktur/interkommunale Zusammenarbeit / Zweckverbandsstrukturen,**

Die Gemeinde Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück sind Mitglieder im Trinkwasserzweckverbandes Thüringer Becken.

Die Landgemeinde Kindelbrück hat für ihre Ortsteile Bilzingsleben, Kindelbrück und Kannawurf die Abwasserentsorgung auf den Abwasserzweckverband „Finne“ übertragen und ist für diese Ortsteile Verbandsmitglied. Für den Ortsteil Frömmstedt ist beim Abwasserzweckverband „Finne“ ein Aufnahmeantrag gestellt. Die Landgemeinde Kindelbrück baut gerade eine Pumpstation im Ortsteil Frömmstedt und eine Verbindungsleitung zur Kläranlage des Abwasserzweckverbandes „Finne“ in Kindelbrück.

Die Gemeinde Riethgen betreibt bis jetzt die Abwasserentsorgung selbst und hat im Jahr 2021 mit der Errichtung eines Schmutzwassernetzes (Druckentwässerung) sowie einer Kläranlage für die Ortslage Riethgen begonnen. Dieses Vorhaben hat die „Förderprojekt-Nr.: 2021 AW 0011“ und wird mit einer Zuwendung nach der „Richtlinie für die Förderung von Vorhaben der Abwasserentsorgung im Freistaat Thüringen“ anteilig finanziert.

Beide Gemeinden sind Mitglieder im Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) und haben einen Antrag auf Übernahme der freiwilligen Aufgabe der Daseinsvorsorge der gemeindlichen Breitbandversorgung mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gestellt.

Die Landgemeinde Kindelbrück ist Mitglied im Zweckverband „Allianz Thüringer Becken“, dieser hat die Aufgabe eine interkommunale Zusammenarbeit für die Kommunen Buttstädt, Kindelbrück, Sömmerda, Straußfurt sowie Rastenberge in den Bereichen Bildung, Kultur, Gemeinwesen, Siedlungs- / Verkehrsstruktur, Sozialwesen, Tourismus, Natur- und Landschaftspflege zu entwickeln und umzusetzen.

#### **5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Feuerwehr, Kindertagesstätten, Senioren- und Jugendeinrichtungen, Sportstätten, Friedhöfe, einschließlich Aufgabenträger,**

In der Gemeinde Riethgen und den vier Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück befinden sich Feuerwehrrhäuser, die Aufgaben des örtlichen Brandschutzes und allgemeine Hilfeleistungen werden von dort durch freiwillige Feuerwehren abgesichert.

Die freiwillige Feuerwehr der Landgemeinde Kindelbrück erfüllt auch Aufgaben des überörtlichen Brandschutzes gemeinsam mit der Feuerwehr Weißensee, sie sind als Stützpunkfeuerwehr im Norden des Landkreises Sömmerda aufgestellt.

In den vier Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück gibt es Kindertagesstätten mit insgesamt ca. 180 Betreuungsplätzen. Die fünfte Kindertagesstätte wird in Günstedt betrieben, dort wird der Rechtsanspruch auf eine „Kita – Platz“ für die anderen Mitgliedsgemeinden der VG Kindelbrück und die Gemeinde Riethgen sichergestellt.

Die Mitgliedsgemeinden der VG Kindelbrück haben entschieden, dass in Günstedt auch verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren sichergestellt werden. Es wurde dafür ein neues Gebäude am Standort errichtet.

Die Einrichtungen werden seit vielen Jahren (1996/97) vom THEPRA Landesverband Thüringen e.V. als freier, gemeinnütziger Träger betrieben. Die kommunale Pflichtaufgabe als sog. „Wohnsitzgemeinde“ nach dem Kindertagesstättengesetz, wurde mit allen Rechten und Pflichten, am 01.01.2011 von den Mitgliedsgemeinden auf die Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück übertragen.

Im Gebäude der ehemaligen Grundschule Kindelbrück ist neben Räumlichkeiten der Kindertagesstätte, ein Mehrgenerationenhaus (Bundes- / Kommunalförderprogramm) mit einer Bibliothek eingerichtet wurden.

Sportstätten mit Fußballspielplätzen und entsprechenden Vereinsheimen gibt es nur in den vier Ortsteilen der Landgemeinde. Diese Einrichtungen werden nur noch teilweise von den örtlichen Sportvereinen unterhalten.

Das „Vereinsbad“ im Besitz der „Sport- und Spielgemeinschaft Kindelbrück e.V.“, wird von der Landgemeinde Kindelbrück gefördert und ergänzt das Freizeitangebot, auch für die Gemeinde Riethgen.

In den drei Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück und in der Gemeinde Riethgen werden Friedhöfe als kommunale Einrichtung betrieben. Im Ortsteil Frömmstedt ist die evangelische Regionalgemeinde Kindelbrück Träger dieser öffentlichen Einrichtung.

## **6. Schulstrukturen**

Die staatliche Grundschule für die beiden Gemeinden befindet sich in Kindelbrück, sie ist in Trägerschaft des Landkreises Sömmerda. Alle weiterführenden Schulen können in Sömmerda und Weißensee besucht werden.

## **7. traditionelle und historische Verbindungen, Vereine, ggf. auch Kirchengemeinden,**

Die Ortsteile Bilzingsleben und Kannawurf gehörten von 1952 bis 1990 zum Bezirk Halle, trotzdem bestand schon immer eine historische, wirtschaftliche Beziehung zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Auch der Ortsteil Frömmstedt und die Gemeinde Riethgen als direkte Nachbarn im gleichen Landkreis pflegten diese Beziehungen zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Diese Verflechtungen finden sich in allen soziokulturellen und zivil-gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von den sich ändernden administrativen Grenzen.

Kulturhistorisch bedeutend ist für die Region die Ausgrabungsstätte „Steinrinne“ im Ortsteil Bilzingsleben, das Schloss Kannawurf im Ortsteil Kannawurf, eine Karstquelle das sogenannte „Gründelsloch und die fast vollständig erhaltene „Stadtmauer im Ortsteil Kindelbrück“.

Die Gemeinden Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück gehören zum Pfarrbereich Kindelbrück-Weißensee des evangelischen Kirchenkreises Eisleben-Sömmerda.

## 8. Bevölkerungsentwicklung

Die Landgemeinde Kindelbrück und noch mehr die Gemeinde Riethgen müssen sich den gleichen Problemen durch den sog. „demografischen Wandel“, also Bevölkerungsverlust und der Änderung der Altersstruktur stellen.

Die Landgemeinde Kindelbrück müsste auf Grund ihrer Einwohnerzahl keiner Verwaltungsgemeinschaft angehören.

Einwohnerzahlen Stichtag **31.12.2020**

Voraussichtliche Bevölkerung am 31.12.2035 lt.  
Bevölkerungsvorausberechnung TLS 04.04.2016

**3803 Einwohner**

**3274 Einwohner**

Im „VERTRAG ÜBER DEN ZUSAMMENSCHLUSS ZUR LANDGEMEINDE KINDELBRÜCK“ zwischen den Gemeinden Bilzingsleben, Frömmstedt, Kannawurf und der Stadt Kindelbrück, vom 10.04.2018 wurde Folgendes vereinbaren.

„Die Landgemeinde Kindelbrück ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück, diese ist zuständige Behörde gemäß § 47 Abs. 2 ThürKO mit Verwaltungssitz im Ortsteil Kindelbrück.“

Die Gemeinde Riethgen muss auf Grund ihrer Einwohnerzahl einer Verwaltungsgemeinschaft angehören.

Einwohnerzahlen Stichtag **31.12.2020**

Voraussichtliche Bevölkerung am 31.12.2035 lt.  
Bevölkerungsvorausberechnung TLS 04.04.2016

**247 Einwohner**

**153 Einwohner**

## 9. Mögliche "Neugliederungsprämie nach § 2 Abs. 2 Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederung (ThürGFfG) vom 29.05.2021

Gemeinde	Einwohner 31.12.2020	200 Euro pro Einwohner
Kindelbrück	3803	760.600,00 €
Riethgen	247	49.400,00 €
<b>Summe</b>	<b>4050</b>	<b>810.000,00 €</b>

## **10. Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage,**

Nördlich der Ortslage Kindelbrück befinden sich gemeindliche Grundstücke, welche für eine gewerbliche Nutzung überplant sind, die sog. „Plan- und Baureife“ nach § 33 BauGB besteht für eine Fläche von 6,0 ha. Alle notwendigen Versorgungsträger, einschließlich Erdgas stehen vor Ort zur Verfügung, die Entfernung bis zur BAB 38 Artern /Sangerhausen Richtung Norden beträgt über die B 86 – 14km, zur BAB 71 Sömmerda/ Erfurt Richtung Süden sind es auch 14 km.

Die ausgewiesenen Bebauungsplangebiete in Kindelbrück sind ausgelastet. Es wird gerade über die weitere Aufstellung von Bebauungsplänen nach § 13b BauGB durch Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren beraten.

## **11. Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften.**

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften bestehen aus Sicht der beiden Gemeinden nicht, zumal die Landgemeinde auch weiterhin Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück bleibt.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		<i>Gemeinde</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Ortsschule 11</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>07980 Kühndorf</i>
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kühndorf, d. 14. 6. 2022	

**Gemeindeverwaltung Langenwetzendorf  
Bürgermeister  
Am Daßlitzer Kreuz 4  
07957 Langenwetzendorf**

**Gemeinde Kühdorf  
Bürgermeisterin  
Ortsstraße 17  
07980 Kühdorf**

Thüringer Innenministerium  
Postfach 90 01 31  
99104 Erfurt

über

Landratsamt Greiz  
Kommunalaufsicht  
Dr.-Rathenau-Platz 11  
07973 Greiz

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

unser Zeichen

Telefon, Name

Datum  
27. Jan. 2022

**Antrag auf Bestandsänderung nach § 9 Absatz 1 ThürKO**

hier: Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Langenwetzendorf beantragt

1. die Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf

sowie

2. eine allgemeine, steuerkraftunabhängige und nicht nach Landesrecht zweckgebundene Zuweisung des Freistaates Thüringen zur Förderung freiwilliger Gemeindegemeinschaften.

Begründung:

Der Eingliederungsvertrag wurde vom Gemeinderat Langenwetzendorf in seiner öffentlichen Sitzung am 24. 01. 2022 beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Langenwetzendorf hat in seiner Sitzung am 24. 01. 2022 den Beschluss zur Eingliederung der Gemeinde Kühdorf gefasst.

Die Verwaltungsvorlage mit Anlagen sowie der Auszug aus der Niederschrift zu diesen Sitzungen sind diesem Schreiben als Anlage 1 beigelegt.

Die beantragte Bestandsänderung ist geeignet, für das Gebiet der Gemeinde Kühdorf kommunale Strukturen zu schaffen, die zum einen den Anforderungen der ThürKO entsprechen und darüber hinaus zur Stabilisierung der kommunalen Selbstverwaltung im gesamten betroffenen Gebiet beitragen können. Mit dieser Bestandveränderung wird einerseits die Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung und andererseits die Belange der Kommunalen Selbstverwaltung gestärkt.

### **Räumliche Lage**

Die Gemeinde Kühdorf ist vom Gemeindegebiet der Gemeinde Langenwetzendorf umgeben. Kühdorf hat keine Grenzen zu anderen Gebietskörperschaften.

### **Infrastruktur, Verwaltungsbeziehungen**

Die einzugliedernde Gemeinde Kühdorf wie auch die Gemeinde Langenwetzendorf befinden sich im Verkehrsnetz der PRG (ÖPNV).

Meldeamt ist in der Gemeinde Langenwetzendorf, die bisherige Zuordnung der Gemeinde Kühdorf zum Standesamtsbezirk Weida wird geändert und dem Standesamtsbezirk Zeulenroda-Triebes zugeordnet.

Die in der Gemeinde Langenwetzendorf befindlichen Versorgungseinrichtungen (Penny-Markt, 3 Bäcker, 2 Fleischer, 2 Allgemeinmediziner, Orthopäde, Zahnarzt, Apotheke) stellen auch jetzt schon einen Versorgungsschwerpunkt für die einzugliedernde Gemeinde dar, ebenso das sehr gut strukturierte Angebot an Handwerks- und Dienstleistungsanbietern.

Die in der Gemeinde Langenwetzendorf vorgehaltenen ca. 1300 Arbeitsplätze seitens der verschiedenen Unternehmen stellen auch für viele Einwohner der einzugliedernden Gemeinde, durch ihren Arbeitsplatz in diesen Unternehmen, einen Bezug zur Gemeinde Langenwetzendorf dar.

Die Nutzung von Freizeitangeboten wie Freibad, Begegnungsstätte, Kultursäle werden von den Einwohnern gemeindeüberschreitend auch bisher schon genutzt.

Auch zwischen den Kirchgemeinden ist eine sehr gute Zusammenarbeit vorhanden. Der Langenwetzendorfer Ortsteil Hainsberg gehört zur Kirchgemeinde Kühdorf.

### **Schulstrukturen**

In der Gemeinde Langenwetzendorf befindet sich die Regelschule „Biolandschule Langenwetzendorf“, die auch für die Schüler ab der 5. Klasse der einzugliedernden Gemeinde zuständig ist.

Im Ortsteil Naitschau der Gemeinde Langenwetzendorf befindet sich die zuständige Grundschule.

Entsprechend der Schulnetzplanung sind beide Standorte nicht von zukünftig absehbaren geplanten Schließungen betroffen.

Die zuständigen Gymnasien befinden sich in Greiz, Zeulenroda und Weida.

## Allgemein

Zwischen den Gemeinden befindet sich seit Jahren eine gute interkommunale Zusammenarbeit (z. B. landwirtschaftlicher Wegebau, Tourismus, Kultur, Unterstützung Winterdienst).

Mit Auflösung der VG Leubatal wurde die Gemeinde Kühdorf erfüllte Gemeinde der Gemeinde Langenwetzendorf.

Auch traditionelle Beziehungen unter den über 30 Vereinen und Kirchgemeinden sind seit Jahrzehnten vorhanden.

Durch die Zuordnung von Kühdorf entstehen keine finanziellen negativen Auswirkungen auf die zukünftige Finanzsituation der Gemeinde Langenwetzendorf, da in der aufnehmenden Gemeinde Langenwetzendorf geordnete finanzielle Haushaltsituationen vorliegen bzw. in der Gemeinde Kühdorf mit der Zuordnung die angespannte Haushaltslage auf Grund der geringen Einwohnerzahl beseitigt werden kann.

Ein wichtiger Fakt ist aber vor allem, dass auch die Bereitschaft in der Bevölkerung für diese Eingliederung vorliegt und unterstützt wird.

Die geplante Gebietsveränderung steht ebenso im Einklang mit dem regionalen Raumordnungsplan.

Für eine befürwortende Stellungnahme der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde und die Weiterleitung an das Thüringer Innenministerium wäre ich dankbar und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister  
Langenwetzendorf

Bürgermeisterin  
Kühdorf

Anlagen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</div>	
		<i>Gemeindeverwaltung</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Am Daßlitzer Kreuz 4</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>07957 Langenwetzendorf</i>
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	<div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Langenwetzendorf, 14.06.2022	

**Gemeindeverwaltung Langenwetzendorf  
Bürgermeister  
Am Daßlitzer Kreuz 4  
07957 Langenwetzendorf**

**Gemeinde Kühdorf  
Bürgermeisterin  
Ortsstraße 17  
07980 Kühdorf**

Thüringer Innenministerium  
Postfach 90 01 31  
99104 Erfurt

über

Landratsamt Greiz  
Kommunalaufsicht  
Dr.-Rathenau-Platz 11  
07973 Greiz

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

unser Zeichen

Telefon, Name

Datum  
27. Jan. 2022

**Antrag auf Bestandsänderung nach § 9 Absatz 1 ThürKO**

hier: Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Langenwetzendorf beantragt

1. die Eingliederung der Gemeinde Kühdorf in die Gemeinde Langenwetzendorf

sowie

2. eine allgemeine, steuerkraftunabhängige und nicht nach Landesrecht zweckgebundene Zuweisung des Freistaates Thüringen zur Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse.

Begründung:

Der Eingliederungsvertrag wurde vom Gemeinderat Langenwetzendorf in seiner öffentlichen Sitzung am 24. 01. 2022 beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Langenwetzendorf hat in seiner Sitzung am 24. 01. 2022 den Beschluss zur Eingliederung der Gemeinde Kühdorf gefasst.



Die Verwaltungsvorlage mit Anlagen sowie der Auszug aus der Niederschrift zu diesen Sitzungen sind diesem Schreiben als Anlage 1 beigelegt.

Die beantragte Bestandsänderung ist geeignet, für das Gebiet der Gemeinde Kühdorf kommunale Strukturen zu schaffen, die zum einen den Anforderungen der ThürKO entsprechen und darüber hinaus zur Stabilisierung der kommunalen Selbstverwaltung im gesamten betroffenen Gebiet beitragen können. Mit dieser Bestandveränderung wird einerseits die Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung und andererseits die Belange der Kommunalen Selbstverwaltung gestärkt.

### **Räumliche Lage**

Die Gemeinde Kühdorf ist vom Gemeindegebiet der Gemeinde Langenwetzendorf umgeben. Kühdorf hat keine Grenzen zu anderen Gebietskörperschaften.

### **Infrastruktur, Verwaltungsbeziehungen**

Die einzugliedernde Gemeinde Kühdorf wie auch die Gemeinde Langenwetzendorf befinden sich im Verkehrsnetz der PRG (ÖPNV).

Meldeamt ist in der Gemeinde Langenwetzendorf, die bisherige Zuordnung der Gemeinde Kühdorf zum Standesamtsbezirk Weida wird geändert und dem Standesamtsbezirk Zeulenroda-Triebes zugeordnet.

Die in der Gemeinde Langenwetzendorf befindlichen Versorgungseinrichtungen (Penny-Markt, 3 Bäcker, 2 Fleischer, 2 Allgemeinmediziner, Orthopäde, Zahnarzt, Apotheke) stellen auch jetzt schon einen Versorgungsschwerpunkt für die einzugliedernde Gemeinde dar, ebenso das sehr gut strukturierte Angebot an Handwerks- und Dienstleistungsanbietern.

Die in der Gemeinde Langenwetzendorf vorgehaltenen ca. 1300 Arbeitsplätze seitens der verschiedenen Unternehmen stellen auch für viele Einwohner der einzugliedernden Gemeinde, durch ihren Arbeitsplatz in diesen Unternehmen, einen Bezug zur Gemeinde Langenwetzendorf dar.

Die Nutzung von Freizeitangeboten wie Freibad, Begegnungsstätte, Kultursäle werden von den Einwohnern gemeindeüberschreitend auch bisher schon genutzt.

Auch zwischen den Kirchgemeinden ist eine sehr gute Zusammenarbeit vorhanden. Der Langenwetzendorfer Ortsteil Hainsberg gehört zur Kirchgemeinde Kühdorf.

### **Schulstrukturen**

In der Gemeinde Langenwetzendorf befindet sich die Regelschule „Biolandschule Langenwetzendorf“, die auch für die Schüler ab der 5. Klasse der einzugliedernden Gemeinde zuständig ist.

Im Ortsteil Naitschau der Gemeinde Langenwetzendorf befindet sich die zuständige Grundschule.

Entsprechend der Schulnetzplanung sind beide Standorte nicht von zukünftig absehbaren geplanten Schließungen betroffen.

Die zuständigen Gymnasien befinden sich in Greiz, Zeulenroda und Weida.

## Allgemein

Zwischen den Gemeinden befindet sich seit Jahren eine gute interkommunale Zusammenarbeit (z. B. landwirtschaftlicher Wegebau, Tourismus, Kultur, Unterstützung Winterdienst).

Mit Auflösung der VG Leubatal wurde die Gemeinde Kühdorf erfüllte Gemeinde der Gemeinde Langenwetzendorf.

Auch traditionelle Beziehungen unter den über 30 Vereinen und Kirchgemeinden sind seit Jahrzehnten vorhanden.

Durch die Zuordnung von Kühdorf entstehen keine finanziellen negativen Auswirkungen auf die zukünftige Finanzsituation der Gemeinde Langenwetzendorf, da in der aufnehmenden Gemeinde Langenwetzendorf geordnete finanzielle Haushaltsituationen vorliegen bzw. in der Gemeinde Kühdorf mit der Zuordnung die angespannte Haushaltslage auf Grund der geringen Einwohnerzahl beseitigt werden kann.

Ein wichtiger Fakt ist aber vor allem, dass auch die Bereitschaft in der Bevölkerung für diese Eingliederung vorliegt und unterstützt wird.

Die geplante Gebietsveränderung steht ebenso im Einklang mit dem regionalen Raumordnungsplan.

Für eine befürwortende Stellungnahme der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde und die Weiterleitung an das Thüringer Innenministerium wäre ich dankbar und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister  
Langenwetzendorf

Bürgermeisterin  
Kühdorf

Anlagen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Bürgermeister der Gemeinde Menteroda</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Holzthalebener Straße 38</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Holzthalebener Straße 38</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99996 Menteroda</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bürgermeister der Gemeinde Menteroda	Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Holzthalebener Straße 38	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Holzthalebener Straße 38	Postleitzahl, Ort	99996 Menteroda
	Name	Organisationsform									
	Bürgermeister der Gemeinde Menteroda	Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Holzthalebener Straße 38									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Holzthalebener Straße 38									
Postleitzahl, Ort	99996 Menteroda										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <p style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <p style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <p style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister der Gemeinde Menteroda	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>1: Antrag zur Gemeindeneugliederung vom 28.01.2022. Die Gemeinde Menteroda hat einen gemeinsamen Antrag mit den Gemeinden Unstruttal, Anrode und Dünwald auf Neugliederung zum 01.01.2023 beim TMIK gestellt, sodass die Ortsteile Dörna, Lengefeld, Zaunröden, Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt sowie Urbach nach Unstruttal eingegliedert werden. Die entsprechenden Gemeinderatsbeschlüsse liegen dem TMIK vor.</p> <p>2: Die Gemeinde Menteroda wurde am 25.05.2022 aufgefordert, eine Stellungnahme zu der von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken vom 20.05.2022, zum Referentenentwurf ThürGNNG2023, Stellung zu beziehen. In dieser Stellungnahme haben wir gemeinsam mit der Gemeinde Unstruttal unsere Sichtweise dargelegt, dass die Neugliederung überwiegend dem Leitbild des Landes entspricht und die im Neugliederungsantrag dargestellten Gründe ergänzt. Wir haben die Sichtweise der Stadt Mühlhausen widerlegt.</p> <p>Die Gemeinde Menteroda unterstützt ausdrücklich den Gesetzesentwurf.</p>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Die Gemeinde Menteroda wurde vom Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis (Kommunalaufsicht) auf Ersuchen vom TMIK vom 25.05.2022 aufgefordert, eine Stellungnahme zu unter Nr. 4 genannten Sachverhalt abzugeben.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteildokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

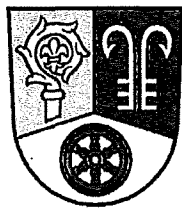
Ort, Datum	Unterschrift
MERTZODA D. 15.6.22	

# Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden

Anrode



Dünwald



Menteroda



Unstruttal





Ammern

Dachrieden

Eigenrode

Horsmar

Kalsershagen

Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal OT Ammern

Der Bürgermeister

Thüringer Ministerium für  
Inneres und Kommunales  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt  
Über:  
Thüringer Landesverwaltungsamt,  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

Zur Kenntnis an:  
Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum  
28.01.2022

## Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda beantragen zum 01.01.2023 ihre Auflösung und gemeinsam mit der Gemeinde Unstruttal die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Dörna (Anrode)
- Lengefeld (Anrode)
- Zauröden (Dünwald)
- Kleinkeula (Menteroda)
- Menteroda (Menteroda)
- Sollstedt (Menteroda)
- Urbach (Menteroda)

in die Gemeinde Unstruttal.

Gleichzeitig wird beantragt, dass der § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode,

### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

Zentrale:  
03601 / 88826 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Dünwald und Menteroda bestehenden o.g. Ortsteilen mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Gemeinde Unstruttal übergeleitet werden sollen.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Gemeinde Unstruttal" fort.

Ferner wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen. Die Neugliederungsprämie nach § 2 ThürGFfG setzt sich aus dem festgelegten gesetzlichen Betrag von 200 €/ Einwohner der an einer freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinden zusammen. Strukturbegleithilfen werden nach § 3 ThürGFfG sowie die besonderen Entschuldungshilfen nach § 4 ThürGFfG ebenfalls beantragt. Zugleich wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zu Rückzahlungen von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Weiterhin wird beantragt, in das Gemeindeneugliederungsgesetz eine gesetzliche Regelung aufzunehmen, den Gemeinderat der Gemeinde Unstruttal für die gesetzliche Amtszeit des Gemeinderates entsprechend zu erweitern. Die Stadt Dingelstädt soll Rechtsnachfolger der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald werden.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
  - Gemeinde Anrode → 17-126-2022 sowie 13-91-2021
  - Gemeinde Dünwald → 241-22/22 sowie 224-20/21
  - Gemeinde Menteroda → 95-2/22
  - Gemeinde Unstruttal → 10-141-2022, 10-142-2022, 10-143-2022
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

### **Begründung:**

*Die finanziellen Situationen, die technischen, fachlichen und gesetzlichen Voraussetzungen der Gemeinden aber vor allem das öffentliche Wohl für unsere Bürgerinnen und Bürgern müssen an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden.*

*Eine Gemeindevergrößerung würde für alle eine planbarere Zukunft bedeuten. Die einzugliedernden Gemeinden mit ihren entsprechenden Ortsteilen sollen in einer politischen Gleichberechtigung weitergeführt werden, sodass vor allem das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl dadurch gestärkt und finanzielle Herausforderungen zum Wohle der Gemeinde sowie der Bürgerinnen und Bürger gemeistert werden können.*

*Das Ziel soll eine zukunftsichere Gemeinde sein!*

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

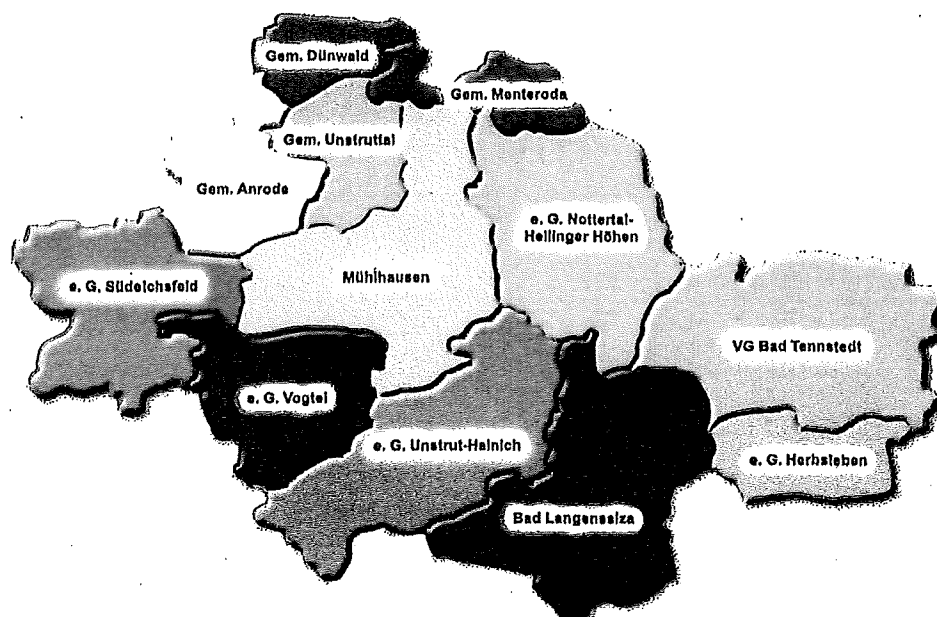
<b>Zentrale:</b>
03801 / 88628 61
<b>E-Mail:</b>
Info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de



Grundlage zur Erreichung dieser Ziele sind die vorhandenen Strukturen, die sowohl die einzugliedernden Gemeinden als auch die aufnehmende Gemeinde verbinden. Sie bilden die Grundlage und sollen beispielhaft dargestellt werden.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen des Beschlusses des Thüringer Landtages vom 13.12.2017 unter Berücksichtigung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017.

### Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen



<https://www.unstrut-hainich-kreis.de/index.php/staedte-und-gemeinden>

Bezugnehmend auf die bildhafte Darstellung befinden sich die Gemeinden (mit den einzugliedernden Ortsteilen) geografisch angrenzend an die Gemeinde Unstruttal. Sie gliedern sich entlang der bestehenden Landkreisgrenze zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis. Insbesondere durch die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengfeld wird eine Gemeindestruktur entlang des historischen „Mühlhäuser Landgrabens“ geschaffen.

Die neuzugliedernde Gemeinde Unstruttal bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Landgemeinden Nottertal-Heilingen Höhen und Südeichsfeld sowie der Stadt Mühlhausen/ Thüringen.

Infrastrukturmäßig sind die Gemeinde Unstruttal mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteile durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So befinden sich die Gemeinden Unstruttal und Anrode an der B247 und über die Landstraßen (L2038, L2041/ L2096, L1015/ L1016) sind die Gemeinden Unstruttal, Menteroda und Zaunröden zu erreichen. Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile zueinander. Diese werden hier nicht explizit aufgeführt.

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz nach Ammern:

- Dörna ca. 9 km
- Lengefeld ca. 6 km
- Zaunröden ca. 14 km
- Kleinkeula ca. 12 km
- Menteroda ca. 14 km (Außenstelle Menteroda bleibt erhalten)
- Sollstedt ca. 11 km
- Urbach ca. 18 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der Ortsteile der Gemeinde Unstruttal zum Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern. Eine Bushaltestelle existiert bereits vor dem Verwaltungssitz. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile an die ÖPNV-Struktur noch besser anzugliedern.

Nach Aussage des Landrates des Unstrut-Hainich-Kreises wird eine umfassende Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel erfolgen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen beispielsweise zur Verfügung:

- niedergelassene Ärzte (Allgemeinmediziner, Zahn- und Tierärzte),
- Physiotherapien,
- Banken,
- Apotheke,
- Seniorenheim,
- Bibliothek,
- mehrere große Einkaufsmöglichkeiten,
- Pensionen und gastronomische Einrichtungen,
- Baumarkt,
- Postfilialen,
- Tankstellen,

welche die Grundversorgung sichern.

Die Ortsteile Ammern und Lengefeld sowie Menteroda haben insgesamt eine Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen mit einer Gesamtfläche von 49,89 ha in den Ortsteilen Ammern und Menteroda. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze, welche die Pendlerbewegung von den künftigen Ortsteilen bestärkt. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger in den ortsansässigen Unternehmen tätig.

Vorrangig finden wir in den Gewerbegebieten der Ortsteile mittelständische sowie handwerklich geführte Unternehmen.

Die meist traditionell familiengeführten Unternehmen sind Stützpfeiler der ländlichen Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Stabilität der Gemeinden. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den neu einzugliedernden Ortsteilen.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88628 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Aus diesem Grund ist eine Neugliederung aus wirtschaftlicher Sicht positiv anzusehen. Dies trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die in den bisherigen Gemeinden überwiegend vorhandenen ländlich kleingliedrigen Strukturen werden durch eine Eingemeindung in die Gemeinde Unstruttal langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördert.

Einwohnerzahlen der Ortsteile zum 31.12.2021:

Ammern:	1244
Dachrieden:	278
Dörna:	350
Eigenrode:	247
Horsmar:	496
Kaisershagen:	371
Kleinkeula:	93
Lengefeld:	800
Menteroda:	1440
Reiser:	384
Sollstedt:	121
Urbach:	286
Zaunröden:	76

Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zaunröden haben in einer Bürgerbefragung mit großer Mehrheit (mehr als 80 %) für eine Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal und damit dem Verbleib im Unstrut-Hainich-Kreis votiert. Durch die Eingemeindung der Gemeinde Menteroda wird die räumliche Verbindung des Ortsteils Zaunröden mit der ursprünglichen Gemeinde Unstruttal begründet und dem geäußerten Willen der Einwohner Zaunrödens Geltung verschafft.

### **Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Abwasser- und Trinkwasserversorgung der einzelnen Gemeinden wird abgesichert durch die Zweckverbände Obereichsfeld (WAZ) und Ost-Obereichsfeld, Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal, Abwasserversorgung Mühlhausen und Umland, der Trink- und Abwasserversorgung Notter sowie der Gewässerunterhaltungsverbände.

Daraus resultierend müssen die Stimmenanteile innerhalb der Verbände nach Neugliederung angepasst werden. Folglich ist dies ein verhältnismäßig geringer Verwaltungsaufwand.

Die dadurch entstehenden Synergieeffekte ermöglichen eine weitere Transparenz des Verwaltungshandelns innerhalb der Verbände.

### **Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Für die Lebensqualität bildet die zukünftige Kindertagesstätten-Struktur mit 5 Kindertagesstätten - bestehend aus kommunalen Einrichtungen und freien Trägern - mit einer Gesamtkapazität von 364 zu betreuenden Kindern eine zukunftsorientierte

Perspektive, vorrangig für junge Familien. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine sehr gute Belegung aus. Dies zeugt von einer hohen Qualität des pädagogischen Personals.

Weiterführend bietet das jetzige und auch zukünftige Unstruttal seinen jungen Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit an einer ortsnahe Schulbildung von der Grundschule bis zur weiterführenden Regelschule. So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Lengefeld und Dörna die Grundschule im Ortsteil Ammern. Durch die Gemeinschaftsschule Menteroda ergeben sich neue Synergieeffekte, wie zum Beispiel gemeinsam gestaltete Schulprojekte um positive Wirkungen durch Kommunikation und Kooperation entstehen lassen zu können.

Darüber hinaus sind für die kommunale Daseinsvorsorge in den Ortsteilen Jugendclubs/ Jugendtreffs vorhanden, welche die Gemeinde Unstruttal nach Neugliederung auch weiterhin erhalten und unterstützen werde. Damit soll zukünftig auch zum sozialen Wohlbefinden der Jugend in den Gemeinden beigetragen werden.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Sie sind eine der Grundlagen, die ein ländliches Gemeinschaftsleben prägen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Gemeinde Unstruttal auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die Gemeindestrukturen weisen in allen Ortsteilen auch Friedhofsflächen aus.

Dies gilt insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind. Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Die jetzige Gemeinde Unstruttal kann eine sehr gute Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde vorweisen, ebenso wie mit den einzugliedernden Ortsteilen. Auch hier spielt der festgelegte Kreisbrandmeisterbereich des Unstrut-Hainich-Kreises eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren bereits jetzt schon im kommunikativen Austausch stehen. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Die gute Zusammenarbeit wird durch den Kreisbrandinspektor und den jeweiligen Ortsbrandmeistern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch schlagkräftiger machen. Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran.

Im Ortsteil Ammern befindet sich ein Seniorenheim und ein weiteres ist in Menteroda vorgesehen.

Eine Zusammenarbeit der Gemeinde Unstruttal und Menteroda findet schon im Bereich der Bauhöfe durch eine gegenseitige Techniknutzung (Radlader, Traktor, Maschinen) im gegenseitigen Einvernehmen statt. Mit der Gemeindeneugliederung können diese Synergieeffekte noch verstärkt und die Aufgabenerfüllung effizienter gestaltet werden.

Auch im Verwaltungsbereich existiert bereits eine enge Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf den fachlichen Erfahrungsaustausch mit den anderen Gemeinden. Personelle Hilfen bei der Bewältigung der Verwaltungstätigkeiten haben sich schon etabliert.

Kernpunkte dieser guten Zusammenarbeit bilden die Kenntnisse der einzelnen Verwaltungsabläufe in den Ortsteilen.

### **Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

1995 wurde der Weg der sechs Gemeinden, bestehend aus den jetzigen Ortsteilen Ammern, Dachrieden, Eigenrode, Horsmar, Kaisershagen und Reiser zu einem gemeinschaftlichen Zusammenschluss als "Gemeinde Unstruttal" geebnet.

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ etabliert.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zauröden entstand 1994 die Neubildung der Gemeinde Dünwald.

Die Einheitsgemeinde Menteroda wurde 1996 aus den Mitgliedsgemeinden Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt und Urbach gegründet. Die zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft befindliche Gemeinde Obermehler schloss sich der Fusion zum 01.08.1996 nicht an. Die Stadt Schlotheim wurde für diese die erfüllende Gemeinde.

Alle oben genannten Gemeinden gehören derzeit zum Unstrut-Hainich-Kreis.

Bezugnehmend auf diese Antragsstellung auf Neugliederung der Gemeinde Unstruttal entsteht ein Geflecht aus zukunftsorientierten Strukturen innerhalb des Verwaltungshandels als auch zum Wohle der in dieser Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger. Anhand der historischen Darstellung der Gemeindezusammenschlüsse der Vergangenheit lässt sich erkennen, dass die Zielvorstellung zu einer fließenden Gesamteinheit in allen Gemeinden angestrebt wird. Die jetzige Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile können durch die Neugliederung an dieser Gemeinsamkeit zukunftsicher anknüpfen.

Alle künftigen Ortsteile sind überwiegend evangelischer Konfession und die seelsorgerische Betreuung wird durch die Pfarrbereiche organisiert. Die evangelischen Gemeinden der Ortsteile Dörna, Lengefeld, Horsmar und Dachrieden bilden bereits heute einen gemeinsamen Pfarrbereich.

Die gute Zusammenarbeit der Feuerwehren wurde bereits aufgeführt. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation erfolgt bereits.

Die Vereine stehen in den einzelnen Ortsteilen allen Bürgerinnen und Bürgern zur freien Wahl offen. Hier stehen zum Beispiel der Tischtennis-, der Volleyball-, der Kegel-, der Fußball-, Schützen-, Heimat- und Bergmannsvereine sowie die Chöre zur Auswahl. Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise in gemeindeübergreifenden Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmes, Fest der Vereine, Feuerwehr-, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Dorfgemeinschaften.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61
E-Mail:
<a href="mailto:info@gemeinde-unstruttal.de">info@gemeinde-unstruttal.de</a>
Homepage:
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

Das Vereinsleben wird finanziell durch die Vereinsförderung der Gemeinden unterstützt. Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den einzugliedernden Ortsteilen.

### **Bevölkerung und Flächenentwicklung**

Der demografische Wandel ist prägend, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, als Grundlage für alle Bereiche der ländlichen Gemeindeentwicklung. Die beantragenden Gemeinden sowie Ortsteile haben zum 31.12.2021 einen Einwohnerstand von 6.186 Einwohnern und eine Gesamtfläche von 100,47 km<sup>2</sup>. Das bedeutet, dass die Gemeinde Unstruttal auch im Vergleich zur Fläche anderer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Städte in Thüringen eine überschaubare, realistische und sinnvolle Größe erhält.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohner angestrebt. Bezogen auf die beantragte Fusion wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 geringfügig die 6.000er-Marke unterschreiten. Nach eingehender Analyse in Vorbereitung der Fusion hat die geringfügige Unterschreitung keine großen Auswirkungen auf die zielorientierte Entwicklung der Gemeinde Unstruttal, zumal eingeschätzt wird, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation/ Entwicklung der Gemeinde auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als gesichert gilt.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, sind Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum inner- und außerorts zu entwickeln. Gleichzeitig müssen Voraussetzungen zur Schaffung und Nutzung von Gewerbefläche, die ein Garant für zukünftige Arbeitsplätze darstellen, angestrebt werden. Die räumliche Nähe zur benachbarten Stadt Mühlhausen lässt diese positive Entwicklung erwarten.

### **Finanzielle Situationen**

Die Haushaltssituationen in Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituationen der Gemeinden Unstruttal und Menteroda stellen sich hingegen als äußerst positiv dar; sowohl die vergangenen als auch die künftigen Jahre sind selbst mit vorsichtiger Planung als gut zu bewerten.

Die Gemeinde Unstruttal weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 148 € auf und gehört damit zu einer der niedrigsten im Freistaat. Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass alle Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2025 getilgt werden sollten und die Gemeinde Unstruttal sodann schuldenfrei wäre.

Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben im Haushaltsjahr 2021 und 2022 im Vermögenshaushalt insgesamt ein Volumen von 2.485.000 €.

Die Gemeinde Menteroda ist schuldenfrei und weist eine mehr als solide Rücklage auf.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der vergrößerten Gemeinde Unstruttal als positiv zu bewerten.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung zwar kurzzeitig auf ca. 180 € anwachsen, diese liegt aber immer noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt i. H. v. 664 € (Stand 31.12.2020).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Rücklagen zum 31.12.2021:

Unstruttal	1.888.000 €
Menteroda	1.107.000 €
Dörna/Lengefeld	0,00 €
Zaunröden	0,00 €

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Unstruttal:	315.000 €
Menteroda:	0,00 €
Dörna/Lengefeld (anteilig)	743.700 €
Zaunröden (anteilig)	49.900 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand abzufedern.

Mit der Fusion wird eine stabile Haushaltslage erreicht, welche die dauernde Leistungsfähigkeit der zukünftigen Gemeinde gewährleistet und auch zukünftig Investitionen in den Ortsteilen zulassen wird. Die Gemeinde wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung zeitnah ebenfalls abzubauen und gleichzeitig ein hohes Maß an Investitionen in den Ortsteilen zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird sich auf ca. 729 € pro EW belaufen. Im Unstrut-Hainich-Kreis beträgt die Steuereinnahmekraft 697 € pro EW (Stand 31.12.2020).

### **Derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung**

In allen Ortsteilen der vier Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) ist jeweils eine Ortsteilverfassung vorhanden. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen Bestand haben. Da sich dies in den jetzigen Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal bewährt hat, soll auch zukünftig ein ausgewogenes Gleichgewicht zu allen Ortsteilen der Gemeinde Unstruttal entstehen. Die daraus resultierende Stärke der jeweiligen Ortsteile als auch des ländlichen Raums sind Ziele dieses Umsetzungsprozesses.

### **Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösungen der Gemeinden Anrode und Dünwald führen zur Verlagerung der Kreisgrenze zum Eichsfeldkreis als auch der territorialen Grenzen zur Stadt Mühlhausen.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:  
03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Die beabsichtigte Neugliederung der Gemeinde Unstruttal sorgt zukünftig für eine „stabile“ Kreisgrenze insbesondere zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis, weitere kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen insbesondere in den Eichsfeldkreis sind mittel- und längerfristig nicht mehr zu erwarten. Die Fusion führt damit auch zu längerfristigen Stabilisierungen des Kreisgebietes des Unstrut-Hainich-Kreises.

Die umliegenden Gemeinden und Zentralen Orte – insbesondere die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert. Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Stärkung.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Gemeinde Unstruttal auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Grundsätzlich sollen durch die freiwilligen Neugliederungen in Thüringen Gemeinden in ihren Strukturen gestärkt werden, um langfristig Herausforderungen des demografischen als auch wirtschaftlichen Wandels im ländlichen Raum positiv entgegenzustehen, Verwaltungen handlungsfähiger zu machen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine Chance einer hohen Lebensqualität bieten. Diese Aspekte sieht das Land Thüringen in seinen Leitlinien für ein zukunftssicheres Thüringen vor.

Gemeinden mit ihren Ortsteilen sind Orte des Wohnens und des Lebens. Die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger verbringen ihre Freizeit, nutzen sportliche sowie kulturelle Angebote und knüpfen ihre sozialen Kontakte.

Die im Antrag dargestellten Positionen, welche die Gemeinden mit ihren Ortsteilen verbinden, werden durch die Fusion gestärkt und können ausgebaut werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Gemeinde Unstruttal befindlichen Ortsteilen identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden. Durch eine Vereinheitlichung und eine transparentere Vereinsförderung können die dazugewonnenen Vereine in das bestehende Vereinsleben der Gemeinde Unstruttal integriert werden. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte beeinflussen das Wir-Gefühl der zukünftigen Gemeinde Unstruttal positiv.

Die Neugliederung ermöglicht, dass vorhandene Wissen und die Erfahrungen der einzelnen Gemeindeverwaltungen im Hinblick auf die Gewinnung von Gewerbeansiedlungen und Erweiterung des Wohnungsbaus zu Bündeln. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Fusion, der zu einer zukunftsorientierten Verbesserung des ländlichen Lebens für unsere Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Damit kann dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:
03601 / 88626 61
E-Mail:
Info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de



zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit der zukünftigen Gemeinde Unstruttal soll effizienter und transparenter in ihren Arbeitsprozessen gestaltet werden, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Durch die neuen technologischen Möglichkeiten können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Chance bieten, jederzeit die Serviceleistung der Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Trotz dessen legen wir Wert darauf, dass die Ansprechpartner für unsere Bewohner erhalten bleiben.

So soll für einen Zeitraum bis mindestens 31.12.2027 eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung in den Räumen der bisherigen Gemeindeverwaltung Menteroda erhalten bleiben, um eine bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur zu gewährleisten. Die Entfernungen für die Bürgerinnen und Bürger zu einem Verwaltungsstandort betragen somit in der Anfangszeit des Fusionsprozesses keine 10 km, auch können bisherige ÖPNV-Strukturen weiterhin genutzt werden.

Durch das Zusammenführen der Verwaltungsstrukturen werden fachliche Bereiche konzentriert, die zu einer Stärkung der Kernverwaltung beitragen. Die Spezialisierung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ermöglicht eine professionellere Aufgabenerfüllung. So werden langfristig personelle Einsparungen gewährleistet, der altersbedingte Personalabbau sowie personalbedingte Ausfälle besser kompensiert. Durch die Übernahme von 8 Mitarbeitern verstärkt sich die Gesamtverwaltung der neuen Gemeinde Unstruttal personell auf insgesamt 16 Mitarbeiter, so dass zukünftig die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben erleichtert wird. Durch die Zusammenlegung der Bauhöfe erfolgt eine effektivere Aufgabenerfüllung und eine bessere Techniknutzung.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt als auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Unstruttal gesichert werden können. Sie ermöglicht dadurch eine bessere Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **Bürgerbeteiligung**

Eine moderne Gemeindepolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunalpolitischer Entscheidungen haben. Die Bürgerinnen und Bürger aller Gemeinden sind durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen sowie Bürgerbefragungen bezüglich der Fusion aktiv an der Neugliederung einbezogen wurden. Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Unstruttal durch das Amtsblatt zur geplanten Fusion informiert:

Hervorzuheben ist hier die sehr hohe Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein mehr als klares Votum gegeben haben. In den Ortsteilen Dörna und Lengefeld haben sich 63% bzw. 79%, im Ortsteil Zaunröden mehr als 80 % der an der Abstimmung teilgenommenen Einwohner der Ortsteile für eine Zukunft in der Gemeinde Unstruttal entschieden.

Im Dezember 2021 geplanten Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen der Gemeinde Menteroda mussten pandemiebedingt leider abgesagt werden.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

#### **Zentrale:**

03601 / 68626 61
E-Mail:
info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de

Aber im Rahmen eines regen persönlichen Kontaktes und Austausches der Amtsträger mit den Bürgerinnen und Bürgern zeigte sich eine hohe Zustimmung für die beabsichtigte Gemeindeneugliederung. So involvierte sich auch der Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal zu Informationsveranstaltungen mit den Ortsteilbürgermeistern, Ortsteilräten und Vereinsvertretern in Menteroda.

Die einzelnen Beschlüsse der Gemeinderäte und die jeweiligen Mehrheiten legen Zeugnis davon ab, dass die beabsichtigte Gemeindeneugliederung allseits so gewünscht wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrages, vor allem zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für die beantragte Gemeindestruktur entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister Gemeinde Unstruttal



Bürgermeister Gemeinde Menteroda



Bürgermeister Gemeinde Anrode

Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald

#### Anlagen

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
Info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de



Ammern



Dachrieden



Eigenrode



Horsmar



Kaisershagen



Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal

Der Bürgermeister

Gemeinde Unstruttal, Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis  
Kommunalaufsicht

Lindenbühl 28/29  
99974 Mühlhausen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum  
02.06.2022

## Stellungnahme zu den von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken

Sehr geehrter Herr

mit Schreiben vom 25.05.2022 forderten Sie uns auf, zu der von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken vom 20.05.2022 Stellung zu beziehen.

Gemäß der Stellungnahme der Stadt Mühlhausen an die Ministerien sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen hinsichtlich der Gemeindegebietsreform möchten wir, die Gemeinde Unstruttal und Menteroda, folgende Gegendarstellung vornehmen:

Zunächst halten wir die Aussagen von unserem Antrag vom 28.01.2022 vollständig aufrecht. Bei unserem Antrag handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal zur Eingliederung der Ortsteile nach Unstruttal. Es kann dabei nicht explizit in jedem Einzelfall auf jede einzelne Situation eingegangen werden. Für die beabsichtigte Neugliederung möchten wir dahingehend nun ergänzend präzisieren.

### Infrastruktur und Raumordnung (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 2)

In unserem Antrag sind bei den infrastrukturellen Beziehungen die Thematiken des gut ausgebauten Straßenverkehrsnetzes sowie ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen für eine zusätzliche Verkehrsanbindung Grundlagen für die Erreichbarkeit der Orte untereinander. Sowohl Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen ermöglichen dies. Zur Veranschaulichung ist eine entsprechende Karte beigelegt. Das derzeit vorhandene Straßennetz verbindet alle Ortsteile.

Derzeit ist keine direkte Verbindung von Sollstedt und Kleinkeula zur Gemeindeverwaltung Menteroda vorhanden, sodass bereits jetzt über die Gemarkung Mühlhausen oder den Kyffhäuserkreis gefahren werden muss. Dies stellte bisher keine Probleme dar.

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Mit der Fusion nach Unstruttal verbessert sich die direkte Straßenanbindung innerhalb der Gemeinde von Sollstedt und Kleinkeula zu dem Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern über die L2038.

Der Stellungnahme der Stadt Mühlhausen ist beizupflichten, dass auf S. 46 bezüglich der Gesamtausdehnung der neu entstehenden Gemeinde der Gesetzesentwurf von unkorrekten Angaben ausgeht. Die maximale Ost-West-Ausdehnung zwischen den entferntesten Punkten im Gemeindegebiet beträgt ca. 23 km, stellt man auf die jeweiligen weit entferntesten Ortsteile Dörna und Urbach ab, beträgt sie immerhin noch 18 km. Auch in Nord-Süd-Richtung kann eine maximale Ausdehnung – je nach Messpunkten – von 12 km angenommen werden.

Relevant ist jedoch das Abstellen auf die Entfernungen zwischen den Ortsteilen sowie den zukünftigen Verwaltungssitzen der Gemeinde, hier darf auf die Darstellungen im Referentenentwurf auf S. 46 am Ende/ S. 47 sowie den Neugliederungsantrag der Gemeinde Unstruttal (S. 4) verwiesen werden.

Auch darf an dieser Stelle noch auf § 9 Abs. 9 des Eingliederungsvertrages zwischen den Gemeinden Unstruttal und Menteroda verwiesen werden, mit der sich die Gemeinde Unstruttal verpflichtet, eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung im Ortsteil Menteroda mindestens für die nächsten 5 Jahre bis zum 31.12.2027 zu unterhalten. Eine bürgernahe Verwaltung, wie sie das Leitbild (Drs. 6/4876) fordert, ist dadurch gewährleistet. Dies stellt mit der Außenstelle Menteroda zusätzlich die Weichen für die bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur. Des Weiteren wird die Digitalisierung der Verwaltungen effizienter und transparenter gestaltet, sodass den Bürgerinnen und Bürger zudem eine weitere Möglichkeit der Erreichbarkeit geschaffen wird.

Die Stadt Mühlhausen interpretiert auf Seite 2 „Falsch ist die Aussage, dass gute Bus- und Bahnverbindungen bestehen, weil es nicht eine einzige direkte Bus- oder gar Bahnverbindung zwischen dem Ortsteil Menteroda und dem Sitz der Gemeinde Unstruttal gibt.“ Auf Seite 47 des Entwurfs zur Neugliederung ist geschrieben: „Im öffentlichen Personennahverkehr bestehen gute Bus- und Bahnverbindungen, die im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises noch weiter verbessert werden sollen.“ Es ist somit nicht im Gesetzesentwurf geschrieben, dass Menteroda und Ammern direkte Bus- und Bahnverbindungen vorweisen. Weiterhin werden bspw. Sollstedt und Kleinkeula der Gemeinde Menteroda bereits jetzt über „Ammern“ der Linie 112 angebunden.

*Diese Interpretation der Stadt Mühlhausen können wir somit nicht nachvollziehen.*

Des Weiteren wurde nach intensiven Gesprächen mit dem Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises, Herrn Harald Zanker, die Möglichkeit geschaffen, eine Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Zuge der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel umzusetzen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt bestehen Anbindungen vom Ortsteil Ammern zu den Ortsteilen Dörna und Lengfeld über die Regionallinie 171. Die Ortsteile Kleinkeula, Sollstedt und Zaunröden sind über die Regionallinie 112 vom Ortsteil Ammern aus erreichbar. Beide Linien werden von der Regionalbus GmbH bedient. Von der Stadt Mühlhausen besteht eine Anbindung zur Gemeinde Menteroda, welche bis zur Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises genutzt werden kann. Ein Auszug aus dem Liniennetzplan der Regionalbus GmbH ist der Stellungnahme beigelegt. Somit sind alle künftigen Verwaltungssitze über den ÖPNV auch jetzt schon und künftig noch besser erreichbar.

*Die Interpretation der Stadt Mühlhausen zu direkten Wegeverbindungen kann unsererseits somit nicht nachvollzogen werden, um eine Bürgerferne zu kreieren.*

Auf Seite 2 der Stellungnahme unterstellt die Stadt Mühlhausen, dass Strukturen geschaffen werden sollen, die sich schädlich auf die Entwicklung der Stadt Mühlhausen auswirken. Mühlhausen ist in seiner Entwicklung nicht beeinträchtigt, da aktuelle Ausweisungen von B-Plänen sowohl im Bereich der Wohnbebauung sowie im Bereich der Gewerbeansiedlungen zeigen, dass die derzeitige und künftige gute Entwicklung der Stadt Mühlhausen unabhängig von den Gemeinden steht. Die im Bau befindliche B247n erschließt zusätzlich weitere Ortsteile der Stadt Mühlhausen und steigert die Attraktivität sowie Anbindungen der Stadt.

Die Behauptung, dass die Stadt Mühlhausen mehrfach kundgetan hat, Unstruttal und Menteroda einzugemeinden, können wir nicht nachvollziehen. Seit dem Prinzip der Freiwilligkeit hat sowohl die Gemeinde Unstruttal als auch die Gemeinde Menteroda keine schriftliche Anfrage bezüglich der Interessenbekundung seitens der Stadt Mühlhausen erhalten.

Auf der beiliegenden bodengeologischen Karte ist zu erkennen, dass alle Ortsteile bodengeologisch annähernd gleich sind.

*Gemäß der Stellungnahme seitens der Stadt Mühlhausen sind die Aussagen somit zu entkräften.*

#### **Feuerwehren (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 3)**

Die Ausführung der Stadt Mühlhausen, dass „gemeindeübergreifende Alarmierungen“ in Unstruttal und Menteroda festgelegt worden seien, entspricht nicht dem Referentenentwurf auf Seite 47. Selbst die Gemeinde Unstruttal hat 4 eigene Ausrückebereiche. Weiterhin ist im Ortsteil Ammern ein Spezialfahrzeug stationiert, welches sogar landkreisweit alarmiert werden kann. Somit ist die Aussage „gemeindeübergreifende Alarmierung“ korrekt. Weiterhin kann hierzu beispielhaft erwähnt werden, dass bei einem größeren Einsatz am 19.12.2021 bei einem Gebäudebrand in Sollstedt der Gemeinde Menteroda die Feuerwehren der Ortsteile Ammern und Eigenrode im Einsatz waren. Am 23.04.2022 wurde die Feuerwehr Lengefeld zu einem Verkehrsunfall in die Gemarkung Ammern alarmiert. Beispielsweise ist in der Alarm- und Ausrückordnung von z.B. Lengefeld geregelt, dass bei bestimmten Stichworten das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr Ammern mitalarmiert wird. Somit ergänzen sich die Feuerwehren. Ein gemeinsamer Kreisbrandmeisterbereich ist vorhanden.

*Die Aussage der Stadt Mühlhausen ist aus diesem Gesichtspunkt entkräftet.*

#### **Gewerbe- und Wohngebiet (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 3)**

Der von der Stadt Mühlhausen angesprochene Bebauungsplan des Gewerbegebietes „Im Sande“ wurde von der damaligen Gemeinde Ammern am 20.03.1992 begonnen. Die Genehmigung für die Gemeinde Ammern erfolgte am 10.03.1995 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt.

In dem Gewerbegebiet „Im Sande“ sind ein Baumarkt, zwei Einzelhandelsgeschäfte mit Bekleidung und Schuhe (beides Filialen), zwei Autohäuser, ein Discounter, eine Tankstelle sowie ein Blumenlädchen und Bäcker ansässig.

Hierbei kann nicht auf innerstädtischen Handel abgezielt werden, geschweige denn auf eine innerstädtische Schädigung. Ein Baumarkt, ein Autohaus oder gar eine Tankstelle sind bereits keine innenstadtrelevanten Sortimente. Die Geschäfte des Einzelhandels zielen nicht auf eine innerstädtische Schädigung, sondern erfüllen den Grundversorgungsauftrag der Gemeinde.

Das sogenannte neue Wohngebiet der vormalig selbständigen Gemeinde Ammern wurde durch das Thüringer Landesverwaltungsamt am 17.08.1992 genehmigt. Man kann dem entnehmen, dass auch hier bereits fast 30 Jahre vergangen sind.

Eine ständige Gebietsvergrößerung der Gemeinde Unstruttal, wie von der Stadt Mühlhausen auf Seite 3 behauptet wird, wurde nie durchgeführt. Die Gemeinde Unstruttal hat sich 1995 gegründet und hat in dieser Form seither Bestand. Die erste Gebietsvergrößerung ist zum 01.01.2023 vorgesehen. Die Gemeinde Unstruttal als künstlich zu erhaltendes Gebiet zu bezeichnen, ist anmaßend. Die Gemeinde Unstruttal ist eine seit 1995 gewachsene Einheit, welche ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt hat, dies täglich lebt und ein gesamtes Verflechtungsgebilde darstellt. Dies trifft ebenso für die Gemeinde Menteroda zu. Die Ausführungen der Stadt Mühlhausen zeigen einmal mehr, dass es nur um den Ortsteil Ammern geht. Die dementsprechende Abwertung der weiteren Ortsteile steht diesem gleich. Ein ausgewogenes Größenverhältnis aller künftigen Ortsteile wird das Zusammenwachsen aller Ortsteile positiv fördern. Ein hiesiger Zusammenschluss bedeutet, dass zwei Gemeinden auf Augenhöhe den ländlichen Raum stärken und die Stadt Mühlhausen in keiner Weise schwächen. Eine gute Stadt-Umland-Beziehung ist für die Stadt Mühlhausen ebenso gewinnbringend.

*Auch diese Aussagen der Stadt Mühlhausen sind unsererseits zu entkräften.*

### **Grundlegende Aspekte der Neugliederung**

Das Konfliktpotenzial zwischen der Stadt Mühlhausen und der Gemeinde Unstruttal besteht nicht erst seit der Thematik der angestrebten Gemeindefusion. Seit Jahren bestehen Unstimmigkeiten. Die Gemeinde Unstruttal wird in ihrer Entwicklung gehindert, wozu sie gesetzlich verpflichtet ist.

Mit Beschluss vom 13.12.2017 bezüglich der „Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen“ durch den Thüringer Landtag unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017 wurden die Rahmenbedingungen für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden geschaffen. Mit Schaffung dieser Rahmenbedingungen hat der Gesetzgeber ein klares Statement gesetzt, bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine enorm hohe Bedeutung einzuräumen.

Aus diesen Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber heraus, haben sich die Gemeinden Unstruttal sowie Menteroda, Anrode und Dünwald für eine freiwillige Neugliederung entschieden. Die Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile bzw. Gemeinde mit ihren Ortsteilen wollen die bisherigen Strukturen stärken, um langfristig den Herausforderungen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels gerade im ländlichen Raum verstärkt entgegenzustehen. Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden. Die Bereitschaft des freiwilligen Zusammenschlusses steht hierbei klar im Fokus. Die Gemeinderäte der Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben jeweils einstimmig dafür gestimmt. Die übereinstimmenden Beschlüsse aller beteiligter Gemeinden zeigt hier eine Eindeutigkeit. Eine moderne Gemeindepolitik setzt vor allem voraus, dass das Demokratieprinzip umgesetzt und gelebt wird. Dieses Zeichen der Demokratie seitens der Stadt Mühlhausen nicht anzuerkennen, ist höchst anmaßend. **Der gemeinsame Antrag aller beteiligten Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) zeigt, dass hier diese „neue“ Gemeinde Unstruttal genauso entstehen soll.**

Ziel des Leitbildes ist auch der Erhalt der Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort. Nach unserer Einschätzung ist dies eher im ländlichen Raum beim Erhalt kleinteiliger Strukturen der Fall – auch bei einer Ausweitung der administrativen Grenzen. Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda sind seit jeher eigenständig und waren in ihrer elementaren Grundversorgung auf sich selbst ausgerichtet, ein Gleichgewicht kommunaler Strukturen eher in einer Kleingliedrigkeit zu erreichen. Die zukünftigen Ortsteile sind in ihrer Größe und Einwohnerzahl homogen.

Für die politische Mitwirkung ist es daher wahrscheinlicher, dass mehrere Vertreter verschiedenster Ortsteile im zukünftigen Gemeinderat vertreten sind, als in einer Struktur, die von einer großen Kernstadt dominiert werden. Insoweit trägt die vorliegende Neugliederung ebenfalls den Zielen zur Stärkung des Ehrenamtes vor Ort Rechnung.

#### **Elementare Grundversorgung (bezugnehmend der Stellungnahmen auf S. 2, 3)**

Die bisherigen Gemeinden Unstruttal und Menteroda sind im Regionalplan Nordthüringen 2012 nicht als Grundzentrum ausgewiesen und dem Grundversorgungsbereich der Stadt Mühlhausen zugeordnet. Allerdings nehmen die beiden Gemeinden bereits seit mehreren Jahren eine Vielzahl zentralörtlicher Funktionen wahr und verfügen über eine Vielzahl von Einrichtungen, die sonst auch ein Grundzentrum wahrnimmt.

In den Gemeinden Unstruttal und Menteroda stehen für das Gemeinwohl und der Grundversorgungssicherung für die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise zur Verfügung:

**Unstruttal:** Allgemeinmediziner, Physiotherapie, Bankfiliale, Seniorenheim, Nahversorger, Tankstelle, Grundschule, Regelschule, Kindertagesstätten, Sporthalle, Spielplätze, Schützenhaus, Fußballanlagen, Tennisanlage, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehren, Jugendclubs, Autohäuser, KFZ-Werkstätten, Elektrofachhandel, Elektrofirmen, Radhandel, Wohnwagenverkauf, Versicherungsvertreter, kleiner Dorfladen, gastronomische Einrichtungen, Übernachtungsmöglichkeiten.

**Menteroda:** Allgemeinmediziner, Zahnarzt, Apotheke, Physiotherapie, Bankautomat, Seniorenheim, Nahversorger, Tankstelle, Gemeinschaftsschule, Kindertagesstätte, Sporthalle, Spielplätze, Fußballanlagen, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehren, Jugendclubs, KFZ-Werkstätten, Elektrofachhandel, Elektrofirmen, Versicherungsvertreter, gastronomische Einrichtungen, Übernachtungsmöglichkeiten.

Diese Einrichtungen haben in den letzten Jahren zu einer gewissen räumlichen Stabilisierung und Leistungsfähigkeit der Siedlungsstruktur beigetragen. Menteroda übernimmt auch Aufgaben für die Gemeinde Helbedündorf aus dem benachbarten Kyffhäuserkreis, so sind beispielhaft die Gemeinschaftsschule und die Nahversorgung (Lebensmittelmärkte) zu nennen. Somit erfüllt bereits jetzt die Gemeinde Menteroda eine gewisse Abdeckung für die Gemeinde Helbedündorf.

*Die Aussagen der Stadt Mühlhausen können aus den von uns dargestellten Gesichtspunkten auch hier ebenfalls entkräftet werden.*

#### **Fazit**

Zusammenfassend ist die beantragte Neugliederung eine Basis dafür, die vorhandenen Kräfte und Ressourcen aller beteiligten Gemeinden mit ihren Ortsteilen so zu bündeln, dass die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur gestärkt werden. Durch die Übernahme von Mitarbeitern aus Anrode, Dünwald und Menteroda werden künftig 17 Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung tätig sein. Daraus resultierend wird eine effektivere und spezialisiertere Aufgabenwahrnehmung gegeben sein. Mit allen Mitarbeitern der Verwaltung wurden bereits Personalgespräche geführt, um den künftigen Arbeitsbereich zu definieren. Um einen reibungslosen Ablauf ab dem 01.01.2023 zu gewährleisten, werden bereits jetzt Mitarbeiter entsprechend geschult. Wesentliche Umsetzungsschritte wurden bereits begonnen, so sei beispielhaft die Angleichung von Hard- und Software zur Vernetzung der Verwaltungsstandorte, die Anpassung von Straßennamensdopplungen, Organigrammerstellung, Anpassung von Stellenbeschreibungen, Schaffung von Räumlichkeiten, vorbereitende Arbeiten zu Vertragsanpassungen etc. Gespräche mit allen künftigen Ortsteilfeuerwehren, Gespräche mit Ortsteilräten, Kindertagesstätten usw. wurden bereits geführt.

Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität bieten und zukünftig eine stärkere Identifikation mit ihrem Heimatort sichern! Dies kann nur mit einer leistungsstärkeren und effizienteren Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde erfüllt werden.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Unstruttal, 08.06.2022

Menteroda, 08.06.2022

Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal

Bürgermeister der Gemeinde Menteroda

**Anlagen**

Auszug Liniennetzplan der Regionalbus GmbH

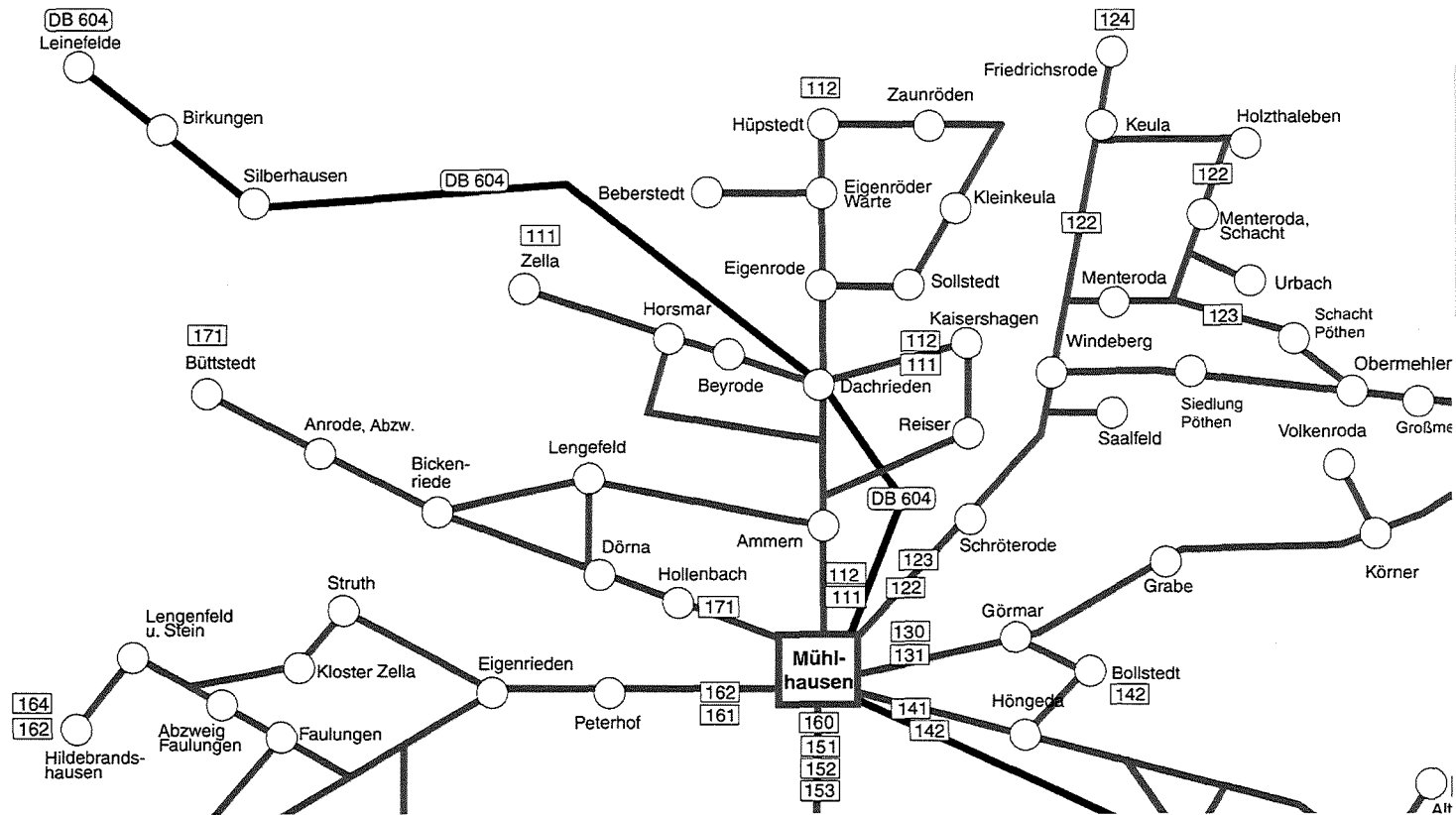
Auszug Regionallinien 112 und 171 der Regionalbus GmbH

Auszug Straßennetz

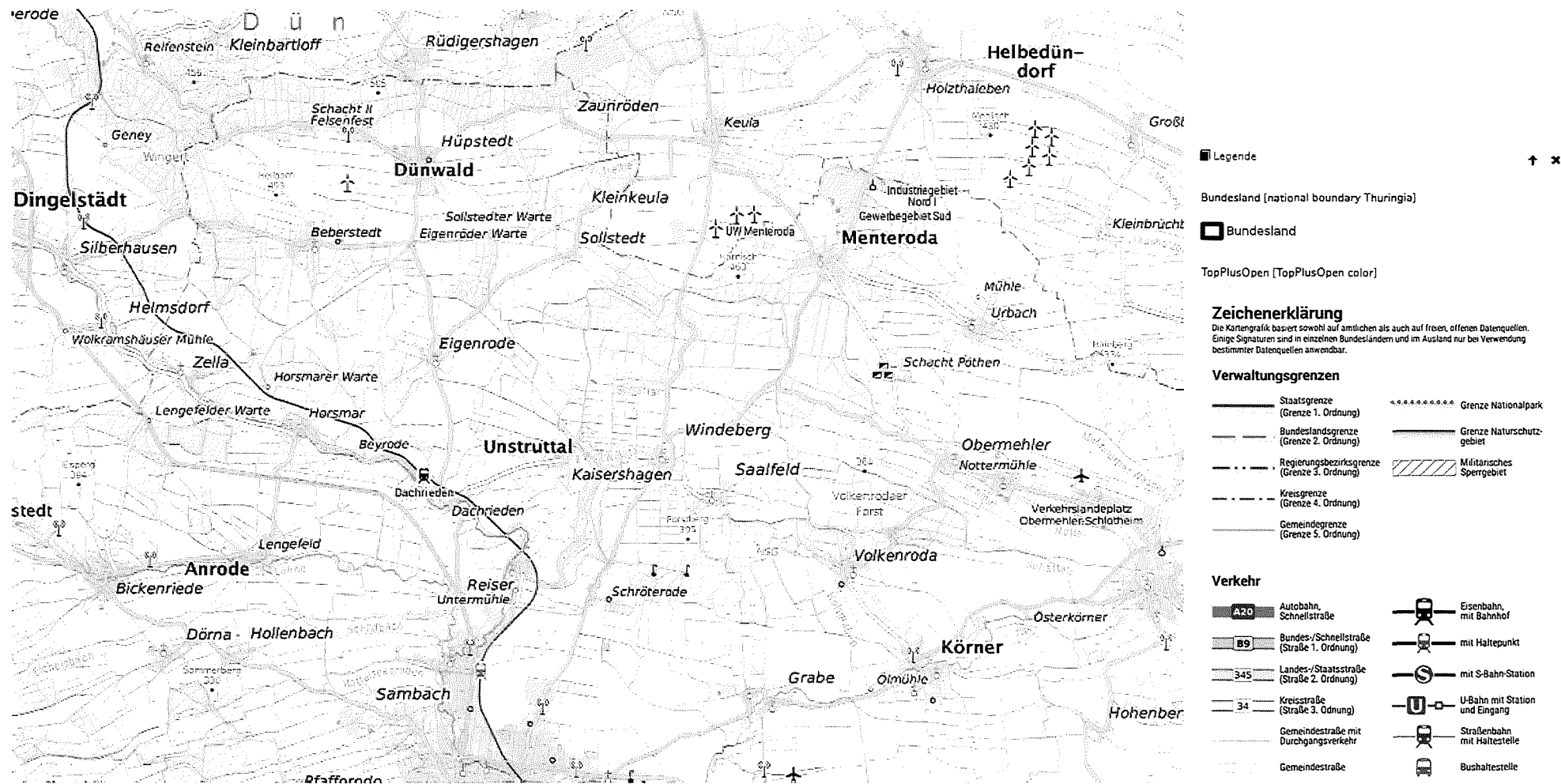
Bodengeologische Karte



## Auszug aus dem Liniennetzplan der Regionalbus GmbH

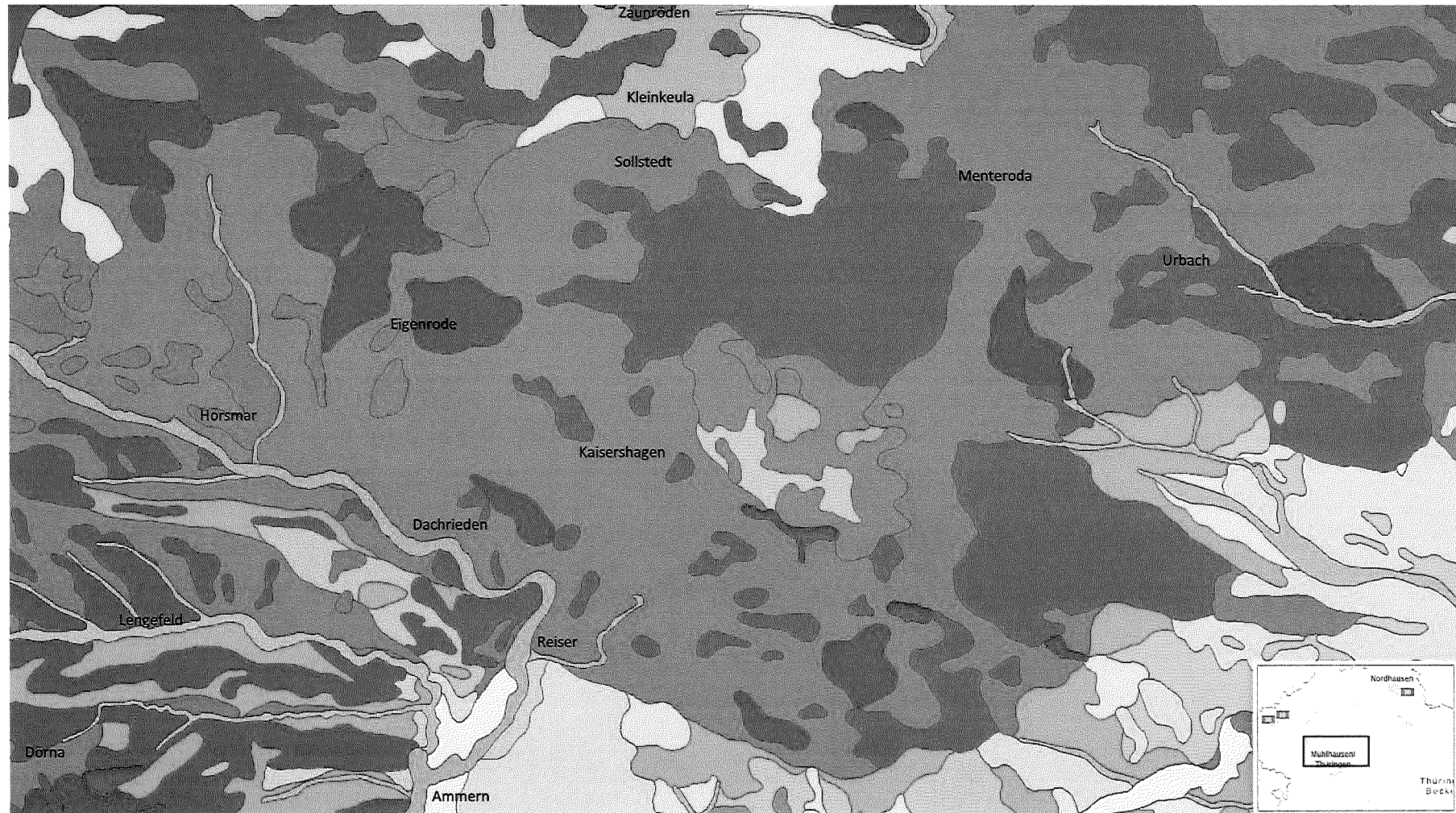


# Auszug Straßenverkehrsnetz



<https://thuingenviwer.thuringen.de/thviwer/inspire.html>

## Bodengeologische Karte



Quelle: <https://thuringenviewer.thueringen.de/thviewer/>

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Rannstedt Bürgermeister</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Rannstedt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Dorfstraße 21</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99518 Rannstedt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Rannstedt Bürgermeister	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Rannstedt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 21	Postleitzahl, Ort	99518 Rannstedt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Rannstedt Bürgermeister	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Rannstedt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 21									
Postleitzahl, Ort	99518 Rannstedt										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</p>										

	Vertretung der Gemeinde Rannstedt nach außen, Leitung der Gemeinde	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Die Gemeinde Rannstedt begehrt die Auflösung der Gemeinde Rannstedt und zeitgleich die Eingliederung der Gemeinde Rannstedt als Ortschaft in die Stadt Bad Sulza.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	
	<input checked="" type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
6.	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenz- dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rannstedt, 17.06.2022	

**GEMEINDE RANNSTEDT**  
- Der Bürgermeister -

Gemeinde Rannstedt, Dorfstraße 21, 99518 Rannstedt

Landratsamt Weimarer Land  
Kommunalaufsicht  
Herrn  
Bahnhofstraße 28  
99510 Apolda

Datum: 27.01.2022

**Freiwillige Gemeindeneugliederung gemäß ThürGFfG  
hier: Neugliederungsantrag**

Sehr geehrter Herr  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Rannstedt und die Stadt Bad Sulza haben jeweils am 18.11.2021 gleichlautende Beschlüsse zur Eingliederung der Gemeinde Rannstedt in die Landgemeinde Stadt Bad Sulza gefasst.

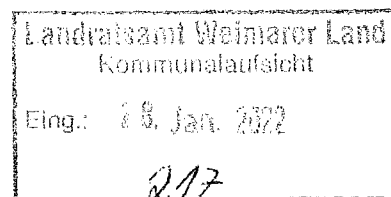
**Die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt beantragen daher, die Gemeinde Rannstedt aufzulösen und in die bestehende Landgemeinde Stadt Bad Sulza einzugliedern.**

Die Neugliederung soll zum 31.12.2022 bzw. 01.01.2023 erfolgen. Wir bitten diesen Antrag nach wohlwollender Prüfung an das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales weiterzuleiten.

Kopien der Beschlüsse der Stadt Bad Sulza (Beschluss-Nr. 250 – XX / 2021) und der Gemeinde Rannstedt (Beschluss-Nr. 44 – 10 / 2021), die jeweiligen Sitzungseinladung an die Gemeinde-/ Stadtratsmitglieder, der Aushänge der Einladung zur öffentlichen Sitzung, sowie die Antragsbegründung liegen Ihnen bereits vor.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Bürgermeister



28/01 Han → 1. UL bitte  
einscannen.  
z. Han

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Bürgermeister</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Riethgen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Puschkinplatz 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99638 Kindelbrück</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bürgermeister	Gemeinde Riethgen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 1	Postleitzahl, Ort	99638 Kindelbrück
	Name	Organisationsform									
	Bürgermeister	Gemeinde Riethgen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Kindelbrück c/o VG Kindelbrück									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Puschkinplatz 1									
Postleitzahl, Ort	99638 Kindelbrück										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</p>										



	Ehrenamtlicher Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, als Antragsteller. <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsamer <u>Antrag</u> der Gemeinden <u>Riethgen</u> und <u>Kindelbrück</u> auf freiwillige Gemeindeneugliederung – Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück</li> <li>- sowie Antragsbegründung zum Eingliederungsvertrag</li> </ul>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<b><u>Zur Antragstellung wurden wir nicht gebeten oder aufgefordert.</u></b>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenz-</b> <b>dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Kindelbrück, 30.06.2022	

# Gemeinde Riethgen

## Der Bürgermeister

---

Landratsamt Sömmerda  
Kommunalaufsicht

Bahnhofstraße 9

99610 Sömmerda

---

Ihr Zeichen:  
Ihr Schreiben:

Unser Az:  
Unser Schreiben:

27.01.2022

### **Gemeinsamer Antrag der Gemeinden Riethgen und Kindelbrück auf freiwillige Gemeindeneugliederung – Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellt die Gemeinde Riethgen einen gemeinsamen Antrag mit der Landgemeinde Kindelbrück, auf freiwillige Gemeindeneugliederung – durch Auflösung der bisherigen Gemeinde Riethgen und Eingliederung in die Landgemeinde Kindelbrück.

Diesem Antrag liegen die hier angefügten und beglaubigten Beschlüsse der Gemeinderäte Riethgen und Kindelbrück zu Grunde.

Als Anlage 1 und damit Bestandteil des Antrages, ist eine Antragsbegründung der beteiligten Gemeinden beigefügt.

Eine weitere Anlage ist der VERTRAG ÜBER DIE EINGLIEDERUNG DER GEMEINDE RIETHGEN IN DIE LANDGEMEINDE KINDELBRÜCK (Stand v. 25.01.2022).

In den Ratssitzungen, am 24.01.2022 in Kindelbrück und 25.01.2022 in Riethgen, wurde der Vertragsentwurf abschließend beraten und über seine Ratifizierung abgestimmt. Die Bürgermeister wurden legitimiert den Vertrag zu unterzeichnen und unverzüglich bei der Kommunalaufsicht mit diesem Antrag vorzulegen.

Sollten sich noch Fragen zu diesem Antrag und / oder seiner Vollständigkeit ergeben, steht Ihnen Herr Eßer Gemeinschaftsvorsitzender unserer Verwaltungsgemeinschaft, oder ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Bürgermeister**  
**Gemeinde Riethgen**

## Anlage 1

### Antragsbegründung zum Eingliederungsvertrag

#### Ausgangslage ist das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Riethgen

Die Gemeinde Riethgen ist verpflichtet ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, denn der Ergebnis- und Finanzplan ist unter Beachtung der Ergebnisse aus Haushaltsvorjahren bis zum Ende des jetzigen Finanzplanungszeitraumes (2024) prognostisch **nicht** auszugleichen. Das Haushaltssicherungskonzept ist wegen des fehlenden Haushaltsausgleichs im Ergebnis- und im Finanzplan grundsätzlich **nicht** genehmigungsfähig.

Der Gemeinderat der Gemeinde Riethgen hat daher in der Sitzung, am 21.04.2021, den folgenden Beschluss einstimmig gefasst:

*„Der Gemeinderat beschließt, die Beauftragung des Bürgermeisters, bis spätestens zum 01.06.2021 mit den Gemeinden Kindelbrück, Sömmerda und Weißensee Gesprächstermine zu vereinbaren. Ziel dieser Gespräche ist die Gemeindeneugliederung (An- oder Eingliederung) innerhalb des jetzigen Finanzplanungszeitraumes, an diesen Gesprächen sollen neben dem Bürgermeister auch Mitglieder des Gemeinderates teilnehmen. Wegen der derzeit gültigen Kontaktbeschränkungen werden die folgenden zwei Gemeinderatsmitglieder hiermit dazu berufen.*

- |                                 |             |
|---------------------------------|-------------|
| 1. Gemeinderat / Gemeinderätin: | Vertretung: |
| 2. Gemeinderat / Gemeinderätin: | Vertretung: |

Die Gemeinde Riethgen erhielt auf ihre Anfrage vom 30. Juni 2021, beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, zur Umsetzbarkeit einer Eingliederung in die Städte Sömmerda oder Weißensee folgende hier auszugsweise wiedergegebene Antwort:

*„Die Gemeinde Riethgen grenzt nicht unmittelbar an die Stadt Sömmerda, sondern befindet sich auf dem Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“ und wird durch die weiteren Mitgliedsgemeinden Büchel und Griefstedt von der Stadt Sömmerda getrennt. Damit würde es im Falle einer alleinigen Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda an einer zusammenhängenden Gemeindefläche fehlen, welche nach den Leitlinien des Thüringer Landtags für die Gemeindegebietsreform (Drs. 6/4876) jedoch als wesentlicher Indikator für das Erreichen der angestrebten Ziele der Gemeindegebietsreform eingestuft ist.*

*Hinzu kommt, dass mit einer solchen Eingliederung zugleich das Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“ zerteilt bzw. die Gebiete der Gemeinden Büchel und Griefstedt vom Gebiet der übrigen Mitgliedsgemeinden abgeschnitten würden. Eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda hätte daher voraussichtlich nachteilige Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden bzw. die Verwaltungsgemeinschaft „Kindelbrück“.*

*Schwerwiegend erscheint dabei insbesondere, dass die Bildung einer Exklave auf dem Gebiet der Gemeinde Riethgen die künftigen Neugliederungsmöglichkeiten der Gemeinden Büchel und Griefstedt beeinträchtigen bzw. dazu führen würde, dass deren Gebiet im Falle einer späteren Neugliederung mit der Gemeinde Kindelbrück ebenfalls eine (u. U. dauerhafte) Exklave bilden würde.*

Vor diesem Hintergrund ist das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales nach aktueller Sachlage der Auffassung, dass eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Sömmerda nicht unterstützt werden kann. Aus hiesiger Sicht käme eine Neugliederung mit der Stadt Sömmerda allenfalls dann in Betracht, wenn für die Gemeinden Riethgen, Büchel und Griefstedt gemeinsam auf freiwilliger Basis eine strukturelle Gesamtlösung gefunden werden kann, die eine Exklavenbildung vermeidet.“

Aus hiesiger Sicht erscheint unter Zugrundelegung der derzeit erkennbaren Gesichtspunkte des öffentlichen Wohls eine Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Gemeinde Kindelbrück als vorzugswürdige Neugliederungsoption. Hierfür sprechen zum einen die hier bekannten Verflechtungsbeziehungen der Gemeinde Riethgen, insbesondere mit Blick ihre langjährige Verwaltungsstruktur sowie die räumlichen Entfernungen zu den potentiellen Neugliederungspartnern. Zum anderen lassen sich mit einer Eingliederung in die Gemeinde Kindelbrück nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven der umliegenden Gemeinden vermeiden. Denn auch eine alleinige Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Stadt Weißensee würde, wie im Falle ihrer alleinigen Eingliederung in die Stadt Sömmerda, dazu führen, dass die künftigen Neugliederungsmöglichkeiten der Gemeinden Büchel und Griefstedt beeinträchtigt werden bzw. im Falle einer Neugliederung dieser Gemeinden mit der Gemeinde Kindelbrück ebenfalls eine Exklave die Folge wäre.“

Nach einem ersten Gespräch zwischen den Bürgermeistern der Gemeinden Riethgen und Kindelbrück, hat der Gemeinderat Kindelbrück einstimmig am 26.07.2021, den Grundsatzbeschluss zur Führung weiterer Sondierungsgespräche für eine Eingliederung der Gemeinde Riethgen in die Landgemeinde Kindelbrück gefasst.

Als Ergebnis dieser Gespräche wurde von den Gemeinderäten, der hier angefügte Eingliederungsvertrag zwischen der Landgemeinde Kindelbrück und der Gemeinde Riethgen jeweils durch Beschluss bestätigt, am 27.01.2022 haben die Bürgermeister diesen dann ratifiziert.

## **1. Bisherige Entwicklung von „Neugliederungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück“**

Seit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat Thüringen am 09. Oktober 2008, befassen sich die Räte der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück mit der Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 Thüringer Kommunalordnung.

Im Jahr 2009 wurden in allen Mitgliedsgemeinden Einwohnerversammlungen einberufen, um in geeigneter Form über die Möglichkeiten einer Gemeindeneubildung zu informieren. Der „Grundsatzbeschluss zur Umwandlung der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück in eine Landgemeinde“, fand dann nur in fünf Mitgliedsgemeinden die erforderliche Mehrheit.

Im Zeitraum von März 2016 bis Mai 2017 haben dann die Räte der Mitgliedsgemeinden die Auflösung ihrer Gemeinden und der Neubildung einer – leibildgerechten - Landgemeinde mit der Stadt Weißensee mehrheitlich beschlossen. Nach mehreren Beratungen mit Vertretern der Stadt Weißensee über einen Zusammenschlussvertrag, wurden am 22. Juni 2017 weitere Verhandlungen seitens der Stadt Weißensee abgelehnt. Als hauptsächlicher Grund dafür wurde die „Nichtigkeitserklärung des Vorschaltgesetzes zur Gebietsreform“ durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof benannt.

Die Gespräche mit allen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück und der Stadt Weißensee in der Sache, wurden seither nicht wiederaufgenommen. Vielmehr war die Stadt Weißensee bemüht durch bilaterale Gespräche, einzelne Mitgliedsgemeinden davon zu überzeugen sich aufzulösen und als Ortsteil in die Stadt Weißensee einzugliedern. Die ehemalige Mitgliedsgemeinde Herrnschwende hat dies zum 01.01.2019 für ihre Gemeinde vollzogen.

Der Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit war einer der Hauptgründe dafür, dass sich vier Mitgliedsgemeinden rechtswirksam zum 01.01.2019 aufgelöst und zur Landgemeinde Kindelbrück zusammengeschlossen haben.

Die Umwandlung der VG Kindelbrück mit allen Mitgliedsgemeinden zur Landgemeinde Kindelbrück wurde in mehreren Verhandlungen versucht, scheiterte aber erneut in den Jahren 2017 - 2019.

#### *Entwicklung der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück*

Auf der Grundlage gleichlautender Beschlüsse im Jahr **1990**, vereinbarten die Mitgliedsgemeinden des ehemaligen Gemeindeverbandes Kindelbrück (Büchel, Frömmstedt, Griefstedt, Kindelbrück und Riethgen) die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zum 01.01.1991. Zum **01.07.1993** wurde die VG Kindelbrück, um die Mitgliedsgemeinden Bilzingsleben und Kannawurf, auf Grund gleichlautender Beschlüsse erweitert. Ein Jahr später, am **01.07.1994** erfolgte die Erweiterung der VG Kindelbrück, um die Gemeinden Günstedt und Herrnschwende.

Die Gemeinde Riethgen hat mit der Landgemeinde Kindelbrück eine gemeinsame Grenze, sie ist seit 1991 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück und war ein Gründungsmitglied.

## **2. Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren**

Die Gemeinde Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück mit ihren vier Ortsteilen (*Bilzingsleben, Frömmstedt, Kindelbrück, Kannawurf*) sind kreisangehörige Gemeinden im Norden des Landkreises Sömmerda. In der Landgemeinde Kindelbrück befindet sich der Sitz der *Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück*, sie ist zuständige Kommunalverwaltung der beiden Orte.

Beide Gemeinden werden im gültigen Regionalplan „Mittelthüringen“ – „als Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“ ausgewiesen. Dieser Raum ist durch eines der größten Obstanbaugebiete in Thüringen, am nördlichen Rand des Thüringer Beckens geprägt.

Mittelzentrum ist die Stadt Sömmerda, Grundzentrum die Stadt Weißensee, sie erfüllen beide wegen ihrer territorialen Nähe gleichzeitig Grundversorgungsfunktionen für die beiden Orte. Die Landgemeinde Kindelbrück hat, neben dem Mittelzentrum Sömmerda und den Grundzentren Weißensee, Greußen sowie Bad Frankenhausen eine zentralörtliche Funktion für die Einwohner der Gemeinde Riethgen.

## **3. infrastrukturelle Beziehungen, z.B. Verkehrswege, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsplätze (einschl. Pendlerbewegungen), Dienstleistungen (wie Ärzte, Banken etc.),**

Die Gemeinde Riethgen ist über eine Bundes- bzw. Landesstraße mit der Landgemeinde Kindelbrück als Sitz der Verwaltungsgemeinschaft verbunden und ca. 3,8 km entfernt).

Im Zentrum von Kindelbrück gibt es eine zentrale Haltestelle des ÖPNV (ca. 53 Anfahrten/Tag) mit entsprechenden Verbindungen zu den drei anderen Ortsteilen der Landgemeinde und zum Mittelzentrum Sömmerda (14 km).

In der Landgemeinde Kindelbrück befinden sich, auch für die Einwohner der Gemeinde Riethgen, auf kürzestem Weg alle notwendigen Geschäfte zur Deckung des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Waren für Haus, Hof und Garten etc.), mehrere Ärzte bzw. Zahnärzte, eine Apotheke, Paketannahme, Bank und Tankstelle ergänzen das Versorgungsangebot.

Arbeitsplätze gibt es in den zahlreichen klein- und mittelständischen Unternehmen in Sömmerda, Kölleda, Weißensee, Kindelbrück, sowie den Landwirtschaftsbetrieben in Kindelbrück und der Region.

#### **4. technische Infrastruktur/interkommunale Zusammenarbeit / Zweckverbandsstrukturen,**

Die Gemeinde Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück sind Mitglieder im Trinkwasserzweckverbandes Thüringer Becken.

Die Landgemeinde Kindelbrück hat für ihre Ortsteile Bilzingsleben, Kindelbrück und Kannawurf die Abwasserentsorgung auf den Abwasserzweckverband „Finne“ übertragen und ist für diese Ortsteile Verbandsmitglied. Für den Ortsteil Frömmstedt ist beim Abwasserzweckverband „Finne“ ein Aufnahmeantrag gestellt. Die Landgemeinde Kindelbrück baut gerade eine Pumpstation im Ortsteil Frömmstedt und eine Verbindungsleitung zur Kläranlage des Abwasserzweckverbandes „Finne“ in Kindelbrück.

Die Gemeinde Riethgen betreibt bis jetzt die Abwasserentsorgung selbst und hat im Jahr 2021 mit der Errichtung eines Schmutzwassernetzes (Druckentwässerung) sowie einer Kläranlage für die Ortslage Riethgen begonnen. Dieses Vorhaben hat die „Förderprojekt-Nr.: 2021 AW 0011“ und wird mit einer Zuwendung nach der „Richtlinie für die Förderung von Vorhaben der Abwasserentsorgung im Freistaat Thüringen“ anteilig finanziert.

Beide Gemeinden sind Mitglieder im Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) und haben einen Antrag auf Übernahme der freiwilligen Aufgabe der Daseinsvorsorge der gemeindlichen Breitbandversorgung mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gestellt.

Die Landgemeinde Kindelbrück ist Mitglied im Zweckverband „Allianz Thüringer Becken“, dieser hat die Aufgabe eine interkommunale Zusammenarbeit für die Kommunen Buttstädt, Kindelbrück, Sömmerda, Straußfurt sowie Rastenberg in den Bereichen Bildung, Kultur, Gemeinwesen, Siedlungs- / Verkehrsstruktur, Sozialwesen, Tourismus, Natur- und Landschaftspflege zu entwickeln und umzusetzen.

#### **5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Feuerwehr, Kindertagesstätten, Senioren- und Jugendeinrichtungen, Sportstätten, Friedhöfe, einschließlich Aufgabenträger,**

In der Gemeinde Riethgen und den vier Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück befinden sich Feuerwehrhäuser, die Aufgaben des örtlichen Brandschutzes und allgemeine Hilfeleistungen werden von dort durch freiwillige Feuerwehren abgesichert.



Die freiwillige Feuerwehr der Landgemeinde Kindelbrück erfüllt auch Aufgaben des überörtlichen Brandschutzes gemeinsam mit der Feuerwehr Weißensee, sie sind als Stützpunktfeuerwehr im Norden des Landkreises Sömmerda aufgestellt.

In den vier Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück gibt es Kindertagesstätten mit insgesamt ca. 180 Betreuungsplätzen. Die fünfte Kindertagesstätte wird in Günstedt betrieben, dort wird der Rechtsanspruch auf eine „Kita – Platz“ für die anderen Mitgliedsgemeinden der VG Kindelbrück und die Gemeinde Riethgen sichergestellt.

Die Mitgliedsgemeinden der VG Kindelbrück haben entschieden, dass in Günstedt auch verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren sichergestellt werden. Es wurde dafür ein neues Gebäude am Standort errichtet.

Die Einrichtungen werden seit vielen Jahren (1996/97) vom THEPRA Landesverband Thüringen e.V. als freier, gemeinnütziger Träger betrieben. Die kommunale Pflichtaufgabe als sog. „Wohnsitzgemeinde“ nach dem Kindertagesstättengesetz, wurde mit allen Rechten und Pflichten, am 01.01.2011 von den Mitgliedsgemeinden auf die Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück übertragen.

Im Gebäude der ehemaligen Grundschule Kindelbrück ist neben Räumlichkeiten der Kindertagesstätte, ein Mehrgenerationenhaus (Bundes- / Kommunalförderprogramm) mit einer Bibliothek eingerichtet wurden.

Sportstätten mit Fußballspielplätzen und entsprechenden Vereinsheimen gibt es nur in den vier Ortsteilen der Landgemeinde. Diese Einrichtungen werden nur noch teilweise von den örtlichen Sportvereinen unterhalten.

Das „Vereinsbad“ im Besitz der „Sport- und Spielgemeinschaft Kindelbrück e.V.“, wird von der Landgemeinde Kindelbrück gefördert und ergänzt das Freizeitangebot, auch für die Gemeinde Riethgen.

In den drei Ortsteilen der Landgemeinde Kindelbrück und in der Gemeinde Riethgen werden Friedhöfe als kommunale Einrichtung betrieben. Im Ortsteil Frömmstedt ist die evangelische Regionalgemeinde Kindelbrück Träger dieser öffentlichen Einrichtung.

## **6. Schulstrukturen**

Die staatliche Grundschule für die beiden Gemeinden befindet sich in Kindelbrück, sie ist in Trägerschaft des Landkreises Sömmerda. Alle weiterführenden Schulen können in Sömmerda und Weißensee besucht werden.

## **7. traditionelle und historische Verbindungen, Vereine, ggf. auch Kirchengemeinden,**

Die Ortsteile Bilzingsleben und Kannawurf gehörten von 1952 bis 1990 zum Bezirk Halle, trotzdem bestand schon immer eine historische, wirtschaftliche Beziehung zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Auch der Ortsteil Frömmstedt und die Gemeinde Riethgen als direkte Nachbarn im gleichen Landkreis pflegten diese Beziehungen zur ehemaligen Stadt Kindelbrück. Diese Verflechtungen finden sich in allen soziokulturellen und zivil-gesellschaftlichen Bereichen, unabhängig von den sich ändernden administrativen Grenzen.

Kulturhistorisch bedeutend ist für die Region die Ausgrabungsstätte „Steinrinne“ im Ortsteil Bilzingsleben, das Schloss Kannawurf im Ortsteil Kannawurf, eine Karstquelle das sogenannte „Gründelsloch und die fast vollständig erhaltene „Stadtmauer im Ortsteil Kindelbrück“.

Die Gemeinden Riethgen und die Landgemeinde Kindelbrück gehören zum Pfarrbereich Kindelbrück-Weißensee des evangelischen Kirchenkreises Eisleben-Sömmerda.

## 8. Bevölkerungsentwicklung

Die Landgemeinde Kindelbrück und noch mehr die Gemeinde Riethgen müssen sich den gleichen Problemen durch den sog. „demografischen Wandel“, also Bevölkerungsverlust und der Änderung der Altersstruktur stellen.

Die Landgemeinde Kindelbrück müsste auf Grund ihrer Einwohnerzahl keiner Verwaltungsgemeinschaft angehören.

Einwohnerzahlen Stichtag **31.12.2020**

Voraussichtliche Bevölkerung am 31.12.2035 lt.  
Bevölkerungsvorausberechnung TLS 04.04.2016

**3803 Einwohner**

**3274 Einwohner**

Im „VERTRAG ÜBER DEN ZUSAMMENSCHLUSS ZUR LANDGEMEINDE KINDELBRÜCK“ zwischen den Gemeinden Bilzingsleben, Frömmstedt, Kannawurf und der Stadt Kindelbrück, vom 10.04.2018 wurde Folgendes vereinbaren.

„Die Landgemeinde Kindelbrück ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück, diese ist zuständige Behörde gemäß § 47 Abs. 2 ThürKO mit Verwaltungssitz im Ortsteil Kindelbrück.“

Die Gemeinde Riethgen muss auf Grund ihrer Einwohnerzahl einer Verwaltungsgemeinschaft angehören.

Einwohnerzahlen Stichtag **31.12.2020**

Voraussichtliche Bevölkerung am 31.12.2035 lt.  
Bevölkerungsvorausberechnung TLS 04.04.2016

**247 Einwohner**

**153 Einwohner**

## 9. Mögliche "Neugliederungsprämie nach § 2 Abs. 2 Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederung (ThürGFfG) vom 29.05.2021

Gemeinde	Einwohner 31.12.2020	200 Euro pro Einwohner
Kindelbrück	3803	760.600,00 €
Riethgen	247	49.400,00 €
<b>Summe</b>	<b>4050</b>	<b>810.000,00 €</b>

## **10. Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage,**

Nördlich der Ortslage Kindelbrück befinden sich gemeindliche Grundstücke, welche für eine gewerbliche Nutzung überplant sind, die sog. „Plan- und Baureife“ nach § 33 BauGB besteht für eine Fläche von 6,0 ha. Alle notwendigen Versorgungsträger, einschließlich Erdgas stehen vor Ort zur Verfügung, die Entfernung bis zur BAB 38 Artern /Sangerhausen Richtung Norden beträgt über die B 86 – 14km, zur BAB 71 Sömmerda/ Erfurt Richtung Süden sind es auch 14 km.

Die ausgewiesenen Bebauungsplangebiete in Kindelbrück sind ausgelastet. Es wird gerade über die weitere Aufstellung von Bebauungsplänen nach § 13b BauGB durch Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren beraten.

## **11. Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften.**

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften bestehen aus Sicht der beiden Gemeinden nicht, zumal die Landgemeinde auch weiterhin Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück bleibt.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Unstruttal Bürgermeister der Gemeinde</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Herrenstraße 43</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Herrenstraße 43</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99974 Unstruttal</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Unstruttal Bürgermeister der Gemeinde	Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Herrenstraße 43	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrenstraße 43	Postleitzahl, Ort	99974 Unstruttal
	Name	Organisationsform									
	Unstruttal Bürgermeister der Gemeinde	Gebietskörperschaft, juristische Person des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Herrenstraße 43									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrenstraße 43									
Postleitzahl, Ort	99974 Unstruttal										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div>		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div>										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>1: Antrag zur Gemeindeneugliederung vom 28.01.2022. Die Gemeinde Unstruttal hat einen gemeinsamen Antrag mit den Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda auf Neugliederung zum 01.01.2023 beim TMIK gestellt, sodass die Ortsteile Dörna, Lengefeld, Zaunröden, Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt sowie Urbach nach Unstruttal eingegliedert werden. Die entsprechenden Gemeinderatsbeschlüsse liegen dem TMIK vor.</p> <p>2: Die Gemeinde Unstruttal wurde am 25.05.2022 aufgefordert, eine Stellungnahme zu der von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken vom 20.05.2022, zum Referentenentwurf ThürGNGG2023, Stellung zu beziehen. In dieser Stellungnahme haben wir unsere Sichtweise dargelegt, dass die Neugliederung überwiegend dem Leitbild des Landes entspricht und die im Neugliederungsantrag dargestellten Gründe ergänzt. Wir haben die Sichtweise der Stadt Mühlhausen widerlegt.</p> <p>Die Gemeinde Unstruttal unterstützt ausdrücklich den Gesetzesentwurf.</p>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Die Gemeinde Unstruttal wurde vom Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis (Kommunalaufsicht) auf Ersuchen vom TMIK vom 25.05.2022 aufgefordert, eine Stellungnahme zu unter Nr. 4 genannten Sachverhalt abzugeben.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

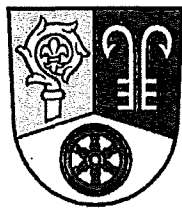
Ort, Datum	Unterschrift
Münsterthal, 15.06.2022	

# Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden

Anrode



Dünwald



Menteroda



Unstruttal





Ammern

Dachrieden

Eigenrode

Horsmar

Kalsershagen

Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal OT Ammern

Der Bürgermeister

Thüringer Ministerium für  
Inneres und Kommunales  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt  
Über:  
Thüringer Landesverwaltungsamt,  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

Zur Kenntnis an:  
Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum  
28.01.2022

## Gemeinsamer Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda beantragen zum 01.01.2023 ihre Auflösung und gemeinsam mit der Gemeinde Unstruttal die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Dörna (Anrode)
- Lengefeld (Anrode)
- Zauröden (Dünwald)
- Kleinkeula (Menteroda)
- Menteroda (Menteroda)
- Sollstedt (Menteroda)
- Urbach (Menteroda)

in die Gemeinde Unstruttal.

Gleichzeitig wird beantragt, dass der § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode,

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03801 / 88826 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de



Dünwald und Menteroda bestehenden o.g. Ortsteilen mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Gemeinde Unstruttal übergeleitet werden sollen.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode, Dünwald und Menteroda führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Gemeinde Unstruttal" fort.

Ferner wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen. Die Neugliederungsprämie nach § 2 ThürGFfG setzt sich aus dem festgelegten gesetzlichen Betrag von 200 €/ Einwohner der an einer freiwilligen Neugliederung beteiligten Gemeinden zusammen. Strukturbegleithilfen werden nach § 3 ThürGFfG sowie die besonderen Entschuldungshilfen nach § 4 ThürGFfG ebenfalls beantragt. Zugleich wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zu Rückzahlungen von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Weiterhin wird beantragt, in das Gemeindeneugliederungsgesetz eine gesetzliche Regelung aufzunehmen, den Gemeinderat der Gemeinde Unstruttal für die gesetzliche Amtszeit des Gemeinderates entsprechend zu erweitern. Die Stadt Dingelstädt soll Rechtsnachfolger der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald werden.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
  - Gemeinde Anrode → 17-126-2022 sowie 13-91-2021
  - Gemeinde Dünwald → 241-22/22 sowie 224-20/21
  - Gemeinde Menteroda → 95-2/22
  - Gemeinde Unstruttal → 10-141-2022, 10-142-2022, 10-143-2022
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

### **Begründung:**

*Die finanziellen Situationen, die technischen, fachlichen und gesetzlichen Voraussetzungen der Gemeinden aber vor allem das öffentliche Wohl für unsere Bürgerinnen und Bürgern müssen an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden.*

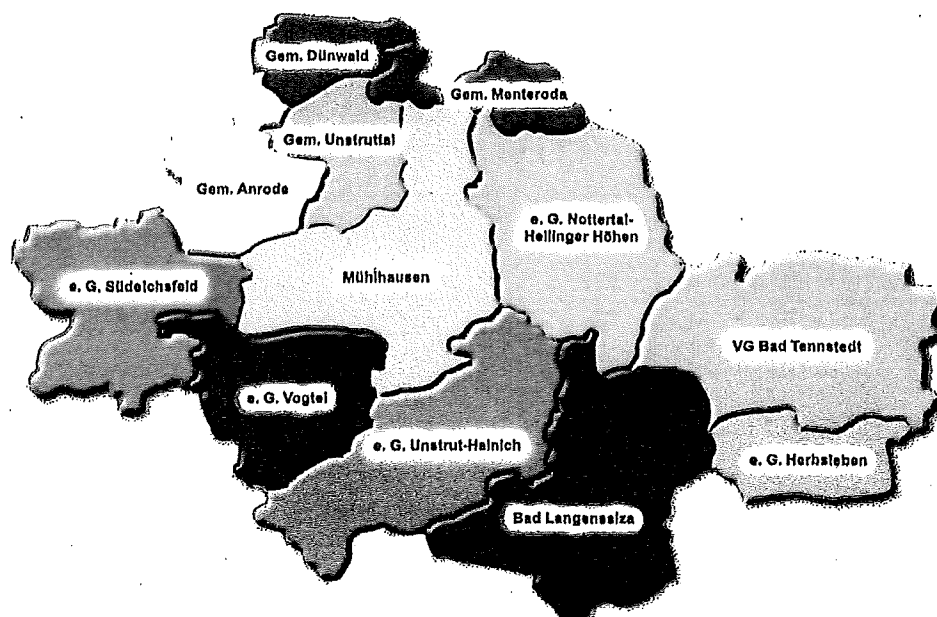
*Eine Gemeindevergrößerung würde für alle eine planbarere Zukunft bedeuten. Die einzugliedernden Gemeinden mit ihren entsprechenden Ortsteilen sollen in einer politischen Gleichberechtigung weitergeführt werden, sodass vor allem das Gemeinwohl und das Zusammengehörigkeitsgefühl dadurch gestärkt und finanzielle Herausforderungen zum Wohle der Gemeinde sowie der Bürgerinnen und Bürger gemeistert werden können.*

*Das Ziel soll eine zukunftssichere Gemeinde sein!*

Grundlage zur Erreichung dieser Ziele sind die vorhandenen Strukturen, die sowohl die einzugliedernden Gemeinden als auch die aufnehmende Gemeinde verbinden. Sie bilden die Grundlage und sollen beispielhaft dargestellt werden.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen des Beschlusses des Thüringer Landtages vom 13.12.2017 unter Berücksichtigung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017.

### Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen



<https://www.unstrut-hainich-kreis.de/index.php/staedte-und-gemeinden>

Bezugnehmend auf die bildhafte Darstellung befinden sich die Gemeinden (mit den einzugliedernden Ortsteilen) geografisch angrenzend an die Gemeinde Unstruttal. Sie gliedern sich entlang der bestehenden Landkreisgrenze zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis. Insbesondere durch die Eingliederung der Ortsteile Dörna und Lengfeld wird eine Gemeindestruktur entlang des historischen „Mühlhäuser Landgrabens“ geschaffen.

Die neuzugliedernde Gemeinde Unstruttal bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Landgemeinden Nottertal-Heilingen Höhen und Südeichsfeld sowie der Stadt Mühlhausen/ Thüringen.

Infrastrukturmäßig sind die Gemeinde Unstruttal mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteile durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So befinden sich die Gemeinden Unstruttal und Anrode an der B247 und über die Landstraßen (L2038, L2041/ L2096, L1015/ L1016) sind die Gemeinden Unstruttal, Menteroda und Zaunröden zu erreichen. Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile zueinander. Diese werden hier nicht explizit aufgeführt.

**Sprechzeiten:**

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz nach Ammern:

- Dörna ca. 9 km
- Lengefeld ca. 6 km
- Zaunröden ca. 14 km
- Kleinkeula ca. 12 km
- Menteroda ca. 14 km (Außenstelle Menteroda bleibt erhalten)
- Sollstedt ca. 11 km
- Urbach ca. 18 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der Ortsteile der Gemeinde Unstruttal zum Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern. Eine Bushaltestelle existiert bereits vor dem Verwaltungssitz. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile an die ÖPNV-Struktur noch besser anzugliedern.

Nach Aussage des Landrates des Unstrut-Hainich-Kreises wird eine umfassende Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel erfolgen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen beispielsweise zur Verfügung:

- niedergelassene Ärzte (Allgemeinmediziner, Zahn- und Tierärzte),
- Physiotherapien,
- Banken,
- Apotheke,
- Seniorenheim,
- Bibliothek,
- mehrere große Einkaufsmöglichkeiten,
- Pensionen und gastronomische Einrichtungen,
- Baumarkt,
- Postfilialen,
- Tankstellen,

welche die Grundversorgung sichern.

Die Ortsteile Ammern und Lengefeld sowie Menteroda haben insgesamt eine Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen mit einer Gesamtfläche von 49,89 ha in den Ortsteilen Ammern und Menteroda. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze, welche die Pendlerbewegung von den künftigen Ortsteilen bestärkt. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger in den ortsansässigen Unternehmen tätig.

Vorrangig finden wir in den Gewerbegebieten der Ortsteile mittelständische sowie handwerklich geführte Unternehmen.

Die meist traditionell familiengeführten Unternehmen sind Stützpfeiler der ländlichen Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Stabilität der Gemeinden. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den neu einzugliedernden Ortsteilen.

Aus diesem Grund ist eine Neugliederung aus wirtschaftlicher Sicht positiv anzusehen. Dies trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die in den bisherigen Gemeinden überwiegend vorhandenen ländlich kleingliedrigen Strukturen werden durch eine Eingemeindung in die Gemeinde Unstruttal langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördert.

Einwohnerzahlen der Ortsteile zum 31.12.2021:

Ammern:	1244
Dachrieden:	278
Dörna:	350
Eigenrode:	247
Horsmar:	496
Kaisershagen:	371
Kleinkeula:	93
Lengefeld:	800
Menteroda:	1440
Reiser:	384
Sollstedt:	121
Urbach:	286
Zaunröden:	76

Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Zaunröden haben in einer Bürgerbefragung mit großer Mehrheit (mehr als 80 %) für eine Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal und damit dem Verbleib im Unstrut-Hainich-Kreis votiert. Durch die Eingemeindung der Gemeinde Menteroda wird die räumliche Verbindung des Ortsteils Zaunröden mit der ursprünglichen Gemeinde Unstruttal begründet und dem geäußerten Willen der Einwohner Zaunrödens Geltung verschafft.

### **Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Abwasser- und Trinkwasserversorgung der einzelnen Gemeinden wird abgesichert durch die Zweckverbände Obereichsfeld (WAZ) und Ost-Obereichsfeld, Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal, Abwasserversorgung Mühlhausen und Umland, der Trink- und Abwasserversorgung Notter sowie der Gewässerunterhaltungsverbände.

Daraus resultierend müssen die Stimmenanteile innerhalb der Verbände nach Neugliederung angepasst werden. Folglich ist dies ein verhältnismäßig geringer Verwaltungsaufwand.

Die dadurch entstehenden Synergieeffekte ermöglichen eine weitere Transparenz des Verwaltungshandelns innerhalb der Verbände.

### **Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Für die Lebensqualität bildet die zukünftige Kindertagesstätten-Struktur mit 5 Kindertagesstätten - bestehend aus kommunalen Einrichtungen und freien Trägern - mit einer Gesamtkapazität von 364 zu betreuenden Kindern eine zukunftsorientierte

Perspektive, vorrangig für junge Familien. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine sehr gute Belegung aus. Dies zeugt von einer hohen Qualität des pädagogischen Personals.

Weiterführend bietet das jetzige und auch zukünftige Unstruttal seinen jungen Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit an einer ortsnahe Schulbildung von der Grundschule bis zur weiterführenden Regelschule. So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Lengefeld und Dörna die Grundschule im Ortsteil Ammern. Durch die Gemeinschaftsschule Menteroda ergeben sich neue Synergieeffekte, wie zum Beispiel gemeinsam gestaltete Schulprojekte um positive Wirkungen durch Kommunikation und Kooperation entstehen lassen zu können.

Darüber hinaus sind für die kommunale Daseinsvorsorge in den Ortsteilen Jugendclubs/ Jugendtreffs vorhanden, welche die Gemeinde Unstruttal nach Neugliederung auch weiterhin erhalten und unterstützen werde. Damit soll zukünftig auch zum sozialen Wohlbefinden der Jugend in den Gemeinden beigetragen werden.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Sie sind eine der Grundlagen, die ein ländliches Gemeinschaftsleben prägen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Gemeinde Unstruttal auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die Gemeindestrukturen weisen in allen Ortsteilen auch Friedhofsflächen aus.

Dies gilt insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind. Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Die jetzige Gemeinde Unstruttal kann eine sehr gute Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde vorweisen, ebenso wie mit den einzugliedernden Ortsteilen. Auch hier spielt der festgelegte Kreisbrandmeisterbereich des Unstrut-Hainich-Kreises eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren bereits jetzt schon im kommunikativen Austausch stehen. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Die gute Zusammenarbeit wird durch den Kreisbrandinspektor und den jeweiligen Ortsbrandmeistern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch schlagkräftiger machen. Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran.

Im Ortsteil Ammern befindet sich ein Seniorenheim und ein weiteres ist in Menteroda vorgesehen.

Eine Zusammenarbeit der Gemeinde Unstruttal und Menteroda findet schon im Bereich der Bauhöfe durch eine gegenseitige Techniknutzung (Radlader, Traktor, Maschinen) im gegenseitigen Einvernehmen statt. Mit der Gemeindeneugliederung können diese Synergieeffekte noch verstärkt und die Aufgabenerfüllung effizienter gestaltet werden.

Auch im Verwaltungsbereich existiert bereits eine enge Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf den fachlichen Erfahrungsaustausch mit den anderen Gemeinden. Personelle Hilfen bei der Bewältigung der Verwaltungstätigkeiten haben sich schon etabliert.

Kernpunkte dieser guten Zusammenarbeit bilden die Kenntnisse der einzelnen Verwaltungsabläufe in den Ortsteilen.

### **Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

1995 wurde der Weg der sechs Gemeinden, bestehend aus den jetzigen Ortsteilen Ammern, Dachrieden, Eigenrode, Horsmar, Kaisershagen und Reiser zu einem gemeinschaftlichen Zusammenschluss als "Gemeinde Unstruttal" geebnet.

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ etabliert.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zauröden entstand 1994 die Neubildung der Gemeinde Dünwald.

Die Einheitsgemeinde Menteroda wurde 1996 aus den Mitgliedsgemeinden Kleinkeula, Menteroda, Sollstedt und Urbach gegründet. Die zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft befindliche Gemeinde Obermehler schloss sich der Fusion zum 01.08.1996 nicht an. Die Stadt Schlotheim wurde für diese die erfüllende Gemeinde.

Alle oben genannten Gemeinden gehören derzeit zum Unstrut-Hainich-Kreis.

Bezugnehmend auf diese Antragsstellung auf Neugliederung der Gemeinde Unstruttal entsteht ein Geflecht aus zukunftsorientierten Strukturen innerhalb des Verwaltungshandels als auch zum Wohle der in dieser Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger. Anhand der historischen Darstellung der Gemeindezusammenschlüsse der Vergangenheit lässt sich erkennen, dass die Zielvorstellung zu einer fließenden Gesamteinheit in allen Gemeinden angestrebt wird. Die jetzige Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile können durch die Neugliederung an dieser Gemeinsamkeit zukunftsicher anknüpfen.

Alle künftigen Ortsteile sind überwiegend evangelischer Konfession und die seelsorgerische Betreuung wird durch die Pfarrbereiche organisiert. Die evangelischen Gemeinden der Ortsteile Dörna, Lengefeld, Horsmar und Dachrieden bilden bereits heute einen gemeinsamen Pfarrbereich.

Die gute Zusammenarbeit der Feuerwehren wurde bereits aufgeführt. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation erfolgt bereits.

Die Vereine stehen in den einzelnen Ortsteilen allen Bürgerinnen und Bürgern zur freien Wahl offen. Hier stehen zum Beispiel der Tischtennis-, der Volleyball-, der Kegel-, der Fußball-, Schützen-, Heimat- und Bergmannsvereine sowie die Chöre zur Auswahl. Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise in gemeindeübergreifenden Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmes, Fest der Vereine, Feuerwehr-, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Dorfgemeinschaften.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

**Zentrale:**

03601 / 88626 61
E-Mail:
<a href="mailto:info@gemeinde-unstruttal.de">info@gemeinde-unstruttal.de</a>
Homepage:
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

Das Vereinsleben wird finanziell durch die Vereinsförderung der Gemeinden unterstützt. Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Gemeinde Unstruttal als auch in den einzugliedernden Ortsteilen.

### **Bevölkerung und Flächenentwicklung**

Der demografische Wandel ist prägend, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, als Grundlage für alle Bereiche der ländlichen Gemeindeentwicklung. Die beantragenden Gemeinden sowie Ortsteile haben zum 31.12.2021 einen Einwohnerstand von 6.186 Einwohnern und eine Gesamtfläche von 100,47 km<sup>2</sup>. Das bedeutet, dass die Gemeinde Unstruttal auch im Vergleich zur Fläche anderer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Städte in Thüringen eine überschaubare, realistische und sinnvolle Größe erhält.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohner angestrebt. Bezogen auf die beantragte Fusion wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 geringfügig die 6.000er-Marke unterschreiten. Nach eingehender Analyse in Vorbereitung der Fusion hat die geringfügige Unterschreitung keine großen Auswirkungen auf die zielorientierte Entwicklung der Gemeinde Unstruttal, zumal eingeschätzt wird, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation/ Entwicklung der Gemeinde auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als gesichert gilt.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, sind Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum inner- und außerorts zu entwickeln. Gleichzeitig müssen Voraussetzungen zur Schaffung und Nutzung von Gewerbefläche, die ein Garant für zukünftige Arbeitsplätze darstellen, angestrebt werden. Die räumliche Nähe zur benachbarten Stadt Mühlhausen lässt diese positive Entwicklung erwarten.

### **Finanzielle Situationen**

Die Haushaltssituationen in Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituationen der Gemeinden Unstruttal und Menteroda stellen sich hingegen als äußerst positiv dar; sowohl die vergangenen als auch die künftigen Jahre sind selbst mit vorsichtiger Planung als gut zu bewerten.

Die Gemeinde Unstruttal weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 148 € auf und gehört damit zu einer der niedrigsten im Freistaat. Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass alle Kreditverbindlichkeiten bis zum 31.12.2025 getilgt werden sollten und die Gemeinde Unstruttal sodann schuldenfrei wäre.

Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben im Haushaltsjahr 2021 und 2022 im Vermögenshaushalt insgesamt ein Volumen von 2.485.000 €.

Die Gemeinde Menteroda ist schuldenfrei und weist eine mehr als solide Rücklage auf.

#### **Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

#### **Zentrale:**

03601 / 88626 61
E-Mail:
info@gemeinde-unstruttal.de
Homepage:
www.gemeinde-unstruttal.de

Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der vergrößerten Gemeinde Unstruttal als positiv zu bewerten.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung zwar kurzzeitig auf ca. 180 € anwachsen, diese liegt aber immer noch erheblich unter dem Landesdurchschnitt i. H. v. 664 € (Stand 31.12.2020).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Rücklagen zum 31.12.2021:

Unstruttal	1.888.000 €
Menteroda	1.107.000 €
Dörna/Lengefeld	0,00 €
Zaunröden	0,00 €

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Unstruttal:	315.000 €
Menteroda:	0,00 €
Dörna/Lengefeld (anteilig)	743.700 €
Zaunröden (anteilig)	49.900 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand abzufedern.

Mit der Fusion wird eine stabile Haushaltslage erreicht, welche die dauernde Leistungsfähigkeit der zukünftigen Gemeinde gewährleistet und auch zukünftig Investitionen in den Ortsteilen zulassen wird. Die Gemeinde wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung zeitnah ebenfalls abzubauen und gleichzeitig ein hohes Maß an Investitionen in den Ortsteilen zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird sich auf ca. 729 € pro EW belaufen. Im Unstrut-Hainich-Kreis beträgt die Steuereinnahmekraft 697 € pro EW (Stand 31.12.2020).

### **Derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung**

In allen Ortsteilen der vier Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) ist jeweils eine Ortsteilverfassung vorhanden. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen Bestand haben. Da sich dies in den jetzigen Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal bewährt hat, soll auch zukünftig ein ausgewogenes Gleichgewicht zu allen Ortsteilen der Gemeinde Unstruttal entstehen. Die daraus resultierende Stärke der jeweiligen Ortsteile als auch des ländlichen Raums sind Ziele dieses Umsetzungsprozesses.

### **Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösungen der Gemeinden Anrode und Dünwald führen zur Verlagerung der Kreisgrenze zum Eichsfeldkreis als auch der territorialen Grenzen zur Stadt Mühlhausen.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

Zentrale:  
03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de



Die beabsichtigte Neugliederung der Gemeinde Unstruttal sorgt zukünftig für eine „stabile“ Kreisgrenze insbesondere zum Eichsfeld- und Kyffhäuserkreis, weitere kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen insbesondere in den Eichsfeldkreis sind mittel- und längerfristig nicht mehr zu erwarten. Die Fusion führt damit auch zu längerfristigen Stabilisierungen des Kreisgebietes des Unstrut-Hainich-Kreises.

Die umliegenden Gemeinden und Zentralen Orte – insbesondere die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch die Vergrößerung der Gemeinde Unstruttal nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert. Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Stärkung.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Gemeinde Unstruttal auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Grundsätzlich sollen durch die freiwilligen Neugliederungen in Thüringen Gemeinden in ihren Strukturen gestärkt werden, um langfristig Herausforderungen des demografischen als auch wirtschaftlichen Wandels im ländlichen Raum positiv entgegenzustehen, Verwaltungen handlungsfähiger zu machen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern eine Chance einer hohen Lebensqualität bieten. Diese Aspekte sieht das Land Thüringen in seinen Leitlinien für ein zukunftssicheres Thüringen vor.

Gemeinden mit ihren Ortsteilen sind Orte des Wohnens und des Lebens. Die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger verbringen ihre Freizeit, nutzen sportliche sowie kulturelle Angebote und knüpfen ihre sozialen Kontakte.

Die im Antrag dargestellten Positionen, welche die Gemeinden mit ihren Ortsteilen verbinden, werden durch die Fusion gestärkt und können ausgebaut werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Gemeinde Unstruttal befindlichen Ortsteilen identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden. Durch eine Vereinheitlichung und eine transparentere Vereinsförderung können die dazugewonnenen Vereine in das bestehende Vereinsleben der Gemeinde Unstruttal integriert werden. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte beeinflussen das Wir-Gefühl der zukünftigen Gemeinde Unstruttal positiv.

Die Neugliederung ermöglicht, dass vorhandene Wissen und die Erfahrungen der einzelnen Gemeindeverwaltungen im Hinblick auf die Gewinnung von Gewerbeansiedlungen und Erweiterung des Wohnungsbaus zu Bündeln. Dies ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Fusion, der zu einer zukunftsorientierten Verbesserung des ländlichen Lebens für unsere Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Damit kann dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 18 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 88626 61
<b>E-Mail:</b>
<a href="mailto:Info@gemeinde-unstruttal.de">Info@gemeinde-unstruttal.de</a>
<b>Homepage:</b>
<a href="http://www.gemeinde-unstruttal.de">www.gemeinde-unstruttal.de</a>

zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit der zukünftigen Gemeinde Unstruttal soll effizienter und transparenter in ihren Arbeitsprozessen gestaltet werden, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Durch die neuen technologischen Möglichkeiten können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern die Chance bieten, jederzeit die Serviceleistung der Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Trotz dessen legen wir Wert darauf, dass die Ansprechpartner für unsere Bewohner erhalten bleiben.

So soll für einen Zeitraum bis mindestens 31.12.2027 eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung in den Räumen der bisherigen Gemeindeverwaltung Menteroda erhalten bleiben, um eine bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur zu gewährleisten. Die Entfernungen für die Bürgerinnen und Bürger zu einem Verwaltungsstandort betragen somit in der Anfangszeit des Fusionsprozesses keine 10 km, auch können bisherige ÖPNV-Strukturen weiterhin genutzt werden.

Durch das Zusammenführen der Verwaltungsstrukturen werden fachliche Bereiche konzentriert, die zu einer Stärkung der Kernverwaltung beitragen. Die Spezialisierung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ermöglicht eine professionellere Aufgabenerfüllung. So werden langfristig personelle Einsparungen gewährleistet, der altersbedingte Personalabbau sowie personalbedingte Ausfälle besser kompensiert. Durch die Übernahme von 8 Mitarbeitern verstärkt sich die Gesamtverwaltung der neuen Gemeinde Unstruttal personell auf insgesamt 16 Mitarbeiter, so dass zukünftig die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben erleichtert wird. Durch die Zusammenlegung der Bauhöfe erfolgt eine effektivere Aufgabenerfüllung und eine bessere Techniknutzung.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt als auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Unstruttal gesichert werden können. Sie ermöglicht dadurch eine bessere Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **Bürgerbeteiligung**

Eine moderne Gemeindepolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunalpolitischer Entscheidungen haben. Die Bürgerinnen und Bürger aller Gemeinden sind durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen sowie Bürgerbefragungen bezüglich der Fusion aktiv an der Neugliederung einbezogen wurden. Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Unstruttal durch das Amtsblatt zur geplanten Fusion informiert:

Hervorzuheben ist hier die sehr hohe Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein mehr als klares Votum gegeben haben. In den Ortsteilen Dörna und Lengefeld haben sich 63% bzw. 79%, im Ortsteil Zaunröden mehr als 80 % der an der Abstimmung teilgenommenen Einwohner der Ortsteile für eine Zukunft in der Gemeinde Unstruttal entschieden.

Im Dezember 2021 geplanten Einwohnerversammlungen in den Ortsteilen der Gemeinde Menteroda mussten pandemiebedingt leider abgesagt werden.

**Sprechzeiten:**

Mo.:	09 – 12 Uhr
Di.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Mi.:	09 – 12 Uhr
Do.:	09 – 12 und 13 – 16 Uhr
Fr.:	09 – 12 Uhr

<b>Zentrale:</b>
03601 / 68626 61
<b>E-Mail:</b>
info@gemeinde-unstruttal.de
<b>Homepage:</b>
www.gemeinde-unstruttal.de

Aber im Rahmen eines regen persönlichen Kontaktes und Austausches der Amtsträger mit den Bürgerinnen und Bürgern zeigte sich eine hohe Zustimmung für die beabsichtigte Gemeindeneugliederung. So involvierte sich auch der Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal zu Informationsveranstaltungen mit den Ortsteilbürgermeistern, Ortsteilräten und Vereinsvertretern in Menteroda.

Die einzelnen Beschlüsse der Gemeinderäte und die jeweiligen Mehrheiten legen Zeugnis davon ab, dass die beabsichtigte Gemeindeneugliederung allseits so gewünscht wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrages, vor allem zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv für die beantragte Gemeindestruktur entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister Gemeinde Unstruttal



Bürgermeister Gemeinde Menteroda



Bürgermeister Gemeinde Anrode

Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald

#### Anlagen

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtliche Verträge

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
Info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de



Ammern



Dachrieden



Eigenrode



Horsmar



Kaisershagen



Reiser

# Gemeinde Unstruttal

Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal

Der Bürgermeister

Gemeinde Unstruttal, Herrenstr. 43, 99974 Unstruttal

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis  
Kommunalaufsicht

Lindenbühl 28/29  
99974 Mühlhausen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Datum  
02.06.2022

## Stellungnahme zu den von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken

Sehr geehrter Herr

mit Schreiben vom 25.05.2022 forderten Sie uns auf, zu der von der Stadt Mühlhausen vorgetragenen Bedenken vom 20.05.2022 Stellung zu beziehen.

Gemäß der Stellungnahme der Stadt Mühlhausen an die Ministerien sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen hinsichtlich der Gemeindegebietsreform möchten wir, die Gemeinde Unstruttal und Menteroda, folgende Gegendarstellung vornehmen:

Zunächst halten wir die Aussagen von unserem Antrag vom 28.01.2022 vollständig aufrecht. Bei unserem Antrag handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der Gemeinden Anrode, Dünwald, Menteroda und Unstruttal zur Eingliederung der Ortsteile nach Unstruttal. Es kann dabei nicht explizit in jedem Einzelfall auf jede einzelne Situation eingegangen werden. Für die beabsichtigte Neugliederung möchten wir dahingehend nun ergänzend präzisieren.

### Infrastruktur und Raumordnung (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 2)

In unserem Antrag sind bei den infrastrukturellen Beziehungen die Thematiken des gut ausgebauten Straßenverkehrsnetzes sowie ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen für eine zusätzliche Verkehrsanbindung Grundlagen für die Erreichbarkeit der Orte untereinander. Sowohl Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen ermöglichen dies. Zur Veranschaulichung ist eine entsprechende Karte beigelegt. Das derzeit vorhandene Straßennetz verbindet alle Ortsteile.

Derzeit ist keine direkte Verbindung von Sollstedt und Kleinkeula zur Gemeindeverwaltung Menteroda vorhanden, sodass bereits jetzt über die Gemarkung Mühlhausen oder den Kyffhäuserkreis gefahren werden muss. Dies stellte bisher keine Probleme dar.

#### Sprechzeiten:

Mo.: 09 – 12 Uhr  
Di.: 09 – 12 und 13 – 18 Uhr  
Mi.: 09 – 12 Uhr  
Do.: 09 – 12 und 13 – 16 Uhr  
Fr.: 09 – 12 Uhr

#### Zentrale:

03601 / 88626 61  
E-Mail:  
info@gemeinde-unstruttal.de  
Homepage:  
www.gemeinde-unstruttal.de

Mit der Fusion nach Unstruttal verbessert sich die direkte Straßenanbindung innerhalb der Gemeinde von Sollstedt und Kleinkeula zu dem Verwaltungssitz im Ortsteil Ammern über die L2038.

Der Stellungnahme der Stadt Mühlhausen ist beizupflichten, dass auf S. 46 bezüglich der Gesamtausdehnung der neu entstehenden Gemeinde der Gesetzesentwurf von unkorrekten Angaben ausgeht. Die maximale Ost-West-Ausdehnung zwischen den entferntesten Punkten im Gemeindegebiet beträgt ca. 23 km, stellt man auf die jeweiligen weit entferntesten Ortsteile Dörna und Urbach ab, beträgt sie immerhin noch 18 km. Auch in Nord-Süd-Richtung kann eine maximale Ausdehnung – je nach Messpunkten – von 12 km angenommen werden.

Relevant ist jedoch das Abstellen auf die Entfernungen zwischen den Ortsteilen sowie den zukünftigen Verwaltungssitzen der Gemeinde, hier darf auf die Darstellungen im Referentenentwurf auf S. 46 am Ende/ S. 47 sowie den Neugliederungsantrag der Gemeinde Unstruttal (S. 4) verwiesen werden.

Auch darf an dieser Stelle noch auf § 9 Abs. 9 des Eingliederungsvertrages zwischen den Gemeinden Unstruttal und Menteroda verwiesen werden, mit der sich die Gemeinde Unstruttal verpflichtet, eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung im Ortsteil Menteroda mindestens für die nächsten 5 Jahre bis zum 31.12.2027 zu unterhalten. Eine bürgernahe Verwaltung, wie sie das Leitbild (Drs. 6/4876) fordert, ist dadurch gewährleistet. Dies stellt mit der Außenstelle Menteroda zusätzlich die Weichen für die bürgernahe und -freundliche Verwaltungsstruktur. Des Weiteren wird die Digitalisierung der Verwaltungen effizienter und transparenter gestaltet, sodass den Bürgerinnen und Bürger zudem eine weitere Möglichkeit der Erreichbarkeit geschaffen wird.

Die Stadt Mühlhausen interpretiert auf Seite 2 „Falsch ist die Aussage, dass gute Bus- und Bahnverbindungen bestehen, weil es nicht eine einzige direkte Bus- oder gar Bahnverbindung zwischen dem Ortsteil Menteroda und dem Sitz der Gemeinde Unstruttal gibt.“ Auf Seite 47 des Entwurfs zur Neugliederung ist geschrieben: „Im öffentlichen Personennahverkehr bestehen gute Bus- und Bahnverbindungen, die im Rahmen der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises noch weiter verbessert werden sollen.“ Es ist somit nicht im Gesetzesentwurf geschrieben, dass Menteroda und Ammern direkte Bus- und Bahnverbindungen vorweisen. Weiterhin werden bspw. Sollstedt und Kleinkeula der Gemeinde Menteroda bereits jetzt über „Ammern“ der Linie 112 angebunden.

*Diese Interpretation der Stadt Mühlhausen können wir somit nicht nachvollziehen.*

Des Weiteren wurde nach intensiven Gesprächen mit dem Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises, Herrn Harald Zanker, die Möglichkeit geschaffen, eine Vernetzung der entsprechenden Ortsteile im Zuge der Fortschreibung und Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises nach dem erfolgten Kreiswechsel umzusetzen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt bestehen Anbindungen vom Ortsteil Ammern zu den Ortsteilen Dörna und Lengefeld über die Regionallinie 171. Die Ortsteile Kleinkeula, Sollstedt und Zaunröden sind über die Regionallinie 112 vom Ortsteil Ammern aus erreichbar. Beide Linien werden von der Regionalbus GmbH bedient. Von der Stadt Mühlhausen besteht eine Anbindung zur Gemeinde Menteroda, welche bis zur Anpassung des Nahverkehrsplans des Unstrut-Hainich-Kreises genutzt werden kann. Ein Auszug aus dem Liniennetzplan der Regionalbus GmbH ist der Stellungnahme beigelegt. Somit sind alle künftigen Verwaltungssitze über den ÖPNV auch jetzt schon und künftig noch besser erreichbar.

*Die Interpretation der Stadt Mühlhausen zu direkten Wegeverbindungen kann unsererseits somit nicht nachvollzogen werden, um eine Bürgerferne zu kreieren.*

Auf Seite 2 der Stellungnahme unterstellt die Stadt Mühlhausen, dass Strukturen geschaffen werden sollen, die sich schädlich auf die Entwicklung der Stadt Mühlhausen auswirken. Mühlhausen ist in seiner Entwicklung nicht beeinträchtigt, da aktuelle Ausweisungen von B-Plänen sowohl im Bereich der Wohnbebauung sowie im Bereich der Gewerbeansiedlungen zeigen, dass die derzeitige und künftige gute Entwicklung der Stadt Mühlhausen unabhängig von den Gemeinden steht. Die im Bau befindliche B247n erschließt zusätzlich weitere Ortsteile der Stadt Mühlhausen und steigert die Attraktivität sowie Anbindungen der Stadt.

Die Behauptung, dass die Stadt Mühlhausen mehrfach kundgetan hat, Unstruttal und Menteroda einzugemeinden, können wir nicht nachvollziehen. Seit dem Prinzip der Freiwilligkeit hat sowohl die Gemeinde Unstruttal als auch die Gemeinde Menteroda keine schriftliche Anfrage bezüglich der Interessenbekundung seitens der Stadt Mühlhausen erhalten.

Auf der beiliegenden bodengeologischen Karte ist zu erkennen, dass alle Ortsteile bodengeologisch annähernd gleich sind.

*Gemäß der Stellungnahme seitens der Stadt Mühlhausen sind die Aussagen somit zu entkräften.*

#### **Feuerwehren (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 3)**

Die Ausführung der Stadt Mühlhausen, dass „gemeindeübergreifende Alarmierungen“ in Unstruttal und Menteroda festgelegt worden seien, entspricht nicht dem Referentenentwurf auf Seite 47. Selbst die Gemeinde Unstruttal hat 4 eigene Ausrückebereiche. Weiterhin ist im Ortsteil Ammern ein Spezialfahrzeug stationiert, welches sogar landkreisweit alarmiert werden kann. Somit ist die Aussage „gemeindeübergreifende Alarmierung“ korrekt. Weiterhin kann hierzu beispielhaft erwähnt werden, dass bei einem größeren Einsatz am 19.12.2021 bei einem Gebäudebrand in Sollstedt der Gemeinde Menteroda die Feuerwehren der Ortsteile Ammern und Eigenrode im Einsatz waren. Am 23.04.2022 wurde die Feuerwehr Lengefeld zu einem Verkehrsunfall in die Gemarkung Ammern alarmiert. Beispielsweise ist in der Alarm- und Ausrückordnung von z.B. Lengefeld geregelt, dass bei bestimmten Stichworten das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr Ammern mitalarmiert wird. Somit ergänzen sich die Feuerwehren. Ein gemeinsamer Kreisbrandmeisterbereich ist vorhanden.

*Die Aussage der Stadt Mühlhausen ist aus diesem Gesichtspunkt entkräftet.*

#### **Gewerbe- und Wohngebiet (bezugnehmend der Stellungnahme auf S. 3)**

Der von der Stadt Mühlhausen angesprochene Bebauungsplan des Gewerbegebietes „Im Sande“ wurde von der damaligen Gemeinde Ammern am 20.03.1992 begonnen. Die Genehmigung für die Gemeinde Ammern erfolgte am 10.03.1995 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt.

In dem Gewerbegebiet „Im Sande“ sind ein Baumarkt, zwei Einzelhandelsgeschäfte mit Bekleidung und Schuhe (beides Filialen), zwei Autohäuser, ein Discounter, eine Tankstelle sowie ein Blumenlädchen und Bäcker ansässig.

Hierbei kann nicht auf innerstädtischen Handel abgezielt werden, geschweige denn auf eine innerstädtische Schädigung. Ein Baumarkt, ein Autohaus oder gar eine Tankstelle sind bereits keine innenstadtrelevanten Sortimente. Die Geschäfte des Einzelhandels zielen nicht auf eine innerstädtische Schädigung, sondern erfüllen den Grundversorgungsauftrag der Gemeinde.

Das sogenannte neue Wohngebiet der vormalig selbständigen Gemeinde Ammern wurde durch das Thüringer Landesverwaltungsamt am 17.08.1992 genehmigt. Man kann dem entnehmen, dass auch hier bereits fast 30 Jahre vergangen sind.

Eine ständige Gebietsvergrößerung der Gemeinde Unstruttal, wie von der Stadt Mühlhausen auf Seite 3 behauptet wird, wurde nie durchgeführt. Die Gemeinde Unstruttal hat sich 1995 gegründet und hat in dieser Form seither Bestand. Die erste Gebietsvergrößerung ist zum 01.01.2023 vorgesehen. Die Gemeinde Unstruttal als künstlich zu erhaltendes Gebiet zu bezeichnen, ist anmaßend. Die Gemeinde Unstruttal ist eine seit 1995 gewachsene Einheit, welche ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt hat, dies täglich lebt und ein gesamtes Verflechtungsgebilde darstellt. Dies trifft ebenso für die Gemeinde Menteroda zu. Die Ausführungen der Stadt Mühlhausen zeigen einmal mehr, dass es nur um den Ortsteil Ammern geht. Die dementsprechende Abwertung der weiteren Ortsteile steht diesem gleich. Ein ausgewogenes Größenverhältnis aller künftigen Ortsteile wird das Zusammenwachsen aller Ortsteile positiv fördern. Ein hiesiger Zusammenschluss bedeutet, dass zwei Gemeinden auf Augenhöhe den ländlichen Raum stärken und die Stadt Mühlhausen in keiner Weise schwächen. Eine gute Stadt-Umland-Beziehung ist für die Stadt Mühlhausen ebenso gewinnbringend.

*Auch diese Aussagen der Stadt Mühlhausen sind unsererseits zu entkräften.*

### **Grundlegende Aspekte der Neugliederung**

Das Konfliktpotenzial zwischen der Stadt Mühlhausen und der Gemeinde Unstruttal besteht nicht erst seit der Thematik der angestrebten Gemeindefusion. Seit Jahren bestehen Unstimmigkeiten. Die Gemeinde Unstruttal wird in ihrer Entwicklung gehindert, wozu sie gesetzlich verpflichtet ist.

Mit Beschluss vom 13.12.2017 bezüglich der „Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen“ durch den Thüringer Landtag unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 09.06.2017 wurden die Rahmenbedingungen für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden geschaffen. Mit Schaffung dieser Rahmenbedingungen hat der Gesetzgeber ein klares Statement gesetzt, bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine enorm hohe Bedeutung einzuräumen.

Aus diesen Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber heraus, haben sich die Gemeinden Unstruttal sowie Menteroda, Anrode und Dünwald für eine freiwillige Neugliederung entschieden. Die Gemeinde Unstruttal und die einzugliedernden Ortsteile bzw. Gemeinde mit ihren Ortsteilen wollen die bisherigen Strukturen stärken, um langfristig den Herausforderungen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels gerade im ländlichen Raum verstärkt entgegenzustehen. Die Bündelung der Kräfte und die Potenziale der Gemeinden schaffen Rahmenbedingungen für eine handlungs- und leistungsfähigere Gemeinde, welche die zukünftigen Aufgaben, wie die fortschreitende Digitalisierung, personelle Entwicklungen sowie haushalterischen Ansätze umsetzen werden. Die Bereitschaft des freiwilligen Zusammenschlusses steht hierbei klar im Fokus. Die Gemeinderäte der Gemeinden Unstruttal und Menteroda haben jeweils einstimmig dafür gestimmt. Die übereinstimmenden Beschlüsse aller beteiligter Gemeinden zeigt hier eine Eindeutigkeit. Eine moderne Gemeindepolitik setzt vor allem voraus, dass das Demokratieprinzip umgesetzt und gelebt wird. Dieses Zeichen der Demokratie seitens der Stadt Mühlhausen nicht anzuerkennen, ist höchst anmaßend. **Der gemeinsame Antrag aller beteiligten Gemeinden (Anrode, Dünwald, Menteroda, Unstruttal) zeigt, dass hier diese „neue“ Gemeinde Unstruttal genauso entstehen soll.**

Ziel des Leitbildes ist auch der Erhalt der Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort. Nach unserer Einschätzung ist dies eher im ländlichen Raum beim Erhalt kleinteiliger Strukturen der Fall – auch bei einer Ausweitung der administrativen Grenzen. Die Gemeinden Unstruttal und Menteroda sind seit jeher eigenständig und waren in ihrer elementaren Grundversorgung auf sich selbst ausgerichtet, ein Gleichgewicht kommunaler Strukturen eher in einer Kleingliedrigkeit zu erreichen. Die zukünftigen Ortsteile sind in ihrer Größe und Einwohnerzahl homogen.

Für die politische Mitwirkung ist es daher wahrscheinlicher, dass mehrere Vertreter verschiedenster Ortsteile im zukünftigen Gemeinderat vertreten sind, als in einer Struktur, die von einer großen Kernstadt dominiert werden. Insoweit trägt die vorliegende Neugliederung ebenfalls den Zielen zur Stärkung des Ehrenamtes vor Ort Rechnung.

#### **Elementare Grundversorgung (bezugnehmend der Stellungnahmen auf S. 2, 3)**

Die bisherigen Gemeinden Unstruttal und Menteroda sind im Regionalplan Nordthüringen 2012 nicht als Grundzentrum ausgewiesen und dem Grundversorgungsbereich der Stadt Mühlhausen zugeordnet. Allerdings nehmen die beiden Gemeinden bereits seit mehreren Jahren eine Vielzahl zentralörtlicher Funktionen wahr und verfügen über eine Vielzahl von Einrichtungen, die sonst auch ein Grundzentrum wahrnimmt.

In den Gemeinden Unstruttal und Menteroda stehen für das Gemeinwohl und der Grundversorgungssicherung für die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise zur Verfügung:

**Unstruttal:** Allgemeinmediziner, Physiotherapie, Bankfiliale, Seniorenheim, Nahversorger, Tankstelle, Grundschule, Regelschule, Kindertagesstätten, Sporthalle, Spielplätze, Schützenhaus, Fußballanlagen, Tennisanlage, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehren, Jugendclubs, Autohäuser, KFZ-Werkstätten, Elektrofachhandel, Elektrofirmen, Radhandel, Wohnwagenverkauf, Versicherungsvertreter, kleiner Dorfladen, gastronomische Einrichtungen, Übernachtungsmöglichkeiten.

**Menteroda:** Allgemeinmediziner, Zahnarzt, Apotheke, Physiotherapie, Bankautomat, Seniorenheim, Nahversorger, Tankstelle, Gemeinschaftsschule, Kindertagesstätte, Sporthalle, Spielplätze, Fußballanlagen, Dorfgemeinschaftshäuser, Feuerwehren, Jugendclubs, KFZ-Werkstätten, Elektrofachhandel, Elektrofirmen, Versicherungsvertreter, gastronomische Einrichtungen, Übernachtungsmöglichkeiten.

Diese Einrichtungen haben in den letzten Jahren zu einer gewissen räumlichen Stabilisierung und Leistungsfähigkeit der Siedlungsstruktur beigetragen. Menteroda übernimmt auch Aufgaben für die Gemeinde Helbedündorf aus dem benachbarten Kyffhäuserkreis, so sind beispielhaft die Gemeinschaftsschule und die Nahversorgung (Lebensmittelmärkte) zu nennen. Somit erfüllt bereits jetzt die Gemeinde Menteroda eine gewisse Abdeckung für die Gemeinde Helbedündorf.

*Die Aussagen der Stadt Mühlhausen können aus den von uns dargestellten Gesichtspunkten auch hier ebenfalls entkräftet werden.*

#### **Fazit**

Zusammenfassend ist die beantragte Neugliederung eine Basis dafür, die vorhandenen Kräfte und Ressourcen aller beteiligten Gemeinden mit ihren Ortsteilen so zu bündeln, dass die Leistungs- und Verwaltungskraft der ländlichen Gemeindestruktur gestärkt werden. Durch die Übernahme von Mitarbeitern aus Anrode, Dünwald und Menteroda werden künftig 17 Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung tätig sein. Daraus resultierend wird eine effektivere und spezialisiertere Aufgabenwahrnehmung gegeben sein. Mit allen Mitarbeitern der Verwaltung wurden bereits Personalgespräche geführt, um den künftigen Arbeitsbereich zu definieren. Um einen reibungslosen Ablauf ab dem 01.01.2023 zu gewährleisten, werden bereits jetzt Mitarbeiter entsprechend geschult. Wesentliche Umsetzungsschritte wurden bereits begonnen, so sei beispielhaft die Angleichung von Hard- und Software zur Vernetzung der Verwaltungsstandorte, die Anpassung von Straßennamensdopplungen, Organigrammerstellung, Anpassung von Stellenbeschreibungen, Schaffung von Räumlichkeiten, vorbereitende Arbeiten zu Vertragsanpassungen etc. Gespräche mit allen künftigen Ortsteilfeuerwehren, Gespräche mit Ortsteilräten, Kindertagesstätten usw. wurden bereits geführt.



Wir werden unseren Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität bieten und zukünftig eine stärkere Identifikation mit ihrem Heimatort sichern! Dies kann nur mit einer leistungsstärkeren und effizienteren Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde erfüllt werden.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur.

Unstruttal, 08.06.2022

Menteroda, 08.06.2022

Bürgermeister der Gemeinde Unstruttal

Bürgermeister der Gemeinde Menteroda

**Anlagen**

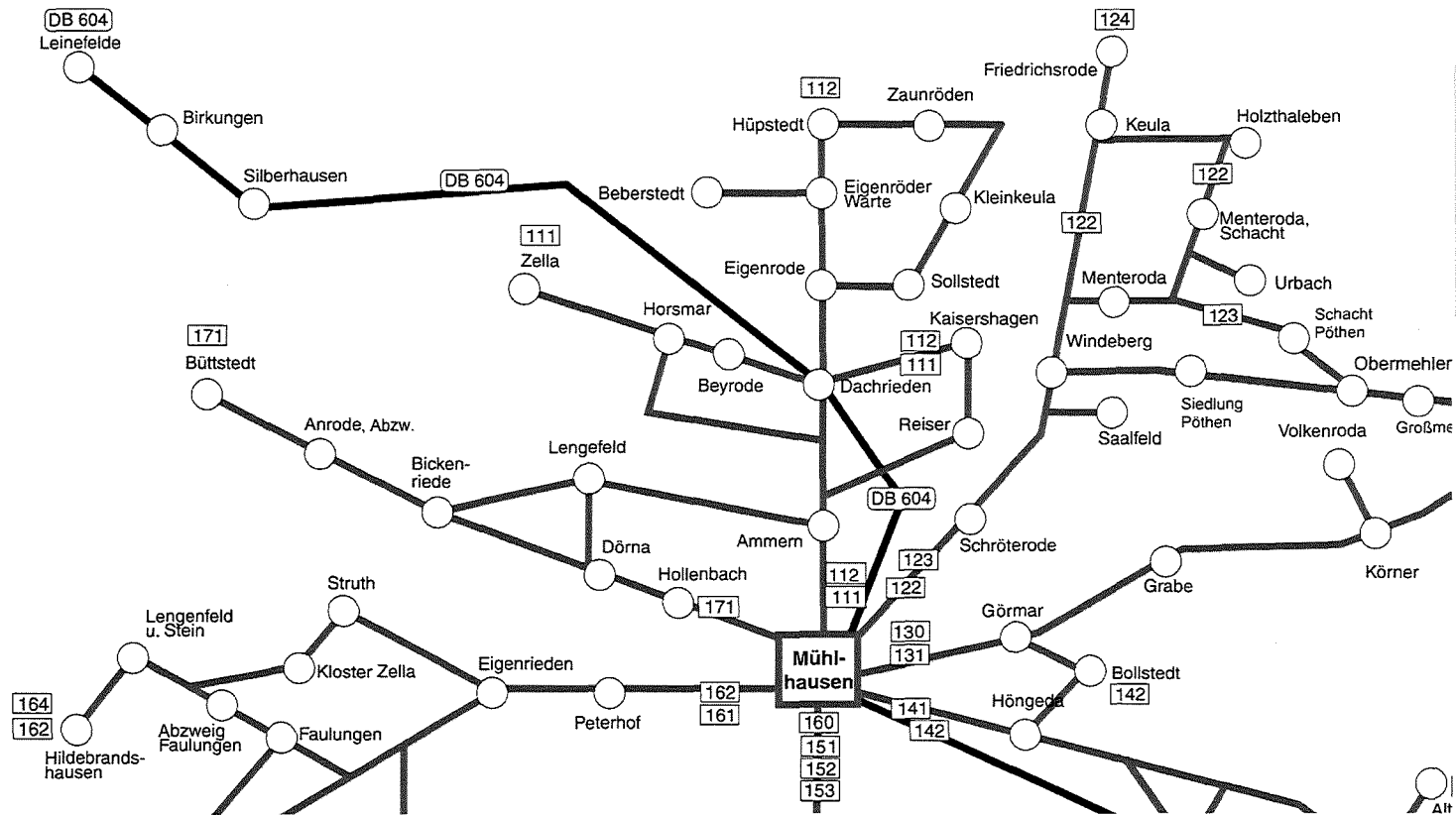
Auszug Liniennetzplan der Regionalbus GmbH

Auszug Regionallinien 112 und 171 der Regionalbus GmbH

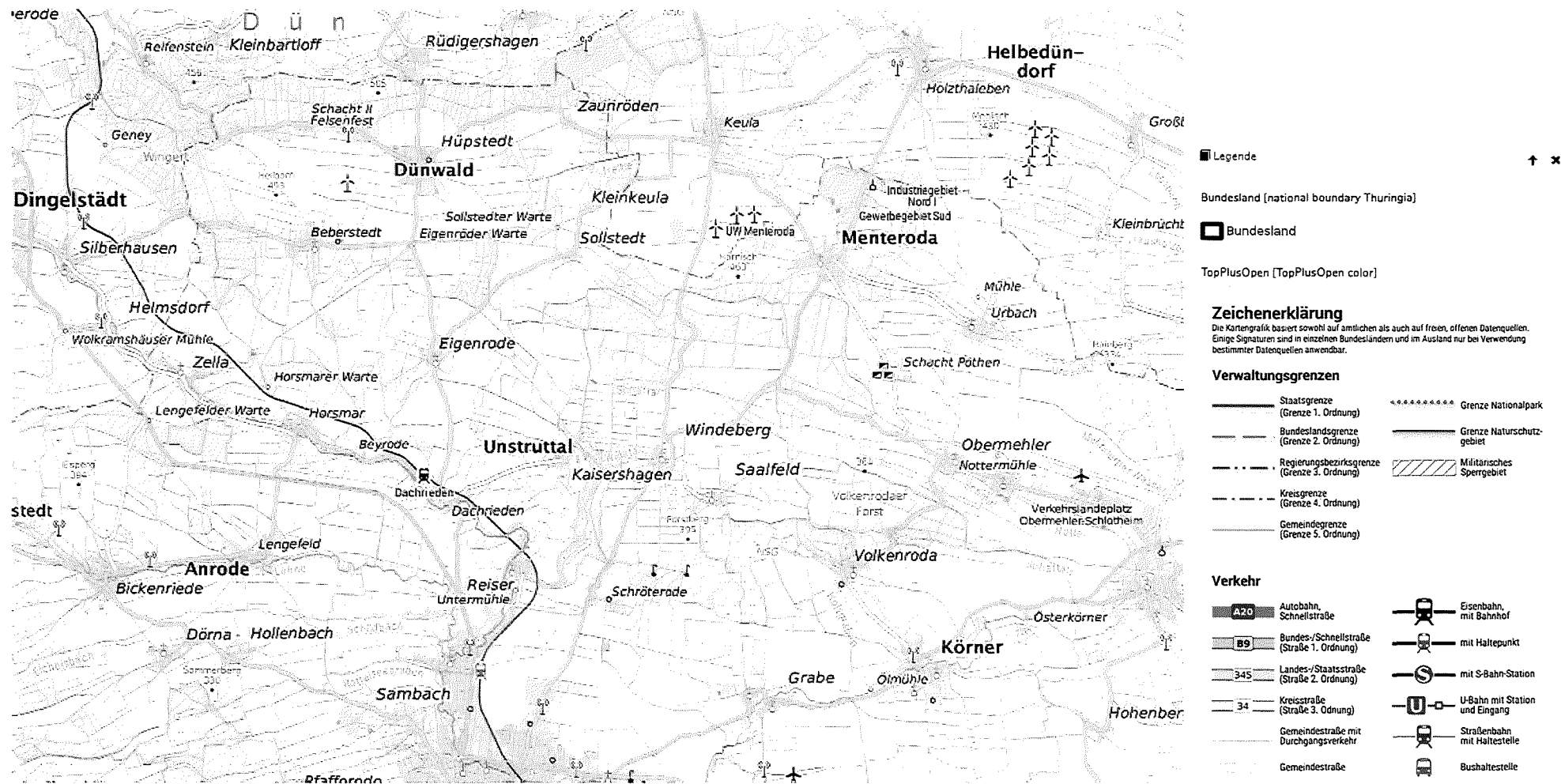
Auszug Straßennetz

Bodengeologische Karte

## Auszug aus dem Liniennetzplan der Regionalbus GmbH

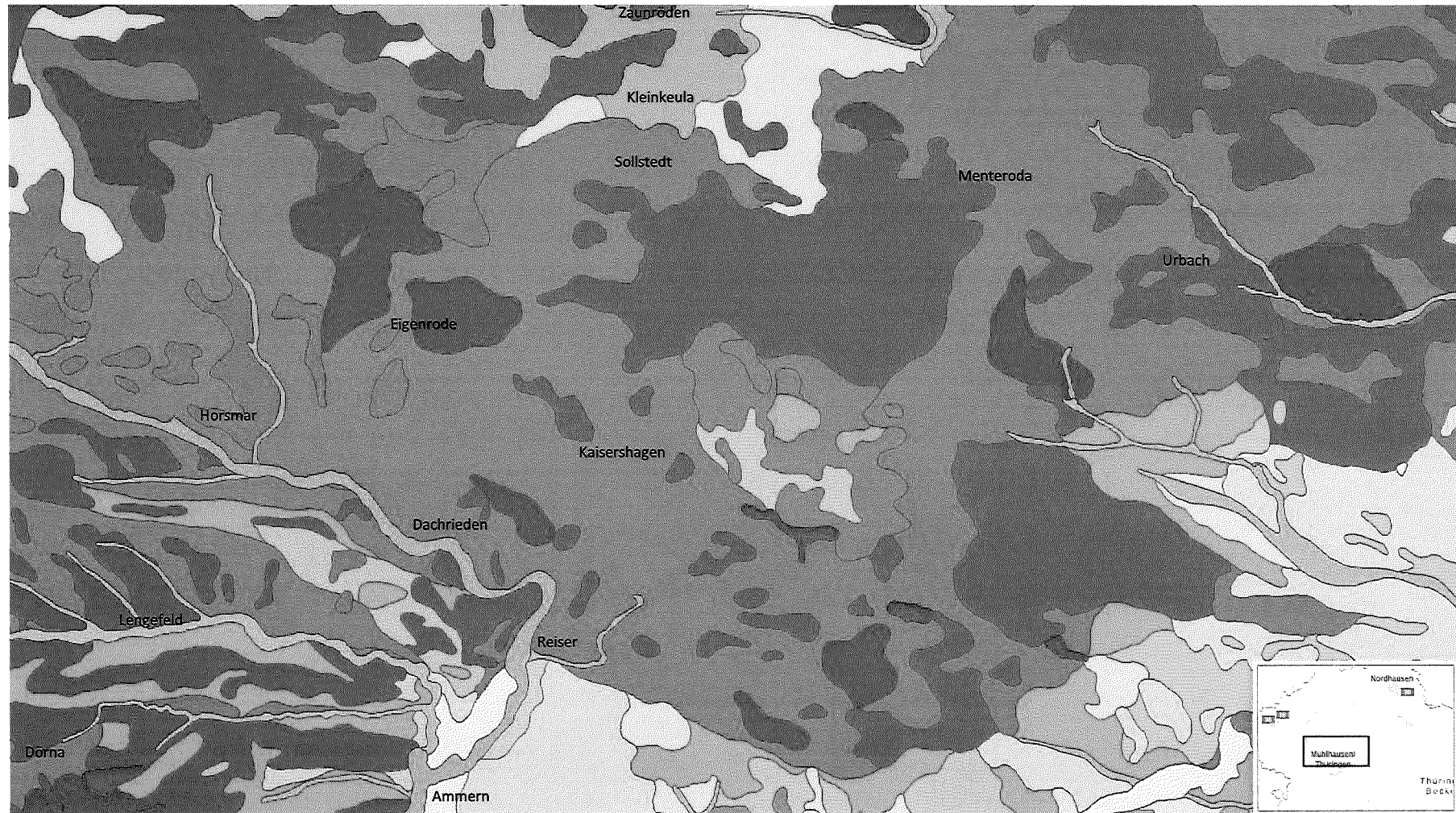


## Auszug Straßenverkehrsnetz



<https://thuingenvviewer.thuringen.de/thviewer/inspire.html>

## Bodengeologische Karte



Quelle: <https://thuringenviewer.thueringen.de/thviewer/>

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Organisationsform</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Notarkammer Thüringen</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">V. d. öff. Rechts</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Regierungsstr. 28</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">99084 Ebneth</div>
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Vorname</div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;"></div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <span><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span> </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Verbot der Erhebung der Nöte in Thüringen und Wahrung der Rechte nach § 67. BVerfG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	keine Bedenken gegen die Möglichkeit der unmittelbaren Auseinandersetzungen mit der ausgewählten Nöte	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erl, 14.08.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>													
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bürgermeister der Stadt Bad Köstritz</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Stadtverwaltung Bad Köstritz</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Heinrich-Schütz-Straße 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07586 Bad Köstritz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bürgermeister der Stadt Bad Köstritz	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Bad Köstritz	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Schütz-Straße 4	Postleitzahl, Ort	07586 Bad Köstritz		
	Name	Organisationsform											
		Bürgermeister der Stadt Bad Köstritz											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Bad Köstritz											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Schütz-Straße 4											
Postleitzahl, Ort	07586 Bad Köstritz												
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</small></p>												

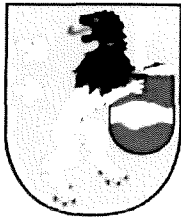


	Hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Bad Köstritz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<p><b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b>          (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)</p> <p>Mit der Eingliederung der Gemeinde Hartmannsdorf in die Stadt Bad Köstritz wird erreicht:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Stärkung der Verwaltungsstruktur der vergrößerten Gemeinde</li> <li>2. ein erster Schritt zur Schaffung einer großen und leistungsfähigen Kommune</li> <li>3. eine weitere positive Entwicklung des Doppelgrundzentrums Bad Köstritz – Crossen a. d. Elster</li> </ol>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	<div></div>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenz- dokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

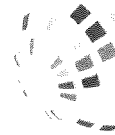
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b> Bad Köstritz, den 14.06.2022	<b>Unterschrift</b>
---------------------------------------------------	---------------------



## Stadtverwaltung Bad Köstritz

Die Stadt Bad Köstritz ist erfüllende Gemeinde für  
Caaschwitz und Hartmannsdorf



GLOBAL  
NACHHALTIGE  
KOMMUNE  
THÜRINGEN

Stadtverwaltung Bad Köstritz, 07586 Bad Köstritz, Heinrich-Schütz-Straße 4

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales  
TMIK  
Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Stadtverwaltung Bad Köstritz  
Heinrich-Schütz-Straße 4  
07586 Bad Köstritz

Telefon: 036605 8810  
E-Mail: [info@stadt-bad-koestritz.de](mailto:info@stadt-bad-koestritz.de)

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Ansprechpartner

Datum

Frau/Herr

25. Januar 2022

### Betreff: Antrag auf Neugliederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Hartmannsdorf, Landkreis Greiz und die Stadt Bad Köstritz haben die Absicht im Rahmen der freiwilligen Neugliederung in der 7. Wahlperiode des Thüringer Landtages zu fusionieren.

Beide Gemeinden beantragen hiermit die Neugliederung mit dem Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG2023).

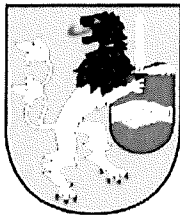
Die erforderlichen Unterlagen liegen dem TMIK vor.

Bürgermeister  
Stadt Bad Köstritz



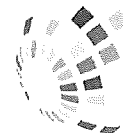
Bürgermeister  
Gemeinde Hartmannsdorf





# Stadtverwaltung Bad Köstritz

Die Stadt Bad Köstritz ist erfüllende Gemeinde für  
Caaschwitz und Hartmannsdorf



GLOBAL  
NACHHALTIGE  
KOMMUNE  
THÜRINGEN

Stadtverwaltung Bad Köstritz, 07586 Bad Köstritz, Heinrich-Schütz-Straße 4

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales  
TMiK  
Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Stadtverwaltung Bad Köstritz  
Heinrich-Schütz-Straße 4  
07586 Bad Köstritz

Telefon: 036605 8810  
E-Mail: [info@stadt-bad-koestritz.de](mailto:info@stadt-bad-koestritz.de)

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Ansprechpartner

Datum

Frau/Herr

25. Januar 2022

## Betreff: Begründung des Antrags auf Neugliederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der angestrebten Eingliederung der Gemeinde Hartmannsdorf in die Stadt Bad Köstritz wird das Doppelgrundzentrum Bad Köstritz- Crossen gestärkt.

Die Stadt Bad Köstritz nimmt seit über 30 Jahren Verwaltungsaufgaben für die Gemeinde Hartmannsdorf wahr und ist seit dem 01.01.1996 Erfüllende Gemeinde für Caaschwitz und Hartmannsdorf.

Nördlich im Landkreis Greiz liegend haben beide Gemeinden eine gemeinsame Grenze und liegen zwischen der Stadt Gera und der Einheitsgemeinde Kraftsdorf in Ostthüringen.

Die Stadt Bad Köstritz verfügt als Grundzentrum über eine gute Nahversorgung, medizinische Grundversorger wie Ärzte, Zahnärzte, Apotheken, Physiotherapien und andere Einrichtungen. Beide Gemeinden sind verkehrstechnisch gut erschlossen. Es gibt zwei Verbindungsstraßen und zwei Autobahnanschlüsse an die Bundesautobahn A4. Bad Köstritz ist mit seinem Bahnhof an der Strecke Leipzig-Gera gelegen, welche zur S-Bahnlinie entwickelt werden soll.

Sportliche Aktivitäten der Hartmannsdorfer Bürger werden ausschließlich in den köstritzer Vereinen ausgeübt. Die Stadt Bad Köstritz verfügt über ein Freizeit- und Erholungsbad, einem Leichtathletikstadion mit Sporthalle und der Kurt Leopl Sportstätte mit Bundeskegelbahn und Fußballplätzen. Es gibt zwei Seniorenwohnheime und einen Jugendklub, eine Grundschule, eine Regelschule und eine Förderschule mit Jugendförderzentrum.

Die Kinder der Gemeinde Hartmannsdorf besuchen die köstritzer Kintertagesstätte „Bummi“.

Hartmannsdorf liegt in einem Nebental des Elstertales. Dort fließt der hartmannsdorfer Stübnitzbach in den Fluß „Weiße Elster“. Dieser schneidet folgend die Stadt Bad Köstritz, so das sich das Zentrum und die Gemeinde Hartmannsdorf auf der westlich gelegenen Seite des breiten Tales befinden und der Ortsteil Pohlitz östlich. Weitere Ortsteile sind Gleina und Reichardtsdorf die bereits 1994 von Bad Köstritz eingemeindet wurden. Gemeinsame Wanderwege erschließen schon jetzt touristische Ziele und verbinden beide Orte fußläufig miteinander.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Hartmannsdorf ist angespannt. Investitionen machen fehlende Eigenmittel kaum möglich. Dies würde sich bei einer Eingliederung in die Stadt Bad Köstritz, einer finanzkräftigen Gemeinde mit Industrie- und Gewerbegebieten, zum Vorteil für die hartmannsdorfer Bürger entwickeln.

Die größten Betriebe und somit auch Arbeitgeber für die Umlandgemeinden sind die Köstritzer Schwarzbierbrauerei, im Ortszentrum, und das Chemiewerk Bad Köstritz östlich im OT Pohlitz. Beide Unternehmen sind die größten ihrer Art in Thüringen und tragen so zur sehr guten Steuereinnahmefraft der Stadt Bad Köstritz bei. Die hartmannsdorfer Bürger sind Einpenler in diese Betriebe sowie in viele andere kleine Unternehmen.

Die Zusammenarbeit der beiden Feuerwehren ist vorbildlich. Das zeigen zum Beispiel gemeinsame Schulungen und Einsätze der Kammeraden.

Auch die beiden Kirchgemeinden sind gemeinsam im Kirchkreis Gera organisiert und werden vom köstritzer Pfarramt betreut.

Die gemeinwohlrelevanten Belange sind für beide Gemeinden gegeben. Es ist eine wichtige, zukunftsfähige und richtige Entscheidung den Weg der Eingliederung zu gehen.

Bürgermeister  
Stadt Bad Köstritz

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Stadt Bad Sulza Bürgermeister</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Stadt Bad Sulza</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Markt 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99518 Bad Sulza</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadt Bad Sulza Bürgermeister	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Bad Sulza	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 1	Postleitzahl, Ort	99518 Bad Sulza
	Name	Organisationsform									
	Stadt Bad Sulza Bürgermeister	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Bad Sulza									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 1									
Postleitzahl, Ort	99518 Bad Sulza										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)</p>										

	Vertretung der Stadt Bad Sulza nach außen, Leitung der Kommune	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Stadt Bad Sulza begehrt die Auflösung der Gemeinde Rannstedt und zeitgleich die Eingliederung der Gemeinde Rannstedt als Ortschaft in die Stadt Bad Sulza.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

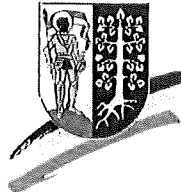
<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b> Stadt Bad Sulza
Bad Sulza, 17.06.2022	

Mail: stadtverwaltung@stadtsulza.de



# STADT BAD SULZA

- DER BÜRGERMEISTER -



STAATLICH  
ANERKANNTES  
SOLE-HEILBAD

Stadtverwaltung Bad Sulza · Markt 1 · 99518 Bad Sulza

Landratsamt Weimarer Land  
Kommunalaufsicht  
Herrn  
Bahnhofstraße 28  
99510 Apolda

#### LANDGEMEINDE MIT DEN ORTSCHAFTEN:

Auerstedt, Bad Sulza, Eckolstädt, Flurstedt, Gebstedt, Großromstedt, Hermstedt, Kleinromstedt, Ködderitzsch, Kösnitz, Münchengosserstädt, Pfuhlsborn, Reisdorf, Sonnendorf, Stobra, Wickerstedt, Wormstedt

#### ERFÜLLENDE GEMEINDE FÜR DIE GEMEINDEN:

Eberstedt, Großheringen, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Schmiedehausen

#### VERWALTUNGSSITZ

Markt 1 D-99518 Bad Sulza  
Telefon 036461 241-0  
Telefax 036461 241-12  
E-Mail stadtverwaltung@bad-sulza.de  
DE-Mail stadtverwaltung@bad-sulza.de-mail.de  
Netz <http://www.bad-sulza.de>

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

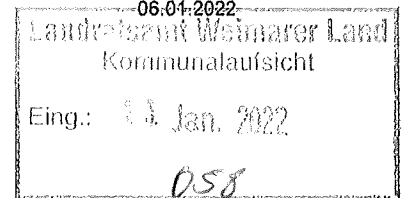
Auskunft erteilt:

Durchwahl:

Datum:

06.01.2022

## Freiwillige Gemeindeneugliederung gemäß ThürGfG hier: Neugliederungsantrag



10/01 Hau -> Hau

Sehr geehrter Herr  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Rannstedt und die Stadt Bad Sulza haben jeweils am 18.11.2021 gleichlautende Beschlüsse zur Eingliederung der Gemeinde Rannstedt in die Landgemeinde Stadt Bad Sulza gefasst.

**Die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt beantragen daher, die Gemeinde Rannstedt aufzulösen und in die bestehende Landgemeinde Stadt Bad Sulza einzugliedern.**

Die Neugliederung soll zum 31.12.2022 bzw. 01.01.2023 erfolgen. Wir bitten diesen Antrag nach wohlwollender Prüfung an das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales weiterzuleiten.

Eine Kopie vom Beschluss der Stadt Bad Sulza (Beschluss-Nr. 250 – XX / 2021) und eine weitere Kopie vom Beschluss der Gemeinde Rannstedt (Beschluss-Nr. 44 – 10 / 2021) liegen diesem Schreiben bei. Weiterhin erhalten Sie eine Kopie der jeweiligen Sitzungseinladung an die Gemeinde-/ Stadtratsmitglieder, Kopie der Aushänge der Einladung zur öffentlichen Sitzung, sowie unsere Antragsbegründung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

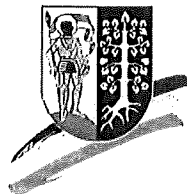
Mit freundlichen Grüßen aus der Kur- und Weinstadt Bad Sulza im Weimarer Land

Bürgermeister

Anlagen

# STADT BAD SULZA

- DER BÜRGERMEISTER -



STAATLICH  
ANERKANNTES  
SOLE-HEILBAD

Stadtverwaltung Bad Sulza · Markt 1 · 99518 Bad Sulza

Landratsamt Weimarer Land  
Kommunalaufsicht  
Herrn  
Bahnhofstraße 28  
99510 Apolda

#### LANDGEMEINDE MIT DEN ORTSCHAFTEN:

Auerstedt, Bad Sulza, Eckolstädt, Flurstedt, Gebstedt, Großromstedt, Hermstedt, Kleinromstedt, Ködderitzsch, Kösnitz, Münchengosserstedt, Pfuhlsborn, Reisdorf, Sonnendorf, Stobra, Wickerstedt, Wormstedt

#### ERFÜLLENDE GEMEINDE FÜR DIE GEMEINDEN:

Eberstedt, Großheringen, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Schmiedehausen

#### VERWALTUNGSSITZ

Markt 1 D-99518 Bad Sulza  
Telefon 036461 241-0  
Telefax 036461 241-12  
E-Mail [stadtverwaltung@bad-sulza.de](mailto:stadtverwaltung@bad-sulza.de)  
DE-Mail [stadtverwaltung@bad-sulza.de-mail.de](mailto:stadtverwaltung@bad-sulza.de-mail.de)  
Netz <http://www.bad-sulza.de>

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Auskunft erteilt:

Durchwahl:

Datum:

06.01.2022

## Begründung des Neugliederungsantrages vom 06.01.2022 Stadt Bad Sulza und Gemeinde Rannstedt

Sehr geehrter Herr Haubold,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Bad Sulza und die Gemeinde Rannstedt haben am heutigen Tage beantragt, die Gemeinden Rannstedt aufzulösen und in die bestehende Landgemeinde Stadt Bad Sulza einzugliedern.

### Begründung:

Die Antragsteller machen von der Möglichkeit der freiwilligen Neugliederung des § 45a Abs. 11 ThürKO Gebrauch. Auf der Grundlage des nachstehenden Sachverhaltes, auch unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Maßgaben gehen wir davon aus, dass die Voraussetzungen für die beantragte Neugliederung gegeben sind.

In übereinstimmender Weise haben die Gemeinderäte  
Bad Sulza mit Beschluss Nr. 250 – XX / 2021 vom 18.11.2021 und  
Rannstedt mit Beschluss Nr. 44 – 10 / 2021 vom 18.11.2021  
die Auflösung der Gemeinde Rannstedt, die Aufhebung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde nach § 51 ThürKO mit der Stadt Bad Sulza vom 09.11.1995 und ihre Eingliederung in die Landgemeinde Stadt Bad Sulza beschlossen.

Die Stadt Bad Sulza wurde im Rahmen des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 als Grundzentrum eingestuft. Dieses Grundzentrum soll durch eine Eingliederung der Gemeinde Rannstedt weiter gestärkt werden.

### Räumliche Lage, Entfernung, Einwohner

Die Gemeinde Rannstedt grenzt unmittelbar an die Stadt Bad Sulza.  
Die Entfernung zu unserem Verwaltungssitz (Stadtverwaltung) beträgt knapp 8 km.

Gemeinde	Zeit	Entfernung
Rannstedt	11 Minuten	8,7 km

Zum 01.01.2022 beträgt die Einwohnerzahl der Gemeinde Rannstedt 175 und der Stadt Bad Sulza 7.890.

#### Infrastrukturelle- und Verwaltungsbeziehungen

Verkehrstechnisch sind die Gemeinden über die Bundesstraße B 87 und der Landstraßen L 2158 zueinander erschlossen.

Bürger, welche auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, können Busse der Personenverkehrsgesellschaft Apolda in Anspruch nehmen. Hier werden regelmäßige Fahrten gewährleistet, bei Bedarf wäre ein Aufstocken der Fahrrouten möglich.

Die Stadt Bad Sulza erfüllt seit dem 09.11.1995 die Gemeinde Rannstedt. Dafür wird Seitens der Stadtverwaltung ausreichend Personal, notwendige Hard- und Software zur Verfügung gestellt. Die Aufgaben des Einwohnermeldeamtes, Standesamtes und die Lohnabrechnung werden gänzlich von Bad Sulza erfüllt. Die Bürger erwartet eine leistungsfähige Verwaltungsstruktur mit entsprechender Verwaltungskraft

Die Stadt Bad Sulza und auch die eingliederungswillige Gemeinde sind Mitglieder des Apoldaer Abwasserzweckverband und an der Apoldaer Wasser GmbH beteiligt. Die Strom- und Gaskonzessionsverträge bestehen bei allen drei Gebietskörperschaften mit der E.ON Thüringer Energie AG.

Eine Außenstelle der Kreisvolkshochschule für das gesamte Einzugsgebiet steht in der Stadt Bad Sulza zur Verfügung.

Es gibt ausreichende Einkaufsmöglichkeiten und die medizinische Versorgung der Bürger ist durch die vorhandenen Arztpraxen (Zahnarzt, Allgemeinmediziner, Physiotherapeuten) gewährleistet.

#### Schulstruktur/Kindertagesstätten

Die Stadt Bad Sulza besitzt moderne Standorte für Grund- und Regelschulen. Gymnasien befinden sich im näheren Umkreis (Apolda oder Mellingen).

Die Stadt Bad Sulza hat insgesamt sechs Kindertagesstätten, wovon sich eine in kommunaler Trägerschaft befindet. Alle Einrichtungen verfügen über ausreichend Kapazität um die Kinder der Gemeinde Rannstedt unterzubringen. Größtenteils besuchen die Kinder von Rannstedt bereits die Kindertagesstätte der Stadt Bad Sulza. Die Kindertagesstätten sind modernisiert und können ausreichend Personal zur Verfügung stellen.

#### Interkommunale Zusammenarbeit

Großes Augenmerk liegt auf der Stützpunktfeuerwehr der Stadt Bad Sulza, welche beispielsweise in den Bereichen Einsatz der Drehleiter, Vorführungen in den anderen Gemeinden und Technikeinsatz unterstützt. Die angeschlossene Rettungswache als wichtigste Versorgungsstationen ist ausgesprochen wichtig für die gesamte Region.

Die Rettungswache wird der Stadt Bad Sulza dauerhaft erhalten bleiben. Ein Neubau wird noch in diesem Kalenderjahr realisiert.

Die Kindergärten der Gemeinden werden durch alle Einwohner gemeinsam genutzt. Weiterhin finden zwischen den Kindergärten gegenseitig Unterstützung beim Personal als Krankheits- und Urlaubsvertretung statt. Die Durchführung von gemeinsamen Fortbildungslehrgängen wird organisiert.

#### Traditionelle Beziehungen, Vereine, Kirchgemeinden

In allen Ortschaften und Ortsteilen befinden sich Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendclubs, Spiel- und Sportplätze, kleine Museen, aber auch Kegelbahnen, Reitanlagen usw., diese werden je nach Bürgerinteresse ortschaftsübergreifend gern genutzt. Die Einwohner aller Gemeinden treffen sich zu Vereins- und Dorffesten. Die Heimat- und Traditionsvereine unterstützen einander. Durch die Jägerschaften werden Jagden organisiert. Jubiläen der Vereine werden gemeinsam gefeiert. Bereits seit Jahrzehnten gibt es Kirchspiele, welche zusammen agieren.

Das Freibad in Bad Sulza und die Toskana Therme werden durch die Einwohner aller umliegenden Gebietskörperschaften sehr gut angenommen und genutzt.

#### Arbeitsplatzsituation

Neben dem größten Arbeitgeber unserer erfüllten Gemeinden, den Viega-Werken Großheringen, gibt es Kureinrichtungen und Hotel/Pensionen. Knapp 1.500 Arbeitsplätze stehen derzeit in den Unternehmen unserer Gebietskörperschaften zur Verfügung.

#### Finanzielle Situation

Die finanzielle Situation der Gemeinde Rannstedt und der Stadt Bad Sulza ist als durchaus stabil zu bewerten. Die beiden Gemeinden verfügen über freie Finanzspitzen und angemessene Rücklagen.

Durch die Eingliederung der Gemeinde Rannstedt in die bestehende Landgemeinde Stadt Bad Sulza kann die Finanzlage weiterhin stabilisiert werden.

Eine Eingliederung der Gemeinde Rannstedt wird Seitens des Gemeinderäte und Bürger befürwortet. Eine Einwohnerversammlung hat am 30.10.2021 stattgefunden. Die dörfliche/ländliche Struktur soll erhalten bleiben und das Mitbestimmungsrecht der Einwohner soll gestärkt bleiben.

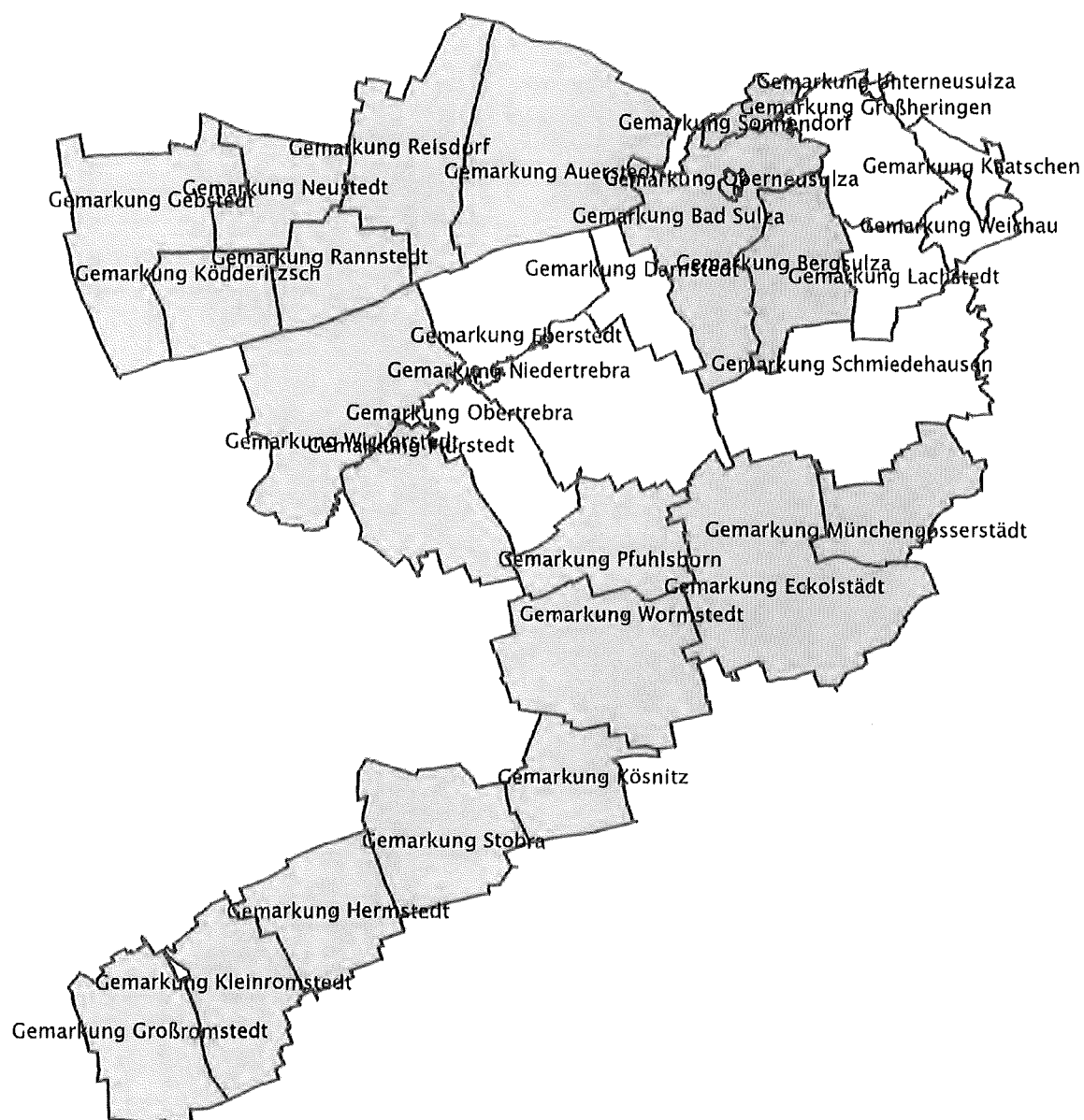
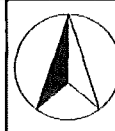
Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrages auf Eingliederung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

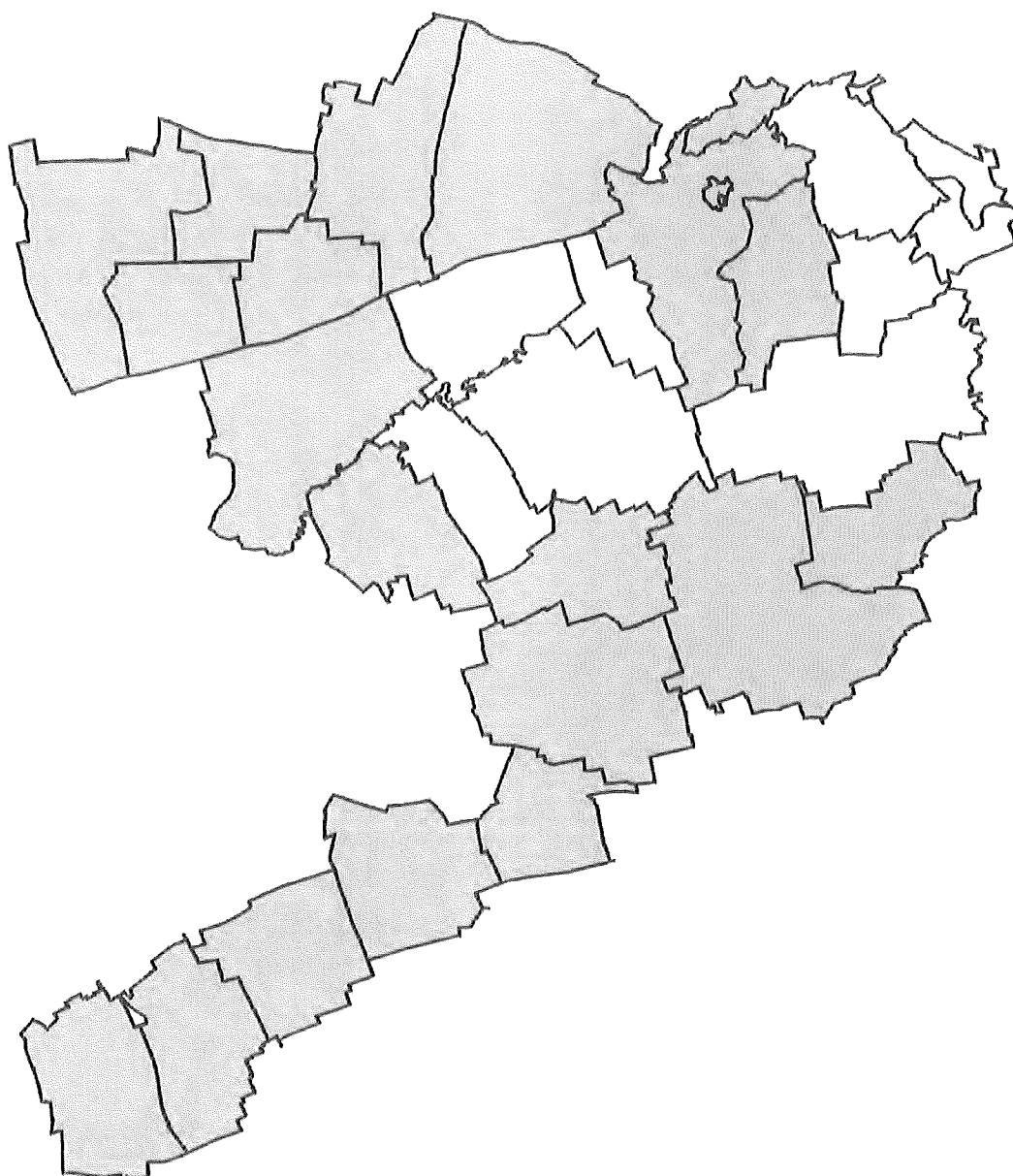
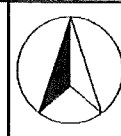
Mit freundlichen Grüßen aus der Kur- und Weinstadt Bad Sulza im Weimarer Land

Bürgermeister

Anlage  
Lageplan



Maßstab: 1: 100.000



Maßstab: 1: 100.000

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Stadt Dingelstädt</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Stadt Dingelstädt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschwister-Scholl-Straße 28</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">37351 Stadt Dingelstädt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadt Dingelstädt	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Dingelstädt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Straße 28	Postleitzahl, Ort	37351 Stadt Dingelstädt
	Name	Organisationsform									
	Stadt Dingelstädt	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Dingelstädt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Straße 28									
Postleitzahl, Ort	37351 Stadt Dingelstädt										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	<p>Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b>?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)</p>										

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Im Rahmen des Fusionsprozesses hat die Stadt Dingelstädt federführend die koordinationsrechtlichen Verträge sowie die Fusionsverträge mit den einzelnen Ortschaften / Ortsteilen besprochen, verhandelt und ausformuliert.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-</b> <b>dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
<i>Dingelstedt 20.06.22</i>	



# STADT DINGELSTÄDT

Stadt Dingelstädt · Dingelstädt · Geschwister-Scholl-Straße 28 · 37351 Stadt Dingelstädt

Thüringer Ministerium für Inneres  
und Kommunales  
Herrn Innenminister Georg Maier  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

Amt: Hauptamt  
Sachbearbeiter:  
Telefon:  
Telefax:  
E-Mail: [info@dingelstaedt.de](mailto:info@dingelstaedt.de)  
Datum: 14.02.2022

z/v	b R	AE +	AE (+)	z Vg.	Info
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales					
22.02.2022 Minister					
EINGANG 13. FEB. 2022					
MA	StS I	StS II	MB	LMB	VA / K.
M 1	M 2	M 3	M 4	M 5	M 6
1	2	3	4	AFV	

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen / Unsere Nachricht vom:

## Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

in der Anlage übersende ich Ihnen den Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt.

Bei Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Verwaltungsleiter





Stadt Dingelstädt



Gemeinde Anrode



Gemeinde Dünwald

**Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Anrode (für die Ortsteile Bickenriede und Zella) und der Gemeinde Dünwald (für die Ortsteile Beberstedt und Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt**

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,

die Gemeinden Anrode und Dünwald beantragen mit Inkrafttreten des 3. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNGG) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bickenriede (Anrode)
- Beberstedt (Dünwald)
- Hüpstedt (Dünwald)
- Zella (Anrode)

in die Stadt Dingelstädt.

Es wird beantragt, dass § 45a Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinden Anrode und Dünwald die bestehenden Ortsteile Bickenriede, Beberstedt, Hüpstedt und Zella mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Dingelstädt übergeleitet werden.

In allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist eine Ortsteilverfassung gemäß ThürKO eingeführt. Die Stadt Dingelstädt ist gemäß § 45a ThürKO eine Landgemeinde und verfügt über eine Ortschaftsverfassung. Im Zuge der Neugliederung sollen die einzugliedernden Ortsteile mit ihren Ortsteilverfassungen in Ortschaften mit Ortschaftsverfassungen überführt werden.

Die einzugliedernden Ortsteile der Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) in die Stadt Dingelstädt führen ihre bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namensvermerk "Stadt Dingelstädt" fort. Der Stadt Dingelstädt wurde gemäß § 5 ThürKO im 2. ThürGNGG genehmigt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFFG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen sowie ab dem 1. Januar 2023 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen (z. B. Gemarkungsgrenzen, Vermögensaufteilungen „Wald“, ggf. Aktien) aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal, der Gemeinde Anrode und der Gemeinde Dünwald im zukünftigen ThürGNNG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Es wird beantragt, die Kreisgrenze auf Grundlage der neuen Gemarkungsgrenzen zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich neu festzulegen bzw. festzusetzen.

Es wird beantragt, die Verbindlichkeiten der Gemeinde Dünwald gegenüber dem Landkreis Unstrut - Hainich (Entgelte aus dem Betrieb der Sporthalle) niederzuschlagen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:  
Gemeinde Anrode  
Gemeinde Dünwald  
Stadt Dingelstädt
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Anrode mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Unstruttal und der Gemeinde Dünwald mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Bickenriede (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Anrode für den Ortsteil Zella (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Beberstedt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Dünwald für den Ortsteil Hüpstädt (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Stadt- und Gemeinderatssitzungen

Angelegenheiten, die zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich zu regeln sind (z. B. Schulen, ÖPNV, Entsorgung), sind kein Bestandteil dieses Antrags.

## **Begründung:**

### **Einleitung - Das Eichsfeld**

Eine in diesem Zusammenhang sehr bezeichnende Kennzeichnung des Eichsfeldes findet sich in einem maschinengeschriebenen Manuskript von Dr. Johannes Müller, Gymnasiallehrer und Direktor des Eichsfelder Heimatmuseums in Heiligenstadt, aus dem Jahre 1947.<sup>1</sup>

Darin heißt es: „Zwischen Harz und Werra, im Quellgebiet der Unstrut und Leine, liegt das Eichsfeld, ein von anmutigen Tälern durchflutetes Hügelland das den Übergang von Niedersachsen nach Thüringen und Hessen darstellt. Es ist nicht Niedersachsen, nicht Hessen, nicht Thüringen, sondern als Bindeglied zwischen ihnen, das sich landschaftlich, volklich und kulturell merklich von seiner Umgebung abhebt; denn Länder und Stämme passen nicht immer und überall genau aufeinander, sondern lassen vielfach kleine und größere Übergänge und Bindeglieder übrig so auch hier zwischen Harz und Thüringer Wald. Zum Vergleich könnte man die Schweiz das Grenzland zwischen Deutschland, Italien und Frankreich, heranziehen.“<sup>1</sup>

Werner Riese sieht in den Eichsfeldern sogar eine „eigenständige Volksgruppe“.<sup>11</sup>

„Ein Sofalgebilde eines abgeschlossenen Raumes“ attestiert 1973 Rainer Lepsius.<sup>12</sup>

Für Petra Behrens bildet das Eichsfeld „einen geschlossenen, sich von seiner Umgebung abhebenden Kulturraum“.<sup>13</sup>

### **Die Eichsfelder Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella im heutigen Kontext zu den Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen**

Der demografische Wandel und die drastisch angespannte Haushaltslage (Haushaltssicherungen der Gemeinden Anrode und Dünwald), die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit, nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und territorialer Zugehörigkeit zum „historischen“ Eichsfeld wurden von den Gemeinden Anrode und Dünwald erneut auf den Prüfstand gestellt.

Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden 2021 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung und dem damit verbundenen möglichen Landkreiswechsel durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden. Die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella entschieden damit zugleich, den Landkreiswechsel vom Landkreis Unstrut – Hainich in den Landkreis Eichsfeld vollziehen zu wollen.

Die Stärkung der lokalen Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe spielten bei der Zukunftsorientierung beider Kommunen ebenfalls eine wichtige Rolle. So entschieden sich die Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella, der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ beizutreten. Dies bedeutet auch einen Systemwechsel von der Einheitsgemeinde zur Landgemeinde.

Die einzugliedernden Gemeinden Anrode (Bickenriede, Zella) und Dünwald (Beberstedt, Hüpstedt) sollen in der Stadt Dingelstädt gleichberechtigt weitergeführt werden. Vor allem das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger und das landsmannschaftliche

Zusammengehörigkeitsgefühl zum Eichsfeld soll gestärkt werden. Weiterhin könnten die zukünftigen finanziellen Herausforderungen zum Wohle der gesamten neuen Gemeinde „Stadt Dingelstädt“ besser gemeistert werden.

**Ziel der Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig neun Ortschaften ist es, eine zukunftssichere Stadt zu sein, die im Landesentwicklungsplan 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen wird.**

Begründung zur Erreichung dieses Ziels bildet die neue Gesamtstruktur der Stadt Dingelstädt mit dann neun Ortschaften und über 11.000 Einwohnern, die dann die einzugliedernden Gemeinden Anrode und Dünwald mit den entsprechenden Ortsteilen, als auch die Stadt Dingelstädt miteinander verbindet.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

## **1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen**

### **Rückblick - Gemeindefwechsel zwischen den thüringischen Landkreisen**

Blieben im Wesentlichen die Gemeindezuordnungen zwischen den Unter- und Obereichsfelder Verwaltungsgliederungen seit 1816 unverändert, so vollzogen sich im Zuständigkeitsbereich des Regierungsbezirks Erfurt fortlaufend Gemeindeverschiebungen auf Kreisebene.<sup>2</sup>

Diese waren sowohl den anvisierten Größenvorgaben geschuldet - suchten daneben aber auch Befriedung für die ehemaligen reichsfreien Städte Mühlhausen und Nordhausen, die zunächst keinerlei verwaltungsgeschichtliche Traditionen für das ländliche Umland mitbrachten, dennoch aber insbesondere gegenüber Heiligenstadt aufbegehrten.<sup>2</sup>

Die hier vorhandene Verwaltungstradition drückte sich im Vorhandensein von entsprechenden Gebäuden aus, über die Mühlhausen nicht verfügte. Dieses war der Grund, weshalb unmittelbar nach der 1802 erfolgten preußischen Inbesitznahme der ehemals kurmainzischen Gebiete in Mitteldeutschland die *„Königlich Preußische zur Interim-Verwaltung und Organisation des Eichfeldes und der Städte Mühlhausen und Nordhausen verordnete Kommission“* ihren Sitz in Heiligenstadt nahm — doch schon gut ein Jahr später an Erfurt verlor.<sup>2</sup>

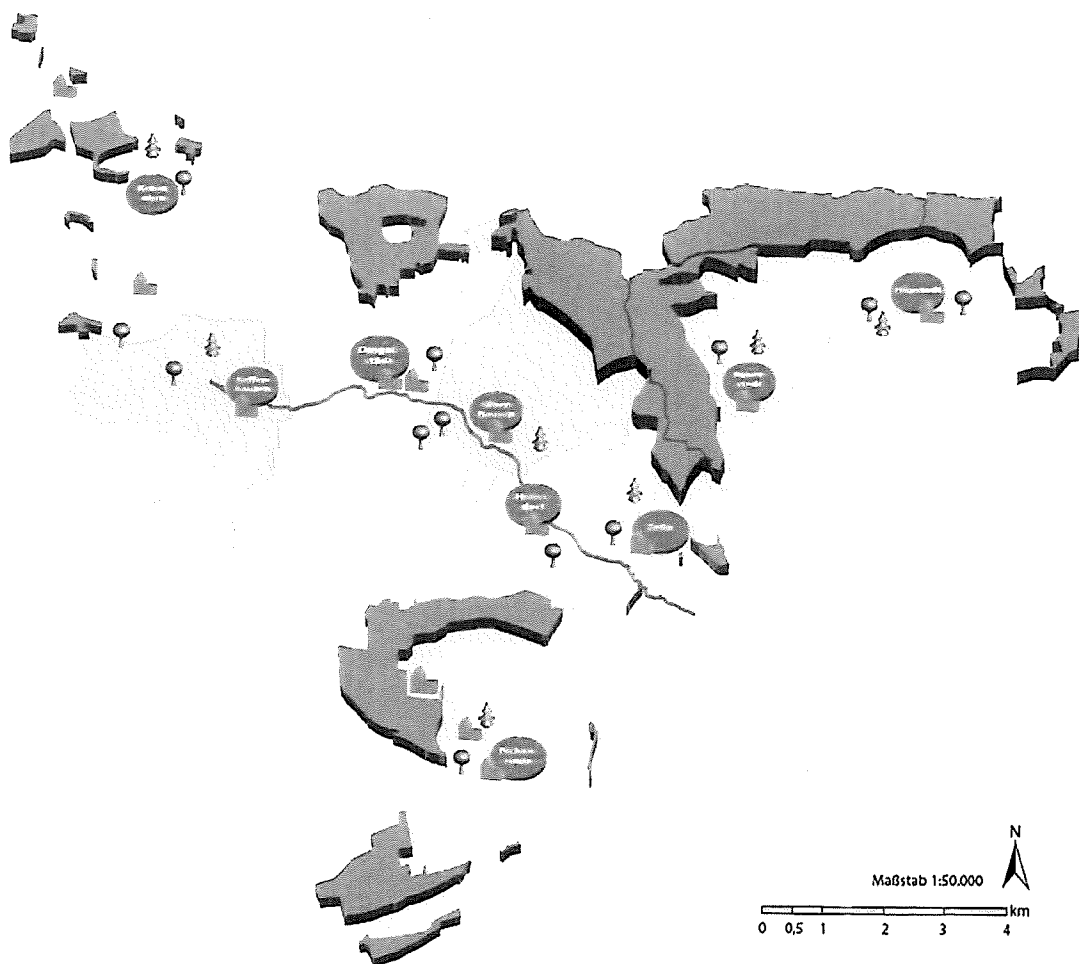
Dennoch blieb Heiligenstadt mit der Kriegs- und Domänenkammer bedeutend und erfuhr in der französischen Zeit zwischen 1806 und 1813 noch eine Aufwertung mit dem Sitz des Harzdepartements. Die Dörfer um Mühlhausen mit der Vogtei Dorla und der Ganerbschaft Treffurt gehörten bis dahin zum Eichsfelder Oberkreis nach Heiligenstadt, wechselten aber mit einer großen Anzahl südeichsfeldischer Dörfer zu dem 1816 gegründeten Kreis Mühlhausen.<sup>2</sup>

Im folgenden Jahrhundert gab es sehr häufige Kreisverschiebungen von Dörfern — auch

nach Nordhausen (z. B. Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Zella) und wieder zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kreise Heiligenstadt und Worbis zum Landkreis Eichsfeld mit Verweis auf die geschichtliche Verbundenheit im Eichsfeld zusammengelegt und 1946 in „Kreis Worbis mit Sitz in Heiligenstadt“ umbenannt, bevor hieraus im Jahre 1952 wieder die Kreise Heiligenstadt und Worbis wurden.<sup>28,41</sup>

### **Real - Case - Szenario in den Jahren 2021 bis 2023**

Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren alle Ortschaften der zukünftigen Landgemeinde "Stadt Dingelstädt". Realistisch wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald (Eichsfeldortsteile Beberstedt und Hüpstedt) und Anrode (Eichsfeldortsteile Bickenriede und Zella) im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Bürgerbefragungen durchgeführt, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis Eichsfeld sehen und zwar in einer verlässlichen und stabilen Verwaltungsstruktur bei der "Stadt Dingelstädt".



Die Ortsteile Bickenriede, Zella und Beberstedt liegen unmittelbar an der Gemarkungsgrenze zur Stadt Dingelstädt. Hier verläuft zurzeit auch die Landkreisgrenze

zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich. Der Ortsteil Hüpstedt grenzt unmittelbar an den Ortsteil Beberstedt (siehe Bild oben).

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren neun Ortschaften bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Grundzentren der Verwaltungsgemeinschaft Westerwald-Obereichsfeld (5 km Entfernung), der Einheitsgemeinde Gemeinde Unstruttal (10 km Entfernung) sowie der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal (6 km Entfernung).

Im Norden grenzt das Mittelzentrum Stadt Leinefelde-Worbis (12 km Entfernung) an und im Westen liegt das Mittelzentrum mit der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt (16 km Entfernung).

Das Mittelzentrum mit Teilaufgaben eines Oberzentrums, die ehemalige freie Reichsstadt und heutige Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen ist ca. 20 km entfernt und liegt südlich zum Obereichsfeld.



## 2. Zentralörtliche Einstufung der Stadt Dingelstädt (Stand 31.12.2021)

Die Stadt Dingelstädt mit ihren fünf Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen erfüllt als starkes Grundzentrum in vielen Bereichen schon jetzt mittelzentrale Funktionen. Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Urologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- 4 Praxen für Allgemeinmedizin / teilweise mit 2 Mediziner je Praxis
- 5 Zahnarztpraxen
- 1 Tierarztpraxis
- 3 Heilpraktiker
- 6 Praxen für Physiotherapie
- Stadtbibliothek, Gemeindebibliotheken in Helmsdorf und Kreuzebra



- Heimatstuben in allen Ortschaften
- Freibad Stadt Dingelstädt
- Hallenbad Stadt Dingelstädt
- Kunstrasenplatz / Stadion
- Jugendclub Stadt Dingelstädt „Club D“
- 3D - Familienkino Stadt Dingelstädt
- 1 Jugendzimmer in Helmsdorf, 1 Jugendclub in Kreuzebra
- 2 Apotheken
- 1 kommunale Kindertageseinrichtung „BUMMI“
- 4 Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft
- 2 Kindertagesmuttereinrichtungen
- 1 Altenpflegezentrum
- 1 Einrichtung für Betreutes Wohnen „Caritativer Pflegedienst Eichsfeld gGmbH“
- Einrichtungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen (St. Klara Wohnheim, St. Joseph Kinder-und Jugendhaus)
- Seniorenbeirat
- 5 Freiwillige Feuerwehren
- 5 Friedhöfe
- 7 Sportplätze
- 13 Spielplätze
- 1 Hotel
- 8 Gasthäuser teilweise mit Ferienwohnungen
- mehrere Restaurants
- 4 Ladestationen für E-Autos,

die deutlich mehr als die Grundversorgung sichern. Mit der Fusion der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird dieses Angebot deutlich erweitert. Somit werden die Ansprüche an ein Mittelzentrum weiter manifestiert.

Die Stadt Dingelstädt mit ihren heute schon über 2.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist von jeher Wirtschaftsstandort im Obereichsfeld. Die Industriebetriebe, die mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe, die Landwirtschaftsbetriebe und der Handel stellen das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar. Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung der Stadt Dingelstädt und soll zukünftig mit den neu einzugliedernden Ortschaften weiter ausgebaut werden.

Die Neugliederung ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu betrachten. Sie trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im „Obereichsfeld“ bei.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 63,76 ha, wovon 56,84 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen in der Ortschaft Dingelstädt. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger (auch aus den Ortsteilen der neu aufzunehmenden Gemeinden) in den zahlreichen Unternehmen der Stadt Dingelstädt tätig.

Die in den aufzunehmenden Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald vorhandenen Wirtschaftsstrukturen werden durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördern wird.

Einwohnerzahlen der Ortschaften / Ortsteile zum 31.12.2021 (Stand Einwohnermeldeamt):

Dingelstädt	4.510 EW
Helmsdorf	529 EW
Kefferhausen	746 EW
Kreuzebra	745 EW
Silberhausen	634 EW
Bickenriede	1.425 EW
Beberstedt	596 EW
Hüpstedt	1.575 EW
Zella	285 EW

**Gesamt: 11.045 EW**

### **3. Infrastrukturelle Beziehungen**

Infrastrukturell ist die Stadt Dingelstädt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So ist die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Anrode und die Gemeinde Dünwald an der B247 und über die Landstraßen (L1006, L1015, L2035, L2043) zu erreichen.

Ein weit verzweigtes Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander. Die Autobahn A 38 ist ca. 12 km von der zentralen Ortschaft Dingelstädt entfernt.

Entfernungen der Ortsteile zum Hauptverwaltungssitz der Stadt Dingelstädt, Ortschaft Dingelstädt:

- Beberstedt ca. 7 km
- Bickenriede ca. 8 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Hüpstedt ca. 11 km (Bürgerbüro verbleibt in diesem Ortsteil)
- Zella ca. 5 km

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der bestehenden Ortschaften der Stadt Dingelstädt zum Verwaltungssitz in der Ortschaft Dingelstädt. Ziel ist es, die einzugliedernden Ortsteile in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld einzubinden.

Weiterhin verfügt die Stadt Dingelstädt über einen Anschluss an den überregionalen Bahnverkehr Erfurt - Gotha - Leinefelde - Göttingen.

#### **4. Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit**

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasserleitungsverband (WLV) Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf.

Die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Weiterhin sind die Stadt Dingelstädt, die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Anrode Mitglieder in insgesamt drei Gewässerunterhaltungsverbänden. Dem Gewässerunterhaltungsverband „Obere Unstrut / Notter“, dem Gewässerunterhaltungsverband „Helme / Ohne / Wipper“ und dem Gewässerunterhaltungsverband „Leine / Frieda / Rosoppe“.

Weiterhin sind die vorgenannten Gemeinden Mitglieder im Altlastenzweckverband „Nord-/ Ostthüringen“.

Somit bestehen hier schon enge Verflechtungen. Lediglich eine Anpassung der Satzungen innerhalb der Zweckverbände wäre nach der Gemeindeneugliederung erforderlich.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V..

Eine weitere interkommunale Zusammenarbeit findet vor allem im Bereich Sport sowie Gesundheits- und Rehasport statt. So existiert seit 2021 eine Jugendspielgemeinschaft mit allen Fußballvereinen der Stadt Dingelstädt und dem Sportverein „VfL Hüpstedt e. V. 1982“ in Hüpstedt (Gemeinde Dünwald). Weiterhin existiert bereits seit 2017 eine Spielgemeinschaft zwischen der Ortschaft Kreuzebra (Stadt Dingelstädt) und dem Ortsteil Zella (Gemeinde Anrode).

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als 10 Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von Einwohnern der Gemeinde Anrode und Dünwald genutzt werden.

#### **5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften verfügt zukünftig über 8 Kindertagesstätten - bestehend aus einer kommunalen Einrichtung (in der Ortschaft Dingelstädt - 1 mit 158 Plätzen) und 7 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft (in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt - 2, Kefferhausen, Kreuzebra, Hüpstedt und Silberhausen) mit einer Gesamtkapazität von 629 Plätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft sind zurzeit nicht erkennbar. Ausreichend KITA - Plätze für Kleinkindbetreuung sind ebenfalls vorhanden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Dingelstädt Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Helmsdorf. Die Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede und Hüpstedt werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortschaften der Stadt Dingelstädt ausgebaut werden. Im Jugendförderplan des Landkreises Eichsfeld (Beschluss des Kreistages 2021) wurden bereits jetzt zusätzliche Personalkapazitäten für die Stadt Dingelstädt beschlossen, die im Laufe des Jahres 2022 aufgebaut werden sollen.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortschaften / Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt Dingelstädt auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 76 Vereine der Stadt Dingelstädt stehen in den Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 17 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 4 Schützenvereine
- 7 Kirmes & Handwerksvereine
- 3 Karnevalsvereine
- 7 Feuerwehrvereine & DRK
- 7 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 4 Gartenvereine
- 6 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 2 Heimatvereine
- 7 Senioren, Frauen & Familienvereine
- 4 Fördervereine

Die Ortschaften Bickenriede mit 19 Vereinen, Zella mit 5 Vereinen, Beberstedt mit 8 Vereinen und Hüpstedt mit 12 Vereinen sind schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften würde dann über 120 Vereine verfügen.

Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmesfesten, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Stadt- und Dorfgemeinschaften.

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit sowohl in der Stadt Dingelstädt als auch in den einzugliedernden Ortsteilen und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

Das Familienzentrum „Kloster Kerbscher Berg“ ist bereits heute schon überregionaler Anlaufpunkt für die ganze Familie. Bei Spielkreisen, Kursangeboten und Themenabenden können sich Familien kennenlernen.

## **5.1. Feuerwehren**

Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis.

Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Es bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Anrode und Gemeinde Dünwald. Regelmäßige Wehrleitersitzungen und landkreisübergreifende Einsätze sind schon heute Realität.

Auch hier spielt der festgelegte Einsatz- und Verflechtungsbereich im Brandschutz und der allgemeinen Hilfeleistung eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren auch über Kreisgrenzen hinweg im Austausch stehen.

Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. So ist die Drehleiter der Stützpunktfeuerwehr Dingelstädt bereits seit 2018 für den Ausrückebereich bis hin zu den Ortschaften Hüpstedt und Zaunröden mit verantwortlich.

Die gute Zusammenarbeit wird durch die Kreisbrandinspektoren, den Stadtbrandmeistern und die jeweiligen Wehrführern bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortschaften der Stadt Dingelstädt und den Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald ist schon heute gelebte Praxis.

Die Feuerwehr des Ortsteils Zella ist bei Bundesauscheiden bereits sehr erfolgreich. Selbstverständlich soll diese Arbeit durch die Stadt Dingelstädt weiter besondere Unterstützung erfahren.

## **6. Schulstruktur - Aufgabe des Landkreises Eichsfeld (nur informativ)**

Die zukünftige Stadt Dingelstädt bietet ihren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, an einer ortsnahen Schulbildung von der Grundschule bis zum Gymnasium teilzuhaben.

Weiterhin besteht die Möglichkeit in der "Franziskusschule" für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung zu absolvieren. Die Kinder und Jugendlichen mit Handicap werden hier individuell gefördert.

So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Bickenriede, Beberstedt und Hüpstedt das Gymnasium in der Ortschaft Dingelstädt, sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Zella die Grundschule in Dingelstädt. Durch die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld, werden die vorhandene Gesamtschule Hüpstedt sowie die Grund- und Regelschule Bickenriede in den bereits vorhandenen Schulring integriert, was weitere Synergien für Schüler und Lehrer ermöglicht. Die Stadt Dingelstädt verfügt schon jetzt über:

- 1 Grundschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und umliegenden Gemeinden
- 1 Regelschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und des Ortsteils Zella (Gemeinde Anrode, Unstrut – Hainich - Kreis)
- 1 Gymnasium - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt sowie weiteren 24 Orten des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises
- 1 Förderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in freier Trägerschaft

## **7. Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen**

Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, suchen die Eichsfelder einen Zusammenhalt in einer staatlich verankerten und mit der Wahrnehmung übergemeindlicher kommunaler Aufgaben betrauten Struktur, die ihrer Wesensart entspricht. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrhunderte eignet sich hierfür am besten das Rechtsinstitut des Landkreises. Im Falle des Landkreises Eichsfeld scheint dieses zurückliegend ausgesprochen gut zu funktionieren. Das beweisen nicht nur die vergleichsweise hohen Wahlbeteiligungen als auch die sich in ihnen bestätigende personelle und inhaltliche Kontinuität. Hierauf gestützt konnte sich das Kreisgebiet aus der einstigen Zugehörigkeit zum „Armenhaus Preußens“ in die Spitzengruppe der thüringischen Städte und Landkreise emporarbeiten. Beredter Ausdruck hierfür sind die positiven Spitzenwerte in allen entscheidenden Parametern, wie Arbeitslosigkeit, Investitionsquoten, soziale Situation etc., — und dies bei einer kumulierten Schuldenfreiheit des Landkreises Eichsfeld mit freier positiver Liquidität.<sup>3</sup>

Wenn also die Vereinigung des Ober- und Untereichsfeldes auch gegenwärtig in einer einheitlichen staatlich-kommunalen Gliederung nicht zu erreichen ist, dann sollte dieses zumindest dafürsprechen, das thüringische Eichsfeld in seiner jetzigen Landkreisgliederung unangetastet zu belassen. Dieses ist sowohl in einem landsmannschaftlichen Sinne geboten, als auch von der wirtschaftlichen Verfasstheit des Landkreises her problemlos möglich. Damit würde die Geschichte auch im 3. Jahrhundert der bestehenden regionalen Teilung offengehalten. Alles andere würde unweigerlich zu regionalen Spannungen führen, die niemand wollen kann.<sup>3 & 66</sup>

Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreis Eichsfeld, brachte die historischen, traditionellen und landsmannschaftlichen Verbindungen folgendermaßen auf den Punkt: *"Im Zentrum steht dabei die katholische Prägung der eichsfeldischen Kultur. Vor dem Hintergrund ihrer jesuitischen geschichtlichen Begründung ist sie weitaus tiefer im Charakter von Landschaft und Menschen verankert, als dieses selbst von ihren kirchlichen Institutionen her vorgetragen wird.*

*Konfessionsübergreifend ist dieses Charakteristikum gleichermaßen den Eichsfeldern evangelischen Glaubensbekenntnisses eigen. Im Eichsfeld ist deshalb „katholisch“ nicht nur Ausdruck einer konfessionellen Kirchenzugehörigkeit, sondern Markenzeichen für die „landmannschaftliche“ Beziehung von Menschen zu der ihnen angestammten Umgebung. Die dem „Sächsischen Sorben-Gesetz“ vorangestellte Präambel ließe sich - in Analogie - ebenso auf das Eichsfeld übertragen.<sup>68</sup> Dass dieses auch der Thüringische Landesgesetzgeber bislang so gesehen hat, wird u. a. in seiner Feiertagsgesetzgebung deutlich, in welcher er den „Fronleichnamstag“ ausnahmsweise für das Eichsfeld als gesetzlichen Feiertag ermöglicht hat.<sup>69</sup> Die hierin enthaltene Referenz an die kulturelle Identität des Eichsfeldes darf nicht durch eine rein schematische Implementierung in rein dem Nützlichkeitsaspekt folgende neue Verwaltungsstrukturen infrage gestellt werden.“<sup>3</sup>*

### **Kurzdarstellung der jüngsten Geschichte**

Die jetzigen Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen sind seit dem 01. April 1991 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Dingelstädt gewesen. Hervorgegangen ist die Verwaltungsgemeinschaft aus einem 1975 gegründeten Gemeindeverband. Am 13. Dezember 2018 wurde durch den Thüringer Landtag das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden beschlossen. In dem Gesetz wurde geregelt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt zum 31. Dezember 2018 aufgelöst und ab dem 01. Januar 2019 die Stadt Dingelstädt gebildet wird. Dem Gesetz gingen die Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden voraus, die die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt und die Fusion zur Stadt Dingelstädt beinhalteten.

Die Gemeinde Dingelstädt, der am 14. Februar 1859 das Stadtrecht verliehen wurde, wird durch die Neugliederung mit den Ortschaften nun deutlich erweitert. Durch die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und die Bildung der Stadt Dingelstädt mit Ihren 5 Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen wurde eine neue Form der kommunalen Selbstverwaltung implementiert die "Landgemeinde".

Die Gemeinde Anrode wurde 1997 aus den bis dahin eigenständigen fünf Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach, Lengefeld und Zella gegründet. Die Gemeinden Bickenriede, Dörna, Hollenbach und Zella waren zuvor in der Verwaltungsgemeinschaft „Landgraben-West“ zusammengefasst.

Aus den damals selbständig agierenden Gemeinden Beberstedt, Hüpstedt und Zaunröden entstand 1994 die Gemeinde Dünwald.

Die Stadt Dingelstädt gehört dem Landkreis Eichsfeld, die Gemeinden Anrode und Dünwald dem Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis an.

Mit dieser Antragstellung auf Beitritt der Ortsteile Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt entsteht nun eine zukunftsorientierte und tragfähige Verwaltungsstruktur im Obereichsfeld. Zwischen den Mittelzentren Heilbad Heiligenstadt, Leinfelde-Worbis und Mühlhausen etabliert sich die Stadt Dingelstädt mit ihren nun neun Ortschaften als vierter mittelzentraler Bereich im Nordwesten Thüringens.

## 8. Religion

Für Hans-Georg Wehling stellt das Eichsfeld, „als ein geschlossenes katholisches Gebiet inmitten eines protestantischen Umfeldes, eine Besonderheit, eine Enklave, die sichtbar an Kirchen, Kapellen, Wegkreuzen, Klüsen, Wallfahrtsorten und Wallfahrten - das von dorthier, gerade im nichtkatholischen Umfeld, seine Identität und seinen Zusammenhalt ableite.“<sup>10</sup>

Infolge seiner bis zum Jahre 1802 währenden 800-jährigen Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und Erzbistum Mainz entwickelte sich das Eichsfeld im Zuge der Gegenreformation zu einer mehrheitlich katholisch-konfessionellen Insel im sächsisch-thüringischen Verschmelzungsraum in der Mitte Deutschlands.

Als eine solche „bildet sie auch heute noch ein nahezu geschlossenes katholisches Siedlungsgebiet mit eigenen Bräuchen, kulturellen Prägungen und Mentalitäten sowie mit eigenem Selbstverständnis inmitten einer sonst konfessionellen und weltanschaulichen Diaspora. Die Stärke der Bindekräfte vermochte es, die eigene kulturelle Prägung selbst unter dem Druck der totalitären Systeme der beiden letzten Jahrhunderte zu bewahren.“<sup>1</sup>

Bis heute ist dieses Territorium das einzige größere geschlossene katholische Gebiet Mitteldeutschlands und der einzige Landkreis in den neuen Bundesländern, der eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufweist.<sup>1</sup>

Besonders die katholische Kirche, zu der heute 72 % der Einwohner gehören, stellt die prägendste Kraft in dieser Kulturlandschaft dar. Mit ihrem festgefügtten Werte- und Nonnensystem bot die Kirche die primäre Orientierung im Alltag der Menschen. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten Frömmigkeit und Glaubenspraxis getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Institutionen, wie z. B. Pfarrhäuser, Schulen oder Vereine und Presseorgane, prägten Zeiterfahrung und Lebensstil von Kindern und Jugendlichen ebenso wie den von Erwachsenen bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup>

Die starke Prägung der Katholiken durch ihre je eigenen Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich in verschiedenen Bereichen aus, so im Wahlverhalten, im Brauchtum, in Feierformen, auf sozialem Gebiet usw.. In den beiden Diktaturen 1933 bis 1989 wurden diese Erfahrungen verstärkt durch eine Klerus- und gemeindezentrierte Kirche unter Wegfall des Vereinskatholizismus, sodass sich zahlreiche Eigen- und Besonderheiten länger im Obereichsfeld als anderenorts erhalten konnten.<sup>1</sup>

Eine solche allumfassende, relativ geschlossene katholische Lebenswelt wird häufig als **Milieu beschrieben, das konfessionell determiniert** ist, wobei der Begriff oft nur abgrenzend definiert, wer und was dazugehört.“<sup>14</sup>

Alle neun künftigen Ortsteile der Stadt Dingelstädt sind überwiegend katholischer Konfession. Die seelsorgerische Betreuung wird durch drei katholische Pfarreien organisiert.



Die katholische **Pfarrei St. Gertrud Dingelstädt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen gehören, die Pfarrei ist außerdem Sitz des Dekanats Dingelstädt.

Die katholische **Pfarrei St. Martin Hüpstedt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Beberstedt, Helmsdorf, Hüpstedt und Zella gehören, ist vor mehr als 70 Jahren durch das Bistum Erfurt dem Dekanat Dingelstädt zugeordnet worden.

Die katholische **Pfarrei St. Georg und Juliana Küllstedt**, zu der die Kirchgemeinden Bickenriede, Büttstedt, Küllstedt und Wachstedt gehören.

#### **Wallfahrtsstätten im Dekanat Dingelstädt / Stadt Dingelstädt**

Werdigeshäuser Kirche, Wallfahrtskirche St. Cyriakus

Wallfahrt zum Hochfest Dreifaltigkeit und zu St. Cyriakus (1. Sonntag im August)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Kefferhausen

Kleine Kirche, Wallfahrtskirche St. Marien

Wallfahrt zum Fest Mariä Geburt (um den 8. September)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Dingelstädt

Kirche St. Martin, Beberstedt

Wallfahrt zum Rosenkranzaltar mit Krautweihe am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt

Pfarrei St. Martin / Ortschaft Beberstedt

Die Wallfahrt Krautweih Beberstedt und die „Marienwallfahrt zur Maria im Busch“ in Dingelstädt sind auch überregional bekannt.

#### **Kirchliche oder caritative Einrichtungen in der Stadt Dingelstädt**

Klosterkirche Kerbscher Berg, Kirche St. Petrus Baptista und Gefährten mit Familienzentrum

Dingelstädt

Kefferhäuser Straße 24

37351 Stadt Dingelstädt

Alten- und Pflegezentrum "Haus Louise"

Dingelstädt

Birkunger Straße 9

37351 Stadt Dingelstädt

St. Joseph Kinder- und Jugendhaus

Raphaelsheim gGmbH / Heim für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung

Dingelstädt

Riethstieg 3

37351 Stadt Dingelstädt

St. Franziskus-Schule der Raphaelsheim gGmbH

Staatlich anerkannte katholische Förderschule für geistig Behinderte

Dingelstädt

Riethstieg 9  
37351 Stadt Dingelstädt

Zu der Evangelischen Pfarrei Dingelstädt, Bahnhofstraße 18, 37351 Stadt Dingelstädt mit der 150 Jahre alten Kirche St. Johannes-Apostel in Dingelstädt gehören die Ortschaften Dingelstädt und Helmsdorf mit eigenen Kirchengebäuden.

Die evangelische Gemeinde Anrode mit der Kirche St. Georg in Dörna gehört zum evangelischem Pfarramt Dörna Blaschke.

Es bestehen regelmäßige Kontakte und es gibt gemeinsame kirchliche / ökumenische Veranstaltungen der Kirchengemeinden.

Insgesamt sind drei katholische Pfarreien und zwei evangelische Pfarreien im Gemeindegebiet verortet.

### **8.1. Tourismus**

Das klare Bekenntnis der Stadt Dingelstädt zum Tourismus soll in Anspruch und Vision der Tourismusstrategie der Stadt weiter verankert werden:

Die Stadt Dingelstädt wird Ihren Tourismusverbund mit dem Eichsfeld und dem Freistaat Thüringen ausbauen! Entscheidend ist, die Qualität der Angebote und damit einhergehend die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen.

Innerhalb der Region kommt es künftig darauf an, das Tourismusbewusstsein auf allen Ebenen und damit die Anerkennung für die Leistungskraft und vielfältigen positiven Effekte der Branche zu stärken. Der Tourismus leistet wichtige Beiträge für die Regionalentwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt Dingelstädt, unserem Landkreis Eichsfeld und unserem Freistaat Thüringen. Er ist wichtiger Standortfaktor.

Ziel muss es sein, die Stadt Dingelstädt nicht nur als ein begehrtes Urlaubsziel, sondern auch als attraktiven Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eine Stadt Dingelstädt mit den dann 9 Ortschaften würde die Tourismusentwicklung weiter voranbringen und verstärken.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Dünwald sind bereits Mitglied im HVE. Eine wichtige Aufgabe des HVE Eichsfeld Touristik e. V. (HVE) ist die Heimat- und Kulturpflege. So unterstützt der HVE die Wanderwegewarte der Region oder begleitet Entwicklungen rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg „Leine-Werra“ oder dem Pilgerweg Loccum-Volkenroda.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des HVE ist die touristische Qualitätssicherung. Der Verband berät hinsichtlich von Qualitätssiegeln wie „Wanderbares Deutschland“ oder „Bett & Bike“ und führt selbst Sterne Klassifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes durch.

### 8.1.1 Radtourismus

Das sogenannte Dingelstädter Radwegekreuz am „Alten Dingelstädter Bahnhof“ ist gut ins Thüringer Radwegenetz eingebunden. Von hier aus können Fahrradfrende auf gut beschilderten Radwegen in alle Himmelsrichtungen fahren. Das Radwegekreuz ist zugleich der Beginn des einmaligen und beliebten Kanonenbahnradweges, der durch die Gemeinde Anrode bis zum Werratal-Radweg führt.

Radfahrer können ebenso von der Ortschaft Dingelstädt aus über Radwegeverbindungen zum Unstrut-Hahle-Radweg, Unstrut-Leine-Radweg und dem Unstrut Radweg gelangen. Eine touristische Anbindung des Klosters Anrode an das überregionale Radwegenetz ist bereits heute über den Kanonenbahnradweg vorhanden.

Eine Radwege-Anbindung an den Unstrut Radweg über Beberstedt streben wir ebenso an. Einheimische und auswärtige Radfreunde können so über einen verbindenden Weg einen Anschluss an das überregionale Radwegenetz erhalten. Außerdem ist entlang des Gleisbettes der ehemaligen Klein-Bahn Silberhausen - Hüpstedt mittelfristig ein Radweg als Verbindung zwischen Silberhausen über Beberstedt nach Hüpstedt geplant.

### 8.1.2 Wandertourismus:

#### Das Eichsfeld-Lied (1. & 2. Strophe)

*Bist du gewandert durch die Welt, auf jedem Weg und Pfade,  
Schlugst auf in Nord und Süd dein Zelt, an Alp und Meergestade:  
Hast du mein Eichsfeld nicht geseh'n mit seinen burggekrönten Höh'n  
Und kreuzfidelen Sassen, dein Rühmen magst du lassen!*

*Dort, wo die junge Leine fließt, die Unstrut wallt zu Tale,  
Der Hülfsenberg die Werra grüßt, der Ohmberg seine Hahle,  
Die Wipper flutet durch die Au, landauf, landab, welch feine Schau  
Auf Tal und Hügelketten und schmucke Siedelstätten!*

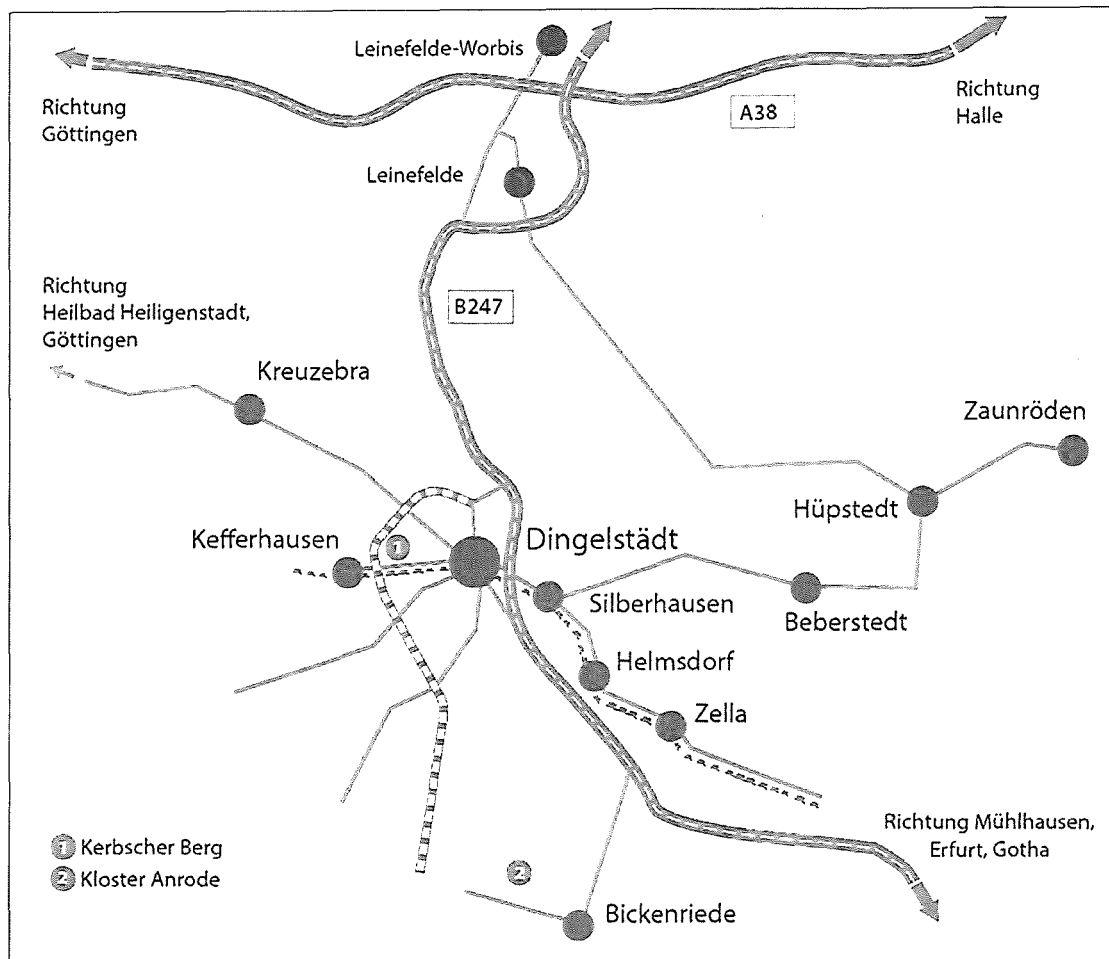
Die Eichsfeld Hymne wurde im Jahre 1902 von dem Priester Dr. Hermann Iseke, geboren am 09. März 1856 in Holungen, gestorben 1907 in Südafrika, geschrieben und beschreibt noch heute in prägnanter Weise unter anderem den Wandertourismus.

Im schönen Obereichsfeld braucht es nicht viel Zeit und Aufwand, um in die Natur zu gelangen. Auf ausgewiesenen Wanderwegen kann man schnell dem Alltag entkommen.

So bietet beispielsweise das etwa 515 m hohe Plateau „Hockelrain“ einen prächtigen Blick über unsere Ortschaften der Stadt Dingelstädt und lädt mit seinen Rastmöglichkeiten zum Verweilen ein.

Außerdem haben wir die Umsetzung und Vermarktung gemeinsamer Wanderrouen fest im Blick (z. B. TOP Wanderweg Scharfenstein). Fast täglich erreichen uns Anfragen von Gästen, die gern unsere Rad- und Wanderwege erkunden wollen und mehrtägige Besuche in unserer Region planen. Es lohnt sich, dieses Potenzial zu bündeln und auszubauen.

## 9. Landschaftliche und topographische Gegebenheiten



Mitten in Deutschland, im nordwestlichen Teil des Landes Thüringens, im Landkreis Eichsfeld liegt die Stadt Dingelstädt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 38, dicht an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen.

Die Stadt Dingelstädt liegt an der oberen Unstrut mit der Unstrutquelle in der Ortschaft Kefferhausen. Dingelstädt ist am westlichen Rand einer Mulde im oberen Unstruttal gelegen und wird umrahmt von den allmählich ansteigenden Höhen der mit Laubbäumen bewaldeten Muschelkalk-Hochfläche des oberen Eichsfelds.

Im Norden begrenzt der Höhenzug „Dün“ das Stadtgebiet. Die Stadt ist flächenmäßig (ca. 59 km<sup>2</sup>) und von der Einwohnerzahl (ca. 7.000 Einwohner) bereits jetzt die drittgrößte Gemeinde im Landkreis Eichsfeld. Durch die Fusion mit den Ortsteilen Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella würde die Stadt Dingelstädt sowohl von der Fläche, als auch von den Einwohnern um mehr als 40 % wachsen.

## 10. Bevölkerung und Flächenentwicklung

Der demographische Wandel ist, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, die große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung.

Die beantragenden Gemeinden (Stadt Dingelstädt, Gemeinde Anrode mit den Ortsteilen Bickenriede und Zella, Gemeinde Dünwald mit den Ortsteilen Beberstedt und Hüpstedt) haben zum 31. Dezember 2021 einen Einwohnerstand von 11.045 Einwohnern und eine Gesamtfläche von ca. 107,44 km<sup>2</sup>.

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 angestrebt.

Bezogen auf den beantragten Beitritt wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 vollumfänglich erfüllt und sogar deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Stadt Dingelstädt auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als sicher anzunehmen ist.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, werden seit 2018 Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum entwickelt, geplant und seit 2021 umgesetzt.

So werden zurzeit ca. 100 Baugrundstücke neu ausgewiesen. Gleiches soll selbstverständlich auch für die zukünftigen Ortschaften gelten. Hier gibt es bereits in den Ortschaften Beberstedt und Bickenriede konkrete Vorplanungen.

Die Stadt Dingelstädt nimmt seit diesem Jahr an der Dorferneuerung für die Ortschaften Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen teil. Ziel ist es auch die Kerne der einzelnen Ortschaften aufzuwerten. Parallel dazu schaffen wir derzeit Voraussetzungen zur Nutzung und Revitalisierung vorhandener Gewerbeflächen.

## **11. Finanzielle Situationen der beteiligten Gemeinden**

Die Haushaltssituationen in den Gemeinden Anrode und Dünwald sind als sehr angespannt zu betrachten, beide Gemeinden befinden sich in der Haushaltssicherung. Die Haushaltssituation der Stadt Dingelstädt stellt sich hingegen als verhalten positiv dar. Die Stadt Dingelstädt weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 226 € auf (Stand 31.12.2021). Die Finanzplanung 2022 sieht vor, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen.

Die Stadt Dingelstädt hat im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2021 ein Volumen von 4.655.400 € und in 2022 in Höhe von 5.238.400 € vorgesehen.

Die Rücklage der Stadt Dingelstädt beträgt 1.341.000,00 € (Stand 31.12.2021). Auch nach der Gemeindeneugliederung ist die Haushaltssituation der neuen Stadt Dingelstädt als ausgeglichen einzustufen. Die Verschuldung der Stadt Dingelstädt wird dann allerdings deutlich ansteigen.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich anwachsen, diese liegt dann mit ca. 355 €/Einwohner deutlich

über der bisherigen pro Kopfverschuldung der Stadt Dingelstädt. (ca. 40 % höhere pro Kopfverschuldung).

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Stadt Dingelstädt:	1.382.213,32 €
Bickenriede, Zella (Gemeinde Anrode) und Beberstedt, Hüpstedt (Gemeinde Dünwald)	2.531.101,08 €

<b>Gesamtschulden zum 01.01.2023</b>	<b>3.913.314,40 €</b>
--------------------------------------	-----------------------

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand in gewissem Umfang abzufedern.

Der erhebliche Sanierungsstau in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella kann aber nur bedingt abgefedert werden. Besonders die Revitalisierung der Klosteranlage Anrode wird in den kommenden Jahren zur großen finanziellen Herausforderung für die Stadt Dingelstädt werden.

Mit der Gemeindeneugliederung kommen die Gemeinden Anrode und Dünwald aus ihrer finanziellen Notlage der Haushaltsicherung.

Mit dem Beitritt der zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella wird für diese Ortschaften eine stabile Haushaltslage erreicht. Die dauernde Leistungsfähigkeit wird gewährleistet und somit sind auch wieder Investitionen in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella möglich.

Die Stadt Dingelstädt wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung nach und nach abzubauen und gleichzeitig ein gewisses Maß an Investitionen in allen neun Ortschaften zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird durchschnittlich auf ca. 650 € / Einwohner prognostiziert. Zurzeit beträgt die Steuereinnahmekraft ca. 770 € / Einwohner.

## **12. Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden**

Die Auflösung der Gemeinden Anrode und Dünwald und die Zuordnung zu den Städten Mühlhausen und Dingelstädt sowie der Gemeinde Unstruttal führen zu einer neuen Kreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die neuen Gemarkungsgrenzen zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Unstruttal wurden in den Koordinationsrechtlichen Verträgen Flurstücks

genau festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemarkungsgrenzen auch die neue Landkreisgrenze abbilden könnten.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte – insbesondere die Städte Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis, die Gemeinde Unstruttal aber auch die Stadt Mühlhausen – werden ihrerseits durch den Beitritt der Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert.

Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) und der Gemeinde Unstruttal verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Entwicklung.

Weiterhin lässt die Fusion der Stadt Dingelstädt die Möglichkeit offen, sich als Mittelzentrum zwischen den oben genannten Städten zu etablieren.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Stadt Dingelstädt auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

### **13. Grundlegende Kriterien der Neugliederung**

Die in diesem Antrag vorgetragenen Argumente und Beispiele zeigen, dass man – wenn zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden – Schwierigkeiten überwinden und Aufgaben lösen kann und somit eine „gedeihliche Entwicklung“ des Gemeinwesens erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Ortschaft ihre Seele hat und sich im Gesamtgefüge wiederfinden muss.

Mit den unterzeichneten koordinationsrechtlichen Verträgen und den Fusionsverträgen greifen alle kommunalpolitischen Verantwortungsträger die Geschichte ihrer Region in gleicher Weise auf und führen das Erbe unserer Vorfahren nicht nur im Obereichsfeld zusammen.

Mit Gründung der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ am 01. Dezember 2019 bestehend aus den Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen wurde ein neuer Weg gegangen. Es galt und gilt leistungsfähige Strukturen aufzubauen!

Unter dem Motto: Stärkere Gemeinden = größere Chancen

In der Rückschau kann bestätigt werden, dass dies vollumfänglich gelungen ist. In der zukünftigen Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften wird es um so wichtiger, Vertrauen aufzubauen.

Hier sind alle kommunalpolitischen Akteure gefordert. Es wird Diskussionen geben über den Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben, denn es sind demokratische Institutionen. Dennoch sollte berücksichtigt werden: Jedes positiv erlebte Beispiel einer Bürgerin oder eines Bürgers in der Praxis kann mehr bewirken als alle noch so vielversprechenden theoretischen Ausführungen.

Darum geht es in der neuen Landgemeinde mit dem Namen „Stadt Dingelstädt“ mit ihren dann 9 Ortschaften: Vertrauen schaffen unter den Mandatsträgern, Vertrauen zwischen Bürgermeister, Rat und Verwaltung und vor allem: Vertrauen der Bürgerschaft zu uns.

Was ist weiterhin zu tun? Vieles ist vorgegeben in den Fusionsverträgen. Die Fusionsverträge sind Dokumente der Vernunft, sorgfältig ausgewogen unter dem Motto: „Gleiche unter Gleichen“. Sie sind gewissermaßen eines der beiden Standbeine, auf denen sich nun alle zukünftig 9 Ortschaften auf den Weg begeben. Das andere Standbein ist schlicht und einfach das Gesetz, die Gemeindeordnung.

### **Verwaltung:**

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit.

Überörtliche Maßstäbe, unter anderem die Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung, werden zunächst nicht berührt. Welche Auswirkungen die Gemeindefusion auf den LEP 2025 haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen und ist nicht Bestandteil dieses Antrages.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger in dem Sinne, dass zukünftig Leistungen angeboten werden, zu denen die Gemeinden Anrode und Dünwald vorher nicht in der Lage waren (u. a. Standesamt).

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Stadt Dingelstädt befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Verwaltungen, Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 9 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Dingelstädt gesichert werden kann. Weiterhin ermöglicht die Eingliederung eine verbesserte Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche deutlich über die eines Grundzentrums hinausgeht.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.



## **14. Bürgerbeteiligung**

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Anrode, Dünwald und der Stadt Dingelstädt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortschaftsratsitzungen, Treffen auf Vereinsebene, Treffen der Feuerwehren, in den Kirchengemeinden sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich der möglichen Gemeindefusion und des Wechsels in den Landkreis Eichsfeld aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dingelstädt, der Gemeinde Anrode und auch der Gemeinde Dünwald durch die jeweiligen Amtsblätter und der Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung (per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr) in allen Ortsteilen der Gemeinden Anrode und Dünwald, die ein klares Votum ergeben haben. Bei einer Wahlbeteiligung von 89 % haben sich in den Ortsteilen Bickenriede (81,12 %) und Zella (85,50 %) in der Gemeinde Anrode sowie den Ortsteilen Beberstedt (81,96 %) und Hüpstedt (54,51 %) in der Gemeinde Dünwald die Bürgerinnen und Bürger für den Wechsel in den Landkreis Eichsfeld und den Beitritt zur Stadt Dingelstädt entschieden.

### **Fazit:**

Die vorgetragenen Verweise stellen nur einen Ausschnitt eines durchgängigen Wunsches der Eichsfelder im Verlauf der letzten 200 Jahre dar, bei einer sich bietenden Gelegenheit wieder in einer staatlich-kommunalen Rechtsform zusammenkommen zu wollen. Realistisch und wünschenswert wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis. Ganz in diesem Sinne haben die hiervon betroffenen Gemeinden Dünwald und Anrode im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Verträge geschlossen, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis-Eichsfeld und der Stadt Dingelstädt sehen.<sup>3 & Aktualisierung</sup>

---

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

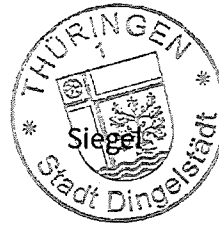
Bürgermeister der Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022

## Quellenverzeichnis:

- 1 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 4 ff.
  - 2 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 10, 11
  - 3 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 5,6,15,16 ff.
  - 9 Müller, Johannes: Das Eichsfeld. Maschinengeschriebenes Manuskript Eichsfelder Heimatmuseum Heiligenstadt
  - 10 Wehling, Hans-Georg: Das katholische Milieu im Eichsfeld. In: Das Eichsfeld - Ein deutscher Grenzraum. Du- derstadt 2002.
  - 11 Riese, Werner: Das Eichsfeld. Entwicklungsprobleme einer Landschaft Heidelberg 1980.
  - 12 Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973.
  - 13 Behrens, Petra: Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regional kulturelle Aktivitäten und Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961. Baden-Baden 2012.
  - 14 Müller, Torsten: Mitteilung vom 10.12.2016.
  - 41 Hussong, Ulrich, Die Einteilung des Eichsfeldes in Landkreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Eichsfeld-Jahrbuch 7 (1999), S.185 ff.
  - 66 Verfahren beim Bundeslandwechsel von Landkreisen/Kommunen, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Deutscher Bundestag 2016, WD 3 - 3000 - 057/16.
  - 67 Vgl. Fußnote 20.
  - 68 "Präambel"
- In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, das in der Nieder- und Oberlausitz seine angestammte Heimat hat und seine Sprache und Kultur bis in die heutige Zeit bewahrt hat, seine Identität auch in Zukunft zu erhalten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sorben außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland keinen Mutterstaat haben, der sich ihnen verpflichtet fühlt und Sorge für den Schutz und die Bewahrung ihrer Sprache, Kultur und Überlieferung trägt, im Bewusstsein, dass der Schutz, die Pflege und Entwicklung der sorbischen Werte sowie die Erhaltung und Stärkung des sorbisch-deutschen Charakters der Lausitz im Interesse des Freistaates Sachsen liegen, in Erkenntnis, dass das Recht auf die nationale und ethnische Identität sowie die Gewährung der Gesamtheit der Volksgruppen- und Minderheitenrechte keine Gabe und kein Privileg, sondern Teil der universellen Menschen- und Freiheitsrechte sind, in Erfüllung der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, unter Berufen auf Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 35 des Einigungsvertrages, ergänzt um die Protokollnotiz Nummer 14, und die Verfassung des Freistaates Sachsen beschließt der Sächsische Landtag, ausgehend von Artikel 6 der Sächsischen Verfassung, das nachstehende Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz - SächsSorbG)."
- 69 Vgl. Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz (ThürFGtG) vom 21. Dezember 1994

### Antragsunterzeichnung:

Bürgermeister Stadt Dingelstädt  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeister Gemeinde Anrode  
Dingelstädt, den 08.02.2022



Bürgermeisterin Gemeinde Dünwald  
Dingelstädt, den 08.02.2022



### Anlagen:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
<b>2.</b>	Name	Organisationsform
	Stadt Mühlhausen/Thüringen	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ratsstraße 26
	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
<b>3.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Eingliederung der Gemeinde Menteroda in die Gemeinde Unstruttal widerspricht in eklatanter Weise den Leitlinien des Freistaates und beeinträchtigt die Stadt Mühlhausen in ihrer eigenen Entwicklung unter anderem durch die Zugrundelegung falscher Tatsachen und Annahmen.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungs- vorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Mühlhausen, 13.06.2022	



Thüringer Landesverwaltungsamt  
Jorge-Semprún-Platz 4  
99423 Weimar

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen

Datum

08.02.2022

**Gemeinsamer Antrag auf Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen/Thüringen**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Präsident,

bei der anstehenden Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen verweisen wir zunächst auf das Landesentwicklungsprogramm 2025 und den Regionalplan Nordthüringen. Danach soll der Stadt- und Umlandraum von Mühlhausen als herausgehobener räumlicher Leistungsträger mit überregionaler Bedeutung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich gesichert und als bedeutender Standort im nationalen Wettbewerb sowie als Impulsgeber für die Region weiterentwickelt werden. Logische Folge ist die Vergrößerung dieses Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch Eingliederungen angrenzender Gemeinden, sofern diese Eingliederungen keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren haben.

Bei der Betrachtung der Sinnhaftigkeit der Eingliederung des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen wurden folgende Prämissen berücksichtigt:

- Stärkung der Stadt Mühlhausen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch die Eingliederung,
- Beachtung der Stadt-Umland-Beziehungen unter besonderer Würdigung der Entwicklungschancen der Stadt einerseits und des ländlichen Raumes andererseits,
- Würdigung struktureller Verflechtungen mit anderen angrenzenden Grundzentren.

Entsprechend den „Allgemeinen Anwendungshinweisen für freiwillige Neugliederungen kreisangehöriger Gemeinden“ sollen für eine sachgerechte Bewertung möglicher Eingliederungen entscheidungserhebliche Gesichtspunkte herausgearbeitet und abgewogen werden. Große Bedeutung haben dabei die regionalen Verflechtungsbeziehungen zwischen den betroffenen kommunalen Strukturen:

### **Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren**

Der Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode hat mit der Stadt Mühlhausen eine gemeinsame Grenze. Der Ortsteil liegt nordwestlich der Stadt Mühlhausen.

Die Entfernung zum Stadtzentrum von Mühlhausen beträgt ca. 5 km.

### **Infrastrukturelle Beziehungen**

Der Ortsteil Hollenbach der Gemeinde Anrode gehört mit zum Marktgebiet der Stadt Mühlhausen, dies wird durch das Einzelhandelskonzept vom März 2015 belegt. Ein beachtlicher Anteil der Einwohner des Ortsteils arbeitet in Mühlhausen. Mit dem Bus ist das Stadtzentrum in wenigen Minuten erreichbar.

Das ÖPNV-Netz ist vorwiegend auf Mühlhausen ausgerichtet. Ein Grundzentrum soll nach den Vorgaben des Regionalplans Nordthüringen innerhalb von maximal 30 Minuten mit dem ÖPNV erreichbar sein. Hinsichtlich des Grundzentrums Mühlhausen wird diese Zeitvorgabe eingehalten.

Die unmittelbare Erreichbarkeit des Ortsteils mittels PKW ist vom Mühlhäuser Zentrum aus durch die Hollenbacher Landstraße gewährleistet.

Die schulpflichtigen Kinder des Ortsteils besuchen als weiterführende Schulen ganz überwiegend die Mühlhäuser Gymnasien.

Die Bewohner des Ortsteils Hollenbach, wie der gesamten Gemeinde Anrode, nutzen die zahlreichen sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen der Stadt Mühlhausen wie die Thüringertherme, das Sporthotel, den Thuringia Funpark, die Einrichtungen der Mühlhäuser Museen, die Stadtbibliothek, das Erholungsgebiet am Schwanenteich, die 3K-Theaterwerkstatt.

Die fachärztliche Versorgung der Bevölkerung von Hollenbach, wie auch der gesamten Gemeinde Anrode, erfolgt bei den zahlreichen in Mühlhausen ansässigen Fachärzten. Die medizinische Versorgung im Krankenhaus wie auch die Notfallversorgung wird über das Hufeland Klinikum in Mühlhausen abgesichert.

Nach dem Regionalplan Nordthüringen ist der Ortsteil Hollenbach, aber auch weitere Ortsteile der Gemeinde Anrode, Bestandteil des Grundversorgungsbereiches Mühlhausen.

### **Zweckverbandsstrukturen, Feuerwehr**

Die Stadt Mühlhausen und die Gemeinde Anrode mit dem Ortsteil Hollenbach gehören unterschiedlichen Zweckverbänden an, die nicht mit den Gemeindegebieten übereinstimmen. Das bisherige Stadtgebiet von Mühlhausen gehört – neben anderen Gemeinden – zum Verbandsgebiet der Zweckverbände Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal bzw. Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland.

Die Gemeinde Anrode einschließlich des Ortsteils Hollenbach gehört dem Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserversorgung Obereichsfeld mit dem Sitz in Heilbad Heiligenstadt an. Gleiches gilt für den Wasserleitungsverband „Ost-Obereichsfeld“ mit Sitz in Helmsdorf und dem Altlastenzweckverband Nord-/Ostthüringen mit Sitz in Erfurt.

Im Gewässerunterhaltungszweckverband „Obere Unstrut/Notter“ und im Kommunalen Energiezweckverband Thüringen sind dagegen beide Gemeinden Mitglieder.

Die Mühlhäuser Feuerwehr ist eine Stützpunktfeuerwehr. Sie hat bereits jetzt regelmäßig Einsätze im benachbarten Hollenbach. Die bestehende Ortsteilfeuerwehr wird in die Organisations- und Einsatzstruktur der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Mühlhausen integriert. Solange die Einsatzbereitschaft gegeben ist, wird der Fortbestand als Ortsteilfeuerwehr garantiert.



### **Traditionelle und historische Strukturen, Religion**

Kerngebiet des Grundversorgungsbereiches Mühlhausen ist das Territorium der ehemals Freien Reichsstadt Mühlhausen, die bis 1802 existierte. Dieses Gebiet ist traditionell von der Konfession her evangelisch. Zum ehemals reichsstädtischen Gebiet gehörten neben der heutigen Stadt Mühlhausen auch die Ortsteile Hollenbach, Dörna und Lengefeld.

Die Stadt Mühlhausen und die Gemeinde Anrode waren seit 1802/1815 Teil des Königreichs Preußen. Mit der preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1816 entstand der Landkreis Mühlhausen in Thüringen, zu dem u.a. neben der Stadt Mühlhausen auch der Ortsteil Hollenbach gehörte.

### **Landschaftliche und topographische Gegebenheiten**

Die Stadt Mühlhausen liegt am nordwestlichen Rand des Thüringer Beckens, dem sogenannten Mühlhäuser Becken, in der Flussaue der Unstrut. Entlang dieses Flusses verlaufen auch die wichtigsten Verkehrsadern, die B 247 und die Bahnstrecke, beide die Städtekette Gotha – Bad Langensalza – Mühlhausen – Leinefelde verbindend.

Im Mühlhäuser Becken (um die 215 m NN) herrschen die Gesteine des Keupers vor, nach Westen und Norden hin steigt das Gelände allmählich an, mehr und mehr dominieren nun die Gesteine des Muschelkalks, sie bilden die Höhenlagen des Hainichs und des Düns, die teilweise Höhen von über 500 m NN erreichen.

Die Kernstadt von Mühlhausen und deren Ortsteile Görmar, Felchta, Bollstedt, Grabe, Höngeda und Seebach liegen wie die Ortsteile Hollenbach und Dörna der Gemeinde Anrode überwiegend im Mühlhäuser Keuperbecken. Die Ortsteile Windeberg und Saalfeld der Stadt Mühlhausen sind dem Höhenzug des Dün zuzurechnen.

### **Bevölkerungsentwicklung**

Der Ortsteil Hollenbach wies zum Stichtag 31.12.2021 einen leicht wachsende Bevölkerungsentwicklung mit 310 Einwohnern aus. Die Stadt Mühlhausen kann auf einen Bevölkerungsstand von 35799 Einwohnern verweisen.

### **Finanzielle Situation**

Um eine gewisse Vergleichbarkeit zu gewährleisten, soll als Maßstab die Pro-Kopf-Verschuldung herangezogen werden:

Gemeinde	Einwohner 31.12.2021	Schulden (in €) zum 31.12.2021	Pro-Kopf- Verschuldung (in €)
Mühlhausen	35799	6.318.270,76	176,00
Anrode	3171	2.201.681,70	694,32

### **Ortsteile und Ortsteilverfassung**

Der Ortsteil Hollenbach verfügt über eine Ortsteilverfassung. Diese wird im Zuge der Eingliederung in die Stadt Mühlhausen übergeleitet.

### **Bau- und Gewerbegebiete**

In den 90er Jahren sind in einigen der Stadt nah gelegenen Ortsteilen größere Baugebiete für Einfamilien- oder Reihenhäuser ausgewiesen worden. Dies förderte den Wegzug von Mühlhäuser Bürgern in die Umlandgemeinden, wodurch es zu einem merklichen Bevölkerungsverlust in der Stadt Mühlhausen kam. Ein solches Neubaugebiet ist auch in Hollenbach entstanden.

Da die Planungshoheit zukünftig in einer Hand liegt, können Bauvorhaben besser abgestimmt und zum Nutzen von Stadt und ländlichem Raum vorangebracht werden.

### **Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften**

Grundsätzlich sollen in Thüringen die Mittelzentren durch Eingliederungen gestärkt werden, sofern damit keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren verbunden sind. Die Stadt Mühlhausen legt Wert darauf, sich nicht auf Kosten anderer Grund- oder Mittelzentren zu vergrößern. Bei der anstehenden Eingliederung des Ortsteils Hollenbach soll dieser behutsam integriert, der ländliche Raum erhalten und entwickelt werden.

Durch die Eingliederung des zum Grundversorgungsbereich der Stadt Mühlhausen gehörenden Ortsteils Hollenbach in die Stadt lassen sich keine negativen Auswirkungen auf andere Grund- oder Mittelzentren feststellen.

### **Zusammenfassung**

Unabhängig von einem hohen sozialen und kulturellen Engagement der Einwohner von Hollenbach ist die Stadt Mühlhausen auch für deren Einwohner Einkaufszentrum, wichtiger Arbeitsort sowie wichtiges kulturelles und soziales Zentrum.

Eine Eingliederung der Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist aus beider Sicht sinnvoll, nicht nur um die aus regionalplanerischer und politischer Sicht notwendige Stärkung des Mittelzentrums Mühlhausen zu erreichen, sondern auch den Bürgern aus Hollenbach eine zukunfts feste, verlässliche und leistungsorientierte öffentliche Verwaltung auf Dauer zu gewährleisten.

Auf Grund der hier aufgeführten Fakten ist eine Eingliederung des Ortsteils Hollenbach geboten. Das von der Landesregierung vorgegebene Ziel, dass die Stellung Mühlhausens als bedeutendes Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums im nordwestlichen Thüringen gestärkt werden soll, wird jedoch durch die Eingliederung nur des einen Ortsteils der Gemeinde Anrode nicht bzw. nur in geringem Maße erreicht. Gleichwohl profitieren hiervon die Bürger Hollenbachs maßgeblich.

Mit freundlichen Grüßen

Oberbürgermeister



Bürgermeister

Stadtverwaltung Mühlhausen | Postfach 1243 | 99962 Mühlhausen

FB 6 Gebäude- und Grundstücksverwaltung

Thüringer Ministerium für Inneres  
und Kommunales  
Herrn Minister Georg Maier  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

z.w.V.	b.R.	AF +	AE (+)	z.Vg.	Info
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales					
63/199/2022 Minister					
EINGANG 22. MAI 2022					
Min	StS I	StS II	MB	LMB	v A z K
M 1	M 2	M 3	M 4	M 5	M 6
	2	Unser Zeichen	AFV		

Postanschrift: Ratsstraße 25 | 99974 Mühlhausen

Dienstgebäude: Neue Straße 11

Auskunft erteilt:

Telefon:

Fax:

Email:

Gebaeude-Grundstuecke@muehlhausen.de

ID-Nummer:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Datum  
20.05.2022

### Gemeindegebietsreform

**Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften**

**Stellungnahme an Ministerien, Gemeinde- und Städtebund etc.**  
**Arbeitsfassung vom 11.05.2022**

Sehr geehrter Herr Minister Maier,

das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat den Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften vorgelegt. Zu diesem Gesetzesentwurf möchte die Stadt Mühlhausen – als betroffene Kommune – im Rahmen der Anhörung Stellung nehmen.

Die Stellungnahme der Stadt bezieht sich dabei ausdrücklich nicht auf die Eingliederung des Ortsteiles Hollenbach der ehemaligen Gemeinde Anrode in die Stadt Mühlhausen/Thüringen. Vielmehr geht es um die Neugliederung der Gemeinde Unstruttal, unserer nördlichen Nachbargemeinde. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Menteroda in das Gebiet der Gemeinde Unstruttal eingegliedert wird.

**Die Eingliederung von Menteroda in die Gemeinde Unstruttal widerspricht in eklatanter Weise den Leitlinien des Landes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen. Zudem beeinträchtigt sie die Stadt Mühlhausen in ihrer Entwicklung!**

Dies möchten wir wie folgt begründen:

Zwischen der Gemeinde Unstruttal und der ehemaligen Gemeinde Menteroda bestehen keinerlei räumliche oder funktionale Beziehungen. Beide Gemeinden sind jeweils klar auf ihren zentralen Ort, die Stadt Mühlhausen, ausgerichtet. Das Fehlen jeglicher infrastruktureller, verwaltungsmäßiger, historischer und naturräumlicher Verflechtungsbeziehungen zwischen beiden ist ein Problem, das dem Auftrag einer bürgernahen Verwaltung sowie Versorgung entgegensteht. Die Karte in der Anlage macht dies sehr deutlich.

Bürgertelefon: +49 3601 452 115	Sprechzeiten:
Zentrale: Tel.: +49 3601 452 0	Mo.: 08 - 12 Uhr
Fax: +49 3601 452 177	Di.: 08 - 12   13 - 18 Uhr
Email: info@muehlhausen.de	Mi.: nach Vereinbarung
Internet: www.muehlhausen.de	Do.: 08 - 12   13 - 16 Uhr
	Fr.: 08 - 12 Uhr

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten (Art. 13, 14 DSGVO) in der Stadtverwaltung Mühlhausen finden Sie im Internet unter [www.muehlhausen.de/Datenschutz](http://www.muehlhausen.de/Datenschutz). Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.



In den Leitlinien des Landes, die auch in der Begründung zu diesem Gesetz benannt sind, wird folgendes Ziel formuliert: „Gemeinden, die im LEP Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden.“ Dieses Ziel wird klar verfehlt.

Noch schwerwiegender aber ist es für die Stadt Mühlhausen, dass hier Strukturen geschaffen werden sollen, die sich schädlich auf die Entwicklung der Stadt auswirken. Entgegen den tatsächlichen Gegebenheiten wird hier ein Gemeindekonstrukt gebildet, das sich bandartig um die nördliche Grenze der Stadt legt und das zugleich aufgrund seiner rechnerischen Einwohnerzahl den Anspruch darauf erhebt, Grundzentrum zu sein! Damit werden ernste Konflikte ausgelöst.

Menteroda und Unstruttal (mit allen Ortsteilen) liegen im Grundversorgungsbereich des zentralen Ortes Mühlhausen. Hier ein neues Grundzentrum zu schaffen hieße, die Stadt Mühlhausen bewusst und gezielt zu schwächen.

Wir möchten im Folgenden deutlich machen, dass die dem Gesetzentwurf zugrundeliegenden Darstellungen – welche die Auflösung der Gemeinde Menteroda und deren Eingliederung in die Gemeinde Unstruttal rechtfertigen sollen – unzutreffend sind.

In der Begründung zum Gesetzestext werden die engen Verflechtungen der beiden Gemeinden hervorgehoben und die vorgesehene Eingliederung als alternativlos und für die Stadt Mühlhausen/Thüringen als folgenlos dargestellt. Diese Begründung ist in entscheidenden Punkten offensichtlich **falsch und entspricht nicht den Tatsachen!**

- **Falsch ist die Aussage**, dass die Gemeinden Unstruttal und Menteroda „untereinander infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, historische, gesellschaftliche und naturräumliche Verflechtungsbeziehungen aufweisen“, weil
  - keine einzige direkte Wegeverbindung zwischen dem Ortsteil Menteroda und dem Gemeindegut der Gemeinde Unstruttal (Ammern) existiert,
  - es keinen öffentlichen Personennahverkehr zwischen diesen beiden Gemeinden gibt,
  - die beiden Gemeinden historisch keinerlei Beziehungen zueinander haben (Freie Reichstadt Mühlhausen bzw. Preußen einerseits und Sachsen-Coburg-Gotha andererseits),
  - die beiden Gemeinden in unterschiedlichen Naturräumen liegen (Unstruttaue im Bereich des Mühlhäuser Beckens einerseits und Muschelkalkplatte des Düns andererseits),
  - es auf Grund der real vorhandenen räumlichen Trennung keine gemeinsame nutzbare soziale Infrastruktur gibt.
- **Falsch ist die Aussage**, dass „den beteiligten Gemeinden derzeit ein Partner fehlt, um eine größere leitliniengerechte Gemeinde zu bilden“, weil die Stadt Mühlhausen/ Thüringen mehrfach kundgetan hatte, eine Eingemeindung in die Stadt zu favorisieren, da es zwischen der Stadt und diesen Gemeinden tatsächlich vielfältige Verflechtungsbeziehungen gibt.
- **Falsch ist die Aussage**, dass die „neue Struktur“ eine Ost-West-Ausdehnung von etwa 10 Kilometern und eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 6 Kilometern haben wird, tatsächlich beträgt die Ausdehnung ca. 23 km in Ost-West-Richtung und ca. 12 km in Nord-Süd-Richtung, wodurch ein bandwurmartiges Gebilde entsteht, welches in der einschlägigen Fachliteratur als „Kragengemeinde“ bezeichnet wird und aus siedlungsgeographischen und regionalplanerischen Gesichtspunkten eine klare strukturelle Fehlentwicklung darstellt.
- **Falsch ist die Aussage**, dass „gute Bus- und Bahnverbindungen bestehen“, weil es nicht eine einzige direkte Bus- oder gar Bahnverbindung zwischen dem Ortsteil Menteroda und dem Sitz der Gemeinde Unstruttal gibt. Eine Busfahrt zwischen dem Ortsteil Menteroda zum zukünftigen gemeinsamen Sitz der Gemeinde im Ortsteil Ammern dauert mit ein bis zwei Umstiegen in Mühlhausen im Durchschnitt 1 Stunde und 15 Minuten!

**Falsch ist die Aussage**, dass „gemeindeübergreifende Alarmierungen der Freiwilligen Feuerwehren“ in Unstruttal und Menteroda festgelegt worden seien, da – bedingt durch die große räumliche Entfernung von Unstruttal und Menteroda – dies keinen Sinn ergeben würde, stattdessen besteht eine enge Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehren von Menteroda und Keula.

- **Falsch ist die Aussage**, dass durch die Vergrößerung der an die Stadt Mühlhausen/Thüringen angrenzenden Gemeinde Unstruttal auch unter Berücksichtigung der Stadt-Umland-Beziehung die Funktionsfähigkeit der Stadt Mühlhausen/Thüringen als zentraler Ort und die Entwicklungsperspektiven der Stadt nicht unzumutbar beeinträchtigt wird, da bereits jetzt Konfliktpotential im Bereich des Ortsteils Ammern – Sitz der Gemeinde Unstruttal – gegeben ist. Die Verschmelzung der Siedlungsgebiete von Mühlhausen und Ammern erfolgte bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts und seit dieser Zeit wurden seitens der jeweils zuständigen staatlichen Behörden mehrfach Beschlüsse herbeigeführt oder Verordnungen erlassen, die die Eingemeindung von Ammern in die Stadt Mühlhausen vorsahen, aber nie erfolgte eine Umsetzung. Dieser siedlungsgeographische und regionalplanerische Anachronismus dauert bis heute an und wird durch die ständige Gebietserweiterung der Gemeinde Unstruttal künstlich aufrechterhalten. So ist Ammern nur drei Kilometer von der Mühlhäuser Innenstadt entfernt. Die dort Anfang der 90er Jahre entstandenen Märkte schaden unmittelbar dem innerstädtischen Handel. In dem neuen Wohngebiet in Ammern siedelten sich fast ausschließlich Mühlhäuser Bürger an, was zu einem Einwohnerverlust der Kernstadt führte.

Sehr geehrter Herr Minister, die Stadt Mühlhausen bittet Sie eindringlich, dem Gesetzentwurf zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 in der vorliegenden Fassung nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Oberbürgermeister

Anlage: Karte mit dem einheitlichen Siedlungsgebiet „Kernstadt Mühlhausen/Ortsteil Ammern“ (rot umrandet dargestellt) sowie den zugehörigen Ortsteilen im ländlichen Raum (orange: Gemeinde Unstruttal mit vorgesehenen Eingemeindungen - Gemeindesitz in Ammern; grün: Stadt Mühlhausen/Thüringen).

Verteiler:

Ministerpräsident Bodo Ramelow

Ministerin für Landwirtschaft und Infrastruktur Susanna Karawanskij

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Leiter Kommunalaufsicht UH-Kreis

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schmidtstedter Straße 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Straße 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Straße 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

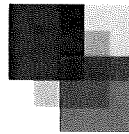
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaftlicher Spitzenverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Gesetz benötigt eine Nachbesserung in den §§ 9 und 10 „Rechtsstellung der Beamten/ der Tarifbeschäftigten“.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-</b> <b>dokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.06.2022	





**tbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

**Landesvorsitzender  
Frank Schönborn**

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften  
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9  
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521  
Telefax: 0361.6547522  
E-Mail: [post@dbbth.de](mailto:post@dbbth.de)  
[www.thueringer-beamtenbund.de](http://www.thueringer-beamtenbund.de)

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom  
27. April 2022

Datum  
24. Mai 2022

## **Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften Beteiligung nach § 7**

Sehr geehrte Frau

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur Beteiligung.

### **Zu § 9 Rechtsstellung der betroffenen Beamten**

Der § 9 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 ist dem Grunde nach zu begrüßen.

Ferner fordern wir in § 9 Abs. 5, dass klargestellt wird, dass die bisherigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften ohne gegenseitiges Einvernehmen die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf in ein Beamtenverhältnis auf Probe ernennen können. Das Gleiche gilt für die Beamtinnen und Beamten auf Probe. Dort muss eine Verbeamtung auf Lebenszeit auch ohne gegenseitiges Einvernehmen möglich sein.

Schließlich haben die bisherigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften den Personalbedarf gesehen, als sie die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf bzw. auf Probe eingestellt haben. Ferner sollten diese jungen Menschen nicht durch eine Entscheidung, die sie nicht beeinflussen können, in ihrer beruflichen Entwicklung behindert werden und sie arbeitslos machen.

### **Zu § 10 Rechtsstellung der betroffenen Tarifbeschäftigten**

Den Tarifbeschäftigten werden anlässlich der Neugliederung im Entwurf Rechte analog § 613a BGB zuerkannt. Dies beinhaltet jedoch nur die Rechte nach § 613a Abs. 4 (1jähriger Schutz vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen) und nach Abs. 5 (Informationsrechte). Da beide Gemeinden in Thüringen regelmäßig tarifgebunden im TVöD sind, gibt es

über eine analoge Anwendung des § 613a BGB für die von einer Neugliederung betroffenen Tarifbeschäftigten keinen Schutz des Einkommens. Generell gilt die Tarifautomatik. Für die Tarifbeschäftigten bedeutet das auch, dass wenn es nur noch niedrig bewertete Aufgaben gibt, dies eine geringere Eingruppierung nach sich zieht. Hier greift auch kein § 613a BGB mit einer Einkommenssicherung für 1 Jahr, da beide Gemeinden im Bereich TVöD sind. Bekannt ist dem tbb allein, dass das Landratsamt Apolda nicht im TVöD gebunden ist, sondern einen eigenen (wesentlich geringer dotierten) Haustarifvertrag hat. Auch in diesem Fall stünde ein Beschäftigter nach der Neugliederung sofort vor Einkommensverlusten.

Konkret fordert der tbb daher bei Neugliederung:

#### **I. Arbeitsplatzerhalt**

- Der gleiche Arbeitsplatz am gleichen Ort ist zu erhalten. Sollte dies nicht möglich sein, haben die Betroffenen Anspruch auf einen Telearbeitsplatz.
- Sollte dies aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen nicht möglich sein, erfolgt die Umsetzung auf den gleichen Arbeitsplatz an einem anderen Ort.
- Sollte eine Umsetzung auf den gleichen Arbeitsplatz nicht möglich sein und wird eine neue Aufgabe übertragen, ist den Betroffenen eine den Fähigkeiten, Erfahrungen und Kenntnissen, Aufgabeninhalten sowie den bisherigen Einkommensbedingungen entsprechende Tätigkeit zu übertragen.

#### **II. Einkommenssicherung**

- Es darf nicht zu Einkommensverlusten in Folge der Neugliederung kommen.
- Eine niedrigere bewertete Tätigkeit kann nur mit Zustimmung der Beschäftigten übertragen werden.
- In diesen Fällen wird ein finanzieller Ausgleich gezahlt, welcher der Differenz zwischen Ist-Entgelt und dem durchschnittlichen Entgelt berechnet aus den letzten drei Monaten vor der Reformmaßnahme entspricht.

#### **III. Qualifikationsanspruch**

- Sind infolge des Neugliederungsprozesses andere Tätigkeiten auszuüben, haben die Betroffenen einen Anspruch auf Fort- und Weiterbildung im zeitlich erforderlichen Umfang, sofern sie neue Aufgaben übernehmen und dafür entsprechende Qualifikationserfordernisse bestehen. Die hierfür erforderliche Zeit ist Arbeitszeit. Die Kosten trägt der Arbeitgeber.

#### **IV. Belastungsausgleich**

- Im Falle eines Arbeitsortwechsels zahlt der Arbeitgeber einmalig ab 60 Minuten bzw. 80 km einen Mehraufwand in Höhe von 8.000 Euro.
- Daneben übernimmt der Arbeitgeber die zusätzlich entstehenden Fahrtkosten.

Dieses könnte im Gesetz wie folgt formuliert werden:

#### ***„Arbeitsplatzsicherung***

*(1) Der Arbeitgeber ist dem von einer Rationalisierungsmaßnahme im Sinne des § 1 betroffenen Tarifbeschäftigten nach den Absätzen 2 bis 5 zur Arbeitsplatzsicherung verpflichtet.*

*Die Sicherung setzt erforderlichenfalls eine Fortbildung oder Umschulung Tarifbeschäftigten voraus.*

(2) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Tarifbeschäftigten einen mindestens gleichwertigen Arbeitsplatz zu sichern. Ein Arbeitsplatz ist gleichwertig im Sinne des Unterabsatzes 1, wenn sich durch die neue Tätigkeit die bisherige Eingruppierung nicht ändert und der Tarifbeschäftigten in der neuen Tätigkeit vollbeschäftigt bzw. im bisherigen Umfang nicht vollbeschäftigt bleibt.

Bei der Sicherung eines gleichwertigen Arbeitsplatzes bei demselben Arbeitgeber gilt folgende Reihenfolge:

- a) Arbeitsplatz in derselben Verwaltung/demselben Betrieb an demselben Ort
- b) Arbeitsplatz in derselben Verwaltung/demselben Betrieb an einem anderen Ort oder in einer anderen Verwaltung/einem anderen Betrieb an demselben Ort,
- c) Arbeitsplatz in einer anderen Verwaltung/einem anderen Betrieb an einem anderen Ort.

Von der vorstehenden Reihenfolge kann im Einvernehmen mit dem Tarifbeschäftigten abgewichen werden. Steht ein gleichwertiger Arbeitsplatz nach Maßgabe des Unterabsatzes 3 nicht zur Verfügung, soll der Tarifbeschäftigte entsprechend fortgebildet oder umgeschult werden, wenn ihm dadurch ein gleichwertiger Arbeitsplatz bei demselben Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden kann.

(3) Kann dem Tarifbeschäftigten kein Arbeitsplatz im Sinne des Absatzes 2 zur Verfügung gestellt werden, ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Tarifbeschäftigten einen anderen Arbeitsplatz anzubieten. Absatz 2 Unterabs. 3 und 4 gilt entsprechend.

Die spätere Bewerbung um einen gleichwertigen Arbeitsplatz ist im Rahmen der Auswahl unter

gleichgeeigneten Bewerbern bevorzugt zu berücksichtigen.

### **Vergütungssicherung**

Beschäftigte, die auf einem geringer bewerteten Arbeitsplatz weiterbeschäftigt werden, erhalten eine monatliche persönliche Zulage (Besitzstandszulage) in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Tabellenentgelt und ggf. Zulagen etc., das/die dem Beschäftigten im Kalendermonat vor der Herabgruppierung zugestanden haben oder zugestanden hätten, und dem Tabellenentgelt und ggf. Zulagen etc., das/die sich aus der tarifgerechten Eingruppierung der übertragenen Arbeitsaufgaben ergibt.“

**Der tbb fordert gem. § 7 Abs. 4 der Beteiligungsvereinbarung vom zuständigen Ressort eine schriftliche Information, welche unserer Vorschläge berücksichtigt und aus welchen Gründen andere nicht berücksichtigt worden sind. Wird der Entwurf nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens inhaltlich wesentlich verändert oder erweitert, ist der geänderte Entwurf den Spitzenorganisationen erneut zur Beteiligung zuzuleiten (§ 7 Abs. 5).**

**Der tbb verlangt, dass sofern Vorschläge nicht im Gesetzentwurf berücksichtigt werden, die Vorschläge mit einer Stellungnahme der Landesregierung dem Landtag zuzuleiten sind.**

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b>											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</small>										

	kommunales Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungs- vorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13. 6. 2022	

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Gemeinde-und Städtebund Thüringen  
Thüringischer Landkreistag

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 1012 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5766 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunalen Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 22.9.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5766 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlIdokG)	
	Komm. Spitzenverband i. S. v. § 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlIdokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreistlicher Perspektive	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlIdokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlIdokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.09.2022	

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis  
Gemeinde Anrode

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
<b>Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften</b> <b>Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/5766</b>		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Unstrut-Hainich-Kreis Landrat	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindenhof 1
	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertretung des Landkreises</li> <li>- Ausführung der Beschlüsse des Kreistages</li> <li>- Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung</li> </ul>	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)  Die Regelungen des Gesetzentwurfes würden zu starken finanziellen / wirtschaftliche Belastungen des Unstrut-Hainich-Kreises führen. Im Gegensatz dazu würde der Landkreis Eichsfeld finanzielle / wirtschaftliche Vorteile erlangen. Damit führen Regelungen des Gesetzentwurfes zu einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung der Landkreise. Der Gesetzentwurf wurde erkennbar ohne hinreichende Realanalyse erstellt. Es liegt ein Verstoß gegen Leitbild und Leitlinien des Gesetzgebers vor. Letztlich führt das Fehlen einer Realanalyse, der Verstoß gegen Leitbild und Leitlinien des Gesetzgebers und die nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zur Verfassungswidrigkeit.	
5.	Die Frage (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG) wurde für das vorliegende Anhörungsverfahren gemäß Beschluss des Innen- und Kommunalausschusses vom 15. Juli 2022 gestrichen.	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>  	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mühlhausen, den 09.09.2022	



Abdruck

# Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis - Der Landrat -



Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis Postfach 11 42 99961 Mühlhausen

Thüringer Landesverwaltungsamt  
Referat 240  
Jorge-Semprún-Platz 4

99423 Weimar

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen, unsere Nachricht vom	Geschäftszeichen	Datum
			09.09.2022

## **Anhörung zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023**

### **Hier: Stellungnahme des Unstrut-Hainich-Kreises zum vorgenannten Gesetzentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Datum vom 14.07.2022 wurde der Gesetzentwurf zum „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“ durch den Landtag in erster Beratung behandelt und an den zuständigen Innen- und Kommunalausschuss überwiesen. Von dort wurde am 15.07.2022 beschlossen, vom 22.08.2022 bis 23.09.2022 ein schriftliches Anhörungsverfahren zum benannten Gesetzentwurf durchzuführen. Die Anhörungsunterlagen wurden, zum Zwecke der Stellungnahme, durch das Thüringer Landesverwaltungsamt mit Datum vom 25.07.2022 per Email an das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis übersandt.

Im Rahmen der Stellungnahme im Anhörungsverfahren wird vorab darauf hingewiesen, dass die in der nachfolgenden Stellungnahme aufgeführten Punkte zu einem großen Teil bereits dem Thüringer Landesverwaltungsamt (mit Schreiben vom 04.03.2022 und vom 24.05.2022), dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (mit Schreiben vom 04.03.2022 und vom 24.05.2022) sowie dem Thüringischen Landkreistag (mit Schreiben vom 24.05.2022) zur Kenntnisnahme, mit der Bitte um Beachtung und mit der Bitte um Kommunikation dargelegt wurden.

Zunächst erfolgte durch die Adressaten keine konkrete Kommunikation mit dem Unstrut-Hainich-Kreis.

Erst mit Schreiben vom 10.08.2022, eingegangen am 15.08.2022, hat das Thüringer Landesverwaltungsamt auf das Schreiben vom 04.03.2022 Stellung genommen. Dabei wurde jedoch verkannt, dass durch den Unstrut-Hainich-Kreis mit dem Schreiben vom 24.05.2022 bereits zu

einigen Punkten des Schreibens vom 04.03.2022 ergänzend Stellung genommen wurde, bzw. neuer Vortrag erfolgte. Das Schreiben vom 24.05.2022 wurde durch das Thüringer Landesverwaltungsamt bei seiner Stellungnahme nicht einbezogen.

Der Unstrut-Hainich-Kreis, vertreten durch meine Person, nimmt hiermit zum Artikel 1 des Gesetzentwurfes zum Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG 2023) wie folgt Stellung.

Die Stellungnahme besteht dabei aus zwei Teilen.

Zunächst werden die Belastungen aufgezeigt, welche den Unstrut-Hainich-Kreis aufgrund der geplanten Gemeindeneugliederungen und der Regelungen im Entwurf zum ThürGNNG 2023 treffen würden.

Nachfolgend werden sodann weitergehende Ausführungen zur Fehlerhaftigkeit des Entwurfes zum ThürGNNG 2023 gemacht.

## **I. Belastungen des Unstrut-Hainich-Kreises**

### **1. Fehlende Regelung zum Ausgleich des Anstiegs der Pro-Kopf-Verschuldung und unzureichende Berücksichtigung der Senkung der Umlagekraft**

Durch den Wechsel der Ortsteile Hüpstedt, Bickenriede, Beberstedt und Zella und deren Einwohner vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld verbleibt die auf diese Einwohner entfallende Pro-Kopf-Verschuldung im Unstrut-Hainich-Kreis, was zu einem Anstieg dieser Verschuldung im Unstrut-Hainich-Kreis führt. Nach aktueller Prüfung dürfte sich der Betrag, welcher auf die Bürger der wechselnden Gemeinden entfällt, zum Ende des Jahres 2022 auf rund 895.000 € belaufen – unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen mit Stand 31.12.2020.

Dieser Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung im Unstrut-Hainich-Kreis fällt dabei keinesfalls in die Verantwortung des Landkreises, sondern resultiert allein aus dem Wechsel der benannten Ortsteile und deren Einwohner. Dieser Wechsel wurde vom Unstrut-Hainich-Kreis weder initiiert, noch hat er diesen befürwortet.

Eine Regelung zum finanziellen Ausgleich ist dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zu entnehmen.

Die finanzielle Lage des Unstrut-Hainich-Kreises dürfte sowohl dem Thüringer Landesverwaltungsamt als auch dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bekannt sein. Seit Jahren kämpft der Landkreis um eine Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung. In kleinen Schritten ist dies auch von Jahr zu Jahr gelungen. Der Verbleib der auf die wechselnden Einwohner entfallenden Pro-Kopf-Verschuldung im Landkreis bedeutet diesbezüglich einen Rückschritt auf dem Weg zur Senkung dieser Verschuldung des Unstrut-Hainich-Kreises und stellt somit eine starke finanzielle Belastung dar.

Um diesen Anstieg auszugleichen, müsste der Unstrut-Hainich-Kreis anderweitig Einsparungen vornehmen, was gerade in der derzeitigen Situation mit den Ausgaben für die Flüchtlingsunterbringung, der Pandemiebewältigung und dem Anstieg der allgemeinen Kosten (Energiekosten, Kosten für Papier etc.) kaum realisierbar erscheint.

Parallel zum Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung sinkt zudem die Umlagekraft im Unstrut-Hainich-Kreis, was ebenfalls allein auf dem Wechsel der vier Ortsteile in den Landkreis Eichsfeld basiert. Diese soll zwar bei den Kompensationszahlungen Berücksichtigung finden – dies jedoch nur zum Teil und bis 2026 befristet.

Der Unstrut-Hainich-Kreis wird somit doppelt belastet - zum einen durch den Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung und zum anderen durch die Senkung der Umlagekraft, welche nur unzureichend ausgeglichen wird.

Im Gegensatz dazu sinkt im Landkreis Eichsfeld durch den Zuwachs an Einwohnern die Pro-Kopf-Verschuldung und die Umlagekraft steigt.

Die bisher aufgezeigten Kompensationszahlungen berücksichtigen den Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung gar nicht und die Senkung der Umlagekraft nur unzureichend.

Allein schon die zeitliche Beschränkung von Kompensationszahlungen stellt einen finanziellen Nachteil für den Unstrut-Hainich-Kreis dar, da die wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile, welche durch den Weggang der Ortsteile entstehen, wohl auch nach 2026 fortbestehen werden.

Den Unstrut-Hainich-Kreis nunmehr weitergehend finanziell zu belasten, in dem kein Ausgleich des unverschuldeten Anstiegs der Pro-Kopf-Verschuldung und nur ein teilweiser Ausgleich der Senkung der Umlagekraft erfolgen soll, welche letztlich aus der vom Land Thüringen befürworteten aber nicht vom Unstrut-Hainich-Kreis initiierten Gemeindeneugliederung resultieren, widerspricht dem Ziel der Gemeindegebietsreform - der Schaffung von leistungs- und verwaltungstarken Kommunen.

Zudem entspricht diese Vorgehensweise einer Ungleichbehandlung gegenüber dem Landkreis Eichsfeld. Konkrete Ausführungen dazu folgen im zweiten Teil der Stellungnahme.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt teilte in seinem Schreiben vom 10.08.2022 folgendes mit:

*„Für eine weitergehende Kompensation, die spezifisch auf die statistisch steigende Pro-Kopf-Verschuldung infolge des Einwohnerverlusts ausgerichtet ist, wurde im Rahmen zurückliegender kreisübergreifender Gemeindeneugliederungen kein Erfordernis gesehen und somit keine Rechtsgrundlage geschaffen. An dieser Bewertung hat das TMIK festgehalten und daher keine entsprechende Kompensationsregelung in den Entwurf des ThürGNNG 2023 aufgenommen.“* Dies lässt für den Unstrut-Hainich-Kreis nur den einen Schluss zu, dass bei der Gesetzgebung gerade nicht auf die spezifischen Einzelfälle, welche von den Gemeindeneugliederungen 2023 betroffen sein werden, eingegangen wurde, sondern im Wesentlichen einfach die Regelungen übernommen wurden, die für zurückliegende kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen geschaffen wurden. Dass der hier vorliegende Fall nicht mit den wenigen bisherigen kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen vergleichbar ist, wurde dabei außer Acht gelassen. Diese Aussage des Landesverwaltungsamtes lässt erkennen, dass vorliegend nicht die erforderliche, umfassende Realanalyse erfolgt ist. Darauf wird im zweiten Teil der Stellungnahme näher eingegangen werden.

Im Hinblick auf den eben zitierten Absatz aus dem Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 10.08.2022 ist zudem anzumerken, dass der Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung nicht als rein „statistisch“ abgetan werden kann. Die Pro-Kopf-Verschuldung stellt eine reale Verschuldung dar, die gesenkt / getilgt werden muss. Die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung wird auch nicht selten zu Vergleichen der einzelnen Landkreise herangezogen und hat

damit Einfluss auf die Meinungsbildung, was sich bspw. auch im Hinblick auf Ansiedlung von Gewerbe und Bevölkerungszuwachs nachteilig auswirken kann.  
Die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung und deren Anstieg bei fehlendem Ausgleich hat folglich wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen die keinesfalls als rein „statistisch“ bezeichnet werden können.

Auch der Vortrag des Thüringer Landesverwaltungsamtes, die Pro-Kopf-Verschuldung könne im Nebeneffekt durch eine Auseinandersetzung i.S.d. § 15 des Gesetzentwurfs gesenkt werden, kann als Lösungsansatz für die Problematik nicht ausreichend sein.

Zum einen ergibt sich aus § 15 Abs. 3, dass ein Ausgleich nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen soll (weitere Ausführungen dazu im nächsten Punkt), zum anderen wäre die Ausgleichssumme, selbst wenn sämtliche Vermögensgegenstände finanziell ausgeglichen werden würden, nicht einmal annähernd ausreichend, um den Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung abzufangen.

Daher **fordert** der Unstrut-Hainich-Kreis:

**Im ThürGNNG 2023 ist eine Regelung zum Ausgleich des Anstiegs der Pro-Kopf-Verschuldung und zum weitergehenden Ausgleich der Senkung der Umlagekraft zu treffen!**

## 2. Finanzieller Ausgleich für Schulinventar und anderer Vermögenswerte

Ebenso ist die in den oben bereits benannten Schreiben erbetene Regelung zum Ausgleich des Restwertes des Inventars der vom Landkreiswechsel betroffenen Schulen (Staatliche Grundschule Anrode OT Bickenriede und Staatliche Gemeinschaftsschule Hüpstedt Dünwaldschule) dem Gesetzentwurf nicht zu entnehmen.

Im Gegenteil:

In § 15 Abs. 3 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023 ist dargelegt worden, dass im Regelfall Vermögensgegenstände mittels Auseinandersetzungsvertrag nur ausnahmsweise angemessen finanziell ausgeglichen werden sollen. Dies soll ausweislich der Begründung zum Gesetzentwurf unter anderem dann der Fall sein, wenn eine entschädigungslose Übertragung von Vermögensgegenständen zu einer unbilligen, einseitigen Belastung eines Beteiligten führen würde – bspw. wenn Kreditverpflichtungen in nicht unerheblichem Umfang allein vom abgebenden Landkreis zu tragen wären.

Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass, wie bereits in den Schreiben vom 04.03.2022 und 24.05.2022 angemerkt, dem Landkreis Eichsfeld nicht daran gelegen zu sein scheint, gemeinsam mit dem Unstrut-Hainich-Kreis einvernehmliche Lösungen zu finden. An diesem Zustand hat sich bisher nichts geändert. Der Unstrut-Hainich-Kreis wäre noch immer zu Gesprächen bereit.

Es kann, mangels anderweitiger Kenntnis, zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon ausgegangen werden, dass der Landkreis Eichsfeld zu einer angemessenen finanziellen Abgeltung von Vermögenswerten bereit ist.

Es ist Aufgabe des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis, finanziellen Schaden vom Landkreis abzuwenden. Ein Überlassen des vom Unstrut-Hainich-Kreis finanzierten Schulinventars und anderer Vermögensgegenstände ohne finanziellen Ausgleich oder mit zu geringem Ausgleich, welcher nicht dem tatsächlichen Wert entspricht, stellt nach diesseitiger Ansicht eine unbillige, einseitige Belastung des Unstrut-Hainich-Kreises dar und ist daher nicht möglich.

Dabei geht es nicht um die gesamten Vermögenswerte, sondern im Wesentlichen um die in letzter Zeit eingebrachten mit hohem Restwert.

Letztlich würde insbesondere ein Übergang des in den Schulen befindlichen neueren Schulinventars an den Landkreis Eichsfeld ohne finanziellen Ausgleich einen Vermögensverlust für den Unstrut-Hainich-Kreis bedeuten.

Die finanzielle Belastung besteht unabhängig von etwaigen Kreditverpflichtungen.

Der Unstrut-Hainich-Kreis ist unter anderem finanziell nicht in der Lage, auf die erst kürzlich in die Schulen eingebrachten Vermögenswerte ohne Ausgleich zu verzichten, während in anderen Schulen des Landkreises Investitionsbedarf besteht. Wie bereits dargelegt, wird die derzeitige Situation (Kostenanstieg in diversen Bereichen, Flüchtlinge, Pandemie) den Unstrut-Hainich-Kreis erhöht finanziell belasten, wobei die Belastung durch den oben beschriebenen Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung und die Senkung der Umlagekraft noch verstärkt werden würde. Notwendige Investitionen in Schulen werden aufgrund dieser Mehrbelastungen mehr und mehr erschwert. In dieser Situation ausgleichslos auf Vermögenswerte in Form neueren Schulinventars verzichten zu müssen, würde einen weiteren finanziellen Verlust für den Unstrut-Hainich-Kreis bedeuten, der ebenfalls nicht im Verschulden des Landkreises liegt.

In seinem Schreiben vom 10.08.2022 teilte das Thüringer Landesverwaltungsamt mit, dass hinsichtlich der Thematik „Ausgleichsleistungen bzgl. Schulinventar“ das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport um ergänzende Stellungnahme gebeten wurde, welche offensichtlich bis zum 10.08.2022 noch nicht vorlag.

Mangels Kenntnis davon, ob noch eine Stellungnahme des Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu der Thematik erfolgt und welchen Inhalt eine solche hat, **fordert** der Unstrut-Hainich-Kreis:

**Im ThürGNNG 2023 ist die Regelung des § 15 Abs. 3 dahingehend abzuändern, dass ein finanzieller Ausgleich von Vermögensgegenständen nicht nur ausnahmsweise zu erfolgen hat, sondern den Regelfall darstellt!**

Ein Entgegenkommen des Landkreises Eichsfeld im Rahmen eines Auseinandersetzungsvertrages ist nicht zu erwarten. Auch ein Zuwarten auf eine Regelung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt gemäß § 15 Abs. 4 des Gesetzentwurfes ist für den Unstrut-Hainich-Kreis nicht zumutbar.

Es wird daher bereits jetzt mitgeteilt, dass für den Fall, dass ein finanzieller Ausgleich der Vermögensgegenstände nicht als Regel im ThürGNNG 2023 normiert wird und auch nicht anderweitig ein solcher finanzieller Ausgleich zugesichert wird, sich der Unstrut-Hainich-Kreis gezwungen sieht, eigene Maßnahmen zu ergreifen, um finanziellen Schaden für den Landkreis abzuwenden.

### 3. Schulisch genutzte Immobilien / Ausgleich werterhöhender Aufwendungen

Die in § 15 Abs. 2 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023 dargelegte Regelung (Übergang kraft Gesetzes) betrifft Grundstücke – somit auch schulisch genutzte Grundstücke. Mangels anderweitiger Hinweise wird davon ausgegangen, dass der Grundstücksbegriff des § 94 BGB Anwendung findet – also auch Gebäude, als wesentliche Bestandteile von Grundstücken, umfasst sind.

Bei dem Übergang von Grundstücken und Gebäuden hat nach diesseitiger Ansicht ein Ausgleich der werterhöhenden Aufwendungen zu erfolgen; so wie dies auch der Fall wäre, wenn Gebäude und Grundstücke an den ursprünglichen Eigentümer rückübertragen würden (§ 5 Abs. 2 Satz 2 ThürSchFG).

Anderenfalls, wenn kein Ausgleich der werterhöhenden Maßnahmen in entsprechender Anwendung des § 5 Abs. 2 Satz 2 ThürSchFG an den Unstrut-Hainich-Kreis erfolgen würde, würde der ursprüngliche Eigentümer des Grundstückes (ab 01.01.2023 wäre dies die Landgemeinde Stadt Dingelstädt) im Falle der Schließung der Schulen einen ungerechtfertigten Vermögensvorteil erlangen. Die Landgemeinde Stadt Dingelstädt müsste in einem solchen Fall die Aufwendungen des Unstrut-Hainich-Kreises diesem nicht erstatten, da der Unstrut-Hainich-Kreis ab 01.01.2023 und damit zu Zeitpunkt einer eventuellen Schließung der Schulen nach diesem Datum nicht mehr Schulträger im Sinne des § 5 ThürSchFG ist. Der Landkreis Eichsfeld hätte keinerlei Anspruch auf Erstattung der werterhöhenden Aufwendungen, weil er diese nicht entsprechend § 5 Abs. 2 Satz 2 ThürSchFG „gemacht“ hat.

Allein die wertsteigernden Investitionen in die schulisch genutzten Immobilien, welche in den letzten fünf Jahren durch den Unstrut-Hainich-Kreis erfolgt sind, belaufen sich auf mehrere hunderttausend Euro.

Ohne einen solchen Ausgleich bei den bevorstehenden Gemeindeneugliederungen wäre der Unstrut-Hainich-Kreis bei einem Übergang der Immobilien an den Landkreis Eichsfeld schlechter gestellt, als dies bei einer Rücküberweisung an den ursprünglichen Eigentümer der Fall wäre.

Durch die landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen gehen die benannten Schulen und damit auch die dort eingebrachten wertsteigernden Aufwendungen, bzw. der Nutzen an solchen, für den Unstrut-Hainich-Kreis verloren. Der Landkreis Eichsfeld profitiert hingegen von den wertsteigernden Aufwendungen des Unstrut-Hainich-Kreises.

In dem Entwurf zum ThürGNNG 2023 sind keine Regelungen enthalten, welche den Ausgleich werterhöhender Aufwendungen betreffen. Zum jetzigen Zeitpunkt geht der Unstrut-Hainich-Kreis davon aus, dass ein Ausgleich solcher werterhöhenden Aufwendungen unter konkludenter Anwendung des § 5 ThürSchFG erfolgen muss.

Ein Übergang von Immobilien ohne finanziellen Ausgleich der wertsteigernden Aufwendungen würde auch hier dem Ziel des ThürGNNG 2023, der Schaffung von leistungs- und verwaltungsstarken Kommunen, zuwiderlaufen.

Auch hinsichtlich dieser Thematik wurde nach Angaben des Thüringer Landesverwaltungsamtes im Schreiben vom 10.08.2022 beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport um ergänzende Stellungnahme gebeten, welche offenbar bis zum 10.08.2022 nicht vorgelegen hat.

Mangels Kenntnis davon, ob noch eine Stellungnahme des Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu der Thematik erfolgt und welchen Inhalt eine solche hat, **fordert** der Unstrut-Hainich-Kreis:

**Im ThürGNNG 2023 ist eine Regelung einzufügen, welche den Ausgleich wertsteigernder Aufwendungen an schulisch genutzten Immobilien regelt.**

#### 4. Zweckbindungsfristen

Mit seinem Schreiben vom 10.08.2022 teilte das Thüringer Landesverwaltungsamt mit, dass durch den Unstrut-Hainich-Kreis sichergestellt werden müsse, dass der Landkreis Eichsfeld auch in die zuwendungsrechtlichen Verpflichtungen des Unstrut-Hainich-Kreises aus den im

Rahmen der Schulbauförderung für die betroffenen Schulstandorte erfolgten Bewilligungen eintritt.

Dies betrifft ein Sanierungsvorhaben am Schulstandort Bickenriede und ein Neubauvorhaben am Schulstandort Hüpstedt, für welche noch Zweckbindungsfristen bis zum Jahr 2029 bzw. 2028 bestehen. Laut den jeweiligen Bescheiden sei der Unstrut-Hainich-Kreis für diese Zeiträume zur schulischen Nutzung der betreffenden Schulgebäude verpflichtet. Im Falle einer Veräußerung oder sonstigen Überlassung an einen Dritten habe er für die Erfüllung dieser Auflagen durch den Dritten einzustehen und daher die Erfüllung durch Vereinbarung mit dem Dritten oder in sonstiger geeigneter Weise zu sichern.

Vorliegend werden die schulisch genutzten Immobilien nicht im Sinne des Inhaltes der Bescheide veräußert oder einem Dritten überlassen. Sie gehen, wie unter 3. dargelegt, kraft Gesetzes auf den Landkreis Eichsfeld über. Der Übergang hängt dabei nicht vom Willen des Unstrut-Hainich-Kreises ab. Ein Übergang kraft Gesetzes aufgrund einer Gemeindeneugliederung ist von den jeweiligen Bescheiden nicht umfasst.

Ebenso verhält es sich auch mit anderen Grundstücken, welche derzeit auf dem Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises und nach der Gemeindeneugliederung 2023 auf dem Gebiet des Landkreises Eichsfeld liegen.

Im Hinblick auf diesen gesetzlich geregelten Übergang der Grundstücke, in welchen der Unstrut-Hainich-Kreis durch das Gesetz „gedrängt“ wird und welcher mangels Einflussnahmemöglichkeit nichts mit einer Veräußerung oder sonstigen Überlassung im Sinne der angesprochenen Bescheide gemein hat, erschließt es sich hier nicht, dass der „enteignete“ Unstrut-Hainich-Kreis dafür einzustehen haben soll, dass der Landkreis Eichsfeld in die zuwendungsrechtlichen Verpflichtungen eintritt und diese erfüllt.

Im Gegensatz zu einer Veräußerung oder sonstigen freiwilligen Überlassung, welche in der Regel mittels Vertrag erfolgen, hat der Unstrut-Hainich-Kreis bei der vorliegenden Verfahrensweise (gesetzlicher Übergang) schon gar keine Möglichkeit, den Landkreis Eichsfeld zur Erfüllung der Aufgaben zu verpflichten bzw. diesbezüglich eine vertragliche Vereinbarung zu treffen.

Natürlich könnte eine Regelung hinsichtlich der Erfüllung der Auflagen in einem Auseinandersetzungsvertrag getroffen werden. Dies setzt jedoch zum einen den Willen voraus, überhaupt Verhandlungen bezüglich einer Auseinandersetzung zu führen (beim Landkreis Eichsfeld nicht gegeben). Zum anderen müsste sich der Landkreis Eichsfeld dabei verpflichten, die entsprechenden Auflagen zu erfüllen. Ob er dies tut oder nicht liegt nicht im Einflussbereich des Unstrut-Hainich-Kreises. Die Grundstücke gehen unabhängig davon über, ob der Landkreis Eichsfeld sich zur Erfüllung der Auflagen verpflichtet oder nicht. Der Unstrut-Hainich-Kreis hat letztlich keine Möglichkeit, den Landkreis Eichsfeld zu verpflichten.

Wenn dem Unstrut-Hainich-Kreis durch den gesetzlichen Übergang der Immobilien schon jegliche Möglichkeit der Einflussnahme genommen wird, kann auch nicht erwartet werden, dass er für die Erfüllung der Auflagen durch den Landkreis Eichsfeld einsteht.

Die Gemeindeneugliederungen 2023 werden vom Land Thüringen befürwortet und mittels Gesetz geregelt.

Nachdem schon durch das Land Thüringen eine Regelung dahingehend erfolgt, dass die im Eigentum des Unstrut-Hainich-Kreises stehenden schulisch genutzten Grundstücke kraft Gesetzes auf den Landkreis Eichsfeld übergehen, so müsste gleichfalls vom Land Thüringen geregelt werden, dass die mit den Immobilien übergehenden zuwendungsrechtlichen Verpflichtungen gemeinsam mit den Grundstücken und Gebäuden kraft Gesetzes übergehen.

Ebenso müsste im Hinblick auf andere, auf Grundlage des ThürGNNG 2023 übergehende Vermögensgegenstände verfahren werden, wenn entsprechende Zweckbindungsfristen noch nicht abgelaufen sind.

Der Unstrut-Hainich-Kreis **fordert** daher:

**Im ThürGNNG 2023 ist zu regeln, dass Grundstücke nebst Gebäuden mit allen Lasten und Pflichten auf den Landkreis Eichsfeld übergehen, inklusive zuwendungsrechtlicher Verpflichtungen und Erfüllung entsprechender Auflagen.**

**Gleiches ist für Vermögensgegenstände zu regeln, welche aufgrund des ThürGNNG 2023 auf den Landkreis Eichsfeld übergehen und bezüglich welcher noch Zweckbindungsfristen laufen.**

##### 5. Technisches Personal in den Schulen

Im Gesetzentwurf zum ThürGNNG 2023 finden sich lediglich Regelungen für Beamte und Tarifbeschäftigte von Gemeinden. Nicht enthalten sind Regelungen für Beamte und Tarifbeschäftigte des Landkreises, wobei im vorliegenden Fall lediglich eine Regelung für Tarifbeschäftigte notwendig wäre.

Die Problematik der betroffenen Beschäftigten des Unstrut-Hainich-Kreises (Hausmeister, Sekretärin), welche in den beiden Schulen tätig sind, welche in den Landkreis Eichsfeld wechseln, wurde ebenfalls bereits in den oben benannten Schreiben vom 04.03.2022 und 24.05.2022 angesprochen. Dennoch erfolgte keine Berücksichtigung im vorliegenden Gesetzentwurf.

Eine konkludente Anwendung der §§ 9 und 10 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023 auf Beschäftigte des Landkreises ist hier weder dem Wortlaut des Gesetzestextes noch der Begründung zu entnehmen.

Der Unstrut-Hainich-Kreis geht, mangels Regelung im Entwurf zum ThürGNNG 2023, derzeit auch weiterhin davon aus, dass für die von der Gemeindeneugliederung 2023 betroffenen Angestellten des Landratsamts Unstrut-Hainich-Kreis § 613 a BGB zum Tragen kommt – die Angestellten damit vom Landkreis Eichsfeld übernommen werden müssen. Die Regelungen des § 613 a BGB finden auch für den öffentlichen Dienst Anwendung. Dies wäre nur bei Tätigkeiten in Ausübung hoheitlicher Befugnisse nicht der Fall. Vorliegend handelt es sich jedoch nicht um solche Tätigkeiten.

Die Ansicht, dass das technische Personal der Schulen gemäß § 613 a BGB vom Landkreis Eichsfeld übernommen werden muss, vertritt auch das Thüringer Landesverwaltungsamt in seinem Schreiben vom 10.08.2022.

Sofern vom Gesetzgeber eine andere Regelung gewollt sein sollte, müsste dies, da sie von der allgemeinen gesetzlichen Regelung des § 613 a BGB abweicht, im ThürGNNG 2023 eingefügt werden.

Im Sinne der Rechtssicherheit wäre jedoch auch für den Fall, dass für das technische Personal der beiden betroffenen Schulen § 613 a BGB zum Tragen kommt, eine Regelung im ThürGNNG 2023 wünschenswert – so wie dies auch für die Tarifbeschäftigten der Gemeinden erfolgt ist.

Der Unstrut-Hainich-Kreis **fordert** daher:



**Im ThürGNNG 2023 ist eine Regelung zu treffen, wie mit den Beschäftigten des Landkreises, welche von der Gemeindeneugliederung 2023 betroffen sind, umgegangen wird.**

Sofern diesbezüglich beabsichtigt sein sollte, im ThürGNNG 2023 noch eine anderweitige Regelung dahingehend zu treffen, dass die Beschäftigten weiterhin im Unstrut-Hainich-Kreis zu verbleiben haben, wird bereits jetzt mitgeteilt, dass für diese Beschäftigten nicht direkt ab 01.01.2023 eine freie Stelle zur Verfügung stehen würde. Es wäre somit unter Umständen notwendig, diesen Angestellten eine betriebsbedingte Kündigung auszusprechen.

#### 6. Höhe der Kompensationszahlungen

Die konkrete Berechnung der angedachten Kompensationszahlungen von 4,7 Millionen Euro war dem Gesetzentwurf nicht zu entnehmen.

Erst auf Nachfrage beim Thüringer Landesverwaltungsamt, welchem die im Gesetzentwurf angesprochenen Modellrechnungen ebenfalls nicht vorlagen, wurden am 06.09.2022 die Modellrechnungen dem Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis zur Kenntnis gegeben.

Bereits der Aufmachung dieser Modellrechnungen ist zu entnehmen, dass auch hier auf die Ausarbeitungen aus einer früheren landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederung zurückgegriffen wurde. Eine Überschrift lautet „§ 31 I ThürGNNG 2019 – Eingliederung der Stadt Kaltennordheim (Wartburgkreis) in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen“.

Dabei ist zunächst anzumerken, dass der Übergang einer Gemeinde vom Wartburgkreis in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen in 2019 nicht mit einem Wechsel von Gemeinden aus dem Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld vergleichbar ist. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen dem Unstrut-Hainich-Kreis und dem Landkreis Eichsfeld ist bedeutend größer als dies zwischen dem Wartburgkreis und dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen in 2019 war.

Wie es zu den Berechnungen der einzelnen Beträge bzw. zu dem prozentualen Anteil vom Gesamtverlust und den prozentualen Abstufungen für die Jahre 2023 bis 2026 gekommen ist, lässt sich dem Gesetzentwurf nicht entnehmen.

Lediglich die Berechnung für 2023 (50% der Verluste) ist in einem Absatz erklärt worden.

Dabei bezieht sich die Erklärung ausschließlich darauf, dass es als sachgerecht erachtet wird, die tatsächliche finanzielle Belastung der Landkreise im Jahr 2023 mit der Hälfte des errechneten Betrages (Gesamtverluste) anzusetzen. Dieser Ansatz sei für das ThürGNNG 2019 „unter Einbeziehung der korrespondierenden ausgabeseitigen Entlastungen fachlich festgelegt und soll beibehalten werden“.

Auf welchen Werten die fachliche Festlegung aus 2019 basiert, ist nicht ersichtlich. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass diese unter Betrachtung der damals betroffenen Landkreise und deren wirtschaftlichen Verhältnissen erfolgt ist und nunmehr einfach übernommen wurde, ohne die aktuell betroffenen Landkreise einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen und daraus resultierende, sachverhaltsbezogene, fachliche Festlegungen zu treffen.

Bereits bei der Berechnung des Betrages für 2023, welche offensichtlich ausschließlich über die Erkenntnisse aus 2019 erfolgt ist, wurde keine Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse der Landkreise, welche von der Gemeindeneugliederung 2023 betroffen sind, vorgenommen. Es wurde für die Gemeindeneugliederung 2023 einfach von den in 2019 „fachlich festgelegten“ 50% der einnahmeseitig ermittelten Verluste ausgegangen.

Ebenso ist nicht hinreichend dargelegt oder anderweitig ersichtlich, wie es zu der weitergehenden jährlichen Abstufung um jeweils 25% vom ersten errechneten Betrag kommt. Die Begründung dafür bezieht sich allein darauf, dass „mit fortschreitender Zeit auch eine Anpassung der Strukturen möglich ist“. Die eigene Wortwahl des Gesetzgebers („möglich ist“) zeigt schon auf, dass für die jährliche Absenkung um jeweils 25% keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen. Zudem dürfte auch diese Annahme wieder aus der Gesetzgebung zum ThürGNNG 2019 resultieren. Wenn eine solche Anpassung in den damals betroffenen Landkreisen vielleicht möglich war, so bedeutet dies noch nicht, dass dies auf die nunmehr betroffenen Landkreise eins zu eins übernommen werden kann:

Wie bereits angesprochen, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz andere. Zudem kamen in letzter Zeit gänzlich neue, auch kostenintensive Probleme auf die Landkreise zu (Pandemie, Ukraine-Flüchtlinge), welche hohe finanzielle Mittel und große personelle Kapazitäten binden. Derzeit sieht es auch nicht danach aus, dass diese Probleme zeitnah ein Ende finden werden. Durch die Bindung finanzieller und personeller Mittel dürfte sich die benannte Anpassung der Strukturen verzögern.

Ohnehin ist eine komplette Anpassung der Strukturen innerhalb von nur vier Jahren kaum möglich – auch nicht ohne die gesonderten Probleme.

Auch hinsichtlich der jährlichen Absenkung um jeweils 25% vom ersten errechneten Betrag fehlt es damit an einer Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse der Landkreise und an einer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Veränderungen durch bspw. Pandemie und Flüchtlingswelle. Es wurde auch diesbezüglich einfach von den Festlegungen aus den Gemeindeneugliederungen 2019 ausgegangen.

Unter Beachtung der eben aufgezeigten Punkte (wirtschaftliche Verhältnisse des Unstrut-Hainich-Kreises, zusätzliche Bindung von Finanzmitteln und personellen Kapazitäten, Inflation) sind Kompensationszahlungen in Höhe von 4,7 Millionen Euro bei einem tatsächlichen Verlust von über 15 Millionen Euro (ausgehend von den aktuellen Zahlen – ohne Berücksichtigung von Inflation, stark steigenden Rohstoffpreisen etc.) kein, auch nur im Ansatz den Tatsachen entsprechender Ausgleich der finanziellen Einbußen des Unstrut-Hainich-Kreises.

Der Unstrut-Hainich-Kreis **fordert** daher:

**Im ThürGNNG 2023 ist die Regelung des § 21 Abs. 2 dahingehend abzuändern, dass sie den tatsächlichen Gegebenheiten, also den wirtschaftlichen Verhältnissen des Unstrut-Hainich-Kreises, Einbeziehung der Belastungen durch bspw. Pandemie und Flüchtlingswelle, fortschreitende Inflation etc. anzupassen ist.**

#### 7. Auszahlung der Kompensationszahlungen in einem Betrag

Die Auszahlung der Kompensationszahlungen für die Jahre 2023 bis 2026 in einem Betrag (§ 21 Abs. 3 Satz 2 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023) sowie die Zuführung in die allgemeine Rücklage und Auflösung im jeweiligen Jahr in der festgesetzten Höhe (§ 21 Abs. 3 Satz 3 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023) sind rechtlich nicht realisierbar.

Aufgrund der bestehenden Pflicht zum Abbau von Fehlbeträgen können die entsprechenden Beträge, welche auf die einzelnen Jahre entfallen, durch den Unstrut-Hainich-Kreis nicht der allgemeinen Rücklage zugeführt und in den entsprechenden Jahren in der festgesetzten Höhe aufgelöst werden.

Der vorliegende Entwurf müsste in diesem Punkt abgeändert werden.

Zudem entspricht die Formulierung im Gesetzentwurf („Die Auszahlung der Kompensationszahlungen für die Jahre 2023 bis 2026 erfolgt am 31. März 2023 in einem Betrag.“) nicht der Darlegung auf der eingereichten Modellrechnung. Dort ist die Rede von Auszahlungen zum 31.03.2023 und zum 31.03.2024.

Der Unstrut-Hainich-Kreis **fordert** daher:

**Im ThürGNNG 2023 ist die Regelung des § 21 Abs. 3 dahingehend abzuändern, dass die Kompensationszahlungen für die einzelnen Jahre 2023 bis 2026 im jeweiligen Jahr ausbezahlt werden.**

#### 8. Weitergehende Bereiche

Zu den in meinen Schreiben vom 04.03.2022 und 24.05.2022 aufgeführten weitergehenden Bereichen (Gastschüler und Schülerbeförderung, Änderung Buslinien, Entzug von Taxi-Konzessionen, Kündigung von Verträgen, Straßenerneuerung und Anpassung der Verwaltungsarbeit) hat lediglich die Thematik der Straßenerneuerung am Rande, in der Begründung zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes zum ThürGNNG 2023, Berücksichtigung gefunden. Dies jedoch lediglich mit einem Hinweis auf eine gesetzliche Norm und ohne konkreten Sachbezug.

##### a) Gastschüler

Zur Thematik Gastschüler, welche anscheinend keinen Niederschlag im ThürGNNG 2023 finden wird, verbleibt es bei der im Schreiben vom 04.03.2022 beschriebenen, geplanten Vorgehensweise, sofern der Landkreis Eichsfeld auch in Zukunft billigen sollte, dass Schüler ohne entsprechenden Gastschulantrag in Schulen des Landkreises Eichsfeld aufgenommen werden.

Bezüglich des Umgangs mit Gastschülern wird auf Fachdienstebene bereits mit dem Landkreis Eichsfeld kommuniziert.

##### b) Entzug von Taxikonzessionen

Zum Thema Entzug von Taxi-Konzessionen hat sich das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft mit der Fachdienstleiterin des Fachdienstes Straßenverkehr des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis ins Benehmen gesetzt. Dies erfolgte offensichtlich aufgrund meines Schreibens vom 04.03.2022.

Die dabei vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in Bezug auf den Entzug der Taxikonzessionen vertretenen Rechtsansichten, welche auch vom Thüringer Landesverwaltungsamt im Schreiben vom 10.08.2022 dargelegt wurden, können von hier nicht in Gänze geteilt werden. Diese Rechtsansichten basieren zum großen Teil auf einem Rechtsaufsatz von Rechtsanwalt Dirk Wüstenberg aus der NZV 2014 (Seite 553 f.), wobei die dort behandelten Sachverhalte nicht mit der vorliegenden Sachlage vergleichbar sind.

Die Ausführungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft verkennen dabei gänzlich den vorliegend zu berücksichtigenden Landkreiswechsel der Taxiunternehmen und damit auch den Wechsel der beaufsichtigenden Behörde bzw. die sich aus dem Landkreiswechsel ergebende Unzuständigkeit zur Aufsicht durch das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis.

Diese Rechtsansicht des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis habe ich in meinem Schreiben vom 24.05.2022 hinreichend dargelegt. Eine weitergehende Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist nach meinen Darlegungen nicht erfolgt – insbesondere hat sich keiner der Adressaten des Schreibens vom 24.05.2022 nochmals mit dem Unstrut-Hainich-Kreis ins Benehmen gesetzt.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat sich in seinem Schreiben vom 10.08.2022 ausschließlich mit dem Schreiben vom 04.03.2022 auseinandergesetzt, ohne sich mit der im Schreiben vom 24.05.2022 dargelegten Argumentation zu befassen.

Das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis bleibt diesbezüglich also zunächst bei seiner Rechtsauffassung, welche im Wesentlichen den Entzug der Taxikonzessionen für das Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises zur Folge hat. Mit dieser folgt das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, Beschluss vom 13.01.2016, Az. 6 L 3815/15.

#### c) Änderung Buslinien

Hinsichtlich der notwendigen Änderungen bei den Buslinien besteht die Absicht, auf Fachdienstebene einen entsprechenden Konsens mit dem Landkreis Eichsfeld zu finden. In diesem Zusammenhang ist seitens des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis auch beabsichtigt, eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich der Schülerbeförderung zu finden, sofern Schüler des Unstrut-Hainich-Kreises mit entsprechenden Gastσχulanträgen Schulen des Landkreises Eichsfeld besuchen.

#### d) Straßenerneuerung

In Anbetracht der derzeit in allen Bereichen steigenden Preise (Energie, Papier, Baustoffe etc.) ergibt sich bereits jetzt eine erhöhte finanzielle Belastung für unseren Landkreis, welche absehbar dazu führt, dass geplante Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.

So ist bspw. der Beginn der geplanten Sanierung eines Teils der im Schreiben vom 04.03.2022 angesprochenen Straße (K 504, zwischen Helmsdorf und Zella), welche zum 01.01.2023 vom Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises in den Landkreis Eichsfeld wechselt (Seite 6 bis 7 des Schreibens vom 04.03.2022), wegen zunehmender finanzieller Belastungen fraglich.

Weitere finanzielle Belastungen, wie sie aufgrund der Regelungen des Entwurfs zum ThürGNNG 2023 entstehen würden, würden die Lage noch verschärfen.

Das Eigentum der benannten Straße wird zum 01.01.2023 gemäß § 15 Abs. 3 des Entwurfs zum ThürGNNG 2023 i.V.m. § 11 Abs. 1 ThürStrG mit allen Rechten und Pflichten auf den Landkreis Eichsfeld übergehen.

Soweit eine Sanierung der benannten Straße bzw. der schadhaften Stelle bis dahin gar nicht oder nicht vollständig durch den Unstrut-Hainich-Kreis realisiert werden kann, müssen die weitergehenden, notwendigen Arbeiten durch den Landkreis Eichsfeld erfolgen.

Auch hier ist maßgeblich, dass der Unstrut-Hainich-Kreis die Gemeindeneugliederung 2023 weder initiiert noch gewollt hat. Durch den Wunsch der Bürger der Ortsteile Bickenriede, Hüpstedt, Zella und Beberstedt zum Landkreiswechsel, die Befürwortung der Gemeindeneugliederung 2023 durch das Land Thüringen und die Regelungen des ThürGNNG 2023 (derzeit nur im Entwurf) wird der Unstrut-Hainich-Kreis bezüglich der gegenständlichen Straße „enteignet“. Eine Pflicht zur Kostenübernahme durch den Unstrut-Hainich-Kreis für eine nicht mehr

in seinem Eigentum stehende Straße wäre mehr als unbillig, insbesondere weil der Eigentumsübergang nicht mit Willen des Unstrut-Hainich-Kreises erfolgte.

#### e) Abwicklung Verwaltungsaufgaben

Ein Teil der anstehenden Veränderungen bei den Verwaltungsaufgaben wird bereits auf Fachdienstebene zwischen den einzelnen Fachdiensten der beiden betroffenen Landkreise geklärt.

Dabei lässt sich nicht jedwede Verwaltungsaufgabe problemlos von einem Landkreis auf den anderen übertragen, da die Strukturen in den einzelnen Landkreisen teilweise unterschiedlich sind.

Für den Unstrut-Hainich dürfte sich die Abgabe der einzelnen Verwaltungsvorgänge einfacher gestalten, als die Übernahme durch den Landkreis Eichsfeld.

Dem Unstrut-Hainich-Kreis ist daran gelegen, zum Wohle der Bürger einen möglichst reibungslosen Übergang zu schaffen.

Die Mitarbeiter des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis werden daher beim Übergang bestimmter Verwaltungsverfahren und -tätigkeiten mit den Mitarbeitern des Landkreises Eichsfeld kooperieren und diese auch unterstützen.

## II. Fehlerhaftigkeit der Regelungen im Entwurf zum ThürGNGG 2023

Unter Bezugnahme auf die obigen Ausführungen dürfte der Entwurf zum ThürGNGG 2023 dahingehend fehlerhaft sein, dass die enthaltenen Regelungen nicht auf einer umfassenden Realanalyse basieren sowie nicht den Leitbildern und Leitlinien des Gesetzgebers entsprechen.

Im Ergebnis wird der Unstrut-Hainich-Kreis wirtschaftlich und finanziell unzumutbar beeinträchtigt.

Durch diese Fehlerhaftigkeit kommt es zudem zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung des Unstrut-Hainich-Kreises.

### 1. Fehlen einer umfassenden Realanalyse, Verstoß gegen Leitbild und Leitlinien

Innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens muss der Gesetzgeber im Rahmen der Abwägung der betroffenen Belange eine umfassende Realanalyse vornehmen und deren Ergebnisse seiner Entscheidung zugrunde legen (Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschluss vom 14.10.2020, Az.: 45/19). Die auf den konkreten Neugliederungsvorgang bezogene Gewichtung der hiernach feststellbaren Belange muss mit den Leitbildern und Leitlinien des Gesetzgebers in Einklang stehen (wie oben).

Vorliegend wurde den Belangen der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und den Belangen des Landkreises Eichsfeld Vorrang vor den Belangen des Unstrut-Hainich-Kreises eingeräumt bzw. haben die Belange des Unstrut-Hainich-Kreises, obwohl sie mehrfach vorgebracht wurden, keine oder keine ausreichende Berücksichtigung gefunden.

Das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis hat, wie bereits auf Seite 1 ausgeführt, gegenüber dem Thüringer Landesverwaltungsamt, dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Thüringischen Landkreistag mehrfach schriftlich die Probleme und Bedenken

dargelegt, welche mit einem Wechsel der benannten Ortsteile in den Landkreis Eichsfeld einhergehen und um Berücksichtigung gebeten. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen auf Seite 1 verwiesen.

#### a) Fehlen einer umfassenden Realanalyse

Es mangelt vorliegend an einer umfassenden Realanalyse.

Nach diesseitiger Ansicht hätte gerade der gemachte Vortrag des Unstrut-Hainich-Kreises für eine umfassende Realanalyse Berücksichtigung finden können bzw. müssen. Wenigstens hätte eine hinreichende Kommunikation mit dem Unstrut-Hainich-Kreis erfolgen müssen:

Ob und wie vorliegend eine Realanalyse erfolgt ist, ist nicht bekannt und weder aus dem Gesetzestext des vorliegenden Entwurfes noch aus der dazugehörigen Begründung ersichtlich. Jedenfalls wurde der vom Unstrut-Hainich-Kreis gemachte, ausführliche Vortrag nahezu in Gänze nicht beachtet.

Dass eine Auseinandersetzung mit dem Vortrag des Unstrut-Hainich-Kreises nicht in ausreichender und hier erhoffter Weise stattgefunden hat, ist auch direkt aus dem Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 10.08.2022 zu erkennen. Aus dem Schreiben ist zu entnehmen, dass für den Großteil der vom Unstrut-Hainich-Kreis dargelegten Probleme auch fünf Monate nach deren Aufwerfen keine abschließenden Lösungen gefunden wurden und bestimmte Anfragen zur Beantwortung weitergeleitet wurden ohne das bisher eine Antwort vorliegt.

Die einzigen Hinweise, die ggf. im Ansatz eine oberflächliche analytische Betrachtung des Unstrut-Hainich-Kreises erkennen lassen könnten, sind die Ausführungen, dass der Unstrut-Hainich-Kreis durch die Gemeindeneugliederung 3.869 Einwohner verlieren wird, dass dies einem Anteil von vergleichsweise geringen 3,8 Prozent entspricht und Ausführungen dazu, dass keine Anhaltspunkte dafür erkennbar sind, *„dass durch die Kreisgebietsänderung der räumliche und landesplanerische Zusammenhang des Kreisgebietes, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft oder die Fähigkeit des Unstrut-Hainich-Kreises zur Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben unzumutbar beeinträchtigt werden“* (Drucksache 7/5766 - Seite 47 letzter Absatz bis Seite 48 erster Absatz).

Der Unstrut-Hainich-Kreis widerspricht hiermit insbesondere der Aussage, dass keine Anhaltspunkte für eine unzumutbare Beeinträchtigung vorliegen würden.

Nach diesseitiger Ansicht erfolgte keine hinreichende Betrachtung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Gemeindegebietsreform 2023 auf den Unstrut-Hainich-Kreis.

Worauf insbesondere die Behauptung basiert, dass keine Anhaltspunkte für eine unzumutbare Beeinträchtigung des Unstrut-Hainich-Kreises vorliegen, ist nicht nachvollziehbar. Die beiden Schreiben, welche ich am 04.03.2022 und am 24.05.2022 an die benannten Adressaten versandt habe, enthielten nach meinem Dafürhalten ausreichend Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Beeinträchtigung. Es ist nicht ersichtlich, ob diese Schreiben bzw. der darin gemachte Vortrag überhaupt Berücksichtigung durch den Gesetzgeber gefunden haben.

Die lediglich oberflächlichen Ausführungen zum Unstrut-Hainich-Kreis lassen keine umfassende Realanalyse erkennen. In Verbindung mit der fehlenden Berücksichtigung der vorgebrachten Belange des Unstrut-Hainich-Kreises in der Drucksache 7/5766 und der fehlenden

Kommunikation mit dem Landkreis ist darauf zu schließen, dass vorliegend keine Realanalyse, schon gar keine umfassende Realanalyse vorgenommen wurde.

Dafür spricht auch die Darlegung des Thüringer Landesverwaltungsamtes in seinem Schreiben vom 10.08.2023:

*„Für eine weitergehende Kompensation, die spezifisch auf die statistisch steigende Pro-Kopf-Verschuldung infolge des Einwohnerverlusts ausgerichtet ist, wurde im Rahmen zurückliegender kreisübergreifender Gemeindeneugliederungen kein Erfordernis gesehen und somit keine Rechtsgrundlage geschaffen. An dieser Bewertung hat das TMIK festgehalten und daher keine entsprechende Kompensationsregelung in den Entwurf des ThürGNGG 2023 aufgenommen.“* Diesen Ausführungen ist zu entnehmen, dass einfach die Regelungen übernommen wurden, die für zurückliegende kreisübergreifende Gemeindeneugliederungen geschaffen wurden, ohne sich gesondert mit dem hier vorliegenden Fall zu beschäftigen.

Auch der Gesetzentwurf selbst lässt eindeutig das Fehlen einer umfassenden Realanalyse erkennen. So wird in der Begründung zu § 21 Abs. 2 des Gesetzentwurfs ganz eindeutig dargelegt, dass hinsichtlich der Kompensationszahlungen die Erkenntnisse Verwendung fanden, welche im Rahmen des ThürGNGG 2019 gewonnen wurden. Dass der Unstrut-Hainich-Kreis andere wirtschaftliche Voraussetzungen hat als die damals betroffenen Landkreise und dass seit 2019 Probleme wie Pandemie und Flüchtlingswelle die Landkreise vor ganz andere, zusätzliche Herausforderungen stellen, fand keine Berücksichtigung. Ebenfalls scheint die steigende Inflation keine Beachtung gefunden zu haben.

Bei der Ermittlung der Kompensationszahlungen wurde folglich allein auf Erkenntnisse aus 2019 zurückgegriffen, wobei die tatsächlichen und aktuellen Gegebenheiten im Unstrut-Hainich-Kreis keinerlei Berücksichtigung fanden.

Diesbezüglich wird auf Nr. 6 im ersten Teil der Stellungnahme verwiesen.

**Es mangelt vorliegend also bereits an einer umfassenden Realanalyse.**

Selbst das Protokoll der 86. Sitzung des Thüringer Landtages am 14.07.2022 lässt erkennen, dass die Belange des Unstrut-Hainich-Kreises kaum berücksichtigt werden. Lediglich eine Partei scheint sich mit den Auswirkungen der landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen auf die Landkreise beschäftigt zu haben und hat dabei erkannt, dass sich dadurch für den Unstrut-Hainich-Kreis finanzielle Belastungen ergeben, die nicht durch die bisher im Raum stehenden Kompensationszahlungen abgefangen werden.

Das Problem der mangelhaften Berücksichtigung der Belange der von landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen betroffenen Landkreise ist dabei durchweg erkennbar – sowohl aus dem Gesetzentwurf nebst dazugehöriger Begründung, als auch aus dem benannten Sitzungsprotokoll.

#### b) Verstoß gegen Leitbild und Leitlinien

Die sich aus dem vorliegenden Gesetzesentwurf ergebenden Ergebnisse sind, sofern sie die Belange des Unstrut-Hainich-Kreises betreffen, zudem nicht mit den Leitbildern und Leitlinien des Gesetzgebers in Einklang zu bringen.

Dies dürfte auch mit der nach hiesiger Ansicht nicht erfolgten umfassenden Realanalyse zusammenhängen.

Die betroffenen Landkreise haben weder im Leitbild noch in den Leitlinien, welche in der Drucksache 7/5766 des Thüringer Landtages vom 30.06.2022 aufgezeigt sind, Berücksichtigung gefunden. Dort wird stets nur auf die Gemeinden und deren Belange eingegangen.

Es wird hier jedoch davon ausgegangen, dass für Landkreise, welche von den Gemeindeneugliederungen betroffen sind, nichts anderes gelten kann, wie für betroffene Gemeinden.

Das Leitbild mit dem Ziel der „Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften“ dürfte folglich auch für die Landkreise, somit auch für den Unstrut-Hainich-Kreis, gelten.

Die Umsetzung der Regelungen des vorliegenden Entwurfes zum ThürGNNG 2023 widerspricht jedoch, im Hinblick auf den Unstrut-Hainich-Kreis, dem benannten Ziel.

Der Unstrut-Hainich-Kreis wird durch den Wechsel der Ortsteile in den Landkreis Eichsfeld stark finanziell belastet und damit in der Leistungs- und Verwaltungsstärke geschädigt. Dazu wurden im ersten Teil der Stellungnahme bereits hinreichend Ausführungen gemacht.

Diese Belastungen werden durch die im Entwurf unter § 21 geregelten Kompensationszahlungen nur unzureichend ausgeglichen.

Die finanzielle Belastung des Landkreises fällt dabei letztlich auch auf die einzelnen Gemeinden und Bürger des Unstrut-Hainich-Kreises zurück und schwächt den Landkreis in seiner Leistungsstärke.

Dies ist nicht mit dem Leitbild des ThürGNNG 2023 vereinbar.

Bei der Beschreibung der Leitlinien wird in der Begründung zum Gesetzentwurf dargelegt, dass die Bildung oder Vergrößerung von Einheitsgemeinden und Landgemeinden Vorrang hat. Den weiteren Ausführungen ist zu entnehmen, dass damit der Vorrang vor dem Erhalt kleiner Einzelgemeinden gemeint ist. Begründet wird dieser Vorrang mit der besseren Selbstverwaltungs- und Leistungskraft größerer Gemeinden.

Dieser Vorrang kann im Grundsatz nachvollzogen werden.

Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass vorliegend der Vergrößerung einer einzelnen Landgemeinde im Landkreis Eichsfeld auch Vorrang vor dem Erhalt der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Unstrut-Hainich-Kreises eingeräumt wird – wie dies auch in der Begründung zu § 1 Abs. 2 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023 entnommen werden kann (Blatt 48 Absatz 3 der Drucksache 7/5766).

Dabei basiert der Wechsel der Ortsteile in den Landkreis Eichsfeld maßgeblich auf religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen der wechselnden Ortsteile zum Landkreis Eichsfeld und nicht vorrangig auf Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungsstärke (siehe Begründung zu § 1 Abs. 2 des Entwurfes zum ThürGNNG 2023).

Für den Unstrut-Hainich-Kreis geht die Vergrößerung dieser Landgemeinde unter Anwendung der Regelungen des vorliegenden Entwurfes zum ThürGNNG 2023 jedoch mit finanziellen Lasten und damit mit einer Schwächung der Leistungsstärke einher.

Vorliegend scheinen jedoch die religiös, historisch und landmannschaftlich begründeten Belange der einzelnen Landgemeinde höher gewichtet zu werden als die finanziellen und wirtschaftlichen Belange eines ganzen Landkreises, dessen Gemeinden und Bevölkerung. Dies widerspricht dem benannten Ziel der Gemeindeneugliederungen, der „Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften“.



Selbst eine eventuelle Steigerung der Leistungs- und Verwaltungsstärke dieser einzelnen Landgemeinde kann als Begründung nicht ausreichend sein, wenn im Gegenzug ein Landkreis wirtschaftlich und finanziell geschwächt wird.

Die Gewichtung der Belange - religiöse, historische und landsmannschaftliche Verbindungen als Belange der wechselnden Ortsteile zum Landkreis Eichsfeld einerseits und Erhalt bzw. Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unstrut-Hainich-Kreises andererseits – ist fehlerhaft erfolgt.

Die Vorrangigkeit der Belange der wechselnden Ortsteile gegenüber den Belangen des Landkreises **entspricht weder dem Leitbild noch den Leitlinien des Gesetzgebers.**

Der Gesetzesentwurf muss folglich in diversen Punkten überarbeitet werden.

## 2. Ungleichbehandlung und dadurch Belastung eines Dritten

Zudem liegt hier eine nicht zu verkennende Ungleichbehandlung vor. Diese wird unter anderem durch das Fehlen einer umfassenden Realanalyse und den Verstoß gegen Leitbild und Leitlinien des Gesetzgebers hervorgerufen.

Der Unstrut-Hainich-Kreis hat die gegenständlichen Gemeindeneugliederungen weder initiiert noch hatte er ein Interesse daran.

Er ist faktisch ein nicht aktiv an der Gemeindeneugliederung beteiligter Dritter, der durch die Gemeindeneugliederung i.V.m. den im Entwurf zum ThürGNGG dargestellten Regelungen belastet wird. Die Belastungen wurden im ersten Teil der Stellungnahme aufgezeigt.

Im Gegensatz dazu hätte der Landkreis Eichsfeld, welcher ebenfalls einen nicht aktiv an der Gemeindeneugliederung beteiligten Dritten darstellt, durch die Gemeindeneugliederung unter den im Gesetzentwurf dargelegten Regelungen finanzielle Vorteile. So sinkt im Landkreis Eichsfeld bspw. durch den Zuwachs an Einwohnern die Pro-Kopf-Verschuldung, der Landkreis Eichsfeld soll ohne finanziellen Ausgleich vom Unstrut-Hainich-Kreis Vermögenswerte erhalten, etc. (siehe dazu die Ausführungen im ersten Teil der Stellungnahme).

Es wird also zu Lasten des Unstrut-Hainich-Kreises der Landkreis Eichsfeld bevorteilt:

Während sämtliche andere Beteiligte (Landgemeinde Stadt Dingelstädt, wechselnde Ortsteile und Landkreis Eichsfeld) Vorteile aus der Neugliederung ziehen, wird der Unstrut-Hainich-Kreis wirtschaftlich und finanziell benachteiligt.

Es ist insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass der Landkreis Eichsfeld wirtschaftlich und finanziell bedeutend besser aufgestellt ist als der Unstrut-Hainich-Kreis absolut nicht nachvollziehbar, warum dieser Landkreis durch die Gemeindeneugliederung bzw. durch die Regelungen des Entwurfes zum ThürGNGG 2023 ein finanzielles und wirtschaftliches „Plus“ erhält, während der Unstrut-Hainich-Kreis mit den Regelungen weiter ins „Minus“ getrieben wird.

Bei Betrachtung der tatsächlichen Auswirkungen, welche sich für beide Landkreise durch die Umsetzung der derzeit im Entwurf vorliegenden Regelungen ergeben würden, ist eindeutig erkennbar, dass hier eine enorme Ungleichbehandlung der beiden Landkreise eintreten würde, wobei keine hinreichende Begründung für eine Rechtmäßigkeit einer solchen Ungleichbehandlung ersichtlich ist.

Der Unstrut-Hainich-Kreis erwartet keine finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile aus der Gemeindeneugliederung, wie sie sich für den Landkreis Eichsfeld ergeben würden. Jedoch erwartet er zumindest, dass das Gesetz soweit angepasst wird, dass er auch keine wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile erleidet.

Es sind keine Gründe ersichtlich, die eine wirtschaftliche und finanzielle Benachteiligung des Unstrut-Hainich-Kreises zum wirtschaftlichen Vorteil des Landkreis Eichsfeld und der Landgemeinde Stadt Dingelstädt rechtfertigen würden.

**Die gesetzlichen Regelungen im Entwurf des ThürGNGG verstoßen damit gegen den allgemeinen Gleichheitssatz, wobei eine Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung nicht vorliegt.**

**Das Gesetz in der derzeit im Entwurf vorliegenden Form wäre somit verfassungswidrig.**

Die im Gesetzentwurf normierte Auseinandersetzung der Landkreise vermag die Verfassungswidrigkeit nicht zu beseitigen, da eine solche Auseinandersetzung vom Willen beider Landkreise abhängt (liegt beim Landkreis Eichsfeld nicht vor). Auch die nachträgliche Auseinandersetzung mittels Verwaltungsakt durch das Thüringer Landesverwaltungsamt vermag eine Verfassungswidrigkeit nicht beseitigen, da eine solche Auseinandersetzung keine Gewähr für eine Gleichbehandlung bietet.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist daher zu überarbeiten.

Es soll von hier nochmals klargestellt werden:

Es ist nicht der Wille des Landratsamtes Unstrut-Hainich-Kreis, die Auflösung der Gemeinden Anrode und Dünwald sowie den Wechsel der betroffenen Ortsteile zu verhindern. Den Entschluss zum Wechsel in den Landkreis Eichsfeld haben die Bürger der Ortsteile eigenverantwortlich getroffen. Der Unstrut-Hainich-Kreis hatte an dieser Entscheidung keinerlei Anteil. Trotzdem kann dieser Wunsch einzelner Ortsteile nicht dazu führen, dass der Unstrut-Hainich-Kreis wirtschaftlich und finanziell Schaden erleidet, während der Landkreis Eichsfeld und die Landgemeinde Stadt Dingelstädt wirtschaftlich und finanziell profitieren.

Sofern im Rahmen der Vornahme der erforderlichen umfassenden Realanalyse Informationen benötigt werden, steht der Unstrut-Hainich-Kreis diesbezüglich gern zur Verfügung. Die aus einer solchen umfassenden Realanalyse gezogenen Ergebnisse sind dann der Entscheidung des Gesetzgebers zugrunde zu legen, wobei die Gewichtung der Belange der Beteiligten dem Leitbild und den Leitlinien des Gesetzgebers entsprechen müssen.

Dies sollte letztlich in einem Gesetz gründen, welches die Belange aller an den Gemeindeneugliederungen Beteiligten hinreichend beachtet und gewichtet, wobei insbesondere die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen für die Beteiligten zu beachten sind.

Es wird bereits jetzt mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, gegen das ThürGNGG 2023 gerichtlich vorzugehen, sofern weiterhin eine Verfassungswidrigkeit zu erkennen ist.

Ich hoffe auf eine Berücksichtigung des vorgetragenen Sachverhaltes, eine Lösung der aufgezeigten Probleme und auf eine Umsetzung der landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen unter Vermeidung finanzieller Nachteile für den Unstrut-Hainich-Kreis.

Es wird darauf hingewiesen, dass mit Datum vom 05.09.2022 der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises unter anderem beschlossen hat, dass sich der Unstrut-Hainich-Kreis am Anhörungsverfahren zum Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften beteiligt und meine Person, der Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises, damit beauftragt wird, diese Stellungnahme dem Landesverwaltungsamt Weimar als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Weiterleitung über das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales an den Landtag fristgerecht bis zum 23. September 2023 zuzusenden und die Interessen des Landkreises zu vertreten.

Der entsprechende Kreistagsbeschluss sowie die weiteren notwendigen Unterlagen sind als Anlagen beigelegt.

Es wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme im Anhörungsverfahren durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in Gesamtheit (nicht nur Auszüge) an den Innen- und Kommunalausschuss weitergeleitet wird. Eine Weiterleitung der vollständigen Stellungnahme wird von hier als zwingend notwendig erachtet.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Zanker  
Landrat

#### Anlagen

- Kopie Kreistagsbeschluss vom 05.09.2022 – Anlage 1
- Kopie einer Ladung zur Kreistagssitzung am 05.09.2022 nebst Vermerk über deren Zugang sowie Liste über Zustellung an sämtliche Kreistagsmitglieder – Anlage 2
- Kopie der öffentlichen Bekanntmachung der Kreistagssitzung – Anlage 3
- Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz-dokumentationsgesetzes – Anlage 4
- Einwilligung zur Übermittlung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilG an den Thüringer Landtag – Anlage 5
- 2 Abdrucke nebst Anlagen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5766 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom;"><i>Gemeinde Anrode</i></td> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom;"><i>Körperschaft öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom;"><i>Hauptstr. 55</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px; height: 40px; vertical-align: bottom;"><i>99976 Anrode OT Bichenriede</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gemeinde Anrode</i>	<i>Körperschaft öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Hauptstr. 55</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99976 Anrode OT Bichenriede</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Gemeinde Anrode</i>	<i>Körperschaft öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Hauptstr. 55</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99976 Anrode OT Bichenriede</i>										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px; height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Arnode	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Aufnahme einer Regelung zur Vermögensauseinandersetzung im Thür GVG in Bezug auf die Aufteilung von Grundvermögen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Sollte die Aufteilung des Grundvermögens nicht per Gesetz erfolgen, könnte es dazu führen, dass die beiden Kommunen, die nicht Rechtsnachfolger werden, bei nachträglicher Eigentumsübertragung Grunderwerbssteuerpflichtig werden, was eine zusätzliche Belastung für diese Kommunen darstellt.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Anrode, 24.10.2022	

99976 Bickenriede \* Dörna \* Hollenbach \* Lengefeld \* Zella

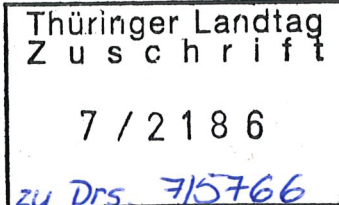
Gemeinde Anrode

DER BÜRGERMEISTER



Gemeinde Anrode \* Hauptstr. 55 \* 99976 Anrode OT Bickenriede

An den Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt



über den  
Innen- und Kommunalausschuss

THÜR. LANDTAG POST  
14.10.2022 09:45

25435/2022

Den Mitgliedern des

JnnKA

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

unsere Zeichen

Datum

12.10.2022

### Antrag auf Ergänzung des Entwurfs des Thüringer Gemeindeneugliederungsgesetzes 2023 - ThürGNNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Anrode soll zum 31.12.2022 aufgelöst werden. Gemäß der abgeschlossenen Fusionsverträge und dem Entwurf des Thüringer Gemeindeneugliederungsgesetzes - ThürGNNG 2023 sollen die Ortsteile Bickenriede und Zella in die Landgemeinde Stadt Dingelstädt, die Ortsteile Dörna und Lengefeld in die Gemeinde Unstruttal und der Ortsteil Hollenbach in die Stadt Mühlhausen eingegliedert werden. Die Stadt Dingelstädt soll Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Anrode werden.

In § 14 Abs. 2 des Entwurfs des ThürGNNG 2023 heißt es:

„Das Eigentum an Grundstücken der aufgelösten Gemeinde geht unbeschadet der nach den Absätzen 1, 3 und 4 vorzunehmenden Auseinandersetzung und ungeachtet einer in diesem Gesetz angeordneten Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes auf die aufnehmende Gemeinde über, in deren Gebiet das Grundstück liegt.“

Für die Auseinandersetzung haben die beteiligten Gemeinden für die Aufteilung der Schulden und des Vermögens einen koordinationsrechtlichen Vertrag abgeschlossen. In § 7 dieses Vertrages ist die Aufteilung des Kommunalwaldes geregelt. In diesem Zusammenhang soll das Eigentum an verschiedenen Waldgrundstücken (selbständige Flurstücke), die in der Gemarkung des Ortsteils Bickenriede, der Gemarkung Helmsdorf und der Gemarkung Küllstedt liegen, an die Stadt Mühlhausen bzw. an die Gemeinde Unstruttal übertragen werden.

Zur Beurteilung der steuerrechtlichen Auswirkungen einer Übertragung dieser Grundstücke haben wir uns an das Finanzamt Suhl gewandt.

Parallel dazu bitten wir eindringlich

um Aufnahme einer ergänzenden, flurstückskonkreten Regelung im Neugliederungsgesetz zur Übertragung des Eigentums an den betreffenden Flächen im Ortsteil Bickenriede, der Gemarkung Helmsdorf und der Gemarkung Küllstedt auf die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Unstruttal für den Fall, dass das zuständige Finanzamt Suhl die Unanwendbarkeit der Befreiungstatbestände des § 4 GrEStG auf eine rechtsgeschäftliche Übertragung durch die Gemeinden festgestellt oder eine Auskunft nicht rechtzeitig vor Verabschiedung des Neugliederungsgesetzes erteilt werden kann.

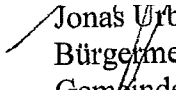
Da eine Änderung der Gemarkungen (Eingliederung in das jeweilige Gemeindegebiet) zur Aufteilung von Waldflächen nicht möglich ist, dies würde aufgrund fehlender Verbindungen zu Exklaven von Gemeindegebieten führen, soll ausschließlich das Eigentum an den betreffenden Waldflächen übertragen werden. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die aufnehmenden Kommunen nicht noch zusätzlich durch eine mögliche Festsetzung von Grunderwerbsteuern belastet werden sollten, da der Fusionsprozess selbst schon erhebliche Ressourcen an Personal und finanziellen Mitteln bindet. Daher ist die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in das ThürGNNG 2023 für alle Beteiligten dringend notwendig.


In den Anlagen 1 und 2 zu diesem Schreiben sind alle betroffenen Grundstücke (Flurstücke) aufgeführt.

Eine Kopie dieses Schreibens haben wir auch an das Thüringer Landesverwaltungsamt im Rahmen des Anhörungsverfahrens geschickt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

 Jonas Urbach  
Bürgermeister  
Gemeinde Anrode

Andreas Fernkorn  
Bürgermeister  
Stadt Dingelstädt  


Michael Hartung  
Bürgermeister  
Gemeinde Unstruttal

i.V.  
Sill  
Dr. Johannes Bruns  
Oberbürgermeister  
Stadt Mühlhausen/Thüringen




## Anlage 1 zum Schreiben an den Thüringer Landtag

Übersicht der Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Stadt Mühlhausen** übertragen werden soll:

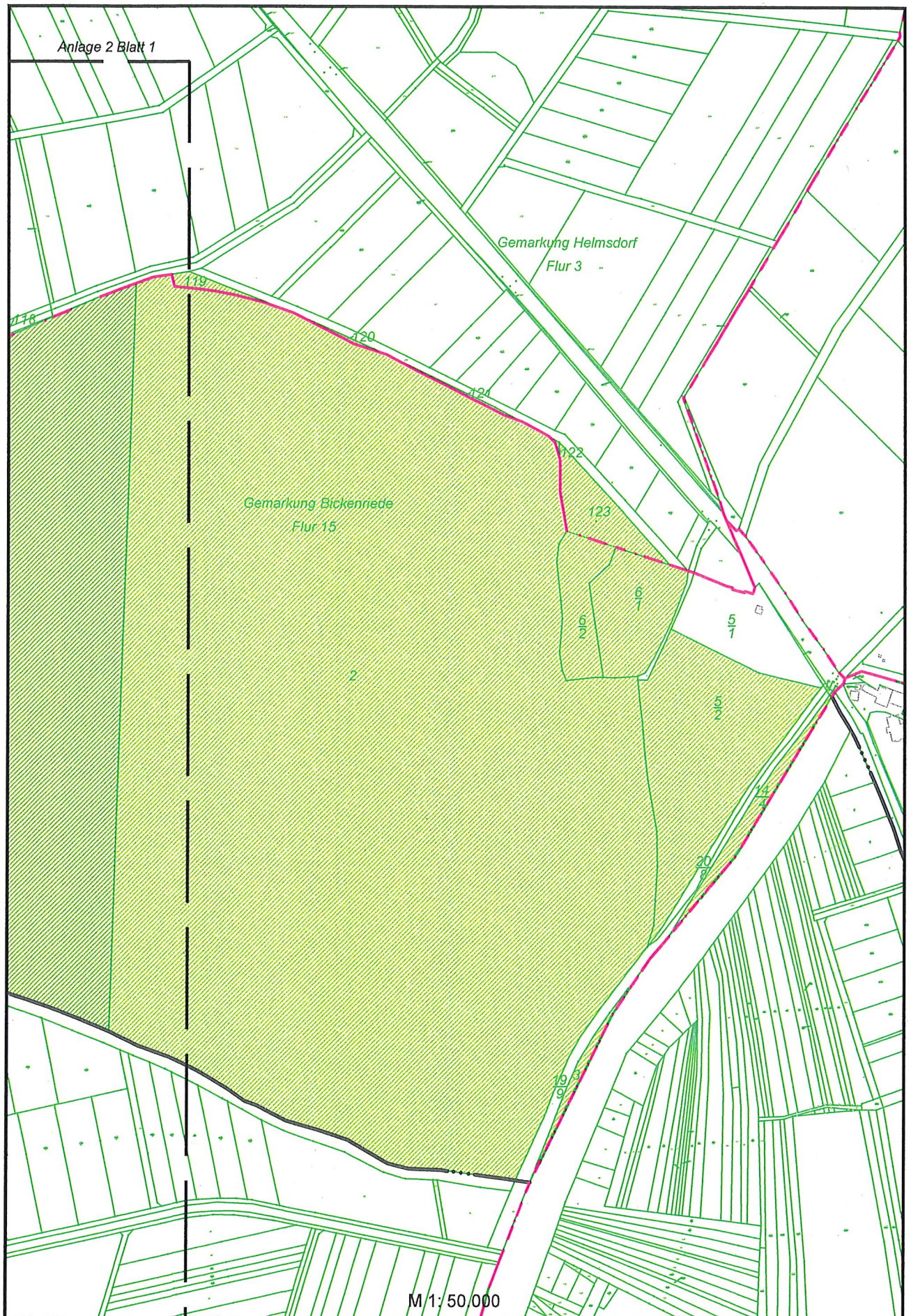
Gemarkung	Flur	Flurstücks- zähler	Flurstücks- nenner	Gesamt-fläche in qm	Grundbuch- blatt	Eigentümer
Bickenriede	15	2	0	362.773	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	3	0	1.202	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	5	2	25.123	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	6	1	8.520	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	6	2	5.465	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	14	4	2.489	1560	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	119	0	790	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	120	0	140	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	121	0	120	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	122	0	40	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	123	0	4.600	823	Gemeinde Anrode



# Übersichtskarte zu Anlage 1 zum Schreiben an den Thüringer Landtag

 Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Stadt Mühlhausen** übertragen werden soll

Blatt 1/1





## Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag

Übersicht der Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll:

Gemarkung	Flur	Flurstücks- zähler	Flurstücks- nenner	Gesamt-fläche in qm	Grundbuch- blatt	Eigentümer
Bickenriede	1	1	0	1.890	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	2	0	8.490	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	3	0	44.482	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	4	0	55.755	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	5	0	21.870	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	6	0	12.117	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	8	0	25.003	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	9	0	1.845	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	10	0	1.750	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	11	0	1.311	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	12	0	1.666	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	13	0	22.279	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	58	0	4.860	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	59	0	3.136	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	60	0	1.584	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	61	0	1.092	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	62	0	3.458	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	63	0	6.080	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	65	1	4.750	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	67	0	1.630	1803	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	98	0	830	1801	Gemeinde Anrode
Bickenriede	1	182	0	62.107	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	14	22	0	169.150	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	15	1	0	349.154	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	85	1	7.769	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	110	0	5.870	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	111	0	10.240	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	112	0	3.450	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	131	0	341.300	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	132	0	57.900	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	133	0	33.420	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	134	0	41.640	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	135	0	74.250	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	136	0	28.720	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	138	1	6.050	1560	Gemeinde Anrode
Bickenriede	16	258	137	150.600	1560	Gemeinde Anrode
Küllstedt	9	34	1	25.112	1396	Gemeinde Anrode
Küllstedt	10	41	0	192.620	1396	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	116	0	110	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	117	0	300	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	118	0	130	823	Gemeinde Anrode
Helmsdorf	3	355	115	14.308	823	Gemeinde Anrode



# Übersichtskarte zu Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag



Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll

Blatt 1/5



M 1: 50.000

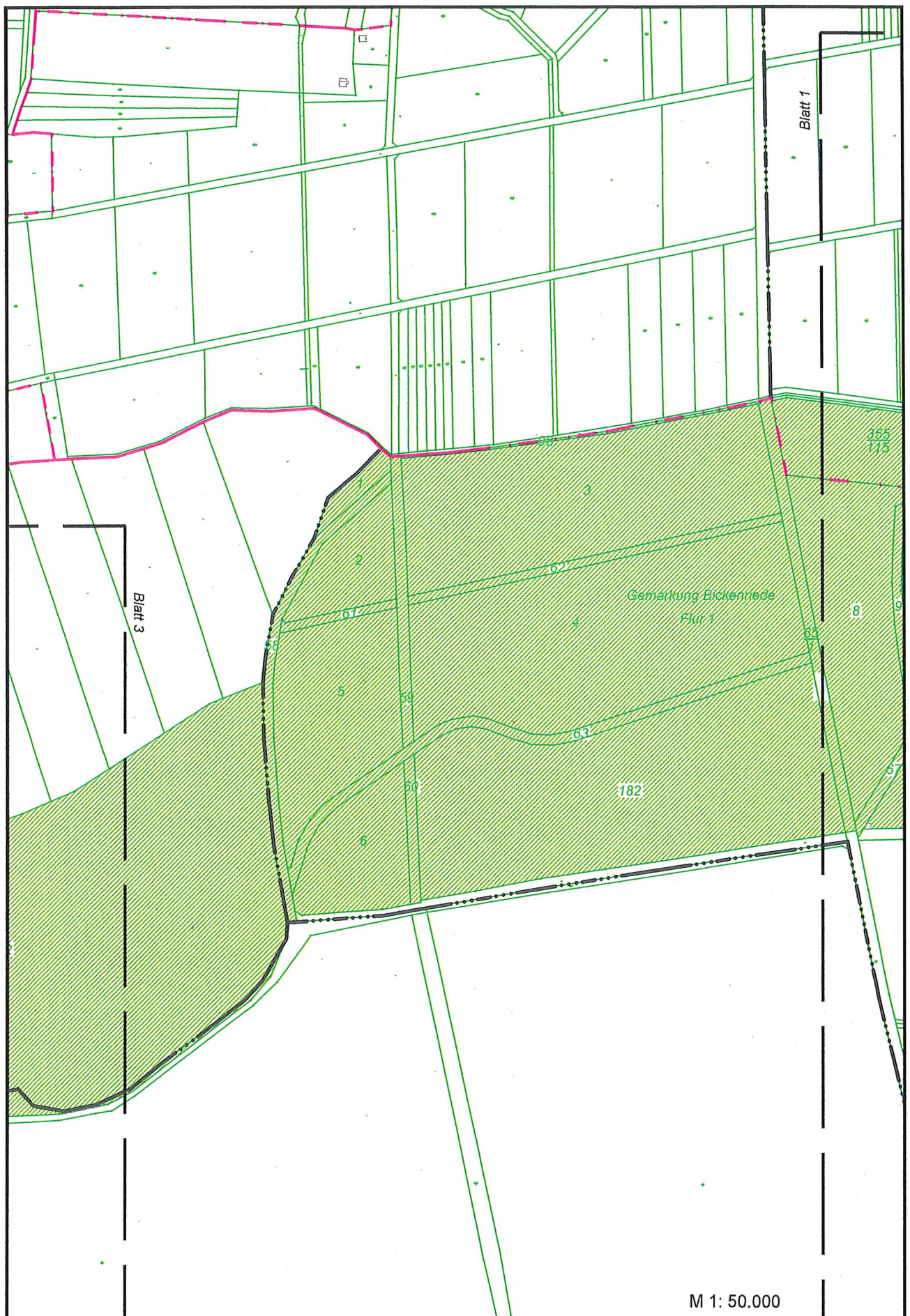


# Übersichtskarte zu Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag



Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll

Blatt 2/5



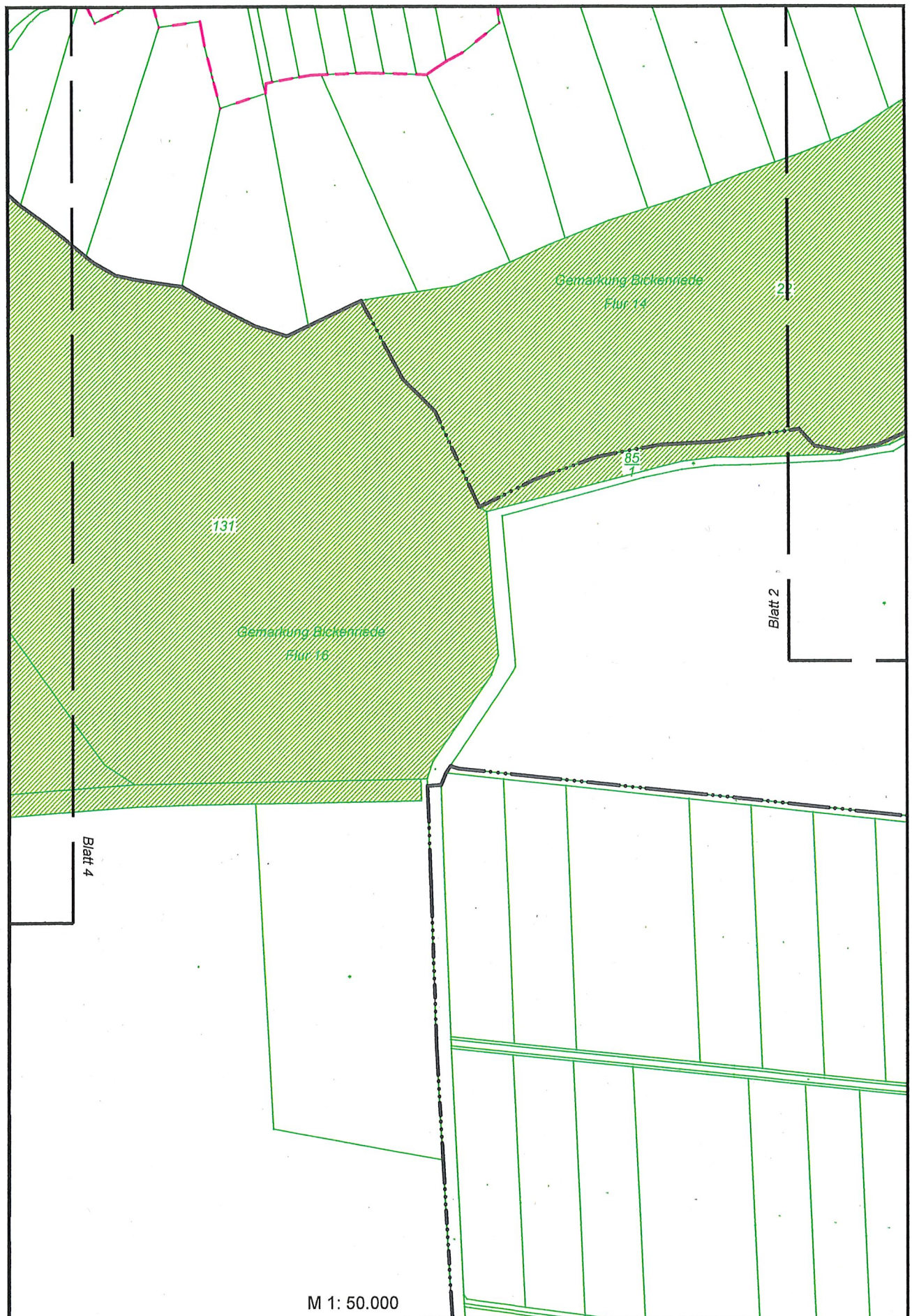
M 1: 50.000



## Übersichtskarte zu Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag

Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll

Blatt 3/5



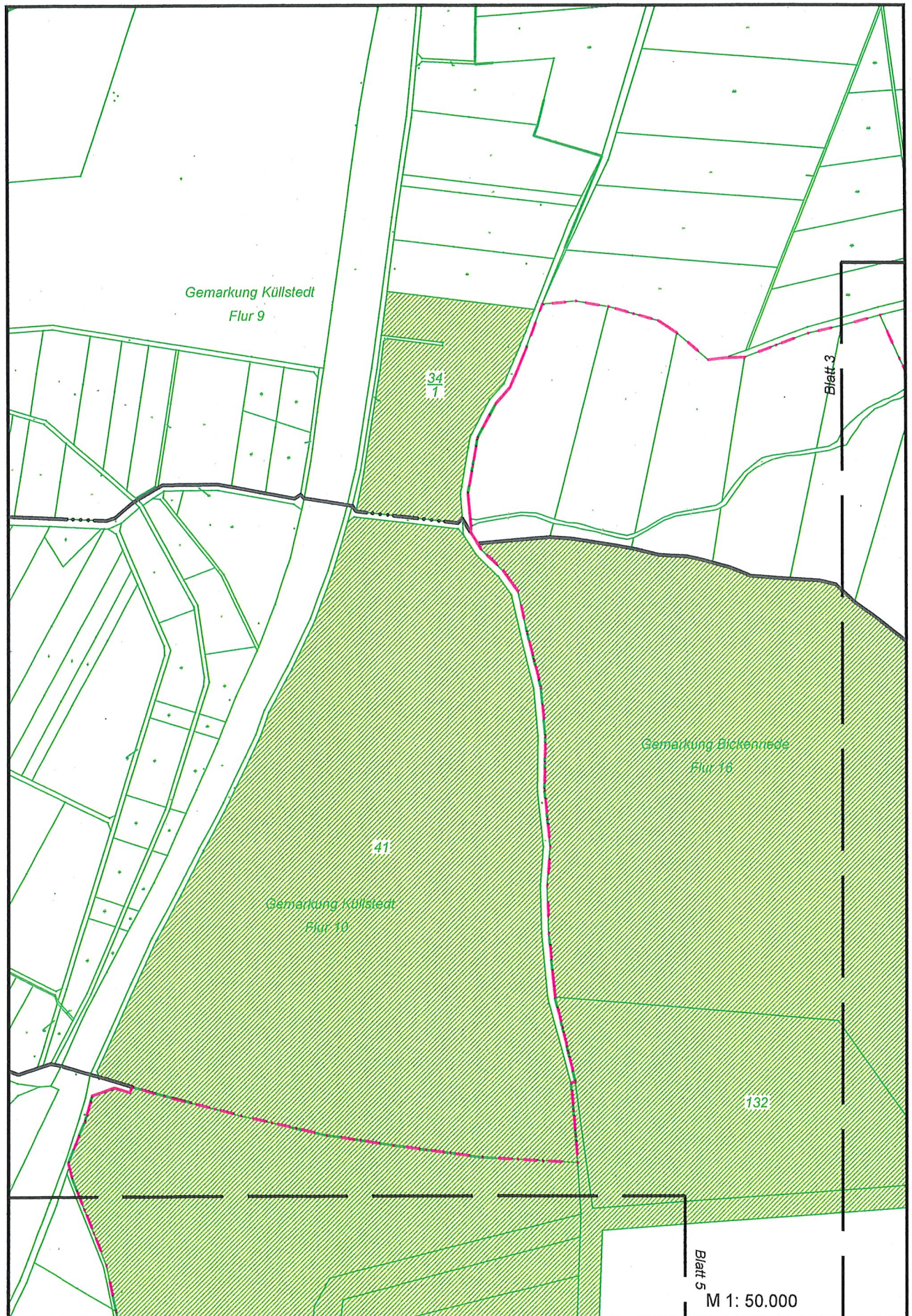


# Übersichtskarte zu Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag



Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll

Blatt 4/5



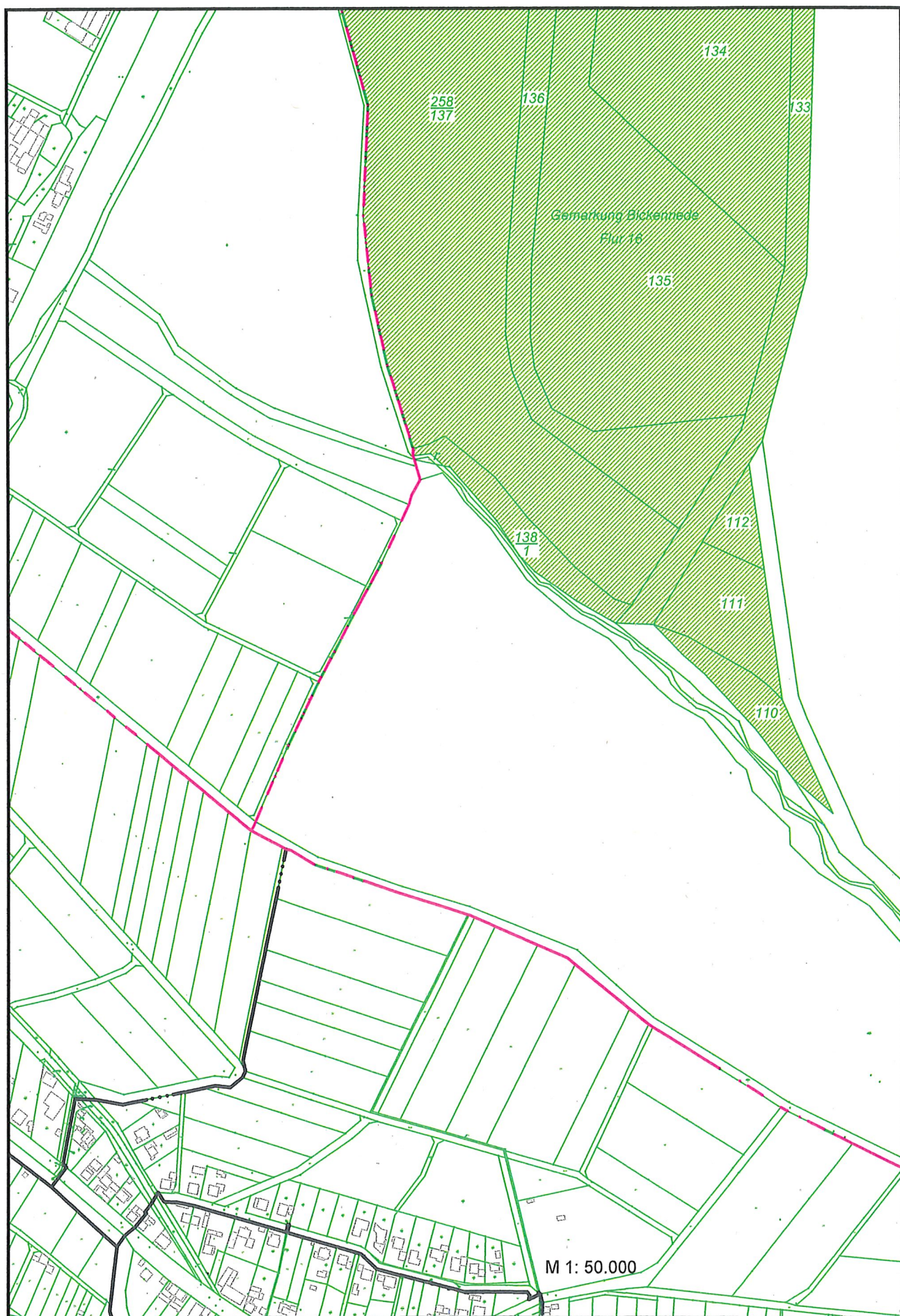


# Übersichtskarte zu Anlage 2 zum Schreiben an den Thüringer Landtag



Grundstücke, bei denen das Eigentum auf die **Gemeinde Unstruttal** übertragen werden soll

Blatt 5/5





## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**